

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand
zur Pflicht“

Was macht Journalismus aus politischen
Strategien – eine Analyse am Beispiel der
Auseinandersetzung zwischen der Kärntner
Politik und dem slowenischen
Interessensvertreter Rudi Vouk zur Durchsetzung
der zweisprachigen Ortstafelfrage

Verfasserin

Sabina Zwitter-Grilc

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2009

Studienkennzahl lt. Studienbuchblatt: A 301/295
Studienrichtung lt. Studienbuchblatt: Publizistik- und Kommunikationswiss./ Gewählte
Fächer statt 2. Studienrichtg.
Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Hausjell

VORWORT	6
1. EINLEITUNG	9
2. DAS ERKENNTNISINTERESSE	10
2.1. Die Forschungsfragen	10
2.2. Das theoretische Fundament.....	11
2.2.1. Die Kommunikationstheorien	11
2.2.2. Die analytischen Kategorien von Menz, Laluschek und Dressler.....	14
2.3. Narration, Dekonstruktion und Ethnisierung in den Cultural Studies	15
2.3.1. Der Cultural Studies Approach.....	16
2.3.1.1. Codieren und Decodieren.....	17
2.3.1.2. Die Rolle der RezipientInnen	18
2.3.1.3. Mediale Duplizierung der konstruierten Wirklichkeit.....	19
2.3.1.4. Theorien der interkulturellen Kommunikation	21
2.3.2. Der Prozess der Ethnisierung	23
2.3.3. Die Narration.....	25
2.3.4. Die Dekonstruktion.....	27
2.4. Die Position der Forscherin und ethnischen Journalistin.....	28
3. DIE KÄRNTNER SLOWENINNEN	30
3.1. Die Assimilation der Kärntner SlowenInnen	31
3.2. Die Minderheitenrechte.....	35
3.2.1. Der Staatsvertrag von Wien	35
3.2.2. Die Rolle der Volksgruppen.....	38
3.2.2.1. Die Aussiedlung der Kärntner SlowenInnen	38
3.2.2.2. Die territoriale Endlösung der Wiener TschechInnen.....	41
3.2.2.3. Die erzwungene Wiedergutmachung.....	42
3.2.3. Der Inhalt des Artikel 7 des Staatsvertrages.....	45
3.2.3.1. Topographische Aufschriften	45
3.2.4. Der Artikel 7 - eine Geschichte der Aushöhlung und Ignoranz	47
3.2.5. Das Volksgruppengesetz – eine Disziplinierungsmaßnahme	49
4. DIE DEKONSTRUKTION DES UMGANGES DER POLITIK MIT DER SLOWENISCHEN VOLKSGRUPPE	50
4.1. Ethnisierung als Vehikel der Kriminalisierung und die Reethnisierung.....	50
4.1.1. Die hinterfragte Identität.....	55
4.2. Die Akteure in der Kärntner Minderheitensituation	57
4.2.1. Der Kärntner Heimatdienst	57
4.2.2. Der Kärntner Abwehrkämpferbund.....	60
4.2.3. Die Kärntner Parteien - der Dreiparteienpakt	62
4.2.4. Jörg Haider.....	63
4.2.5. Die Grünen.....	66

4.2.6. Die zwei traditionellen slowenischen Vertretungsorganisationen	66
4.2.7. Ideologien im Wandel	67
4.2.7.1. Marjan Sturm	68
4.2.7.2. Rudi Vouk.....	71
4.2.8. Bernard Sadovnik.....	74
4.2.9. Die Kärntner Einheitsliste / Koroška enotna lista	76
4.3. Das Kärntner Muster	77
4.3.1. Der Ortstafelsturm und das statuierte Exempel Hans Sima	78
4.3.2. Das Volksgruppengesetz – Aushöhlung des Minderheitenschutzes	80
4.3.3. Divide et impera und die Reziprozität	83
5. DIE SCHUTZMACHT UND IHRE MINDERHEITEN	86
5.1. Die Schutzmacht Jugoslawien.....	86
5.2. Die Schutzmacht Slowenien.....	87
5.3. Das Spiel mit der Reziprozität und Gegenstrategien.....	89
5.4. Die Minderheiten in der Republik Slowenien	90
5.5. Missachtetes Verfassungsgerichtshofsurteil	91
5.6. Fund von Massengräbern in Slowenien 2009	93
6. WIDERSTAND UND ZIVILER UNGEHORSAM	95
6.1. Zur Geschichte des zivilen Ungehorsams	96
6.1.1. Henry David Thoreau	96
6.1.2. Mahatma Gandhi.....	98
6.1.3. Die Amerikanische Bürgerrechtsbewegung	101
6.2. Definition von Widerstand und zivilem Ungehorsam	103
6.3. Geschichten des Widerstandes – eine andere Perspektive.....	104
6.3.1. Die narrative Perspektive der Familie Olip	104
6.3.2. Von den PartisanInnen bis zur Geschwindigkeitsübertretung.....	108
6.3.2.1. Widerstand gegen das NS-Regime.....	109
6.3.2.2. Ziviler Ungehorsam „1. Akt“: Die deutschnationalen Vereine	110
6.3.2.3. Ziviler Ungehorsam „2. Akt“: Die 1970er Jahre	112
6.3.2.4. Ziviler Ungehorsam „3. Akt“: Die 1980er Jahre	115
6.3.2.5. Ziviler Ungehorsam „vorläufig letzter Akt“: Von den 1990ern bis heute	120
6.4. Gesetzesübertretungen als legaler Widerstand.....	126
7. „DER ANLASSFALL“ - DAS	
VERFASSUNGSGERICHTSHOFSURTEIL UND AUSWIRKUNGEN... 131	
7.1. Die große Lüge mit den Zahlen – Slowenenvertreter verhandeln 30 von	
möglichen 800 Ortstafeln.....	132
7.2. Haider bedient das „Kärntner Modell“	134
7.3. Die „Kreisky-Taktik“: Kommissionen und Konsenskonferenzen.....	137

7.4. Rechtliche Überlegungen.....	146
8. GESCHICHTEN DER KRIMINALISIERUNG UND DIE ROLLE DER MEDIEN	148
8.1. Rechter Bombenterror in Österreich	148
8.1.1. Die kriminalisierten Roma	149
8.1.2. Die kriminalisierten steirischen SlowenInnen	151
8.2. Der Fall Filip Warasch.....	153
8.3. Der Fall Trautl Brandstaller	157
8.4. Der Fall Thomas Pluch und Fritz Lehner	160
8.5. Der publizistische Abwehrkampf in Kärntner Zeitungen seit 1918.....	163
8.6. Der Fall Matija Grah	165
8.7. Der Fall Gerhard Roth	166
8.8. Der Fall Christine Grabner	168
9. DIE UNTERSUCHUNGSMETHODE	169
9.1. Ermittlung des institutionellen Rahmens	169
9.2. Close reading – das intensive Lesen des Textes nach Jacques Derrida	170
9.3. Überprüfung der Rolle der Journalistin und des Journalisten	170
9.4. Untersuchung der politischen Strategien und sprachlicher Besonderheiten des Textes.....	171
9.5. Ermittlung von Besonderheiten in der Sprachstruktur.....	171
9.6. Analyse von politischen Strategien	172
9.7. Journalistische Qualitätsermittlung nach Ulrich Sarcinelli und Rudi Renger .	173
9.8. Hinterfragen der medial konstruierten Wirklichkeit und Narration.....	173
9.9. Ermittlung von Kriminalisierungs- und Ethnisierungsstrategien.....	174
10. DIE UNTERSUCHUNG	175
10.1. Die Suche nach Antworten	175
10.2. Das Mediensample	175
10.2.1. Die „Kleine Zeitung“	176
10.2.2. Die „Neue Kärntner Tageszeitung“	177
10.2.3. Die „Neue Kronen Zeitung“	178
10.2.4. „Der Standard“	178
10.3. Untersuchungszeitraum.....	179

10.4. Kriterien für die Auswahl der Feinanalyse und der Überblicksanalyse.....	181
11. DIE ANALYSE	182
11.1. Die Überblicksanalyse	183
11.1.1. Analyseschritte	183
11.1.2. Die Anwendung der Analyse	183
11.1.3. Interpretation der Ergebnisse.....	215
11.1.3.1. Die „Kleine Zeitung“.....	215
11.1.3.2. Die „Neue Kärntner Tageszeitung“	217
11.1.3.3. Die „Neue Kronen Zeitung“	217
11.1.3.4. „Der Standard“	218
11.2. Die Feinanalyse	219
11.2.1. Die Analyseschritte	219
11.2.2. Die Anwendung der Analyse	219
11.2.2.1. Die „Kleine Zeitung“.....	220
11.2.2.1.1. Auffälligkeiten beim „close reading“	220
11.2.2.1.2. Die Anwendung des Untersuchungsrahmens	225
11.2.2.2. Die „Neue Kärntner Tageszeitung“	229
11.2.2.2.1. Auffälligkeiten beim „close reading“	229
11.2.2.2.2. Die Anwendung des Untersuchungsrahmens	230
11.2.2.3. Die „Neue Kronen Zeitung“	234
11.2.2.3.1. Auffälligkeiten beim „close reading“	234
11.2.2.3.2. Die Anwendung des Untersuchungsrahmens	235
11.2.2.4. „Der Standard“	237
11.2.2.4.1. Auffälligkeiten beim „close reading“	237
11.2.2.4.2. Die Anwendung des Untersuchungsrahmens	238
11.2.3. Interpretation der Ergebnisse der Feinanalyse	240
12. CONCLUSIO.....	242
13. AUSBLICK.....	244
14. LITERATUR- UND QUELLENACHWEIS	246
15. ANHANG	261
A. Texte der Feinanalyse.....	261
B. Zusammenfassung.....	268
C. Lebenslauf	271

Vorwort

Das zivilisatorische Niveau einer Gesellschaft misst sich am Umgang mit ihren Minderheiten. In diesem Sinne sind Minderheitenfragen Gradmesser der Demokratie.¹ Im heurigen EU-Wahlkampf warb im öffentlichen tschechischen Fernsehen eine politische Partei mit der „Endlösung der Zigeunerfrage“.² Eine Partei will im Jahr 2009 die Bevölkerung ganz offen von einer Minderheit „befreien“.

Die Europäische Union proklamierte im Zuge der Aufnahme neuer Mitglieder den nationalen Minderheitenschutz als ein entscheidendes Beitrittskriterium. In der aktuellen Frage des Beitrittes der Türkei zur Europäischen Union wird als Argument für die Ablehnung oft der Umgang des türkischen Staates mit den KurdInnen und ArmenierInnen genannt. Sind die Länder jedoch der Europäischen Union beigetreten, nimmt man es mit dem Schutz von ethnischen Minderheiten nicht sehr genau. Ich weiß aus meiner journalistischen Tätigkeit, dass nach dem Beitritt der Republik Slowenien zur Europäischen Union im idyllischen Örtchen Ambrus, südlich der Hauptstadt Ljubljana, eine Roma-Familie von der Dorfbevölkerung mit Motorsägen vertrieben wurde. Der örtliche Pöbel brannte die Hütten der Familie Strojjan nieder. Dem heraneilenden, bereits schon verstorbenen Staatspräsidenten Janez Drnovšek, der versuchte den Roma zur Seite zu stehen, spuckten die „braven“ EU-BürgerInnen wortwörtlich ins Gesicht. Mir wurde durch Gespräche mit den TäterInnen und Opfern bewusst, dass ein Holocaust, wie unter dem nationalsozialistischem Regime, jederzeit und an jedem Ort der Welt wieder möglich ist.³

Landeshauptmann Luis Durnwalder, der erste Mann in einer der am besten geregelten Minderheitensituation in Europa, in Südtirol, ist ein großer Freund der slowenischen Minderheit in Kärnten / Koroška. Südtirol

¹ BAUMGARTNER/PERCHINIG, 1991, 585

² euwahl09.ORF.at, <http://euwahl09.orf.at/stories/1603533/>, 21.5.2009

³ Heimat, fremde Heimat, 15.4.2007

kritisiert nicht nur öffentlich seine Schutzmacht Österreich ob ihres Umganges mit den Kärntner SlowenInnen, sondern unterstützt die Minderheit auch finanziell – wie z.B. beim Bau des slowenischen Kulturhauses „Kulturni dom“ in Bleiburg / Pliberk. Südtirol hat es durch das Autonomiepaket (1972) geschafft, dass aus der Minderheit – rechtlich – eine Mehrheit wurde. Auf meine Interviewfrage, was das Land mit den Südtiroler Roma zu tun gedenke, die bei einem Brand in ihrer Barackensiedlung ihr ganzes Hab und Gut verloren hatten, antwortete der Südtiroler Landeshauptmann, dass man mitten im Autobahnkreuz bei Bozen / Bolzano einen komfortablen Campingplatz mit Strom und Wasser betonierte habe. Um zu vermeiden, dass die Roma-Kinder auf die rundum liegenden Autobahnen liefen, habe man einen drei Meter hohen Zaun um das Roma-Lager gezogen.⁴

Im Vergleich mit der Situation der Roma in Mitteleuropa ist die der Kärntner SlowenInnen im Jahre 2009 eine weit weniger prekäre. Jedoch trägt der Umgang mit Minderheiten in beiden Fällen die gleiche Handschrift. Wie diese Arbeit zeigen wird, ist es um das zivilisatorische Niveau in unserem Land nicht gut bestellt. Schon Marie von Ebner Eschenbach wusste: das Recht des Stärkeren ist das größte Unrecht.

Danksagung / Hvala:

meinen Eltern, die immer für uns da sind und mir in allem ein Vorbild sind / mojim staršem, ki mi vedno pomagata in sta moj največji vzgled; Ana und Ela Ajda, die sich den Titel „Minimagistra“ verdient haben / Ani in Eli Ajdi, ki sta si zaslužile „minimagistrico“, Rihard für alles / mojemu Rihardu za vse, Tanja, Jurij und Bruder Martin, die mir zur Seite standen als ich der Verzweiflung nahe war / Tanji, Juriju in Martinu, ki so mi pomagali, ko sem že malo obupala, Bruder Michael, der mir in seinem Bildungsdrang ein Vorbild ist / Mihiju, za vso pomoč, Bruder Marko, der mir den Blick von oben eröffnet hat / Markotu, da je zame tu, Lidiji za trdo vero / Niki, die immer fest an mich geglaubt hat, der „Podmornica“, die mich in die Weiten

⁴ Heimat, fremde Heimat, 17.11.1999

und Tiefen der Minderheitenpolitik geführt hat / "Podmornici", ki mi vedno stoji ob strani, Karel und Andreas, die mich mit ihrer Leidenschaft für Politik angesteckt haben / Karelu in Andreasu, ki vedno pokažeta, da je treba še enkrat poizkusiti, der Stickerei, bei der man sich generell zu wenig bedankt / Štikeriji, da ne obupa in nam kaže novo pot und meinen kraftspendenden jungen Freundinnen, die sich freuen, dass ich wieder mehr Zeit habe / Meti in Leji, Hanni in Leni, Eleni in Lari, Dunji in Dani, ki so gotovo vesele, da zdaj lahko spet žuramo!

1. Einleitung

Diese Arbeit soll dekonstruieren, wie die Kärntner Zeitungslandschaft mit den politischen Strategien im Land Kärnten die zweisprachigen Ortstafeln betreffend umgeht. Es soll untersucht werden, wie der slowenische Interessensvertreter Rudi Vouk in seinem Bemühen um die Umsetzung des Urteiles des Verfassungsgerichtshofes vom 13.12.2001 von Politik und Medien inszeniert wird.

Im theoretischen Teil der Arbeit wird der Umgang der Kärntner Politik seit dem österreichischen Staatsvertrag und die widerständische Reaktion der Kärntner SlowenInnen dekonstruiert. In einem weiteren Kapitel wird auch die Frage der Reziprozität zwischen Slowenien und Österreich behandelt.

Im Kapitel „Der Anlassfall“ wird die Genesis von Entstehung des Verfassungsgerichtshofsurteils die zweisprachigen Ortstafeln betreffend bis zu den politischen Reaktionen beleuchtet. Im Kapitel „Geschichten der Kriminalisierung“ werden Beispiele und vorhergehende Untersuchungen zum Thema der politischen und medialen Kriminalisierung von AkteurInnen, die sich für die Rechte der österreichischen Volksgruppen und im Besonderen für die Kärntner SlowenInnen einsetzen, thematisiert.

Kommunikationstheorien von Ulrich Sarcinelli und Rudi Renger, Kommunikationsansätze aus den Cultural Studies sowie die interkulturellen wissenschaftlichen Ansätze nach Wolf-Dietrich Bukow und Vladimir Wakounig sind Grundlage des interdisziplinär zusammengesetzten Untersuchungsinstrumentariums. Im Untersuchungszeitraum vom 13.12.2001, an dem der Verfassungsgerichtshof über die zweisprachige Topographie entschieden hat, bis zum 14.10.2008 werden Texte, die durch die Eingabe des Begriffes „Rudi Vouk“ in der Suchmaschine der Austria Presseagentur ermittelt wurden, aus der „Kleinen Zeitung“, der „Neuen Kronen Zeitung“, der „Neuen Kärntner Tageszeitung“ und der Tageszeitung „Der Standard“ untersucht.

2. Das Erkenntnisinteresse

Sowohl als Staatsbürgerin, als Kärntner Slowenin, als Journalistin und in letzter Konsequenz als Forscherin stellt sich seit Dezember 2001 die Frage, wie es möglich ist, dass ein Urteil eines Höchstgerichts einfach ignoriert wird. Sowohl die Politik als auch die Politik vermittelnde Presse liefern nun seit Jahren Erklärungsversuche, warum in Südkärnten die laut Verfassungsspruch anzubringenden zweisprachigen Ortstafeln nicht aufgestellt werden. Zu lesen war über die „Verrückungen“ von Ortstafeln, das Schildcheneinschrauben in dieselben und den „rasenden Rechtsbrecher Rudi Vouk“. Schon bei erster Lektüre der Artikel und Rezeption von Interviews drängt sich der Eindruck auf, dass in diesem Zusammenhang etwas aus dem Lot geraten war und ist. Nun sind mittlerweile über sieben Jahre vergangen, seit der Verfassungsgerichtshof die 25-Prozent-Klausel aufgehoben hat. In dieser Arbeit wird der Versuch unternommen, auf die folgenden Forschungsfragen eine Antwort zu finden.

2.1. Die Forschungsfragen

- Wie ist es möglich, dass ein höchstrichterlicher Entscheid ignoriert und nicht umgesetzt wird?
- In welcher Tradition des Umganges mit den Kärntner SlowenInnen und den ihnen zustehenden Rechten steht diese Ignoranz?
- Welche politischen Strategien von Bund und Land stehen dahinter?
- Wie reagiert die Minderheit durch die Jahrzehnte auf die Politik der Machthaber im Land?
- Wie agieren und reagieren die ProtagonistInnen auf der Mehr- und Minderheitsseite in diesem Konflikt?
- Wie wird diese Thematik medial transportiert?
- Werden dabei die dem Journalismus zu Gebote stehenden Kriterien angewandt?
- Wie wird Information vom Medium verarbeitet?

- Ist der Tatbestand der Kriminalisierung von AkteurInnen im Ortstafelstreit gegeben?

2.2. Das theoretische Fundament

Um diese Forschungsfragen zu beantworten, erwies es sich als zielführend, die Kommunikationstheorien der journalistischen Politikvermittlung nach Ulrich Sarcinelli sowie Rudi Renger mit den Analysekategorien der kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger und dem Erhebungsinstrumentarium von politischen Strategien – erstellt von der Forschergruppe Florian Menz, Johanna Lalouschek und Wolfgang U. Dressler – interdisziplinär zu kombinieren.

Der Themenkomplex des Verhältnisses zwischen Kärntner SlowenInnen und der Politik soll durch Ansätze aus den Kulturwissenschaften, im Speziellen der Denkansätze der Dekonstruktion und Narration transparent gemacht werden. Diese Kombination aus Kommunikationstheorien und Ansätzen aus den Cultural Studies scheint das geeignete Rahmenkonzept für diese Arbeit zu sein.

2.2.1. Die Kommunikationstheorien

Ulrich Sarcinelli geht davon aus, dass jedes demokratische System Vermittler zwischen PolitikerInnen und BürgerInnen braucht, eine „Fähre“, welche die Politik den WählerInnen vermittelt. Politik ist nicht mehr „auf den ersten Blick“ zu durchschauen. Sie wird von speziellen Fachmännern und Fachfrauen aufbereitet, um dann in der Öffentlichkeit über die Medien „aufgeführt“ zu werden. So übernehmen die Massenmedien die Rolle des Vermittlers der Politikinszenierung, die wichtiger wird als die eigentlich zu transportierenden Inhalte.⁵

⁵ SARCINELLI, 1987, 19

Ulrich Sarcinelli postuliert vier Kriterien, die für die Politikvermittlung in einer Demokratie notwendig sind:

„1. Der Zugang zum Informations- und Kommunikationssystem darf nicht exklusiv sein. Politikvermittlung muss deshalb insgesamt aus einer Vielzahl von Quellen gespeist sein (Zugangspluralität und -offenheit);

2. Politikvermittlung muss inhaltlich eine Vielfalt an Informationen bieten und damit eine Pluralität politischer Richtungstendenzen widerspiegeln (richtungspolitische Pluralität);

3. Politikvermittlung muss einen abgestuften Differenzierungsgrad aufweisen, also ein differenzierendes Anspruchsniveau haben, um unterschiedliche Adressaten und „Teilöffentlichkeiten“ (Franz Ronneberger) zu erreichen (Pluralität von Komplexitätsgraden);

4. Schließlich darf Politikvermittlung, will sie demokratischen Ansprüchen gerecht werden, keine einseitig gerichtete Elite-Bürger-Beziehung sein. Sie muss auch offen sein für Informationsaustausch und Interessensvermittlung vom Bürger zur politischen Führung (kommunikative Basisrückkoppelung).“⁶

Eine möglichst aus vielen Quellen gespeiste, viele politische Meinungen transportierende, für jeden Interessierten zugängliche und auch die Meinung der RezipientInnen transportierende Art von Informations- und Politikvermittlung soll die BürgerInnen befähigen, möglichst eigenständig politische Urteile zu fällen. Wobei der Rezipientin und dem Rezipienten klar sein sollte, dass inhaltsanalytische Studien zeigen, dass es völlig falsch wäre, die von Massenmedien vermittelte Realität mit der konkreten politischen Wirklichkeit gleichzusetzen. Sie bilden keine Realität ab, sondern sie konstruieren sie.⁷

⁶ SARCINELLI, 1987, 23

⁷ SARCINELLI, 1987, 25

Ulrich Sarcinelli analysiert, dass die Massenmedien zu „Durchlaufstationen“ verkommen, die von den Public Relation Agenturen der PolitikerIn geleitet werden: *“Der Akteur wird zum Vermittler, zu seinem eigenen Interpreten und der Journalist zum Mitpolitiker ohne politisches Mandat.”*⁸

Welche Nachrichten es in die Zeitung schaffen, unterliegt einem Auswahlprozess, der sich durch die Fülle von Informationen erschwert. Jene Nachrichten, die es in die Zeitung schaffen, bekommen dadurch ein überproportionales Gewicht. Die Platzierung in der Zeitung kann diesen Umstand noch multiplizieren. Nach Ansätzen der mathematischen Informationstheorie steigt mit der Zahl der möglichen Varianten der Informationswert der Nachricht. Um als qualitatives Medium zu gelten, muss überprüft werden, nach welchen Kriterien die Nachrichten ausgesucht werden, ob sie relevant sind, was als aktuell empfunden wird, ob die Recherche für die RezipientInnen nachvollziehbar ist und ob diese nach allen Richtungen erfolgt. Schlussendlich kann auch noch beurteilt werden, welche ästhetischen und technischen Formen für die Produktion des Medieninhaltes gewählt wurden.⁹

Der Umstand, dass aus einer fast unüberblickbaren Menge von Informationen eine Auswahl getroffen werden soll, steigert natürlich auch den Bedarf an idealtypischen MedienmacherInnen, von den HerausgeberInnen bis zu den JournalistInnen. Die Qualitätskriterien für JournalistInnen orientieren sich seit Ende des 20. Jahrhunderts global am angelsächsischen Journalismusverständnis. Demnach wird von der Journalistin / dem Journalisten erwartet, dass sie über ein breites Allgemeinwissen verfügen und die Fähigkeit besitzen, sich rasch Spezialkenntnisse anzueignen. Ausgestattet mit politischem Bewusstsein, die handwerklichen Fähigkeiten beherrschend, kommunikativ, kompetent und professionell, soll die Journalistin / der Journalist Selbstvertrauen

⁸ SARCINELLI, 1987, 25f.

⁹ FABRIS in RENGER/SIEGERT, 1997, 81

ausstrahlen und ehrlich sein. Vor allem wird erwartet, dass MedienmacherInnen Autonomie gegenüber den Mächtigen in der Politik und Wirtschaft beruflich und privat leben, um – wenn nötig – als Korrektiv agieren zu können.¹⁰

Die Untersuchung soll überprüfen, ob der Tatbestand von Ulrich Sarcinelli zutrifft, dass Redaktionen zu Handlangern der Politik verkommen sind und ob JournalistInnen den MachthaberInnen oder der Mehrheitsmeinung genehme journalistische Arbeit leisten, deren Endprodukt sich von den Presseaussendungen der regierenden PolitikerInnen nicht unterscheidet.

2.2.2. Die analytischen Kategorien von Menz, Lalouschek und Dressler

Bei der Materialsammlung für diese Arbeit wurde evident, dass es vorhergehende Studien gibt, die den medialen Umgang mit Personen, die sich mit der Minderheitenfrage in Kärnten befasst haben, untersuchen. In Kapitel 8 wird noch genauer auf die Untersuchungssettings und -ergebnisse eingegangen.

Eine Studie von Florian Menz, Johanna Lalouschek und Wolfgang U. Dressler – erschienen unter dem Titel *„Der Kampf geht weiter“* – befasst sich mit dem *„publizistischen Abwehrkampf Kärntner Zeitungen seit 1918“*.¹¹

Die analytischen Kategorien, die vom ForscherInnenteam erarbeitet wurden, sollen auch in dieser Untersuchung Aufschluss darüber geben, welche Strategien bei der medialen Bearbeitung der Folgen des Verfassungsgerichtshofserkenntnisses aus dem Jahr 2001 verfolgt wurden.

¹⁰ FABRIS in RENGER/SIEGERT, 1997, 81

¹¹ MENZ et al., 1989

In der sprachwissenschaftlichen Studie sind drei Dimensionen für die Analyse der Zeitungstexte von Bedeutung:

- die sprachliche Ebene des Textes (Wortschatz / Syntax)
- die Strategien der Argumentation
- die Strategien, wie mögliche Vorurteile präsentiert werden.¹²

Die Argumentationsstrategien werden dann einer weiteren Überprüfung unterzogen. Es gilt zu ermitteln, ob bei den zu untersuchenden Texten auf bestimmte Strategien – z.B. der Täter-Opfer-Umkehr oder Verharmlosung – zurückgegriffen wird.¹³

Die Studie der ForscherInnengruppe Menz / Lalouschek / Dressler mündet im Ergebnis, dass es sich in Kärnten um eine „geschlossene, minderheitenfeindliche Diskurswelt“¹⁴ handelt, die von der untersuchten Kärntner Presse immer aktiviert wird, wenn von den Rechten der Minderheit Kärntens die Rede ist. Es gilt zu überprüfen, ob diese Conclusio mit den Untersuchungsergebnissen dieser Arbeit übereinstimmt.

2.3. Narration, Dekonstruktion und Ethnisierung in den Cultural Studies

Das wissenschaftliche Verfahren der Dekonstruktion erscheint für dieses kommunikationswissenschaftliche Vorhaben als das geeignete Instrument, da die Dekonstruktion auch in der journalistischen Arbeit die Grundvoraussetzung der Recherche ist. Das Abtragen von Bedeutungsschichten der präsentierten und zu kommentierenden Realität sowie die Betrachtung von Sachverhalten aus jeder erdenklichen Perspektive, wie das ständige Hinterfragen von Wirklichkeiten und vorgefassten Meinungen, müssen schlussendlich zu einer neuen Sicht der zu untersuchenden Wirklichkeit führen. In jedem Fall ist die

¹² WODAK/DE CILLIA in MENZ et al., 1989, 36

¹³ MENZ et al., 1989, 39ff.

¹⁴ MENZ et al., 1989, 205

Dekonstruktion – die zum Beispiel zeigen wird, dass Geschichte eine Narration ist und dass Begriffe wie „die echten Kärntner“ und die „rasenden Slowenen“ willkürliche Zuweisungen sind – eine zielführende Methode, um die Situation in Kärnten näher zu betrachten.

2.3.1. Der Cultural Studies Approach

Der Cultural Studies Approach wird nach dem Wissenschaftstheoretiker Lawrence Grossberg nie von einem theoriwissenschaftlichen Zugang bestimmt.¹⁵ Die zu untersuchende Materie bestimmt, welche wissenschaftlichen Methoden am besten zu einem genaueren Erkennen der Untersuchungsobjekte führen können. Diese wissenschaftlichen Instrumente müssen von der Forscherin / dem Forscher gefunden werden, um sie dann aufeinander abzustimmen. Erst der Kanon verschiedener Ansätze garantiert eine passende Untersuchungsform.¹⁶

„I'm not interested in theory, I am interested in going on theorizing”¹⁷, erklärte der englische Wissenschaftler Stewart Hall, dem es bis heute ein Anliegen ist, die Wissenschaft aus dem gläsernen Palast zu locken und sie der Masse zugänglich zu machen.¹⁸ So hat Hall wissenschaftliche Arbeit als gesellschaftlich notwendig gesehen, um mit Hilfe ihrer Erkenntnisse eine gerechtere Normalität und Wirklichkeit zu schaffen. Um die Vielfalt an Perspektiven zu maximieren, werden Theorien *„quasi als Ressourcen eingekauft“*.¹⁹ Sie werden verändert, angepasst oder wieder verworfen, bis die Tragfähigkeit einer Hypothese erbracht werden kann oder auch nicht. In diesem Prozess werden die Theorien in neuen Zusammenhängen artikuliert.

¹⁵ GROSSBERG in CULTURAL STUDIES, 1994, 29

¹⁶ GROSSBERG in CULTURAL STUDIES, 1994, 28

¹⁷ Zit. n. ANG in SEITER et al., 1989, 110

¹⁸ Stewart Hall hielt wissenschaftliche Vorlesungen im Radio. Gewünschte Zielgruppe waren ArbeiterInnen.

¹⁹ WINTER in HEPP/WINTER, 1997a, 47ff.

Sowohl bei der Wahl des theoretischen Rahmens dieser Arbeit als auch bei der Wahl der Untersuchungsmethode hat sich die Idee von Stewart Hall, verschiedene Theorien als Instrument am Wege zu Erkenntnissen anzuwenden, als äußerst hilfreich erwiesen. Die Konfrontation von hypothetischen Annahmen mit schon erbrachten wissenschaftlichen Vorleistungen (Basisarbeit) erlaubt es, in der Arbeit auf anderem Niveau anzusetzen und zusätzliche Aspekte – interdisziplinär eingebettet – in Betracht zu ziehen.

2.3.1.1. Codieren und Decodieren

Der Ansatz der Kulturwissenschaften in der Journalismus- und Kommunikationsforschung postuliert die Kritik am traditionellen Transmissionsmodell. Für die Kulturwissenschaften kann Kommunikation nicht auf die Funktionen des Sendens und Empfangens von Text beschränkt werden. Man geht davon aus, dass sich die Beteiligten im Kommunikationsprozess mit dem Kommunikationsinhalt auseinandersetzen, ihn verarbeiten und rekonstruieren. In traditionellen Vorstellungen bringt die Empfängerin / der Empfänger den Medieninhalt mit einer Realität in Verbindung, die schon vor allen Tatsachen vorhanden war und versteht somit den Text. *„Diese Sichtweise impliziert, dass das massenmediale Bild der Wirklichkeit unvermeidbar nur in Begriffen der ‚Repräsentationsqualität dieser Realität‘ gemessen werde.“*²⁰

Die Kulturwissenschaften gehen von einer Codierung und Decodierung als Lesart der Wirklichkeit aus. Es ist nicht nachzuvollziehen, welche Inhalte, warum, in welcher Form, zum Beispiel in einer Zeitung erscheinen. *„So wird in institutionalisierten Prozessen der Medienproduktion Bedeutung zwar in diskursiven Formen codiert, diese konstituieren aber kein geschlossenes ideologisches System, sondern beinhalten auch die Widersprüche und Produktionsprozesse (z.B. Spannungen zwischen*

²⁰ ZOONEN, 1996, 36; vgl. RENGER, 2000, 339

kreativen JournalistInnen und marketingorientierten ManagerInnen)“.²¹ Die RezipientInnen können, aber müssen nicht die vom Medienunternehmen produzierte Meinung übernehmen. So kann die codierte Botschaft auf ganz andere Weise decodiert werden.²²

2.3.1.2. Die Rolle der RezipientInnen

Vor allem die Rolle der RezipientInnen wurde von den Kulturwissenschaften neu gedacht. Die Empfängerin oder der Empfänger von medialen Botschaften beschränkt sich nicht darauf, mediale Botschaften anzunehmen oder abzulehnen. Sie oder er interpretiert die Botschaften je nach Sozialisation, kulturellem Background und Lebenserfahrung. Stewart Hall unterscheidet zwischen drei „*reading positions*“²³, welche die Rezeption der LeserInnen beschreiben. Bei der „*Vorzugslesart – dominant-hegemonic position*“ übernehmen die RezipientInnen vollständig die Ideologie des Textes und die dadurch ausgelösten Konnotationen. „*Die Botschaften werden affirmativ gelesen.*“ Wenn die RezipientInnen die Inhalte in Beziehung mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen setzen, jedoch die „dominante Definition von Situation“ akzeptieren, spricht Hall von der „*ausgehandelten Lesart – negotiated position*“. Bei der „*oppositionellen Lesart – oppositional position*“ verstehen die LeserInnen, was nach Meinung der MedienmacherInnen transportiert werden soll, lehnen diese Vorzugslesart jedoch ab und geben dem Text durch ihre Opposition eine völlig konträre Bedeutung.

Die neue Sicht auf die Rolle der SeherInnen und LeserInnen erklärt die Reaktionen der RezipientInnen, besprochen unter dem Titel „Geschichten der Kriminalisierung“.²⁴ Während ein medialer Text bei einer Rezipientin / einem Rezipienten Begeisterung auslösen kann, veranlasst er bei anderen, kriminalisierende Leserbriefe zu schreiben.

²¹ HALL in HALL et al., 1990a, 136

²² Vgl. HALL in HALL et al., 1990a, 136ff.

²³ HALL in HALL et al., 1990a, 136ff.

²⁴ Vgl. Kap. 8

2.3.1.3. Mediale Duplizierung der konstruierten Wirklichkeit

Mediale Inhalte sind keine Spiegelung der Wirklichkeit. Sie konstruieren neue Realitäten, die gesellschaftliche Wunschvorstellungen, Symbole und Ängste zeigen und haben eine sowohl rituelle als auch mythische Bedeutung. Diese neu geschaffenen Wirklichkeiten spiegeln die Machtverhältnisse, welche die gesellschaftlichen Diskurse bestimmen, wider.²⁵

Dass Wirklichkeit konstruiert wird und dass diese Realitätsstiftung durch die mediale Berichterstattung dupliziert wird, spielt in dieser Untersuchung eine entscheidende Rolle. In der „Kärntner Realität“ wird davon ausgegangen, dass alles einer essentialistischen Ordnung folgt und es schon immer so war, dass beispielsweise die slowenische Minderheit unberechtigt maßlose Forderungen stellt. Ob die mediale Berichterstattung ihrer Aufgabe der Dekonstruktion in Kärnten gerecht wird, zeigen Untersuchungen in der Vergangenheit und werden auch in dieser Arbeit einer Überprüfung unterzogen.

Dass Medien sich auf bestehende, durch die Machtstrukturen bestimmte gesellschaftliche Diskurse stützen und diese nur in Ausnahmefällen hinterfragen, erklärt Rudi Renger von der Universität Salzburg, indem er ein Ergebnis einer Diskursanalyse des Nachrichtenjournalismus von Teun A. van Dijk zitiert, das besagt, dass die Menschen sich das am besten merken, was sie schon wissen. Besonders erfolgreich ist der mediale Inhalt, wenn er individuell bestehende Stereotypen der Rezipientin oder des Rezipienten bestätigt.²⁶

²⁵ Vgl. WINTER in HEPP/WINTER, 1997a, 370

²⁶ RENGER, 2000, 339

MedienmacherInnen berufen sich auch oft darauf, zu wissen, was ihre RezipientInnen lesen wollen. So hat Stewart Hall so genannte „*preferred meanings*“²⁷ in den Medienbotschaften lokalisiert, d.h. vorgegebene Interpretationsrahmen, die von den MedienmacherInnen gezielt im Produkt untergebracht werden. So werden die als Nachricht selektierten Sachverhalte willkürlich mit einer ideologischen Überlegung oder mit z. B. einem Verbrecherfoto in Verbindung gesetzt, um so bei den LeserInnen die gewünschte Affirmation ihrer eigenen Meinung oder die von MachthaberInnen beabsichtigte Reaktion zu erlangen. Das so geschnürte Paket wird den RezipientInnen nicht aufgezwungen, es wird ihnen aber angeboten. Wobei die Leserin und der Leser sich nicht frei entscheiden können, ob sie das Paket annehmen oder nicht, da sie nicht ermächtigt sind, die Hintergründe zu durchschauen. Die Macht darüber, wie und in welchen Zusammenhängen Inhalte in Medien mit welchem Sinn belegt werden, ist sehr weitreichend, jedoch *„da in allen Texten stets ein bestimmter Gestaltungswille seitens der Produzenten angelegt ist, existieren durchaus Grenzen der Interpretation“*.²⁸

Die Überlegungen von Stewart Hall und Rainer Winter sind äußerst hilfreich, wenn man die mediale Berichterstattung über den Kärntner Slowenenvertreter Rudi Vouk im Zusammenhang mit dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes aus dem Jahr 2001 zu den zweisprachigen topographischen Aufschriften betrachtet. Es gilt in der Untersuchung zu klären, inwiefern und in welcher Form durch die Machtstrukturen gesteuerte „*preferred meanings*“ beim Codieren der Presstexte durch die Zeitungen realisiert wurden. Die Dekonstruktion der Machtverhältnisse in Kärnten, vorausgehende wissenschaftliche Untersuchungen zur medialen Berichterstattung über Themen der SlowenInnen sowie die mediale Bearbeitung der von der Politik lancierten Wirklichkeiten sollen helfen, hinter die Kulissen der Codierung durch die Kärntner Medien zu blicken.

²⁷ HALL in HALL et al., 1990a, 134

²⁸ WINTER in HEPP/WINTER, 1997a, 51 und RENGER, 2000, 361

2.3.1.4. Theorien der interkulturellen Kommunikation

Die Minderheitensituation in Kärnten verlangt es, dass die wissenschaftliche Betrachtung auch das Feld der interkulturellen Kommunikation, die in Europa eine relativ neue Untersuchungsrichtung ist, mit einbezieht. Die Erforschung der interkulturellen Kommunikation wird gegenwärtig hauptsächlich betrieben, um den Fragen der globalen und lokalen Migrationssituationen begegnen zu können. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass das Zusammenleben von Kulturen oder Sprachgruppen, ob es sich dabei nun um MigrantInnen oder Volksgruppen handelt, im Prinzip den gleichen Gesetzmäßigkeiten folgt. So bedeuten die Erkenntnisse der interkulturellen Forschung auch einen Qualitätssprung für das Verstehen der Minderheitensituationen in Österreich.

Die neue Erkenntnis der Cultural Studies macht verständlich, dass es sich bei dem, was wir als Kultur begreifen, nicht um ein starres Gebilde handelt, in das die / der Einzelne hineingeboren wird und ihr nie wieder entfliehen kann. Der Begriff der Kultur bezeichnet gelebte Absprachen von einer Gruppe von Menschen, die sich bewusst oder unbewusst auf das Fortfahren von gewissen kommunikativen Praktiken verstanden haben. Eine Verständigung, die durch die tägliche kulturelle Performanz der Einzelnen lebt. Kultur ist „*ein veränderbares Modell von Gruppenverhalten.*“²⁹

Der strukturalistische Linguist Ferdinand de Saussure sieht den Menschen nicht als ureigensten Autor seiner Aussagen. Stewart Hall meint in Anlehnung an die Theorien von Saussure: „*Um Bedeutungen zu produzieren, können wir Sprache nur benutzen, indem wir uns nach den Regeln der Sprache und den Bedeutungen unserer Kultur positionieren. Sprache ist ein gesellschaftliches, kein individuelles System. Ihre Existenz geht uns voraus.*“ So ist Sprache nicht nur Ausdruck von Ideen, durch sie

²⁹ Vgl. HALL in COLLINS et al., 1986, 39

werde gleichzeitig der „*weite Spielraum an Bedeutungen*“ aktiviert, „*die bereits in unserem sprachlichen und kulturellen System eingebettet sind.*“³⁰ Die verschiedenen sprachlichen Ausprägungen sind Hauptmerkmale von kulturellen Gruppierungen. Verliert eine kulturelle Gemeinschaft ihre Sprache, folgt dem meist ihre Auflösung. Minderheiten benutzen Sprache nicht nur zum Zwecke der Kommunikation, für sie ist sie viel mehr Identifikationsmerkmal und stiftet – meist in ihren regionalen Ausprägungen – Identität.

Kommunikation als „*symbolisch vermittelnde Interaktion*“ verbindet in unserem Kulturkreis in erster Linie über Sprache, aber auch über Gesten, Zeichen und Symbole die PartnerInnen, welche sich an diesem Prozess beteiligen. Verfügen die AkteurInnen über ein gemeinsames „*Symbolsystem*“, hat die Kommunikation mehr Chance, dass „*wechselseitig vorrätige Bedeutungen ins Bewusstsein*“ gerufen werden und auch neue Bedeutungen entstehen können. Sind die gemeinsamen Grundvoraussetzungen nicht gegeben, kann es im medialen Zusammenspiel oft zu Missverständnissen kommen. Denn die Kultur als Zusammenspiel aller ihrer TrägerInnen bestimmt nicht nur, wie miteinander kommuniziert wird, sondern auch, was als „normales Verhalten“ akzeptiert wird.³¹

Die Rolle der Medien besteht in diesem Zusammenhang darin, diese kulturellen Systeme miteinander zu verbinden. Mit dem Einsatz von Sprache, Symbolen und Bildern muss in einer interkulturellen Situation sorgsam umgegangen werden, da diese Kommunikationsmittel jeweils kulturelle Manifestationen der einzelnen Gruppen beinhalten. Durch die mediale Inszenierung werden Bedeutungen verändert und können so zum Konfliktherd heranreifen.³² Vorausgehende Untersuchungen zeigen, dass sich nicht nur die Politik, sondern auch die MedienproduzentInnen in Kärnten sehr bewusst für eine bestimmte Strategie im Umgang mit

³⁰ HALL in HALL, 1994, 196

³¹ LUGER in RENGER/SIEGERT, 1997, 318

³² LUGER in RENGER/SIEGERT, 1997, 328f.

Themen, die die slowenische Volksgruppe betreffen, entscheiden. Es bleibt zu durchleuchten, ob sich im Zusammenhang mit der zu untersuchenden Materie die Zeitungen für eher Konflikt vermindernde oder Konflikt schürende Strategien entschieden haben.

2.3.2. Der Prozess der Ethnisierung

Der Soziologe Wolf-Dietrich Bukow hat in einer Weiterentwicklung des „Labeling Approach“ nach Tannenbaum, der besagt, dass bestimmte Haltungen und Taten zum Vorschein kommen, nicht weil sie physiologisch oder psychologisch im Menschen angelegt sind, sondern weil sie durch Reaktionen der Umwelt provoziert werden,³³ den Prozess der Ethnisierung als neue Spielart des Rassismus ausgemacht. Bukow in seiner Definition: *„Eine Ethnisierung im engeren Sinn setzt ein, wenn die Resultate der bislang abgewickelten Prozesse wesentlich und damit unentrinnbar auf den Begriff gebracht und mit entsprechenden Deutungsmustern untermauert werden.“*³⁴

Ethnisierung ist die Theorie des Etikettierens. Ein marginales Zeichen wird zum Wesensmerkmal eines Menschen oder einer Gruppe gemacht. Ethnische Besonderheiten, die in unserem soziokulturellen Umfeld eigentlich eine Sache der / des Einzelnen sein müssten, werden *„in der Regel von Einheimischen aus dem eigenen Traditionsfundus entnommen oder notfalls auch neu geschaffen und dann kunstvoll arrangiert genau adressiert und dabei kulturell und politisch aufgeladen.“*³⁵

So werden einzelne Menschen, die zum Beispiel den gleichen kulturellen Background haben, zu einer abgesonderten ethnischen Gruppe stilisiert. *„Ethnizitäten werden postuliert.“*³⁶ Diese Stigmatisierung einer Gruppe hat auch Auswirkungen auf die Mehrheitsgesellschaft. Aus den

³³ LAMNEK, 1979, 219

³⁴ BUKOW, 1996, 64

³⁵ BUKOW, 1996, 65

³⁶ BUKOW, 1996, 65

„Einheimischen“ werden z.B. in Kärnten „die Deutschen (slowenisch: nemci) oder die Deutschsprachigen“, ausgestattet mit den *„territorialen Rechten und schließlich nationalstaatlichem Habitus. Das Einheimische stilisiert sich allmählich zu einem Staatswesen mit entsprechenden exklusiven Rechten.“*³⁷

Gesellschaftlich bedeutet diese Stigmatisierung und ihre Auswirkungen, dass sowohl die Mehrheits- als auch die Minderheitsbevölkerung in *„eine Dynamik des Ein- und Ausgrenzens sowie der ethnischen Fremd- und Eigenidentifikation gerät.“*³⁸

Die aus der gesellschaftlichen Normalität Ausgegrenzten, durch ein beliebiges Merkmal Stigmatisierten, reagieren auf die Willkür, nicht indem sie nach den Theorien von Judith Butler dieses Rollenangebot der ethnischen Zuweisung annehmen, ignorieren und eine andere Variante performieren, sondern sie besetzen den ihnen zugewiesenen Platz, indem sie ihre ethnische Herkunft als wichtigstes identitätsstiftendes Merkmal aufwerten. *„Bald dreht sich alles ums Eigene, um kontrafaktische Besonderheiten.“*³⁹ *Die Vergangenheit wird nach identitätsstützenden Momenten geradezu abgesucht werden. Schließlich wird so etwas wie eine „ethnic redefinition“ inszeniert.“*⁴⁰

Für diese Arbeit spielt die Bukow'sche Theorie der Ethnisierung, die von dem Erziehungswissenschaftler Vladimir Wakounig konsequent auf die Situation in Südkärnten umgelegt wurde, eine entscheidende Rolle. Denn dieser wissenschaftliche Ansatz ist geeignet zu dekonstruieren, wie es möglich ist, dass aus einer kleinen Sprachgruppe eine „nationalistische, terroristische, kommunistische, verräterische, unersättliche Gefahr“ für das nationale Heil in Kärnten gemacht wurde. Weiters kann man mit dem Begriff der Reethnisierung, wie auch am Beispiel der Konstantinopler

³⁷ BUKOW, 1996, 64ff.

³⁸ BUKOW/LLARYORA, 1988, 63

³⁹ vgl. BUTLER, 2002, 301ff.

⁴⁰ BUKOW/LLARYORA, 1988, 65

Griechen gezeigt wird (vgl. Kapitel 4.1.), die Reaktionen von Minoritäten auf Stigmatisierung bis hin zur Deportation erklären.

2.3.3. Die Narration

Die Kulturwissenschaften gehen davon aus, dass Wirklichkeit etwas Konstruiertes ist. Die Narration – wie etwas erzählt wird und auf welche Art Geschichten von Mensch zu Mensch und von Generation zu Generation weitergegeben werden – spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Theorie der Narration ist für diese Arbeit bedeutend, da in der Auseinandersetzung zwischen Minderheit und Mehrheit in Kärnten fast durchgehend mit „seit jeher gültigen Wahrheiten“ hantiert wird. In diesem Zusammenhang muss man sich in Erinnerung rufen, dass die Gründung von Nationalstaaten ein Versprechen von Woodrow Wilson war. Der amerikanische Präsident präsentierte nach dem Ersten Weltkrieg einen politischen Vorschlag, der den Frieden in Europa sichern sollte. Um Gerechtigkeit bemüht, versuchte Wilson jeder Nation ihren Staat zuzubilligen.⁴¹ Da jedoch in den neu gegründeten Staaten verschiedene Ethnien beheimatet waren, ist das „Wilson-Dekret“ auch gleichzeitig die Geburtsstunde der europäischen Minderheiten und des Konflikts um sie. *„Nationale Minderheiten stören das Selbstverständnis der Staaten, die sich dem ethnischen Homogenitätsprinzip verpflichtet fühlen“.*⁴²

Dieser Bedrohung wussten die Nationalstaaten Einhalt zu gebieten. Vor allem, welche Bilder und Mythen an die nachfolgenden Generationen übermittelt werden durften, wurde streng reglementiert. *„Was erzählt werden darf, wie erzählt werden darf, wird immer von der Macht festgelegt. Die Macht bestimmt, welche Erzählungen bevorzugt und welche unterdrückt werden. Sie bestimmt, welche als wahr und welche als falsch zu gelten haben. Mehr noch, sie definiert, auf welche Probleme und Fragen die Erzählungen eine ‚wahre‘ Antwort bieten müssen.“*⁴³

⁴¹ Vgl. WAKOUNIG, 2006, 47

⁴² WAKOUNIG, 2006, 51

⁴³ LARCHER in LARCHER et al., 2005, 168

In Kärnten wird bis heute mit Erzählungen, Bildern und Mythen agiert. Dies kann man sowohl auf der Seite der Mehrheit als auch seitens der Minderheit verfolgen. Von der Geschichte der Volksabstimmung und der Bedrohung durch die PartisanInnen bis hin zum Bild der im Lager inhaftierten Kärntner SlowenInnen sind diese Bilder und Geschichten identitätsstiftend: *„Sie haben für die jeweilige Gruppe eine Identitätslogik, die das Identische vom Nicht-Identischen trennt und nur jene Sichtweisen zulässt, die die Konstruktion und den Erhalt des jeweiligen ethnischen Kollektivs sichert.“*⁴⁴

Das nationale kollektive Gedächtnis – vermittelt als Diskurs, der durch das Bildungssystem und die Medien genährt wird – ist der Stoff, aus dem Identität mitkonstruiert wird. Der Nationalstaat als relativ neue Erfindung wurde durch die Schaffung der Europäischen Union – des größten Friedensprojektes – wieder zurückgenommen. Jene, die Interesse an der Entstehung und dem Erhalt der Nationalstaaten hatten, von der Rüstungsindustrie bis hin zur Macht im jeweiligen Staat, platzieren die Narrationen, durchtränkt mit Abgrenzungskämpfen, ethnischer Symbolik und dem Kampf für die Exklusivität der eigenen Sprache und Tradition so geschickt, dass die Menschen meinen, dass, wenn sie darauf verzichten, sie einen Teil ihres Ichs, ihrer Identität aufgeben müssen. Nachdenklich stimmt die Dekonstruktion, dass ethnische, oft bewaffnete Auseinandersetzungen Folge des Machthungers Einzelner sind und dass die Individuen den Rattenfängern mit ihren narrativen Melodien von Generation zu Generation verfallen.

So ist die Geschichtsschreibung eine Sache, die rein von den Herrschenden geschrieben wird und von jenen, die nicht gesellschaftlich sanktioniert werden wollen, aufgesogen wird. Es wird nur eine Sicht der Dinge transportiert. Dazu meint Stewart Hall: *„Es gibt keine andere Geschichte als die, die das Abwesende und das Verschwiegene mit dem,*

⁴⁴ WAKOUNIG, 2006, 18

*was gesprochen werden kann, zusammenführt.*⁴⁵

Es ist Aufgabe dieser Arbeit, die interethnische Situation in Kärnten aus möglichst vielen Blickwinkeln zu betrachten. Neben vorausgegangenen Untersuchungen, Beispielen und Vergleichen mit anderen Minderheitssituationen, Zitaten wissenschaftlicher ExpertInnen, Berichten der Austria Presseagentur und der österreichischen Zeitungen und Magazine, sollen auch Interviews, die in der 20-jährigen journalistischen Tätigkeit der Autorin dieser Arbeit im Rahmen des ORF-Magazins „Heimat, fremde Heimat“ zu diesem Thema geführt und transkribiert wurden, eine weitere Sicht auf die zu untersuchende Thematik bieten. Es scheint vor allem wichtig, auch jene zu Wort kommen zu lassen, die eine weitere Perspektive der Wirklichkeit anbieten können.

2.3.4. Die Dekonstruktion

Schicht um Schicht abtragen, um das Regelwerk, das den Dingen zu Grunde liegt, freizulegen, ist die zentrale Aufgabe der Dekonstruktion. Die Aufgabe der Forscherin ist es, nichts als von Natur aus gegeben essentiell hinzunehmen. Im Zusammenhang mit Texten ist es notwendig, die Perspektive des Öfteren zu wechseln und nach immer neuen Erkenntnissen zu suchen.⁴⁶ *„Das Entdecken einer anderen, neuen Spur ist die Voraussetzung dafür, dass sich keine endgültigen Bedeutungs- und Interpretationsmuster festsetzen. Bedeutung ist daher immer relational, niemals absolut.“*⁴⁷

Nähert man sich Kärnten dekonstruktiv, werden die Mechanismen sichtbar, die das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit regeln. Es ist notwendig, sich von der Denkweise der *„etablierten Binaritäten“*⁴⁸ zu entfernen, um so die Wahrheit kritisch in ihre Bestandteile zu zerlegen.

⁴⁵ HALL in HALL, 1994, 73

⁴⁶ WAKOUNIG, 2006, 15

⁴⁷ WAKOUNIG, 2006, 16

⁴⁸ WAKOUNIG, 2006, 21

Als Methode der Dekonstruktion empfiehlt Jacques Derrida das „*close reading*“ – das intensive Lesen. Die Methode geht davon aus, dass jeder Text über einen Subtext verfügt, der eine eigene Bedeutung hat. Dieser Subtext kann auch als Gegentext gewertet werden, aus dem man einen verdeckten Sinn entschlüsseln kann. Beim „*close reading*“ müssen die Sprache, die Gliederung, die Bilder, die Wörter und ihre möglichen Bedeutungen, die Formulierungen genau betrachtet werden, um so auf den inneren Sinn – auf die nicht offengelegte Botschaft – zu stoßen. Die Forscherin muss skeptische Haltung wahren und Ergebnisse immer wieder in Frage stellen, um so zu einem möglichst verlässlichen Ergebnis zu kommen.⁴⁹

2.4. Die Position der Forscherin und ethnischen Journalistin

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem zu untersuchenden Themenkreis kommt der Autorin dieser Arbeit die „Minderheitenbrille“⁵⁰ zugute. Da sie selbst unter den Kärntner SlowenInnen aufgewachsen ist und sozialisiert wurde, verfügt sie über ein großes Maß an internem Wissen, das einen zusätzlichen Blickwinkel auf die Minderheit und ihre politischen Entscheidungen ermöglicht. Der ethnische und auch sprachliche Background befähigt, neue, nicht untersuchte und verdrängte Sichtweisen in die Forschung des gewählten Themas einzubringen. Nach Wakounig schöpfen „betroffene“ ForscherInnen aus ihrer „*Selbstbetroffenheit*“ Neugier, Beharrlichkeit und Interesse für Minderheitenthemen.

Wobei es völlig ungerechtfertigt wäre, „Betroffene“ als die besseren ForscherInnen in Minderheitenfragen zu klassifizieren. *„In einem weiteren Gedankenschritt könnte auch behauptet werden, dass die Zugehörigkeit zur (ethnischen) Minderheit per se gegen diskriminierende und rassistische Haltungen immunisiert, was im Grunde nur eine Umkehrung*

⁴⁹ WAKOUNIG, 2006, 25

⁵⁰ WAKOUNIG, 2006, 28

*der Problemdefinition bzw. der Problemzuschreibung darstellt.*⁵¹

Vielfach werden „betroffene“ ForscherInnen auch als befangen, somit als unobjektiv bewertet. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, ist es im allseitigen Interesse, dass die Ergebnisse noch einmal hinterfragt und von der total konträren Position beleuchtet werden. Wakounig spricht in diesem Zusammenhang vom „*doppelten Blick*“ als Forscher und Minderheitenangehöriger, der es ihm ermöglicht, die Situation von mehreren Blickwinkeln zu betrachten.⁵²

Die zweite Perspektive ergibt sich für die Autorin dieser Arbeit aus ihrer rund 20-jährigen Tätigkeit als Gestalterin für eine „ethnische“ Fernsehsendung. Diese Tätigkeit hat einerseits die „öffentlich-rechtliche Schere“ im Kopf hinterlassen⁵³, andererseits bedingt eine dem Objektivitätsprinzip verpflichtete Arbeit den kritischen Blick auf die ethnischen Minderheiten. Im Zusammenhang mit dieser Arbeit erscheint es als selbstverständlich, sowohl die Interessensvertreter der Kärntner SlowenInnen, die des Landes Kärnten, die BundespolitikerInnen als auch den eigenen Berufsstand einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

⁵¹ WAKOUNIG, 2006, 39

⁵² WAKOUNIG, 2006, 40

⁵³ Vgl. ORF-Gesetz, <http://www.rtr.at/de/rf/ORF-G>, 1.3.2009

3. Die Kärntner SlowenInnen

Eingangs soll festgehalten werden, dass eine Darstellung der slowenischen Minderheit in Kärnten in all ihren Facetten – in historischer, geografischer, politischer, sozialer oder anderer Sicht – den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.⁵⁴ Nur jene Fakten über die Kärntner SlowenInnen und andere österreichische Volksgruppen fanden Eingang in die Arbeit, die für die von der Autorin zu untersuchende Thematik relevant scheinen.

Um verstehen zu können, wie es möglich ist, dass Angehörige der slowenischen Volksgruppe in Kärnten sich in einer Form von Widerstandshaltung immer wieder für die Umsetzung der verbrieften Minderheitenrechte einsetzen, ist es notwendig, sich über einige geschichtliche Entwicklungen Überblick zu verschaffen. Neben der Repression der slowenischen Sprache nach der Kärntner Volksabstimmung 1920⁵⁵ hat sich sukzessive ein Großteil der slowenischen Minderheit in Kärnten assimiliert. Diese Menschen haben auf den Gebrauch der Muttersprache in der Öffentlichkeit verzichtet. Die Theorie der Assimilation als Spielart der Foucault'schen Gouvernementalität wird im Kapitel 3.1. bearbeitet. Die Erörterung des Widerstandes der Kärntner SlowenInnen und der Wiener TschechInnen während des Zweiten Weltkrieges, der zu einem großen Maß die Opferrolle Österreichs nach dem Krieg legitimierte sowie das Ignorieren dieser Tatsache bis zur Amtszeit von Bundeskanzler Franz Vranitzky, ist notwendig, um das Verhältnis der Bundesregierung zur slowenischen Minderheit zu verstehen. Eine Haltung, die sich auch in der Aushöhlung der Minderheitenrechte, des Artikels 7 des Österreichischen Staatsvertrages und seiner minderheitenfeindlichen Umsetzungen in Form der nachfolgenden Volkgruppengesetze äußert. Die Ausführungen werden

⁵⁴ Eine übersichtliche Darstellung der Geschichte und Situation der slowenischen Minderheit bietet der erste Band der Volksgruppenhandbücher des Österreichischen Volksgruppenzentrums. vgl. ÖSTERREICHISCHES VOLSKGRUPPENZENTRUM, 1993

⁵⁵ Vgl. HAAS/STUHLPFARRER, 1977, 26ff.

zeigen, dass in diesem Land seit zumindest einem Jahrhundert kein Interesse bestand und besteht, die Entwicklung der slowenischen Sprache und die TrägerInnen der slowenischen Kultur zu fördern, weit mehr zielt die Politik der Zweiten Republik auch darauf ab, die VolksgruppenvertreterInnen zu disziplinieren und ruhig zu stellen.

3.1. Die Assimilation der Kärntner SlowenInnen

Es liegt im Interesse einer ethnischen Minderheit, ihre Erzählungen, Erfahrungen und Sicht der Welt an die nächste Generation weiterzugeben. Diese Erzählungen sind neben der gemeinsamen Sprache – in diesem Fall die regionalen slowenischen Dialekte – das Korsett, das aus einer Gruppe von in Kärnten lebenden Menschen eine Gemeinschaft, eine Minderheit, schafft. Die Geschichten der Verfolgung, Aussiedlung, rassistischer Übergriffe, einer vom offiziellen Kärnten missbrauchten Minderheit stiften Identität und bewirken, dass sich die Nachfahren schon im Kindesalter als Teil der Minderheit begreifen. Diese Bilder von sich selbst und die Mythen, wie z.B. die Sage „Kralj Matjaž“, vom König Matjaž, die erzählt, dass dieser aus seinem Schlaf im Petzenberg / Peca erwachen wird, nachdem sein Bart neun Mal um den Tisch gewachsen ist und so das slowenische Volk in Kärnten aus der Knechtschaft erlöst wird, werden ständig in persönlichen Gesprächen, aber auch über Bildung und Medien – vom Buch bis zum Internet – wiederholt und behalten somit ihre sinnstiftende Wirkung.

Diese Mechanismen sind natürlich nicht nur bei Minderheiten wirksam, sondern haben auch Einfluss auf das Selbstverständnis der Kärntner Mehrheitsbevölkerung. *„Diese Strategie wurden im Zuge der Nationenkonstruktion entwickelt. Heute werden sie wesentlich von der Bildung übernommen und weitergegeben. Es geht um Stereotype, um kollektive Vorurteile und Feindbilder. Sie dienen Mehr- und Minderheit als Mittel der Selbst- und Fremddefinition.“*⁵⁶

⁵⁶ WAKOUNIG, 2006, 75

Eben diese Feindbilder, Stereotypen und Vorurteile werden in Kärnten unablässig genährt. Die SlowenInnen sind seit dem 6. Jahrhundert auf heutigem Kärntner Gebiet beheimatet. Allgegenwärtig ist bis heute in Kärnten die Narration von der Kärntner Volksabstimmung im Jahre 1920. Sie hat tiefe Spuren im Zusammenleben der Kärntnerinnen und Kärntner hinterlassen. Obwohl der Großteil der Kärntner SlowenInnen für Kärnten votierte, machten es sich „Heimattreue“ zur Aufgabe, die slowenische Sprache in Kärnten auszuradieren. Der Landesverweser Arthur Lemisch rief seine Mitstreiter dazu auf, in einer Generation das Assimilationswerk zu vollenden. Deutsche Gutsherren, Beamte und Fabrikanten übernahmen die Aufgabe, über ihre Strukturen die SlowenInnen „einzudeutschen“. Kein Mensch mit slowenischer Muttersprache konnte sich diesem Bekenntniszwang entziehen.

Arthur Lemisch meinte öffentlich: „Nur ein Menschenalter haben wir Zeit, diese Verführten⁵⁷ zum Kärntnertum zurückzuführen: In Lebensdauer einer Generation muss das Erziehungswerk vollendet sein. Das werden nicht die Behörden und Regierung machen können, das Kärntner Volk selbst muss es besorgen; Haus, Schule und Kirche müssen sich am Heilungswerk beteiligen. [...] Mit deutscher Kultur und Kärntner Gemütlichkeit wollen wir, wenn Schule und Kirche das ihre tun, in einem Menschenalter die von uns vorgestreckte Arbeit geleistet haben.“⁵⁸

Es brauchte zwar nicht nur eine Generation, um die Kärntner SlowenInnen zu assimilieren, jedoch sprechen die Zahlen für sich. Während bei der Volkszählung 1910 noch über 66.000 Menschen Slowenisch als Umgangssprache angaben, nahm die Zahl von Volkszählung zu Volkszählung⁵⁹ ab, bis im Jahr 2001 der Tiefststand mit rund 12.500 Personen mit slowenischer Umgangssprache erreicht wurde.⁶⁰

⁵⁷ Gemeint sind jene 15.278 Personen, die für das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen votiert haben.

⁵⁸ Zit. in INZKO, 1985, 65

⁵⁹ Eine kritische Auseinandersetzung mit der Methode der Volkszählungen und deren Folge für die slowenische Volksgruppe in KLEMENČIČ/KLEMENČIČ, 2006-2007, 65ff.

⁶⁰ Vgl. Enotna lista/Einheitsliste, <http://www.ernet.at/dossier/volkszaehlungen>, 15.3.2009

In der Vergangenheit wurde des Öfteren versucht, das Phänomen der Assimilation durch psychologische Ansätze zu erklären. Diese Arbeit will sich der Assimilation auf Grund des von Michel Foucault geschaffenen Begriffs der „Gouvernementalität“ annähern. Die Gouvernementalität nach Foucault untersucht die strategischen Machtbeziehungen. Macht kann nach Foucault nicht ausschließlich als Gewalt von MachthaberInnen über die Beherrschten gesehen werden. Es spielen dieser Theorie zufolge sogenannte „Selbsttechnologien“ eine bezeichnende Rolle, die das Verhalten und Denken jener, die im System die Rolle der Beherrschten einnehmen, entscheidet. Die Einzelnen transformieren und modifizieren sich selber, um so auf eine glücklichere Seinsstufe zu gelangen. Das Regieren bedeutet somit nicht das reine Beherrschen von Menschen, sondern gilt als „Führen der Führungen“, einem Wechselspiel von Fremdführungen und Selbsttechnologien.⁶¹

Die Menschen schneiden sich heute nicht mehr nur die Kleider, um dem gesellschaftlichen Schönheitsideal zu entsprechen, sie lassen sich im Operationssaal ihre Körper zurechtschneiden. Der Einwand, dass niemand diese Menschen dazu zwingt, sich operieren zu lassen, geht ins Leere, da die Frauen die Erfahrung machen, dass ihnen nur als schlanke, schöne, geschäftstüchtige, fürsorgliche und gleichzeitig sensible Mitglieder der Gesellschaft Akzeptanz widerfährt. Entsprechen die Frauen bereits auf einem dieser Gebiete nicht, werden sie gesellschaftlich sanktioniert. Anstatt das System anzugreifen, unterwerfen sich die jungen Frauen dem Diktat, das sie durch ihre Gedanken und Taten stützen.⁶²

Die Theorie von Michel Foucault widerspricht auch in unserem Fall der Argumentation, dass die SlowenInnen in Kärnten niemand gezwungen habe, ihre Sprache und Kultur aufzugeben. Wenn Foucault feststellt, dass

Vgl. Statistik Austria,
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen/bevoelkerung_nach_dem_ographischen_merkmalen/022886.html, 15.3.2009

Vgl. HAAS/STUHLPFARRER, 1977, 25

⁶¹ Vgl. LEMKE et al., 2000, 10ff.

⁶² Vgl. POSCH, 1999, 68ff.

Menschen sich freiwillig einem nicht sichtbaren Diktat unterwerfen und Dinge anstreben, um der Norm zu entsprechen und ins System zu passen, zeigt sich hier eine weitere Facette der Assimilationsproblematik. So entwickelt das autonome Subjekt ein Gespür dafür, dass es sich bei der Verwirklichung dieser Freiheiten nicht nur systemkonform verhält, sondern den von der Gesellschaft postulierten, von den Medien transportierten und vom Subjekt mitgetragenen Idealvorstellungen entsprechen will. Im Fall der Kärntner Situation war in dieser Idealvorstellung die slowenische Kultur und Sprache nicht enthalten, deshalb wurde darauf verzichtet. Das politische System weckte den Widerstandsgeist eines geringeren Teils der slowenischen Minderheit, der Rest reagierte mit einem durch „Selbsttechnologie“ entwickelten voreiligen Gehorsam, der die Menschen auch ohne Dekret veranlasste, auf Dinge zu verzichten oder Dinge zu tun, die verhinderten, dass sie mit der Macht oder mit ihrem eigenen Idealbild von ihrer Rolle im System in Konflikt gerieten.

Natürlich wurde nach dem Zweiten Weltkrieg niemand mit vorgehaltenem Gewehr gezwungen, auf seine Muttersprache zu verzichten. Jedoch wurde den KärntnerInnen durch MeinungsträgerInnen und Institutionen – von der Schule bis zur Verwaltung – signalisiert, wie man zu sein habe, um der normalsten Form des Seins zu entsprechen und die normalste Form des Seins in Südkärnten war die deutschsprachige. Verzichteten die Kärntner SlowenInnen auf die Performance ihrer Sprache und der daran gekoppelten Kultur, wurde das vom System belohnt, denn man wurde auch als „Windischer“⁶³ von den deutschnationalen Kreisen in Südkärnten akzeptiert. So etablierte sich ein System, in dem die Verwendung der slowenischen Muttersprache in der Öffentlichkeit keinen Platz hatte.

Im Zusammenhang mit der Gouvernamentalität spielen die Medien eine entscheidende Rolle. Die Medien sind die wirksamsten Meinungsträger und bieten Anleitungen und Vorbilder, wie man sein Selbst, vom Körper

⁶³ Vgl. BOGATAJ, 1989, 72ff.

bis zur Ideologie, gestalten soll. Bilder, die so vermittelt werden, nehmen Einfluss darauf, was gesellschaftlich als Normalität akzeptiert wird und was von derselben abweicht, was eine große Herausforderung für die JournalistInnen und ihre Arbeit darstellt.

3.2. Die Minderheitenrechte

Dem Prinzip der Gouvernamentalität entsprechend hat ein Teil der Volksgruppe die Muttersprache aufgegeben. Andere wiederum waren bereit im Kampf um ihre Rechte, Konflikte in Kauf zu nehmen. Die rechtliche Basis für den Bestand der Kärntner SlowenInnen – die Minderheitenrechte – wird in Österreich immer wieder in Frage gestellt. Obwohl auf der höchsten rechtlichen Rangordnung angesiedelt, werden diese Rechte nicht umgesetzt.

3.2.1. Der Staatsvertrag von Wien

Der Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages ist die Magna Charta der österreichischen Minderheitenrechte. Als die Signatarmächte den österreichischen Staatsvertrag ausverhandelten, wurde der während des Nationalsozialismus geleistete bewaffnete Widerstand der Kärntner SlowenInnen interessant und politisch relevant. Zu diesem Zeitpunkt reklamierten sowohl Österreich als auch Jugoslawien die WiderstandskämpferInnen wie Teile Kärntens für sich. So meinte der jugoslawische Marschall Josip Broz Tito in einer Rede in Ljubljana am 27.5.1945: *„Es sind erst wenige Tage vergangen, seit unsere Truppen Kärnten räumen mussten. [...] doch schon hören wir Hilferufe und Stimmen, die uns auffordern, unseren Brüdern in Kärnten beizustehen. Wir lassen hiermit vor dieser großen Menge von Verbündeten wissen, dass von nun an alles, was sich dort ereignen sollte, niemand anderer verschulden wird als sie. Sie tragen hierfür die Verantwortung [...]“*⁶⁴

⁶⁴ Zit. in STUHLPFARRER, 2004, 43

Am 2.6.1945 konkretisiert Tito in einer Rede in der slowenischen Stadt Celje: *„Wir waren es, die Kärnten die Freiheit gebracht haben, aber die internationale Lage zwang uns, uns aus Kärnten vorübergehend zurückzuziehen.“*⁶⁵ Die jugoslawische Regierung erhebt 1947 bei der Londoner Konferenz, bei welcher über den österreichischen Staatsvertrag verhandelt wurde, in einem Memorandum offiziell den Anspruch *„auf ein Gebiet Südkärntens im Ausmaß von 2.740 km² und 180 000 Einwohner“*.⁶⁶

Außenminister Karl Gruber zeigte seine Bewunderung für die jugoslawische PartisanInnenarmee sowohl in London als auch zu Hause. Bundeskanzler Karl Renner meinte in der Kabinettsitzung der provisorischen Regierung am 19.6.1945: *„Es ist richtig, dass Jugoslawien mit seinem eignen Befreiungskampf auch unsere Befreiung unterstützt hat.“*⁶⁷

Bei den Staatsvertragsverhandlungen war Österreich bemüht, von den Signatarmächten als Opfer anerkannt zu werden. Denn nur dieser Opferstatus konnte Österreich unter anderem von Reparationszahlungen und Wiedergutmachung freisprechen. Im Zuge der Verhandlungen der Moskauer Deklaration wurde als einziger bewaffneter Widerstand auf österreichischem Staatsgebiet der PartisanInnenkampf in Südkärnten angeführt.

Neben der Opfer-Täter-Rolle machten vor allem die Gebietsansprüche von Jugoslawien den österreichischen Politikern große Sorgen. Die Verhandlungen mündeten letztendlich jedoch in der Festschreibung der bestehenden Grenze mit Jugoslawien und den Minderheitenschutzbestimmungen für die Kärntner SlowenInnen, verankert im Artikel 7 des Österreichischen Staatsvertrages.⁶⁸

⁶⁵ Zit. in STUHLPFARRER, 2004, 43

⁶⁶ STOURZH, 1980, 23

⁶⁷ Zit. in STUHLPFARRER, 2004, 49

⁶⁸ Vgl. Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem, BGBl. Nr. 152/1955, http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1955_152_0/1955_152_0.pdf, 16.3.2009

Der ehemalige Nationalratsabgeordnete und Volksgruppenvertreter Karel Smolle meinte in einem Interview mit dem ORF: *„Sobald die Tinte trocken war, hat man darauf vergessen, dass eben genau der Widerstand gegen Hitler eine wichtige Grundlage und Möglichkeit war, einer vorausgehenden Glaubwürdigkeitsformel, dass die Großmächte gesagt haben, gut, wir entlassen dieses Land. Wir vertrauen in die demokratischen Kräfte, wir vertrauen in die Personen, die aus den KZs kamen.“*⁶⁹

Für die österreichischen Volksgruppen ist besonders erschreckend, dass bald nach dem Vertragsabschluss der Widerstandskampf der Kärntner PartisanInnen im Kärntner Diskurs als Terror abgetan wurde. Die Slawistin Katja Sturm-Schnabl hat für diese Position kein Verständnis. Die Kärntner Slowenin wurde als Kind deportiert. Ihre Schwester starb als kleines Kind in einem Arbeitslager der Nationalsozialisten. Für sie sind die PartisanInnen *„eine Befreiungsarmee gegen den Faschismus“*.⁷⁰

Die Opferrolle Österreichs ist für die österreichischen Roma nicht mehr als eine politische Farce. Während des nationalsozialistischen Regimes wurden rund 90 Prozent der burgenländischen Roma ermordet. Prof. Rudolf Sarközi meinte in einem ORF-Interview: *„Die Deklaration von Moskau, die Österreich als Opfer darstellt, ist für mich nicht zu durchblicken, denn wenn ich die Geschichte lese, dann hat man die Schranken freiwillig geopfert. Es ist kein einziger Schuss gefallen, als die deutsche, die Naziarmee in Österreich einmarschiert ist. Es waren auch genug Österreicher, die an dieser Maschinerie sehr wirksam mitgearbeitet haben.“*⁷¹

Am 15.5.1955 wurde der Staatsvertrag von Wien unterschrieben. Der Artikel 7 des Vertragswerkes ist ein Minderheitenschutzparagraf für die SlowenInnen in der Steiermark und in Kärnten sowie für die KroatInnen im Burgenland.

⁶⁹ Heimat, fremde Heimat, 13.3.2005

⁷⁰ Heimat, fremde Heimat, 28.9.2008

⁷¹ Heimat, fremde Heimat, 13.3.2005

3.2.2. Die Rolle der Volksgruppen

Gleich nach dem Krieg kämpften die Vertreter der Kärntner SlowenInnen dafür, dass die Volksgruppenangehörigen, die aus den Arbeits-, Internierungs- und Vernichtungslagern zurückgekehrt waren, entschädigt wurden. Aber es sollte noch gute 50 Jahre dauern, bis eine ernsthafte Restitutionsdebatte in Österreich begann. Der Großteil der Opfer hat die Wiedergutmachung nicht mehr erlebt. Der Schriftsteller Peter Turrini meint in einem ORF-Interview: *„Ich glaube, dass es etwas gibt, ein Unheil aus dem alle anderen Unheile erwachsen, in diesem Lande. Das ist, dass der Anteil der Slowenen an der Befreiung vom Faschismus nie als solcher wahrgenommen wurde. Bis heute sind die Lebensgeschichten der Menschen, die ganz wesentlich, manchmal sogar mit ihrem Leben zur Befreiung vom Hitlerfaschismus beigetragen haben, nicht wahrgenommen worden.“*⁷²

3.2.2.1. Die Aussiedlung der Kärntner SlowenInnen

Das Leid traf die Kärntner SlowenInnen auf Grund der Anordnung des Reichsführer-SS – „Anordnung Nr. 46/I des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums über die Umsiedlung der Kanaltaler und die Aussiedlung der Slowenen aus Kärnten“⁷³. Dieses Dokument war die offizielle Legitimation dafür, dass am 14. und 15.4.1942 um die 300 Kärntner slowenische Familien deportiert wurden. Die älteste Ausgesiedelte war 85 Jahre alt, der jüngste 16 Tage. Der Standartenführer Alois Maier-Kaibitsch⁷⁴ gestand den regimetreuen Ortsgruppenleitern die zerstörerische Macht zu, jene slowenischen Familien auszusuchen, die Haus und Hof verlassen mussten. So wurden – da zu diesem Zeitpunkt der Großteil der DorfbewohnerInnen der slowenischen Sprache in Form des örtlichen Dialektes mächtig war – von

⁷² Heimat, fremde Heimat, 13.3.2005

⁷³ ZVEZA SLOVENSKIH IZSELJENCEV/VERBAND AUSGESIEDELTER SLOWENEN et al., 1992, 156f.

⁷⁴ Zur slowenenfeindlichen Tätigkeit von Maier-Kaibitsch vgl. ELSTE, 1997, 112ff.

den Ortsgruppenleitern, den Ortsbauernführern und Bürgermeistern jene Familien deportiert, die im deutsch-nationalen Sinn nicht gesinnungskonform waren oder den Nazi-Akteuren in irgendeiner Form lästig waren. Der Kärntner Franz Rehsmann wurde als Jugendlicher deportiert. Er erzählte in einem Interview mit dem ORF: *"Mich weckte das Weinen meiner Mutter. Sie schrie: Wir müssen weg! Ich verstand nichts. Als ich aus dem Schlafzimmer herunter kam, sah ich meinen Vater, erst halb angezogen, wie er wie wild mit zwei Polizisten stritt. Er sagte auf Deutsch, dass er doch nicht in einer halben Stunde seine 10-köpfige Familie zum Abtransport fertig machen könne. Aber die Polizisten wiederholten nur, dass wir verhaftet seien und uns zum Abtransport fertig machen sollten."*⁷⁵ Franz Rehsmann weiter: *"Als wir das Haus verlassen mussten, kniete meine Großmutter auf der Türschwelle nieder und sagte: Ich gehe nicht fort. Erschießt mich! Die Polizisten sagten: Diesen Befehl haben wir nicht, aber das Haus muss leer sein. Mein Vater machte die Polizisten auf das kleine Nebengebäude eines Verwandten aufmerksam. Meine Großmutter durfte dort bleiben. Wir wurden auf den Wagen gebracht."*⁷⁶

Die slowenischen Familien wurden überwiegend in die NS-Internierungslager in Hesselberg, Hagenbüchach, Schwarzenberg, Rehnitz, Frauenaarach, Eichstätt und Weissenburg in Rastatt deportiert und mussten dort Zwangsarbeit für die Kriegsmaschinerie der Nationalsozialisten leisten.

Der Vater der Autorin, Stanko Zwitter, musste am 14.4.1942 als Zweijähriger mit seinem fünfjährigen Bruder Franz, seiner Mutter und seinem Vater Haus und Hof verlassen.⁷⁷ Die Familie, die schon seit dem 6. Jahrhundert nachweislich auf dem gleichen Hof im Kärntnerischen

⁷⁵ Zwitter Grilc, http://vgarchiv.orf.at/austria/de/specials/ns_wiedergutmachung/mi_oral_history.htm, 20.3.2009

⁷⁶ Zwitter Grilc, http://vgarchiv.orf.at/austria/de/specials/ns_wiedergutmachung/mi_oral_history.htm, 20.3.2009

⁷⁷ Vgl. ZVEZA SLOVENSkih IZSELJENCEV/VERBAND AUSGESIEDELTER SLOWENEN et al., 1992, 328

Achomitz / Zahomc beheimatet ist, überlebte die Internierungslager Rehnitz, Ettlingen, Rastatt, Hagenbüchach und Gerlachsheim. Franz Zwitter, der damals Fünfjährige, meinte zum Leben nach dem Lager: „Die größte Katastrophe besteht darin, dass man uns damals als Kinder die Seele zerstört hat. Man hat uns eigentlich alles genommen.“⁷⁸

Die Männer der deportierten Kärntner SlowenInnen arbeiteten in den NS-Rüstungsbetrieben und in der Landwirtschaft. Die Frauen wurden in den Haushalten der NS- und NSDAP-Funktionäre eingesetzt. Auch die Kinder mussten arbeiten, zu spielen, konnte lebensgefährlich sein. Franz Zwitter im Interview mit dem ORF: *„Ich habe mit einem etwas älteren Bub zerschrumpelte Erdäpfel herumgeworfen. Der Lagerführer sah uns und hat meinen Kumpel so geschlagen, dass ihm das Blut aus Nase und Ohren quoll. Mich rettete meine Mutter, die zufällig in der Nähe war. Mein Spielgefährte, Joško Kokot, ist aus dem Lager nie mehr heimgekommen.“*⁷⁹

Die Kinder wurden in den Lagern auch nicht ausgebildet, so war Franz Zwitter in den drei Jahren, die er in den NS-Lagern lebte, einen Monat in der Schule.

Als die Kärntner SlowenInnen 1945 auf die Höfe zurückkehrten, mussten sie die dort angesiedelten Familien aus dem Kanaltal und aus Südtirol auffordern, nach Hause zu gehen. In den Wäldern war das Holz geschlägert, das Vieh und der Hausrat waren verschwunden. Über Jahrzehnte bemühten sich die Opfer, Wiedergutmachung zu erlangen, zumeist erfolglos.

⁷⁸ Zwitter Grilc,
http://vgarchiv.orf.at/austria/de/specials/ns_wiedergutmachung/mi_oral_history.htm, 20.3.2009

⁷⁹ Zwitter Grilc,
http://vgarchiv.orf.at/austria/de/specials/ns_wiedergutmachung/mi_oral_history.htm, 20.3.2009

3.2.2.2. Die territoriale Endlösung der Wiener TschechInnen

So wie der Widerstand der Kärntner SlowenInnen dringt auch der Widerstand der Wiener TschechInnen nicht ins öffentliche Bewusstsein, obwohl die Wiener TschechInnen auch in den Konzentrationslagern aufgebehrten. Die Nationalsozialisten machten keinen Hehl daraus, dass ihre Vernichtungsmaschinerie nach der Ausrottung der jüdischen Bevölkerung vor den anderen Volksgruppen nicht Halt machen würde. Ganz im Gegenteil, die Nationalsozialisten planten die territoriale „Endlösung“ der „Wiener Tschechenfrage“.⁸⁰

Mit der fortschreitenden Entrechtung der tschechoslowakischen Volksgruppe in Wien formierte sich auch der tschechische Widerstand. Jugendliche aus der Volksgruppe trafen sich im Wiener Erholungsgebiet, der Lobau. In Zweiergruppen als Liebespärchen getarnt, fuhren sie mit Rädern zu den Munitionsdepots der Nationalsozialisten und versuchten sie anzuzünden, was in dem einen oder anderen Fall auch gelang. Die Widerstandsgruppe flog auf und ihre Mitglieder wurden größtenteils in den Konzentrationslagern Mauthausen und Ravensbrück ermordet.⁸¹ Einer dieser Widerstandskämpfer ist Hans Maršalek, der im Konzentrationslager Mauthausen Widerstand geleistet hat.⁸² Der heute 95-Jährige (geb. 1914) ruft in einem ORF-Interview zur Wachsamkeit, welche die Mutter des Widerstandes sei, auf: *„Man muss aufpassen. Nach dem Ersten Weltkrieg sagten alle: Nie, nie wieder wollen wir wieder Waffen tragen, nie, nie wieder wollen wir wieder Krieg! Alle sind wieder in den Krieg gegangen. Alle haben wir geschossen. Um unser Leben zu verteidigen, wurden andere umgebracht. Heute stehen wir wieder in einer Periode, in der der Dritte Weltkrieg vorbereitet wird. Unternehmt alles, damit das nicht passiert.“*⁸³ Maršalek musste nach dem Krieg erleben, dass die Nationalsozialisten einfach die Uniformen auswechselten und alles so

⁸⁰ BOTZ, 2008, 590ff.

⁸¹ Vgl. JOHN, 1989, 100ff.

⁸² Vgl. MARŠALEK, 2006, 357ff.

⁸³ Heimat, fremde Heimat, 18.5.2008

weiter ging, als hätte es den Nationalsozialismus nie gegeben. Durch die Opferposition Österreichs, welche die Republik auch dem Widerstand der Volksgruppen zu verdanken hatte, schien Vergangenheitsbewältigung nicht nötig, ja unerwünscht. Politisch durchbrochen hat diese Doktrin erst Bundeskanzler Franz Vranitzky (Amtszeit 1986 bis 1997) mit seiner Rede vor dem österreichischen Parlament.

3.2.2.3. Die erzwungene Wiedergutmachung

1991 erklärte der damalige Bundeskanzler Franz Vranitzky in einer Rede, es gebe eine *„Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben.“*⁸⁴ Vranitzky bekannte somit offiziell, als Vertreter der österreichischen Bundesregierung, dass die ÖsterreicherInnen Mitschuld am Gräuel, das die Nationalsozialisten ausgelöst hatten, tragen. *„Weiter bekennen wir uns zu allen Daten unserer Geschichte und zu den Taten aller Teile unseres Volkes, zu den guten wie zu den bösen; und so wie wir die guten für uns in Anspruch nehmen, haben wir uns für die bösen zu entschuldigen – bei den Überlebenden und bei den Nachkommen der Toten.“*⁸⁵

So richtig in Gang kam der Restitutionsdiskurs aber erst in der Regierungszeit der umstrittenen und mit Sanktionen der Europäischen Union belegten schwarz-blauen Regierung (ab dem 4.2.2000) unter Wolfgang Schüssel und Jörg Haider. Auslöser der Wiedergutmachungsdebatte war aber nicht die plötzliche Einsicht von Haider und Schüssel, den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sondern Sammelklagen des amerikanischen Staranwaltes Ed Fagan. Die Forderungen der Amerikaner und die Reaktion der deutschen Bundesregierung im Umgang mit den Sammelklagen die NS-Zwangsarbeiter betreffend setzte die österreichische Bundesregierung gehörig unter Druck. Bundeskanzler

⁸⁴ APA0138, 8.7.1991

⁸⁵ APA0143, 8.7.1991

Schüssel setzte Maria Schaumayer als Regierungsbeauftragte in Sachen Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern ein. Eine von der Regierung beauftragte Historikerkommission⁸⁶ untersuchte die Frage der Zwangsarbeiter. Dreizehn WissenschaftlerInnen beschäftigten sich ab diesem Zeitpunkt mit den offenen Fragen um die Roma und Sinti, Kärntner SlowenInnen, Wiener TschechInnen und SlowakInnen, Burgenländischen KroatInnen und UngarInnen im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Regime.⁸⁷

Der Verband ausgesiedelter Slowenen / Zveza slovenskih izseljencev beauftragte den Rechtsanwalt Rudi Vouk, für die Kärntner SlowenInnen, die Opfer des NS-Regimes waren, Anträge auf Wiedergutmachung einzureichen.⁸⁸

Am 13.4.2000 brachte Ed Fagan eine umfassende Sammelklage gegen die Republik Österreich und österreichische Unternehmen ein und forderte für die 239.000 noch lebenden Opfer NS-Entschädigung in Milliardenhöhe, damals noch in Schilling.⁸⁹ Die Reaktion des damaligen österreichischen Finanzministers Karl-Heinz Grasser lässt auf eine Geisteshaltung schließen, die den Wiedergutmachungsdiskurs bis Vranitzky kennzeichnet. Grasser meinte am 15.4.2000 in New York, man solle die Forderung von Ed Fagan nicht ernst nehmen. Nach Grassers Auffassung solle man den Bogen nicht überspannen und vor allem Rücksicht auf die Stimmung in der österreichische Gesellschaft nehmen. Die Regierung fühle sich verpflichtet, das Geld den Opfern zu geben und nicht an die Anwälte, a la Fagan, zu verteilen.⁹⁰ Angesichts der politischen Ignoranz, die der Thematik bis zu den Klagen durch Ed Fagan entgegengebracht wurde, scheint die Strategie, sich auf die Seite der Opfer zu stellen und gegen die Anwälte zu sein, mehr als heuchlerisch.

⁸⁶ Details zur Historikerkommission: Österreichische Historikerkommission, http://www.historikerkommission.gv.at/deutsch_home.html, 21.3.2009

⁸⁷ Vgl. APA0323, 24.2.2003

⁸⁸ Vgl. ORF-Slowenen: Archiv, <http://vgarchiv.orf.at/slowenen/archiv/2001/200107.htm>, 21.3.2009

⁸⁹ Vgl. APA0659, 13.4.2000

⁹⁰ Vgl. APA0267, 15.4.2000

Die „Neue Kronen Zeitung“ berichtete am 17.6.2000 über das Ansinnen von Ed Fagan, sich mit Jörg Haider zu treffen. Fagan schwärmt im Interview mit der Zeitung, Haider sei *„zweifelloso die überzeugendste und brillianteste Führergestalt in Österreich. Deshalb ist er natürlich auch gefährlich“*.⁹¹ Haider zeigte sich über diese Einschätzung *„überrascht“* und lud den Staranwalt nach Kärnten ein. Fagan war der Überzeugung, dass jede Absprache über Entschädigungszahlungen ohne die Zustimmung Haiders nicht viel wert wäre.⁹² Was der amerikanische Anwalt nicht wissen konnte, ist, dass Jörg Haider sehr wohl im Stande war etwas zu versprechen oder zuzusagen, um am nächsten Tag ganz selbstverständlich die total konträre Position einzunehmen.⁹³

Die Ergebnisse der Historikerkommission und die in späterer Folge daraus resultierende namentliche Erfassung der Opfer der Volksgruppe der Roma im Burgenland, die von den Nationalsozialisten fast zur Gänze umgebracht wurden, waren nicht nur der Arbeit des Versöhnungsfonds und dem Nationalfonds unter Hannah Lessing zuträglich, sondern spielen auch für die Identitätsfindung der Volksgruppen eine große Rolle.⁹⁴

Seit diesen Ergebnissen wurden an die noch lebenden Opfer Entschädigungen ausgezahlt. Ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die aktuellen Entwicklungen, bei denen österreichische SchülerInnen beim Besuch in Konzentrationslagern antisemitische und nationalsozialistische Parolen von sich geben, zeigen, dass Schule, Politik und Medien sich noch intensiver mit dem Komplex der Menschenrechte befassen werden müssen.⁹⁵

⁹¹ APA0307, 17.6.2000

⁹² Vgl. APA0307, 17.6.2000

⁹³ So sind beispielsweise Jörg Haiders Ankündigungen, eine politische Position einzunehmen bzw. sich aus einer bestimmten Funktion zurückzuziehen quasi zum geflügelten Wort geworden und dies auch in der europäischen medialen Rezeption. Vgl. Neue Zürcher Zeitung, http://www.nzz.ch/2005/04/10/al/articlecpyx_1.118972.html, 22.3.2009, Tagesspiegel, <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/Joerg-Haider:art141,2595358>, 22.3.2009; vgl. OTTOMEYER, 2009, 180

⁹⁴ SARKÖZI, 2008, 105f.

⁹⁵ Die Presse, <http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/479321/index.do>, 22.3.2009

3.2.3. Der Inhalt des Artikel 7 des Staatsvertrages

Der Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages vom 15.5.1955 hält die Rechte österreichischer StaatsbürgerInnen der slowenischen und kroatischen Minderheit in Kärnten, Burgenland und der Steiermark fest. Alle anderen anerkannten autochthonen Volksgruppen finden in dem Regelwerk keine Erwähnung.

In fünf Punkten wird im Artikel 7 den Minderheitsangehörigen Folgendes anerkannt:

1. das Recht auf Gleichbehandlung, einschließlich das Recht auf eigene Organisationen, Versammlungen und muttersprachliche Presse;
2. der Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer bzw. kroatischer Sprache, eigene Mittelschulen und eigene Abteilungen der Schulaufsichtsbehörde für slowenische und kroatische Schulen;
3. das Recht auf Verwendung der slowenischen oder der kroatischen Sprache in Ämtern und das Recht auf Bezeichnungen und topographische Aufschriften in ihrer Sprache;
4. das Recht auf Teilnahme an den kulturellen, Verwaltungs- und Gerichtseinheiten unter gleichen Bedingungen wie alle anderen Staatsbürger sowie
5. das Verbot von antislownischen oder -kroatischen Organisationen.⁹⁶

3.2.3.1. Topographische Aufschriften

Vor allem die Frage der topographischen Aufschriften wurde in den letzten Jahren heftig diskutiert. Im Artikel 7, Absatz 3 heißt es wörtlich: *„In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischten Bevölkerung wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen*

⁹⁶ Vgl. Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem, BGBl. Nr. 152/1955, http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1955_152_0/1955_152_0.pdf, 16.3.2009

als Amtssprache zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfaßt.⁹⁷ Es folgten die Topographieverordnung und die Ortsnamenverordnung von 1977⁹⁸ als Durchführungsverordnungen, die die Bestimmungen des Volksgruppengesetzes von 1976⁹⁹ anwendbar machen sollten. Die im Volksgruppengesetz festgelegte Regelung einer 25-Prozent-Klausel, d.h. dass eine zweisprachige Ortstafel dort aufzustellen sei, wo die slowenischsprachige Bevölkerung zumindest 25 Prozent ausmache, wurde vom Verfassungsgerichtshof 2001 als verfassungswidrig¹⁰⁰ – da nicht im Sinne des Artikel 7, Absatz 3 – aufgehoben. Eine neue Topographieverordnung für Kärnten wurde 2006¹⁰¹ erlassen, jedoch bezieht sich auch diese nicht auf die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes, da nicht alle Ortschaften mit rund zehn Prozent slowenischer Bevölkerung berücksichtigt werden.

Der Sinn von zweisprachigen Ortstafeln und Aufschriften wird öfters in Frage gestellt. Jedoch ist die Aufschrift in der Muttersprache nicht nur Orientierungshilfe, sondern auch von psychologischer Bedeutung. Findet eine Minderheitensprache vor Ämtern und als Aufschrift, d.h. in der Öffentlichkeit keine Verwendung, verkommt sie zu der viel zitierten Haus- und Hofsprache. Den jungen Angehörigen der Minderheit wird signalisiert, dass sie außer Haus mit dieser Sprache nicht weit kommen und sie außer der emotionalen, keine wirkliche Funktion hat. Urban Popotnig, Chemieprofessor am Bundesgymnasium für Slowenen in Klagenfurt / Zvezna gimnazija za Slovence v Celovcu, meinte zu dieser Frage in einem

⁹⁷ Vgl. Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem, BGBl. Nr. 152/1955, http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1955_152_0/1955_152_0.pdf, 16.3.2009

⁹⁸ Vgl. Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem, BGBl. Nr. 306/1977, http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1977_306_0/1977_306_0.pdf, 23.3.2009

⁹⁹ Vgl. Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem, BGBl. Nr. 396/1976, http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1976_396_0/1976_396_0.pdf, 23.3.2009

¹⁰⁰ Vgl. Verfassungsgerichtshof Österreich, <http://www.vfgh.gv.at/cms/vfgh-site/attachments/9/8/8/CH0006/CMS1108400716489/g213-01ua.pdf>, 23.3.2009

¹⁰¹ Vgl. Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem, BGBl. Nr. 245/2006, http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2006_II_245/BGBLA_2006_II_245.pdf, 23.3.2009

ORF-Interview: „Ich glaube schon, dass das sehr wichtig ist, das ist wie mit dem Namen, das ist auch eine Form von Identität. Ob ich sagen darf, dass ich in Feistritz zu Hause bin. Und ich getraue mich unseren Politikern ins Gesicht zu sagen, dass, wenn jemand gegen die Tafeln ist, gegen die zweisprachigen Tafeln ist, dass er sich in der Tradition der italienischen Faschisten und Nazisten befindet. Wenn du jemandem den Namen nimmst, dann nimmst du ihm alles. Und es ist gleich, ob es sich dabei um deinen Namen handelt oder um den Namen deines Ortes, deiner Heimat, das ist ganz gleich. Und am Ende steht, und das sollten wir unseren Politikern sagen, am Ende steht das KZ, wo die Leute keine Namen mehr haben, wo ihnen eine Nummer hineintätowiert wurde.“¹⁰²

3.2.4. Der Artikel 7 - eine Geschichte der Aushöhlung und Ignoranz

Bereits 1945 – und später im Staatsvertrag bestätigt – wurde in Südkärnten ein verpflichtendes zweisprachiges Schulwesen eingeführt. Deutschnationale Verbände in Südkärnten protestierten in den so genannten Schulstreiks gegen dieses Schulsystem. Statt einer Abmeldung vom zweisprachigen Unterricht mussten die Eltern nunmehr die Kinder zum zweisprachigen Unterricht anmelden. 1959 legalisierte ein vom Bund beschlossenes Minderheitenschulgesetz dieses Abmeldeprinzip. Diese Legalisierung einer deutschnationalen Forderung kann als Initialzündung der Aushöhlung und Missachtung der Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrages gesehen werden.

Beim österreichischen Staatsvertrag handelt es sich um eine schriftliche Absprache der Signatarmächte – der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich – einerseits und Österreich andererseits.

¹⁰² Heimat, fremde Heimat, 1.5.2005

Immer wieder lassen Politiker verlauten, der Artikel 7 des Staatsvertrages sei erfüllt. Wobei dieses Vertragswerk, das den Kärntner SlowenInnen ihren Minderheitenschutz garantiert, in Wahrheit ein Dauerschuldverhältnis darstellt. Der ehemalige Präsident der Republik Slowenien, Milan Kučan, meinte auf die Frage, ob der Artikel 7 erfüllt sei, in einem Interview mit dem ORF: *“Ich bin nicht der Meinung, dass der Artikel 7 des Staatsvertrages erfüllt ist. In seinem Kern und Wesen und der Logik seiner Entstehung folgend ist der Staatsvertrag eine bleibende Verantwortung des österreichischen Staates, nicht nur zu seiner Minderheit, den österreichischen Staatsbürgern, aus der slowenischen, oder kroatischen Volksgruppe. Sondern das ist ein internationaler Rechtsvertrag und auch wenn es Jugoslawien, oder Slowenien nicht gäbe, bleibt diese Verpflichtung.”*¹⁰³

Die Kärntner SlowenInnen und Burgenländischen KroatInnen warten nun seit über 50 Jahren auf die Umsetzung ihrer Rechte. Besonders prekär ist die Lage bei den Steirischen SlowenInnen, die vor der Gründung des „Artikel-VII-Kulturvereins für Steiermark / Kulturno društvo člen 7 za avstrijsko Štajersko“ überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurden. Die Position der Steiermärkischen Landesregierung war bis 2002 jene, dass es keine eigene slowenische Volksgruppe in der Steiermark gibt.¹⁰⁴ Erst der Beitritt Sloweniens zur Europäischen Union bewegte Land und Bund dazu, die Steirischen Slowenen kulturell zu unterstützen und sie durch Aufnahme in den Volksgruppenbeirat für die slowenische Volksgruppe de facto anzuerkennen.¹⁰⁵ Laut Staatsvertrag stehen den SlowenInnen in der Steiermark die gleichen Rechte zu wie den Kärntner SlowenInnen und den Burgenländischen KroatInnen.

¹⁰³ Heimat, fremde Heimat, 13.3.2005. Interviews, die auf slowenisch geführt wurden, wurden von der Autorin übersetzt.

¹⁰⁴ APA0201, 23.9.2002

¹⁰⁵ APA0298, 21.10.2003

3.2.5. Das Volksgruppengesetz – eine Disziplinierungsmaßnahme

Der 20-jährigen Einschränkung der Volksgruppenrechte folgte 1976 das Volksgruppengesetz¹⁰⁶, das auch von Rechtswissenschaftlern als eine einzige Disziplinierungsmaßnahme verstanden wird.

Das Volksgruppengesetz verordnet, dass die VolksgruppenvertreterInnen nicht mehr direkt mit dem Bundeskanzler oder den zuständigen MinisterInnen ihre Belange erörtern, sondern in so genannten Volksgruppenbeiräten Anliegen beantragen und Empfehlungen abgeben können. Als Organ der Bundesregierung muss dieselbe die Zusammensetzung des Volksgruppenbeirates auch billigen. *„Eine solche Konstellation bewirkt, dass Volksgruppen in ihren politischen Handlungen quasi entmündigt und zu Wohlverhalten gezwungen werden, wenn sie etwas erreichen wollen.“*¹⁰⁷

Wolf-Dietrich Bukow spricht in diesem Zusammenhang von einer Asymmetrie, *„sich in einwegiger Interaktion, in der Erwartung von Dankbarkeit und Dienstbarkeit oder Gehorsambereitschaft materialisiert“*¹⁰⁸ zu begeben. So ist eine solche Volksgruppenpolitik darauf ausgerichtet, den Herrschenden zu stützen und der Mehrheit alles recht zu machen. Will die Volksgruppe etwas, muss sie als Bittsteller auftreten und um Sympathie für sich und ihre Anliegen werben. Fehlverhalten der Minderheit kann so jederzeit mit Entzug der für sie lebenswichtigen Ressourcen sanktioniert werden. Das unbeschadet dessen, dass die Mitglieder der Volksgruppe natürlich auch Steuergelder zahlen, die jedoch, wenn sie nicht brav sind, nicht für sie aufgewendet werden. Dieses Abhängigkeitsverhältnis schließt unabhängige Volksgruppenpolitik aus.¹⁰⁹

¹⁰⁶ Volksgruppengesetz vom 7.7.1976; Vgl. Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem, BGBl. Nr. 396/1976, http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1976_396_0/1976_396_0.pdf, 23.3.2009

¹⁰⁷ WAKOUNIG, 2006, 196

¹⁰⁸ BUKOW, 1990, 39

¹⁰⁹ WAKOUNIG, 2006, 196

4. Die Dekonstruktion des Umganges der Politik mit der slowenischen Volksgruppe

Will man die Mechanismen dekonstruieren, welche die politische Wirklichkeit zwischen Mehrheit und Minderheit in Kärnten bestimmen, muss man die Mechanismen genauer betrachten, von denen die AkteurInnen in diesem Konflikt Gebrauch machen. Der deutsche Wissenschaftler Wolf-Dietrich Bukow hat seine Theorie der Ethnisierung als Spielform der Kriminalisierung vor allem anhand des Umgangs mit MigrantInnen in Deutschland entwickelt. Der österreichische Erziehungswissenschaftler Vladimir Wakounig hat diese Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Minderheitenschule auch auf den Umgang mit der slowenischen Minderheit in Südkärnten angewandt. Im Zusammenhang mit der zu untersuchenden Thematik hilft die Ethnisierung als ein Instrument der Kriminalisierung sowohl das Agieren von Mehrheit als auch von Minderheit zu erklären. Als konkretes Beispiel dieser Prozesse kommt der Schriftsteller Petros Markaris, selbst Istanbuler Grieche, zu Wort.

4.1. Ethnisierung als Vehikel der Kriminalisierung und die Reethnisierung

Wolf-Dietrich Bukow spricht von Ethnisierung, wenn im Zusammenhang mit Minderheitenangehörigen eine ganz normale Eigenschaft meist absichtlich zu einem Wesensmerkmal gemacht wird. Die Eigenschaft wird dann als signifikant erklärt, für alle Menschen, die dieser Gruppe zugerechnet werden. *„Die tatsächliche oder vermeintlichen ethnischen, kulturellen und religiösen Unterschiede werden zu gesellschaftlichen Leitdifferenzen stilisiert, um bestimmte Gruppen als ethnische Minderheiten zu markieren und zur Diskriminierung und Ausgrenzung freizugeben. Bei der Ethnisierung handelt es sich um eine Form der Fremdbestimmung, bei der im Prozess einer Bedeutungskonstitution bestimmte – tatsächliche oder fiktive – kulturelle Merkmale zu Verfügungspotentialen werden, die als Begründung von Diskriminierung*

und Exklusion herangezogen werden.“¹¹⁰

Durch diese Markierung werden von außen ethnische Gruppen geschaffen, aus welchen sich die Einzelnen nicht mehr befreien können. *„Die Wahrnehmung des Fremden durch die ethnisierende Brille bedingt es, dass Einheimische MigrantInnen / AusländerInnen als nicht dazugehörig etikettieren und ihnen von der gesellschaftlichen Normalität abweichendes Verhalten zuschreiben. Restriktive Maßnahmen gesetzlicher, administrativer und politischer Natur gegenüber Fremden erhalten damit ihre Legitimation, weil es notwendig ist, die Aufnahmegesellschaft von möglichen Ansprüchen der Zugewanderten zu schützen.“¹¹¹*

So wird zum Beispiel ein männlicher Schwarzafrikaner automatisch mit Drogendealen in Verbindung gebracht. Dem Slowenen und der Slowenin wird nachgesagt, verbohrt, kommunistisch, nationalistisch und verräterisch zu sein.

„Negative Attribute sind jeweils Produkt eines bestimmten historischen und politischen Kontextes. ‚Problemdeponie‘ (Bukow), die entsorgt und beseitigt werden muss.“¹¹² Wenn nun zum Beispiel die Politik, die Polizei oder Individuen Maßnahmen gegen die stigmatisierte Minderheitengruppierung ergreifen, wird das von der Mehrheit kritiklos in Kauf genommen. Die Grenzüberschreitung wird nicht als solche wahrgenommen, denn die Tat entspricht der gängigen Meinung.¹¹³

Unter Reethnisierung verstehen Bukow und in Folge Wakounig die Reaktion der Minderheit auf die Stigmatisierung, die die Segmentierung einzelner Personen mit anderer Muttersprache, Hautfarbe oder Religion bewirkt. Eine Minderheit wird geschaffen, indem man SprecherInnen einer

¹¹⁰ BUKOW et al., 2001, 392f.

¹¹¹ WAKOUNIG, 2006, 93

¹¹² Zit. nach WAKOUNIG, 2006, 93

¹¹³ Vgl. WAKOUNIG, 2006, 92

bestimmten Sprache und eines ethnischen Ursprungs aus dem Rahmen des postulierten Gängigen und Normalen hebt. Da die Minderheit von außen zu einer scheinbar homogenen, mit negativen Attributen versehenen Gruppe stilisiert wird, muss sie sich mit dieser geschaffenen Realität auseinandersetzen. Dies mündet in der Schaffung einer eigenen Identität, welche die Gruppe gegen Angriffe von außen schützen und Strategien gegen die negative Etikettierung schaffen soll. Bukow spricht vom „*labeling approach*“.¹¹⁴

Die Gegenstrategien der stigmatisierten Gruppen sind oft besonders ethnisch determiniert und verfestigen die binäre Ordnung zwischen Mehrheit und Minderheit.¹¹⁵

Welche Auswüchse Ethnisierung und Reethnisierung treiben können, hat der Schriftsteller Petros Markaris, selbst Minderheitenangehöriger, in seinem Buch „Wiederholungstäter“¹¹⁶ anhand des Beispiels der griechischen Minderheit in Istanbul dokumentiert.

Markaris wurde in der Stadt, in „poli“, wie die Konstantinopler GriechInnen Istanbul nennen, geboren. Er kreidet die bis heute geltende fehlende Minderheitenpolitik der Türkei an: *„Sicher hatte die Türkei damals weder Integrationsprogramme für die Minderheiten noch die Bereitschaft, sie in eine multireligiöse und multikulturelle Gesellschaft einzugliedern. Sie wollten sie entweder – wie die Kurden – assimilieren oder – wie die Konstantinopler Griechen, die sie mit den Griechen in Griechenland gleichsetzte – loswerden.“*¹¹⁷

Assimilationsbestrebungen oder Deportation schufen aus Menschen, die griechisch sprachen und sich der griechischen Kultur zugehörig fühlten, eine gebrandmarkte Gruppe. Markaris analysiert die Reaktion der

¹¹⁴Vgl. BUKOW/LLARYORA, 1998, 49ff.

¹¹⁵Vgl. WAKOUNIG, 2006, 92

¹¹⁶MARKARIS, 2008

¹¹⁷MARKARIS, 2008, 31

griechischen Minderheit auf den Druck der Mehrheit: *„Irgendwann einmal müssen wir jedoch auch die Kehrseite der Medaille betrachten: dass sich die Minderheit nämlich gar nicht integrieren wollte. Jede von ihnen lebte losgelöst von den anderen in ihrem eigenen Mikrokosmos, unfähig, sich als autonomer Teil eines multiethnischen Ganzen zu begreifen, und fühlte sich verpflichtet, alles, was ihr heilig war, zu verteidigen – zuerst die Religion und dann die Sprache.“*¹¹⁸

Die Minderheit zieht sich auf die Verteidigung dessen zurück, was ihr durch den Hegemonisierungswahn der Machthaber oft mit Gewalt abgesprochen wird. *“Denn die Konstantinopler Griechen hielten sich nach wie vor für die Galshüter des byzantinischen Erbes mit seinen eindrucksvollen Kirchen und dem Ökumenischen Patriarchen und fühlten sich folglich jeder anderen in Istanbul lebenden Ethnie überlegen. Sie blickten nicht nur auf die Türken herab, sondern auch auf die Armenier und die Juden. Das trug noch mehr zu ihrer Isolierung bei.“*¹¹⁹

Petros Markaris hat beobachtet, dass das Bestreben der Minderheiten ihre Werte zu erhalten oft in totalem Nationalismus, Konservatismus und in der Schaffung von Parallelwelten mündet: *„Eine Minderheit ist eine zutiefst nationalistische Gruppierung, die mit reaktionärer Besessenheit ihre eigenen Werte verteidigt, sich mit Zähnen und Klauen dagegen wehrt, ihre Wertvorstellungen durch die Mehrheit ‚verwässern‘ zu lassen, bis sie sich schließlich als eigenständige Existenzform begreift und auf Konfrontationskurs mit der Mehrheitsgesellschaft geht.“*¹²⁰

Der Großteil der Konstantinopler GriechInnen musste wegen der willkürlichen Steuerpolitik der türkischen Machthaber Istanbul verlassen. Sie siedelten sich in Griechenland an, das Minderheitendasein war ihnen jedoch in Fleisch und Blut übergegangen: *„Sicher betrachten die Konstantinopler Griechen, die sich in Griechenland niederließen, ihre*

¹¹⁸ MARKARIS, 2008, 32

¹¹⁹ MARKARIS, 2008, 32f.

¹²⁰ MARKARIS, 2008, 35f.

Landsleute nicht mit derselben Feindseligkeit wie die Türken. Mit einer gewissen Geringschätzung aber schon. Sie blickten auf ihren Lebensstil, ihre Gewohnheiten, selbst ihre Kochkunst von oben herab. Sie sorgten dafür, sich von den Griechen abzuheben, so wie sie früher dafür gesorgt hatten, sich von den Türken zu unterscheiden. Die Minderheit scheut die Identifikation mit der Mehrheit, wie der Teufel das Weihwasser.“¹²¹

Wenn immer die Zypernfrage virulent wurde, verschärfte die türkische Regierung die Restriktionen gegen die GriechInnen in der Türkei. Im öffentlichen Raum griechisch zu sprechen, galt als verpönt: *„Wenn sie jemanden griechisch sprechen hörten, sagten sie zu ihm: „Landsmann, sprich türkisch!“ Dieser extreme Nationalismus rief bei den Konstantinopler Griechen berechtigte Empörung hervor. Wie war es möglich, dass die Türken ihnen verbieten wollten, ihre Sprache zu sprechen?“¹²²*

Die GriechInnen flohen aus Istanbul nach Griechenland und sprachen dort miteinander türkisch, was bei den AthenerInnen für große Verwunderung, oft Empörung sorgte. Markaris dazu weiter im Text: *„Wie war es möglich, dass sich die Konstantinopler Griechen untereinander in der Sprache jener unterhielt, die sie vertrieben oder indirekt zum Exodus gezwungen hatten? Sie konnten die Notwendigkeit seitens der Minderheit nicht begreifen, sich von der Mehrheit abzugrenzen, um ihre eigenständige Existenz zu unterstreichen - bisweilen auf nahezu psychopatische Art und Weise. In Istanbul stellte man die öffentliche Abgrenzung durch das Griechische sicher, in Athen durch das Türkische.“¹²³*

¹²¹ MARKARIS, 2008,31

¹²² MARKARIS, 2008, 36

¹²³ MARKARIS, 2008, 36

4.1.1. Die hinterfragte Identität

Aktuell beschäftigt die Dekonstruktion und Hinterfragung des Begriffes Identität WissenschaftlerInnen, wie etwa den Briten jamaikanischer Herkunft Stewart Hall, die sich über den Zugang der Kulturwissenschaften dieser Thematik nähern. Hall ermittelte für die Dezentrierung des Denkens wie auch des Subjekts in der Postmoderne die Überlegung von Marx, dass Geschichte von Menschen gemacht wird, die jedoch auf den Umstand, in welche Strukturen sie geboren werden, keinen Einfluss haben; die Sprache als Struktur in die wir hineingeboren werden und die den Rahmen des menschlichen Seins und seiner Entwicklung entscheidend mitbestimmt; die vom Philosophen Michel Foucault ermittelte „Disziplinierungsmacht“, die den Einzelnen wenig Gestaltungsfreiraum seines Seins lässt; die Psychoanalyse nach Freud, die zeigt, dass das Unterbewusste unser Denken und Tun beherrscht und der Feminismus, der anprangert, dass das universale Verständnis von Subjekt ein männliches Bild postuliert. Hall postuliert drei unterschiedliche Auffassungen von Identität: während das Subjekt der Aufklärung sich als einheitliches Individuum verstand, kommt es beim cartesianischen Subjekt zu einer Dezentrierung des Ich. Es tritt in Interaktion mit der Umwelt und verklammert das Ich mit der kulturellen und sozialen Umwelt.¹²⁴

Das postmoderne Subjekt nach Hall ist beweglich und widersprüchlich: *„Die völlig vereinheitlichte, vervollkommnete und kohärente Identität ist eine Illusion. In dem Maße, in dem sich die Systeme der Bedeutung und der kulturellen Repräsentation vervielfältigen, werden wir mit einer verwirrenden, fließenden Vielfalt möglicher Identitäten konfrontiert, von denen wir uns zumindest zeitweilig mit jeder identifizieren können.“*¹²⁵

¹²⁴ HALL in HALL, 1994, 180ff.

¹²⁵ HALL in HALL, 1994, 183

Die amerikanische Theoretikerin Judith Butler hat sich in der „Macht der Geschlechternormen“ mit den Theorien der Wissenschaftlerin und Schriftstellerin Gloria Anzaldúa und ihrem Werk „Borderlands / La Frontera“ auseinandergesetzt. Anzaldúa hat ihr Buch auf spanisch, englisch und in ihrer indigenen Sprache geschrieben, was für die LeserInnen eine große Herausforderung darstellt. Nach ihrer Identität befragt, gibt Gloria Anzaldúa an *„chicana, mexikanisch, lesbisch, amerikanisch, intellektuell, arm, Schriftstellerin, Aktivistin“* zu sein. Alle diese Identitätsstränge bestimmen, nach Gloria Anzaldúa, ihr Leben und bilden ihre Identität, eine *„Identität, die durch die sehr verwickelten historischen Umständen ihres Lebens kulturell inszeniert und produziert“* würden.¹²⁶

Anzaldúa glaubt, dass soziale Veränderung *„durch die Fähigkeit zwischen Welten zu vermitteln“* besteht. Menschen, die mit zumindest zwei Kulturen konfrontiert sind oder sich konfrontieren, können kulturell übersetzen: *„Man könnte sagen, dass das Subjekt für sie eher ‚multipel‘ ist anstatt einheitlich.“* Die Wissenschaftlerin fordert die Menschen auf, offen für den Anderen zu bleiben und kulturelle Grenzen zu überschreiten. Passiert das nicht, wird das oft in der Berufung auf die Gefährdung der eigenen Werte und Sprache argumentiert, jedoch meint Judith Butler: *“Das einheitliche Subjekt ist eines, das schon weiß, was es ist, das in derselben Weise in ein Gespräch eintritt, wie es das Gespräch beendet, das es unterlässt, die eigenen epistemologischen Gewissheiten in den Begegnungen mit dem anderen zu riskieren, und daher an seinem Ort bleibt, seinen Ort bewacht.“*¹²⁷

Die weltweiten Migrationsströme, Minderheitensituationen, Minderheiten, die zu Mehrheiten werden und Volksgruppen, die vom Verschwinden bedroht sind, zeigen, dass immer seltener Menschen mit einem kulturellen Hintergrund an einem Ort geboren werden und bis zu ihrem Tod dort

¹²⁶ BUTLER, 2009, 359f.

¹²⁷ BUTLER, 2009, 360f.

leben. Die Frage, was Identität bestimmt, ob sie rein ethnische Kriterien bezeichnet oder ob Identität aus verschiedenen Strängen besteht, wird in den Reihen der slowenischen Minderheit in Südkärnten offen diskutiert. Jedoch ist dieser Diskurs – solange er nicht auch jene, welche die Macht im Land haben, erfasst – rein kosmetischer Natur. Politisch weit relevanter sind die Prozesse der Ethnisierung und Reethnisierung, kurz gezeigt am Beispiel der Istanbuler GriechInnen, denn sie bestimmen die Interaktion zwischen der deutschsprachigen Mehrheit und der slowenischen Minderheit in Kärnten. Wobei sich die Kärntner SlowenInnen nicht als Gralshüter einer antiken Kultur begreifen. Da die SlowenInnen in der Vergangenheit meist als Bauern ihr Auslangen fanden, wird ihnen eine eher unterwürfige Haltung nachgesagt. In den letzten Jahrzehnten hat die slowenische Volksgruppe in Kärnten eine wahre Bildungsexplosion durchlebt und rangiert bei der regionalen AkademikerInnenquote weit oben.¹²⁸ Trotzdem sind die Parallelen zur Situation der Istanbuler GriechInnen und ihr Verhältnis zur Mehrheit unverkennbar.

4.2. Die Akteure in der Kärntner Minderheitensituation

4.2.1. Der Kärntner Heimatdienst

Der Kärntner Heimatdienst (KHD) wurde vor der Volksabstimmung 1920 von den drei Parteien der provisorischen Landesversammlung gegründet. Seine Aufgabe war es, Propaganda – heute würde man sagen Lobbying – für die österreichische Seite in den Grenzstreitigkeiten zwischen Österreich und dem SHS-Staat zu machen. Nach gewonnener Abstimmung bleibt der KHD als Antipode zur slowenischen Volksgruppe bestehen. Nach Austritt der Sozialisten – der heutigen Sozialdemokraten – wird aus dem Kärntner Heimatdienst der Kärntner Heimatbund. Eine seiner Aufgaben ist, Kredite des Wirtschaftsministeriums an „Windische“¹²⁹ im Abstimmungsgebiet zu vermitteln. Eine eigens

¹²⁸ Einen umfassenden Überblick zum sozialen Wandel bei den Kärntner SlowenInnen bietet REITERER, 1986.

¹²⁹ Vgl. BOGATAJ, 1989, 72ff.

eingerrichtete Bodenvermittlungsstelle verkauft Bauernhöfe an Familien aus dem benachbarten Deutschland. So wird versucht durch Ansiedlungspolitik die ethnischen Parameter zu verschieben. 1938 geht der Kärntner Heimatbund in der NSDAP auf.¹³⁰

1957 wird der Kärntner Heimatdienst¹³¹ wiedergegründet. Die politischen Allianzen mit seinen Gründern, den Kärntner Parteien, machten ihn schnell zu einem der einflussreichsten politischen Akteure im Land. Um sein deutschnationales Profil in der Öffentlichkeit zu schärfen, organisierte der KHD eine illegale Aktion – des zivilen Ungehorsames –, bei der die Eltern ihre Kinder vom verpflichtenden zweisprachigen Unterricht abmeldeten. Das Land machte 1958 durch ein Minderheitenschulgesetz aus der KHD-Forderung ein Gesetz. Weitere Höhepunkte in der Aktionsgeschichte des KHD war der Ortstafelsturm und 1984 die Forderung nach Trennung der VolksschülerInnen nach sprachlichen Kriterien. So schlussfolgert Christoph Glantschnig in seiner Diplomarbeit, dass die guten Verbindungen zur Landespolitik dazu beitragen, dass der KHD bis heute in praktisch sämtliche Verhandlungen einbezogen würde.¹³²

Die Ziele des Kärntner Heimatdienstes lassen sich wie folgt zusammenfassen: der Kampf gegen die Privilegien der Kärntner SlowenInnen, die zu Lasten der deutschsprachigen Mehrheit gehen würden; der Kampf gegen slowenische Gebietsansprüche, die durch die Ortstafeln sichtbar gemacht werden würden sowie der Kampf gegen die Privilegierung der geförderten Vereine der Kärntner SlowenInnen.¹³³

Aus diesen vom KHD in seinen Medienorganen und bei jeder Gelegenheit, selbstverständlich auch durch die Kärntner Landespolitik, lancierten Vorwürfen gegen das Wesen, Agieren und Sein der slowenischen

¹³⁰ PIRKER, 2008, 213

¹³¹ Homepage des Kärntner Heimatdienstes, www.khd.at, 1.4.2009

¹³² GLANTSCHNIG, 2006, 60

¹³³ GLANTSCHNIG, 2006, 60; FRITZL, 1990 bietet einen Überblick zur Tätigkeit des KHD.

Volksgruppe in Kärnten und ihres Mutterlandes Slowenien wurden nun in der Öffentlichkeit jene Merkmale konstruiert, die dann zum Wesen der slowenischen Volksgruppe in Kärnten gemacht wurden. So sprach der KHD bald offen von den maßlosen, kommunistisch-orientierten, verräterischen Kärntner Slowenen und konstruierte somit ein Bild von einer ethnischen Gruppe, welches die Kärntner SlowenInnen von einer Identifikation abhalten und sie zur Aufgabe von Sprache und Kultur ermuntern sollte.

1972 wurde Josef Feldner Obmann des Kärntner Heimatdienstes. Mit seinem Presseorgan, dem „Ruf der Heimat“, das kostenlos an alle Kärntner Haushalte versandt wurde, hatte der Heimatdienst ein Instrument, um für seine diversen Begehren Stimmung zu machen. So initiierte der KHD etwa ein Volksbegehren gegen den Film von Thomas Pluch „Das Dorf an der Grenze“. Dieses Beispiel für Kriminalisierung von AkteurInnen, die dem KHD nicht genehme Inhalte in den öffentlichen Diskurs einstreuen, wird im Kapitel 8 besprochen.

Der Kärntner Heimatdienst hat seine Position in Volksgruppenfrage in den letzten Jahren geändert. Mit Slowenenvertretern unterzeichnete er im aktuellen Streit um zweisprachige Ortstafeln in Südkärnten eine Einigung auf 67 zusätzliche Ortstafeln. Leiter der Verhandlungen war der Historiker Stefan Karner. Josef Feldner meinte in einem Interview mit dem ORF: *„Wir versuchen auch mit bezahlten Einschaltungen diesen Konsensweg drüber zu bringen. Die Leute, die noch misstrauisch sind aus der Mehrheitsbevölkerung, die zu überzeugen. Es gibt keinen Grund mehr Angst zu haben, weg von der Urangst, weg von der Sorge, Kärnten könnte wieder einmal geteilt werden oder Slowenien könnte Gebietsforderungen gegenüber Österreich stellen. Das ist Unsinn. Das gibt es nicht mehr, muss vorüber sein, bauen wir auf die Zukunft. Bauen wir die Zukunft auf und hängen wir nicht an der Vergangenheit.“*¹³⁴

¹³⁴ Heimat, fremde Heimat, 29.4.2007

Universitätsprofessor Peter Gstettner, der seit Jahrzehnten mit dem KHD und seinem Obmann Josef Feldner in einer anhaltenden Auseinandersetzung lebt, hat es sich zu einer seiner wissenschaftlichen Aufgaben gemacht, den Schwenk des KHD zu enttarnen.¹³⁵

4.2.2. Der Kärntner Abwehrkämpferbund

Der Kärntner Abwehrkämpferbund (KAB) wurde im Oktober 1955 neu gegründet. Anfänglich durften dem Abwehrkämpferbund nur wirkliche „Kämpfer“ beitreten, später öffnete der KAB seine Pforten auch für Traditionsträger. Ziel des Vereines war es, mit Hilfe von speziellen Ortsgruppen dafür einzutreten, dass die Erinnerung an den Abwehrkampf 1918/1919 nicht verblasst.¹³⁶

In der Satzung des Kärntner Abwehrkämpferbundes werden die Vereinsziele angeführt: *„Gleichbehandlung und Gleichstellung der deutschsprachigen Lehrer im Bereich des Minderheitenschulwesens“*, *„keine Benachteiligung der nicht zum zweisprachigen Unterricht angemeldeten Kinder durch das einseitige österreichische Minderheitenschulgesetz durch die Einführung der österreichischen Regelschule“*, *„keine Benachteiligung der deutschen Bevölkerung in der Kirche“*, *„kein Akzeptieren von Forderungen der Volksgruppe, die über den Art. 7 des Staatsvertrages hinausgehen“*.¹³⁷

Der Kärntner Abwehrkämpferbund ist bemüht, das Bild der Slowenen als Feind aufrecht zu erhalten. In einer klassischen Opfer-Täter-Umkehr wird die deutschsprachige Mehrheit zum Benachteiligten stilisiert, die nicht durch unrechtmäßig zugestandene Rechte der Minderheit ungleich behandelt werden dürfe.

¹³⁵ Vgl. Kapitel 4.2.6.1.

¹³⁶ PIRKER, 2008, 227

¹³⁷ Kärntner Abwehrkämpferbund, <http://www.kab.or.at/?id=organisation>, 1.4.2009

Der Abwehrkämpferbund organisiert alljährlich ein Treffen von früheren Angehörigen der Wehrmacht und rechten Gruppierungen aus ganz Europa im Kärntnerischen Krumpendorf / Kriva vrba. Am Abend trifft man sich im Kursaal, um sich mental auf den Gang auf den Ulrichsberg einzustimmen. 1988 bezeugte der damalige Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider im ORF-Inlandsreport seine Nähe zu diesem Gedankengut: *“Das wissen Sie so gut wie ich, dass die österreichische Nation eine Missgeburt gewesen ist, eine ideologische Missgeburt, denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache, und wenn man es jemandem freistellt, sich als slowenischer Österreicher zu bekennen, als ungarischer, als kroatischer, dann muss es auch möglich sein, sich als deutscher Österreicher zu bekennen. Und das ist auch das, was in unserem Programm formuliert ist.“*¹³⁸

Die Veranstaltung wurde letztes Jahr in einem Internetforum deutscher Neonazis beworben. Im Thiazi Forum, einer *“germanischen Weltnetzgemeinschaft”*¹³⁹ wird die Veranstaltung als *“super Gelegenheit zum Kontakte knüpfen”* angepriesen, unterzeichnet von einem *“Nationalsozialisten aus dem Reichsgau Kärnten”*.¹⁴⁰ Seit vor Jahren die Anwesenheit der Tochter von Heinrich Himmler, der NS-Ikone Gudrun Burwitz belegt wurde, fürchten die Veranstalter, dass das Treffen durch das österreichische Verbotsgesetz untersagt werden könnte. Der ORF zeigte im letzten Jahr einen Teilnehmer des Krumpendorfer Treffens, der sich „Sieg Heil“ auf die Hände tätowiert hatte. Der Hauptfeind bleibt beim Krumpendorfer Treffen jedoch der Partisane, der nach wie vor in den Köpfen herumgeistert und den Kärntner Boden beansprucht.¹⁴¹

Rund um den 10. Oktober treffen sich schließlich die alten Krieger auf dem Ulrichsberg. Wer nicht mehr gehen kann, wird vom österreichischen Bundesheer hinaufgeführt. Die Teilnahme des Bundesheeres an dieser

¹³⁸ APA0132, 18.8.1988 und APA0263, 18.8.1988

¹³⁹ Thiazi Forum, <http://forum.thiazi.net/>, 2.4.2009

¹⁴⁰ APA0253, 16.9.2008

¹⁴¹ Heimat, fremde Heimat, 28.9.2008

Veranstaltung wurde kritisiert, da sich die Veteranen von den Gedenktafeln der Wehrmacht und Waffen-SS nicht distanzieren wollen.¹⁴² Auch im letzten Jahr besuchte eine Gruppe deutscher Neonazis die Veranstaltung. Zuerst von der Polizei gestoppt, durften die Skinheads dann mit dem Einverständnis der Veranstalter an der Ulrichsbergfeier teilnehmen. Demonstrierende Jugendliche aus der autonomen Protestbewegung, welche eine Straßensperre errichten wollten, wurden nicht auf den Berg gelassen. Die angemeldete Demonstration wurde von der Polizei kritisiert, weil die jungen Demonstranten mit Tüchern ihre Gesichter verhüllten. Bei den Vermummten handelt es sich um StudentInnen aus den österreichischen Universitätsstädten, welche die Vermummung damit erklärten, nicht als Zielscheibe im Internetforum der deutschen Neonazis auftauchen zu wollen.¹⁴³

4.2.3. Die Kärntner Parteien - der Dreiparteienpakt

Die Auffassung, dass es in Kärnten ein Einparteiensystem gäbe, kommt nicht von ungefähr. Demokratiepolitisch bedenklich ist, dass der gemeinsame Nenner der SPÖ, ÖVP, FPÖ bzw. BZÖ in Kärnten die Gegnerschaft zur slowenischen Volksgruppe ist. Leopold Wagner, der sich selbst brüstete ein „hochgradiger Hitlerjunge“ gewesen zu sein, konnte im Nachkriegskärnten unmöglich von einer anderen Partei noch rechts überholt werden. Er war Symbol der politischen Praxis, die zementierte, dass Kärntner Nationalsozialisten nach dem Krieg in anderem Gewand wieder alle Machtpositionen besetzten – und im Fall der SPÖ mit absoluter Mehrheit. Wie naturgegeben waren die politischen Funktionäre auch Mitglieder des Kärntner Heimatdienstes. Nachdem Wagner zum Landeshauptmann gewählt wurde, verstanden sich unter seiner Gilde alle drei Kärntner Landtagsparteien und die Heimatverbände darauf, das Ortstafelgesetz aufzuheben und die Volksgruppenfrage neu zu regeln. Damit war der Dreiparteienpakt in Minderheitenfragen, der bis heute

¹⁴² Vgl. APA0211, 19.7.2007

¹⁴³ Thiazi Forum, <http://forum.thiazi.net/>, 2.4.2009; Heimat, fremde Heimat, 28.9.2008

vollkommen in Takt ist, beschlossene Sache.

Es war in erster Linie die Kärntner SPÖ, die dem Nachkriegs-Kärnten diesen deutschnational geprägten Stempel aufdrückte. Die Abwahl von Landeshauptmann Sima prägte das Profil der SozialistInnen nachhaltig, wie Wolfgang Petritsch, damaliger Kreisky-Sekretär und jetziger Leiter der ständigen Vertretung Österreichs bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris in einem Interview mit der Kleinen Zeitung erklärte: *„Ab dem Zeitpunkt hat sich die Kärntner SPÖ in der nationalen Frage ganz bewusst auf die Position des Schmieds zurückgezogen. Kreisky sagte damals: Die Tiefe der Emotionalität und das von oben herab Handeln Simas führte zum Schock und zur Haltung, wir dürfen keine aufklärerische Politik betreiben.“*¹⁴⁴

Auf die Frage warum, es die SozialdemokratInnen seit Haider einfach nicht schaffen mit einem neuen Profil bei den Kärntner WählerInnen Fuß zu fassen, meint Wolfgang Petritsch: *„Wir sind halt sozialhistorisch in einem Land, das stark vom Deutschnationalismus bestimmt war. Die Kärntner SPÖ hat sich dem opportunistisch immer wieder angepasst, anstatt neben der sozialen Komponente auch Offenheit, Internationalität zu betonen. Sie trägt noch immer den großen Schock des Ortstafelsturms in sich.“*¹⁴⁵

4.2.4. Jörg Haider

Der verstorbene Landeshauptmann Jörg Haider (FPÖ, später BZÖ) schaffte es in ethnischen Fragen die Polarisierung an die Spitze zu treiben. Haider bediente die Klaviatur der Emotionalisierung und Ethnisierung nach Bedarf. An einem Tag verhandelte er mit den „guten“ Slowenen, um am nächsten die Verhandlungsergebnisse einfach wieder zu vergessen, da sich die „radikalen“ Slowenen zu Wort gemeldet hatten.

¹⁴⁴ Kleine Zeitung, 6.3.2009, 18f.

¹⁴⁵ Kleine Zeitung, 6.3.2009, 18f.

Ein Dorn im Auge war ihm das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 13.12.2001 die zweisprachige Topographie betreffend. Bei der Bekämpfung dieses Erkenntnisses verlies Jörg Haider wiederholt den Rahmen des Rechtsstaates, denunzierte die Akteure, ethnisierte und kriminalisierte nach Lust und Laune. Besonderes Ziel seiner Attacken wurde der Rechtsanwalt Rudi Vouk, der die Frage der zweisprachigen Topographie auf rechtlicher Ebene zum Thema gemacht hatte.

Wakounig meint in seinen Ausführungen zu den Verhältnissen in Kärnten: *„Die politische Instrumentalisierung des Minderheitendiskurses ist besonders in Kärnten zu beobachten, weil die politische Mobilisierungsrhetorik einzelner Politiker Rechte der slowenischen Minderheit ständig als überzogene Ansprüche von ‚slowenischen ExtremistInnen‘ hingestellt und als Einschränkung der deutschsprachigen Mehrheit in ihren Rechten bewusst abqualifiziert werden. Angesichts solcher Erfahrungen drängt sich die Frage nach der Brauchbarkeit und Durchsetzungsfähigkeit von Minderheitendefinitionen und Minderheitenschutzbestimmungen auf, wenn es trotzdem möglich ist, Minderheiten als Gefahr für das Gemeinwohl hinzustellen.“*¹⁴⁶

Jedoch wurden nicht nur die Kärntner SlowenInnen vom verstorbenen Landeshauptmann nach Bedarf zum Feindbild stilisiert, auch AsylwerberInnen und MigrantInnen wurden Ziel von Ethnisierung. Nachdem es Haider nicht gelang, seiner Meinung nach, straffällig gewordene Menschen tschetschenischer Herkunft in einem Autobus nach Wien zu schaffen, da sie Innenministerin Maria Fekter zurückschickte, isolierte er die Flüchtlinge in einem Heim. Dann ersann der Politiker die Idee von der Isolierung der AsylwerberInnen auf der Kärntner Saualm. Flüchtlinge, die sich in irgendeiner Form verdächtig machten – wenn sie zum Beispiel zur falschen Zeit am falschen Ort waren –, wurden, wenn sie auch keine Straftaten begangen hatten, in ein ehemaliges, heute desolates Kinderferienheim auf der Lavanttaler Saualm geschickt. Das

¹⁴⁶ WAKOUNIG, 2006, 47

ehemalige Kinderheim wurde vom Betreiber als unzureichend erklärt, da bis heute nicht geklärt ist, ob das Abwasser ins Grundwasser rinnt. Als der Tacho des Kärntner Landeshauptmannes bei 142 km/h steckenblieb und er mit 1,8 Promille Alkohol in seinem Auto starb, schwörte sein Nachfolger Gerhard Dörfler die „Saualmpolitik“ weiterzuführen. Als die Asylwerber am 23.12.2008 von der Saualm vor die Kärntner Landesregierung flüchteten, weigerte sich das Land diese Menschen weiter zu versorgen. Privatpersonen sprangen für das Land ein und die Initiative „Herbergssuche real“ schaffte es vor Weihnachten für alle Asylwerber eine Unterkunft zu bekommen. Das Gerücht wurde in Umlauf gebracht, dass die Asylwerber an Hepatitis und TBC leiden.¹⁴⁷ Die medizinische Untersuchung ergab, dass für die Herbergsgeber keine Ansteckungsgefahr bestünde. Was bleibt, ist die Vorstellung der Saualm als Kärntner Asylquarantäneanstalt auf etwa 1.200 Meter Seehöhe ohne ärztliche Versorgung. Es ist ein mehr als problematisches politisches Signal Fremde und Kranke einfach wegzusperren.

Der Klagenfurter Mediziner Günter Mattitsch, der sein Heim für einen, wie sich durch die Erhebung der Staatsanwaltschaft zeigte, letztendlich doch nicht straffällig gewordenen Tschetschenen öffnete, meinte in einem Interview mit dem ORF: *„Wir sind im Prinzip, in unserer Art wie wir mit Menschen umgehen, die Nachkommen der NS-Zeit, die ideologisch vollkommen wahnsinnig war. Da hat sich nicht sehr viel gebessert. Wie wir über Menschen urteilen, wie wir werten und wie wir sofort etikettieren und sofort Grenzen dicht machen wollen und eliminieren wollen und vertreiben wollen. Ich denke, da sind wir nicht sehr viel weiter gekommen.“*¹⁴⁸

Der Umgang Jörg Haiders mit Flüchtlingen sagte auch viel über seinen Umgang mit den SlowenInnen in Kärnten aus. Diese Politik trug die gleiche Handschrift, ausgetauscht wurde nur das Feindbild. Und je nach dem wie gering der zu erwartende Widerstand der Mehrheitsbevölkerung

¹⁴⁷ Heimat, fremde Heimat, 22.2.2009

¹⁴⁸ Heimat, fremde Heimat, 22.2.2009

gegen entrechtende Maßnahmen war, desto weiter wagte sich der Kärntner Landeshauptmann in seinem menschenfeindlichen Umgang mit dem konstruierten Fremden. Da ihm der Beifall der KärntnerInnen gewiss war und heute Landeshauptmann Dörfler in gleichem Maße gewiss ist, wollen die Kärntner BZÖ-Politiker das Modell „Sonderflüchtlingsanstalt Saualm“ als gesamtösterreichisches Konzept etablieren. Sich aus Sicht der Minderheit auf die Position zurückzuziehen, dass die Volksgruppenangehörigen keine Ausländer seien, erinnert an die Argumentation des so genannten braven, anfangs dem System unterwürfigen Juden, der so dem Naziterror entgehen wollte und nicht glauben konnte, dass er gemeint war. Unterschätzt wird dabei, dass in einer Gesellschaft, die Rechte ignoriert und sich außerhalb des Verfassungsbogens zu bewegen beginnt, nicht das Opfer bestimmt, ob es zum Abschuss freigegeben wird, sondern der Täter.

4.2.5. Die Grünen

2004 gelang der Partei der Grünen der Einzug in den Kärntner Landtag. Die Grünen errangen zwei Mandate und üben sich seit dem als Stimme gegen den Dreiparteienpakt. Bei der letzten Landtagswahl am 1.3.2009 kandidierten die Kärntner Slowenin Zalka Kuchling an dritter Stelle und der Slowene Stefan Merkač an vierter Stelle der Grünen Landtagsliste. Die Grünen schafften jedoch nur mit Mühe den Einzug und konnten ihre Mandatszahl nicht erhöhen.

4.2.6. Die zwei traditionellen slowenischen Vertretungsorganisationen

Nach dem Zweiten Weltkrieg spaltete sich die Vertretung der Volksgruppe in zwei Lager. Joško Tischler gründete 1948 den christlich orientierten Rat der Kärntner Slowenen / Narodni svet koroških Slovencev (NSKS). Der Zentralverband slowenischer Organisationen / Zveza slovenskih organizacij (ZSO) wurde im März 1955 als Nachfolgeorganisation der Demokratischen Front des Werktätigen Volkes gegründet. Der

Zentralverband unter Franci Zwitter fühlte sich den Werten des antifaschistischen Kampfes verpflichtet. Diese Gruppe setzte sich auch für den Anschluss Südkärntens an Jugoslawien ein. Als die Entscheidung fiel, die Grenzziehung beizubehalten, nahm die ideologische Kluft zwischen den beiden Vertretungsorganisationen der Kärntner SlowenInnen zu. Annäherung brachte ein gemeinsames Memorandum des Rates und des Zentralverbandes vom 11.10.1955. Politisch kam dieses Memorandum zu spät und zeigte wenig Wirkung. Denn auf Druck der deutschnationalen Verbände wurde das verpflichtende zweisprachige Schulwesen in ein Schulsystem mit einem Abmeldeprinzip umgewandelt. Die deutschnationalen Verbände hatten eine illegale Abmeldeaktion vom Slowenischunterricht initiiert, die mit dem Minderheitenschulgesetz vom 19.3.1959 legalisiert wurde. Dem so genannten Elternrecht der deutschnationalen Verbände wurde durch das Abmeldeprinzip Genüge getan.¹⁴⁹ Diese Legalisierung war der Startschuss der Entrechtung der slowenischen Minderheit in Südkärnten und drängte die Zentralorganisationen der Minderheit in eine politische Abwehrhaltung, die sie bis heute nicht mehr umkehren konnten. Offensives Agieren zugunsten der Kärntner SlowenInnen fand damit ein jähes Ende.

4.2.7. Ideologien im Wandel

Der Rat der Kärntner Slowenen mit dem Vorsitzenden Karel Smolle und seinem Vizeobmann Rudi Vouk sowie der Zentralverband mit dem Vorsitzenden Marjan Sturm haben ihr ideologisches Profil fast diametral verändert. Während der Rat durch die Jahrzehnte eher als dialogbereit und um pragmatische Lösungen bemüht galt, hat der Zentralverband durch seine Verbrüderung mit dem Kärntner Heimatdienst den Rat im Rahmen der Volksgruppenpolitik weit rechts überholt. Dieser Paradigmenwechsel ist auch entscheidend für die neuesten Entwicklungen in der Volksgruppe.

¹⁴⁹ WAKOUNIG, 2006, 125

4.2.7.1. Marjan Sturm

Der Student Marjan Sturm wurde aktenkundig, als er Anfang der 1970er Jahre als Student die Ortstafel von Hermagor „beschmierte“. Sturm schrieb den slowenischen Namen Šmohor, die slowenische Bezeichnung von Hermagor, auf die Tafel. Bei der Gerichtsverhandlung verteidigte sich der Aktivist mit dem Argument, dass der Artikel 7 des Staatsvertrages nicht erfüllt sei und die Kärntner SlowenInnen ein Recht auf zweisprachige Ortstafeln hätten. Marjan Sturm, 1951 geboren, stammt selbst aus einer Familie, die wie rund 300 weitere während des NS-Regimes auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur slowenischen Volksgruppe ausgesiedelt wurden. Ein Kind, ein Mädchen, der Familie Sturm starb im Arbeitslager der Nationalsozialisten. Der heutige Vorsitzende des Zentralverbandes galt in der Solidaritätsbewegung der 1970er Jahre als hervorragender Networker, der mit allen demokratisch, linksorientierten Gruppierungen inner- und außerhalb Österreichs Kontakte suchte. Seit 1992 vertritt er als Vorsitzender des Zentralverbandes den slowenischen Partisanenverband, den Verband der Ausgesiedelten, die slowenische Frauenbewegung und die traditionell eher linksorientierten örtlichen slowenischen Vereine. Nach einschlägigem Studium der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Gebiet ethnischer Fragen änderte Marjan Sturm radikal die Politik des Zentralverbandes.

Nach Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs vom 13.12.2001 nahm der Slowenenvertreter alle Einladungen zu allen Verhandlungsrunden mit Bund und Land an und zeigte sich äußerst konzilient und in seinen Forderungen sehr moderat. Aus diesen Verhandlungen entstand auch eine neue Zusammenarbeit mit dem Kärntner Heimatdienst, die bislang in einer gemeinsamen Erklärung, dem gemeinsamen Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus und des Tito-Regimes und in einem gemeinsamen Buch von Marjan Sturm und Josef Feldern gipfelte.¹⁵⁰

¹⁵⁰ Vgl. APA 0074, 14.5.2008; vgl. FELDNER/STURM, 2007

Dieser politische Schwenk wurde von der Kärntner Landespolitik positiv aufgenommen, wobei sich Jörg Haider später auf die Seite des empörten Abwehrkämpferbundes schlug und sich somit wiederum die „rechts außen“ Position sicherte.¹⁵¹ In den Reihen der eigenen Organisation, vor allem den Partisanenverbänden und dem Verein Ausgesiedelter, wird der Schwenk zwar nicht öffentlich kritisiert, aber intern mit Unverständnis bedauert. Sturm arbeitet nun praktisch als „one man show“ seitens der Volksgruppe an einem Versöhnungsmodell mit dem Kärntner Heimatdienst. Professoren der Universität Klagenfurt / Celovec, wie Peter Gstettner, die sich seit Jahrzehnten mit der Minderheitenfrage beschäftigen, zeigen sich bestürzt über Sturms Versöhnung mit dem KHD.¹⁵²

Vor allem, dass der Kärntner Heimatdienst nun MigrantInnen mit muslimischem Glaubensbekenntnis als Gefahr stigmatisieren und zum neuen Feind stilisieren, mache eine ehrliche Versöhnung unmöglich. Gstettner konstatierte, dass Parolen des „Dialoges“ und des „Kärntner Konsens“ diesmal nicht wie Ende der 1980er Jahre vom Rat der Kärntner Slowenen und dem Kärntner Dreiparteienpakt propagiert würden.

In seiner Rede bei der Protest- und Informationsveranstaltung der „Initiative für Rechtsstaatlichkeit“ am 14.5.2008 in Klagenfurt / Celovec analysierte Gstettner die Hintergründe des „Dialoges“ zwischen Marjan Sturm und Josef Feldner: *„Es ist zum Besten der slowenischen Volksgruppe, wenn sie deutsch spricht, und wenn sie Verständnis dafür hat, dass die Deutschkärntner nur auf deutsch den ‚Dialog‘ führen wollen, und wenn der Obmann der deutschkärntner Vereine die Seinen dazu aufruft, sie sollten doch, etwas mehr nationales Selbstbewusstsein zeigen.“*

¹⁵¹ APA0048, 5.5.2005

¹⁵² Vgl. Ansprache Univ. Prof. Dr. Peter Gstettner, http://www.initiative-rechtsstaat.at/images/Ansprache_Peter%20Gstettner14.05.2008.pdf, 3.4.2009

Marjan Sturm und Bernhard Sadovnik sind der Konsensglaubensgemeinschaft beigetreten und bekommen deshalb als verständigungsorientierte, versöhnungsbereite Kärntner neben Josef Feldner ein Plätzchen auf dem Altar der Heimattreuen. Heinz Stritzl, Vorkämpfer für die heimattreue Minderheit, für die deutsche Minderheit in Slowenien, steht auch schon dort, Seite an Seite mit dem schlagenden treudeutschen Recken Andreas Mölzer, der die deutsche Heimat auf europäischer Ebene verteidigt.

Der Altar hat für viele Schäfchen Platz, für die neu bekehrten wie für die unbelehrbaren Gestrigen. Sie alle treten jetzt gemeinsam an, der neuen Gefahr aus dem Osten die Stirn zu bieten. Die Gefahr heißt nun nicht mehr ‚Slowenisierung des Grenzlandes‘; das ist für den Kärntner Heimatdienst Schnee von gestern. Die neue Gefahr heißt ‚Islamisierung Europas‘, frei nach dem Motto des freiheitlichen Propagandachefs: ‚Daham statt Islam‘.¹⁵³

Zum gemeinsamen Buch „Kärnten neu denken“ meinte Gstettner: „Es muss ja auch nicht der österreichische Staatsvertrag ‚neu gedacht‘ werden, er müsste nur endlich einmal umgesetzt werden - in einem neuen europäischen Geist, und nicht unter den Bedingungen des engen Kärntner Heimat-Konsens-Verständnisses, dieser Kärntner Minimalvariante, des kleinsten gemeinsamen Nenners, den man uns heute als ‚historische Lösung der Kärntner Frage‘ anbietet.“¹⁵⁴

Zum neuen Rollenverständnis von Sturm und Feldner meinte Gstettner in seiner Rede: „Wir brauchen keine wissenschaftlichen Moderatoren, die uns sagen, auch in Südafrika, im Baskenland, in Irland, in Palästina, jetzt auch in China und in Tibet würden ‚Konfliktdialoge‘ zur Lösung der Probleme beitragen. Wir haben ein Problem mit diesen unseren ‚Kärntner

¹⁵³ Initiative Demokratie und Rechtsstaat, http://www.initiative-rechtsstaat.at/aktuell_de/2/, 3.4.2009

¹⁵⁴ Initiative Demokratie und Rechtsstaat, http://www.initiative-rechtsstaat.at/aktuell_de/2/, 3.4.2009

Verhältnissen‘, zu denen jetzt auch die sog. Dialoge von Feldner und Sturm und die Aktivitäten der selbsternannten ‚Kärntner Konsensgruppe‘ gehören. Sie sind mit Bestandteil der Kärntner Verhältnisse, die von ganz oben getragen werden und die dazu angetan sind, die demokratischen Grund- und Menschenrechte immer weiter zu schmälern. Kärntner Eliten, die sich über alles hinwegsetzen, was nicht der Nomenklatur der Kärntner Heimatschützer entspricht, die sind unser Problem. Dass sich jetzt auch zwei slowenische Organisationen für diese Nomenklatur vereinnahmen ließen, dies war auch mit Ursache für den Aufruf unserer Initiative.“¹⁵⁵

Gstettner glaubt, dass sich Marjan Sturm als Feigenblatt für den Kärntner Heimatdienst, der das Feindbild „Kärntner Slowene“ gegen den „Islam“ ausgetauscht hat, hergibt. Besonders absurd erscheint Gstettner die Idee der Konsensgruppe um Sturm und Feldner, ihr Modell auch ins Ausland tragen zu wollen:

„Kärnten ist also um eine neue Karikatur reicher. Nach dem Ortstafelverrückter Haider nun der minderheitenschützende Friedensengel Feldner. Als wäre Kärnten so arm an Karikaturen, dass das übrige Österreich nichts zu lachen hätte. Und jetzt noch das: Laut neuester Aussendung droht die sog. Konsensgruppe damit, nicht nur ganz Südkärnten mit ihren vertrauensbildenden Maßnahmen zu überziehen, sie will ihren ‚Dialog‘ auch grenzüberschreitend ansetzen, auch in Slowenien etwas bewegen.“¹⁵⁶

4.2.7.2. Rudi Vouk

Der Rechtsanwalt Rudi Vouk engagiert sich praktisch von Kindesbeinen an für die Belange der slowenischen Volksgruppe. Mit FreundInnen im Kärntner Schülerverband / Koroška dijaška zveza organisierte Rudi Vouk

¹⁵⁵ Initiative Demokratie und Rechtsstaat, http://www.initiative-rechtsstaat.at/aktuell_de/2/, 3.4.2009

¹⁵⁶ Initiative Demokratie und Rechtsstaat, http://www.initiative-rechtsstaat.at/aktuell_de/2/, 3.4.2009

die so genannte „Bahnhofsaktion“, bei der die SchülerInnen des slowenischen Gymnasiums in ihrer Muttersprache ihre Fahrkarten verlangten und damit – denn die Schalter wurden einfach geschlossen – den Bahnhof in Klagenfurt / Celovec lahmlegten. Eine weitere Initiative, bei der Rudi Vouk federführend mitarbeitete, war die „Kontakt Linse / Kontaktna leča“. SchülerInnenvertreterInnen des slowenischen und des als deutschnational verschrienen Einspieler-Gymnasiums veranstalteten vor fast 30 Jahren zum ersten Mal ein gemeinsames Kulturfest, das sich bis heute für die Verständigung zwischen Mehrheit und Minderheit einsetzt.¹⁵⁷

Rudi Vouk nahm auch aktiv an den StudentInnenprotesten während der so genannten „Kärntner Schulfrage“ Ende der 1980er Jahre teil. Slowenische StudentInnen besetzten aus Protest gegen die geplante Trennung von VolksschülerInnen nach sprachlichen Kriterien den Christbaum am Wiener Rathausplatz. Rudi Vouk ersann den Spruch, den die Studenten von der Spitze des Baumes entrollten: „Apartheid bringt uns auf die Palme!“.

Rudi Vouk präsentierte sich nach Abschluss seines Studiums der Rechtswissenschaften in Wien in der Kärntner Minderheitenpolitik als "Mann des Konsens". Im Rat der Kärntner Slowenen und in den Gremien der Kärntner Einheitsliste trug er die Politik des „neuen Dialoges“ mit. Nach den Gemeinderatswahlen 1997 ging die Partei der Kärntner Slowenen in Eberndorf / Dobrla vas mit Rudi Vouk eine Koalition mit der FPÖ und der ÖVP ein. 1999 gelang es Vouk als Interimsobmann des Rates, den Rat und den damals noch linksorientierten Zentralverband wieder in einem Gremium zu vereinen.¹⁵⁸

¹⁵⁷ BOGATAJ, 1989, 328

¹⁵⁸ Vgl. Der Standard, 15.12.2001

Der Verband der Ausgesiedelten, eine Teilorganisation des Zentralverbandes, beauftragte den Rechtsanwalt die Opfer unter den Kärntner SlowenInnen in der Restitutionsfrage zu vertreten.

Kurz bevor Rudi Vouk durch eine Geschwindigkeitsübertretung die Klage beim Verfassungsgerichtshof provozierte, legte er aus Frustration – nach Jahren der Dialogbereitschaft des Rates – über den Stillstand in der Volksgruppenpolitik sein Mandat als Generalsekretär der Einheitsliste zurück, um sich dann mit seiner Klage beim Verfassungsgerichtshof politisch zurückzumelden. Die Reaktion von Vouk in der Zeitung „Der Standard“ nach Verkündung des Urteils: *„Jetzt weiß ich, warum ich Jus studiert habe. Ich wollte immer wissen, ob es wirklich unmöglich ist, Recht, in diesem Falle eben Minderheitenrecht, gegenüber dem Widerstand der Politik durchzusetzen.“*¹⁵⁹

Der Urteilsverkündung im Dezember 2001 folgte neben politischen Angriffen und Drohbriefen eine ganz spezielle politische und mediale Behandlung der Person Rudi Vouk, die Inhalt dieser Untersuchung ist. Der Vater von Rudi Vouk war Schulinspektor für das slowenische Schulwesen. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes sorgte der Versuch der „Neuen Kronen Zeitung“, Rudi Vouks Vater eine deutschnationale Vergangenheit anzuhängen, für Aufregung in der Volksgruppe.¹⁶⁰

Im Rahmen der Tätigkeit von Vouk als Funktionär des Rates der Kärntner Slowenen sowie der Kärntner Einheitsliste wurde auch die Frage der MigrantInnen ein Thema. Die Frage der aufgezwungenen und dadurch provozierten – im Endeffekt auch selbstgewählten – Isolation der Minderheit wurde bereits im Zusammenhang mit der Ethnisierung am Beispiel der Konstantinopler GriechInnen besprochen. (Vgl. Kapitel 4.1.) Wakounig weiß, dass die Abgrenzung nicht nur gegen die Mehrheit postuliert wird: *„Es ist zu beobachten, dass Deutungen von streng*

¹⁵⁹ Der Standard, 15.12.2001

¹⁶⁰ Neue Kronen Zeitung, 29.4.2005

getrennten kulturellen Identitäten, besonders bei den autochthonen Volksgruppen, zu einer doppelten Abgrenzungsstrategie führen. Sie befinden sich in einer Zwischenposition, zwischen der Mehrheitsvolk und den ‚neuen‘ Minderheiten. Die Abgrenzung nach oben wird notwendig, um nicht von der Mehrheit assimiliert und ‚aufgesogen‘ zu werden. Die Abgrenzung nach unten wird notwendig, um nicht auf die gleiche Ebene mit neu zugewanderten Personen gestellt zu werden. Die Abwehr nach unten ist der Kampf um den besseren gesellschaftlichen Status, den man mehr oder weniger für sich allein beansprucht.“¹⁶¹

Nach der jahrelangen Ignoranz des Spruches der Verfassungsrichter von 2001 die zweisprachigen Ortstafeln betreffend ist Rudi Vouk eine neue Allianz eingegangen. Mit VertreterInnen von MigrantInnenorganisationen, den zu Unrecht abgeschobenen tschetschenischen AsylwerberInnen und MuslimInnen, setzten ein paar hundert slowenische AktivistInnen im Kampf um Rechtsstaatlichkeit ein gemeinsames Zeichen. Vouk meinte dazu in einem Interview mit dem ORF: *„Es betrifft uns alle, wenn der Rechtsstaat missachtet wird. Das ist eigentlich der Beginn der Diskriminierung und eben die Schwächsten spüren es zuerst, das sind die Volksgruppen, das sind Migranten, als nächstes werden vielleicht die sozial Schwachen dran sein, die regional Benachteiligten, andere Glaubensgemeinschaften und irgendeinmal wird jeder Bürger sich fragen müssen, wann komme ich an die Reihe. Deshalb muss man eben den Anfängen wehren. Sobald der Rechtsstaat in Gefahr ist, ist das nur der erste Dominostein, der zum Kippen des ganzen Systems führen kann.“¹⁶²*

4.2.8. Bernard Sadovnik

Ein weiterer Akteur in der politischen Arena der Kärntner SlowenInnen ist Bernard Sadovnik. Er konnte im Jahr 2000 die Wahl um den Obmann des Rates der Kärntner Slowenen für sich entscheiden. Sadovnik ist gelernter

¹⁶¹ WAKOUNIG, 2006, 66

¹⁶² Heimat, fremde Heimat, 8.6.2008

Handwerker und sieht sich, wie er in einem Interview mit Jürgen Pirker zitiert wird „weniger als Intellektueller“, sondern als „typischer Arbeiter, [...] der vielleicht eher die Sorgen der Menschen [...] gekannt hat, weil er vor Ort war. Daraus entstand die Überzeugung, dass man mehr machen muss, als nur die üblichen verbrieften Rechte der Volksgruppe einzufordern“.¹⁶³

Die Abgrenzung von den Intellektuellen, den Studierten in der Volksgruppe, rief bei vielen Volksgruppenangehörigen Unverständnis hervor. Denn über 90 Prozent der Eltern aller Kärntner slowenischen AkademikerInnen waren noch vor einer Generation Bauern und ArbeiterInnen. Erst durch die Errichtung des Bundesgymnasiums für Slowenen in Klagenfurt / Celovec 1957 wurde es möglich, dass ihre Kinder, wenn auch unter erheblichen Entbehrungen für die Familien, maturieren und studieren konnten.

Im Verlauf des Jahres trat Sadovnik nach Zerwürfnissen mit dem demokratisch gewählten Ausschuss des Rates der Kärntner Slowenen (Zbor narodnih predstavnikov) zurück und gründete eine eigene Bewegung. Es galt bis dahin als stille Übereinkunft aller Volksgruppenakteure, dass sich die Minderheit durch die zwei traditionellen Organisationen vertreten ließ. In der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen / Skupnost koroških Slovencev in Slovenk (SKS) fanden nun Vertreter zweier Politikergenerationen eine neue Heimat, die sich in der Vergangenheit mit den traditionellen Organisationen überworfen hatten und als politisch enttäuscht galten. Die Gemeinschaft ist seitdem um politische Legitimation von der Mehrheits- und Minderheitspolitik bemüht und fällt durch eine besonders konsensorientierte Haltung gegenüber dem Land Kärnten und der nicht näher definierten Kärntner Mehrheitsbevölkerung auf.¹⁶⁴

¹⁶³ PIRKER, 2008, 247

¹⁶⁴ Vgl. PIRKER, 2008, 47

4.2.9. Die Kärntner Einheitsliste / Koroška enotna lista

Die Partei der Kärntner SlowenInnen, die Kärntner Einheitsliste / Koroška enotna lista (EL), wurde 1973 als „Klub slowenischer Gemeinderäte“ gegründet. Die ethnische Partei verfügt heute über mehr als 50 Mandatare, die sich für die Belange der Kärntner SlowenInnen in den Südkärntner Dörfern einsetzen.

Auf Landes- und Bundesebene ist die Einheitsliste des Öfteren Bündnisse mit den Grünen und dem Liberalen Forum eingegangen. Karel Smolle, Gründer der Einheitsliste, saß einmal für die Grünen, dann für das Liberale Forum im österreichischen Nationalrat. Er spielt bis heute eine wesentliche Rolle in der Auseinandersetzung der Volksgruppe mit den Entscheidungsträgern im Land.

Vouk kandidierte bei der letzten Nationalratswahl im September 2008 als Spitzenkandidat für Kärnten beim Liberalen Forum. Als Antipode zu Jörg Haider machte sich sowohl das Liberale Forum als auch die Kärntner Einheitsliste große Hoffnungen, dass das Wahlbündnis ins Parlament gewählt würde. Die Liberalen kamen auf nur zwei Prozent, obwohl die Kärntner SlowenInnen zum größten Teil die Grünen und das Liberale Forum wählten.

Die letzte Gemeinderatswahl am 1.3.2009 brachte für die Kärntner Einheitsliste eine Sensation. Franz Josef Smrtnik wurde in Eisenkappel / Železna kapla zum ersten „slowenischen“ Bürgermeister gewählt. Der Land- und Forstwirt ist slowenischer Kammerrat in der Landwirtschaftskammer und spielte, wie im Kapitel 6.3.2.5. erläutert, eine gewichtige Rolle in der aktuellen Ortstafelauseinandersetzung. Seine Wahl wird von vielen Kommentatoren als Zeichen dafür gewertet, dass die Kärntner Bevölkerung es akzeptieren würde, wenn dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes die zweisprachigen Ortstafeln betreffend Genüge getan würde.

4.3. Das Kärntner Muster

Bei den Landtagswahlen 1970 erreichte die SPÖ in Kärnten im Zusammenhang mit dem Erfolg der Bundes-SPÖ unter Bundeskanzler Bruno Kreisky die absolute Mehrheit. Hans Sima, erster Mann in der Kärntner SPÖ, bekannte sich zur Toleranz gegenüber der slowenischen Minderheit und betonte, dass die Bestimmungen des Staatsvertrages umgesetzt werden müssten.

Die Stimmung in Kärnten war jedoch keineswegs auf Toleranz ausgerichtet. Am 10. Oktober konnte man dann in einer Jubiläumsbroschüre des Kärntner Heimatdienstes lesen, dass der Konflikt zwischen den zwei Sprachgruppen im Land so lange andauern würde, bis es eine der beiden Gruppen nicht mehr geben würde. Im Oktober wurde ein Abwehrkämpferdenkmal in Strau in die Luft gesprengt und Jugendliche „beschmierten“ einsprachige Tafeln. Die Slowenenorganisationen boykottierten die Oktober-Feierlichkeiten des Landes und am Denkmal, dem Herzogstuhl wurde eine slowenische Fahne gehisst.¹⁶⁵

Ende Oktober verlangten die Zentralverbände vehement die Erfüllung des Artikel 7 des Staatsvertrages und Mitte Dezember empfing Bundeskanzler Kreisky eine Delegation der Kärntner Slowenen in denen, wie Hellwig Valentin ausführt, Kreisky die Volkszählungsergebnisse erstmals im Zusammenhang der territorialen Definition für die Anbringung zweisprachiger Ortstafeln thematisierte. 1971 brachte auch der Kärntner Heimatdienst direkt seine Anliegen beim Bundeskanzler vor und wollte sich als Gegengewicht zu den Volksgruppenvertretern ins Spiel bringen.

Unter Hans Sima erarbeitete die Kärntner Landesregierung ein Arbeitspapier, das sich mit der Lösung der Ortstafelfrage beschäftigte. Im Jänner 1972 wurde dieses Papier an die Bundesregierung übermittelt. Fast zeitgleich lief die gerichtliche Verhandlung gegen den jungen

¹⁶⁵ VALENTIN, 2005, 199ff.

Kärntner slowenischen Aktivisten Marjan Sturm, der in Hermagor die Tafel „beschmiert“ hatte.¹⁶⁶

4.3.1. Der Ortstafelsturm und das statuierte Exempel Hans Sima

Da der nicht erfüllte Staatsvertrag von Bundeskanzler Bruno Kreisky als ein störendes Moment in den bilateralen Beziehungen zu Jugoslawien empfunden wurde, entschloss sich die SPÖ zu einem Alleingang bezüglich der zweisprachigen topographischen Aufschriften.¹⁶⁷

Mit einer knappen Mehrheit von drei Stimmen wurde am 6.7.1972 das Ortstafelgesetz gegen die Stimmen von ÖVP und FPÖ angenommen. Das Gesetz besagte, dass in 16 Gemeinden 205 zweisprachige Ortstafeln aufgestellt werden sollten. Diese 16 Gemeinden wurden bei der Volkszählung 1961 erhoben, mit der Auflage, dass zumindest 20 Prozent der Bevölkerung „slowenisch sprachig“ waren. Die Vertretungsorganisationen kritisierten den zu hohen Prozentsatz mit dem Argument, er widerspräche der Intention des Staatsvertrages von Wien.

Am 20.9.1972 brach der „Sturm“ los. Die zweisprachigen Tafeln wurden beschmiert. Es gab Bombendrohungen gegen die Kärntner Landesregierung und die slowenische Haushaltungsschule in St. Ruprecht.

Am 10.10.1972 stand in Südkärnten keine einzige zweisprachige Ortstafel mehr. Landeshauptmann Hans Sima musste ab diesem Zeitpunkt um Leib und Leben fürchten. Der Kärntner Heimatdienst forderte die Aussetzung des Ortstafelgesetzes. Ab diesem Zeitpunkt begann auch das Zeitalter der Kommissionen und der Forderung nach einer Feststellung der zahlenmäßigen Stärke der Volksgruppe.

¹⁶⁶ VALENTIN, 2005, 31

¹⁶⁷ KATTNIG, 1977, 19

Eine internationale Konferenz, geleitet von Landeshauptmann Sima, erhielt eine Terrorandrohung und Bomben erschütterten Südkärnten.

Die FPÖ und der KHD starteten ein Volksbegehren für eine Minderheitenfeststellung und konnten 1973 82.000 Unterschriften vorweisen.¹⁶⁸ Als flankierende Maßnahme traten die FPÖ und die ÖVP im Kärntner Landtag gegen die Durchführung des Ortstafelgesetzes auf. Landeshauptmann Sima blieb bei seinem Vorhaben, die fehlenden zweisprachigen Ortstafeln aufzustellen. Bei einer Konferenz in der Klagenfurter Arbeiterkammer kam es dann zu einem Eklat. Der dort anwesende Bundeskanzler Bruno Kreisky wurde antisemitisch beschimpft. Landeshauptmann Sima wurde einen Tag später in Begleitung seiner Frau in Völkermarkt / Velikovec mit Eiern und Tomaten beworfen. Erst als die abgerissenen Ortstafeln nicht mehr erneuert wurden, beruhigte sich die Kärntner Seele.¹⁶⁹

1972 setzte Bruno Kreisky eine so genannte Ortstafelkommission ein. Die Slowenenvertreter weigerten sich an der Kommission teilzunehmen, da sie nicht mit einem Vertreter des Kärntner Heimatdienstes über ihre Rechte verhandeln wollten. Die ÖVP hatte den Gymnasialdirektor und Obmann des KAB sowie stellvertretenden Obmann des KHD und des Bundes der Windischen, Valentin Einspieler, als Vertreter nominiert. Es wurde eine Unterkommission eingerichtet, die ein Modell der Erhebung der Muttersprache erarbeiten sollte. 1973 folgte ein Kontaktkomitee, das auch keine konkreten Ergebnisse brachte.

Sima verlor bei den Gemeinderatswahlen 1973 sechs Prozent der Stimmen und wurde von Leopold Wagner als Parteiobmann abgelöst. Sima hielt an seiner Einstellung in der Ortstafelfrage fest und kam dem Verlangen Wagners, den Landeshauptmannsessel zu räumen, nicht nach.

¹⁶⁸ VALENTIN, 2005, 206ff.

¹⁶⁹ VALENTIN, 2005, 206ff. und HREN in KLUB SLOVENSKIH ŠTUDENTK IN ŠTUDENTOV NA DUNAJU/KLUB SLOWENISCHER STUDENTINNEN UND STUDENTEN, 1998, 56f.

Der Landeshauptmann richtete noch eine Beratungsstelle für Kärntner Slowenen in der Kärntner Landesregierung ein, bis er nach Intervention von Bruno Kreisky sein Amt am 12.4.1974 niederlegte. Neuer Kärntner Landeshauptmann wurde Leopold Wagner.¹⁷⁰

Mit dem „ehemaligen, hochgradigen Hitlerjungen“ Wagner brach in Kärnten – wie bereits in Kapitel 4.2.3. erläutert – eine neue politische Ära an. Der Dreiparteienpakt, dessen Kitt die negative Haltung zur slowenischen Minderheit ist, machte es möglich, dass ein restriktives Volksgruppengesetz die Bestimmungen des Artikels 7 des Staatsvertrages aushöhlte und den Kärntner SlowenInnen jede Möglichkeit entzog, darauf Einfluss zu nehmen.

Mit dem Ortstafelsturm und der daraus resultierenden politischen Demontage von Hans Sima zeigte der Kärntner Heimatdienst exemplarisch, was passiert, wenn versucht wird die Minderheitenschutzbestimmungen für die Kärntner SlowenInnen umzusetzen. Auch Bundeskanzler Bruno Kreisky lernte nach seinem Besuch in Kärnten diese Lektion und ignorierte ab diesem Zeitpunkt das Recht und startete keinen Versuch mehr den Artikel 7 in Fragen der zweisprachigen Topographie umzusetzen.

4.3.2. Das Volksgruppengesetz – Aushöhlung des Minderheitenschutzes

Der Wissenschaftler Vladimir Wakounig wertete die Annahme des Volksgruppengesetzes als einschneidendes Ereignisse für die Entrechtung der Kärntner Slowenen: *„Vor dem Hintergrund des Dreiparteienpaktes wurden die gesetzlichen Bestimmungen aus dem Jahre 1976 zu politischen Entscheidungen, die insgesamt zu einer völligen Entmündigung und Ent-Subjektivierung der slowenischen Volksgruppe führten. Der Minderheit wurden alle wesentlichen Möglichkeiten genommen, um in die Volksgruppenpolitik eingreifen zu können. Sie*

¹⁷⁰ VALENTIN, 2005, 216f.

*wurde mit dem Gesetz zu einer Klientel degradiert, der nur mehr eine Bittstellerfunktion zugedacht wurde. Die Einrichtung von Volksgruppenbeiräten bedeutet die Zementierung des Klientelisierungsprozesses, aktive politische Beteiligung wird automatisch negativ konnotiert. Mit Sonderregelungen und Sonderdotationen wird versucht, die Volksgruppe zu beruhigen und ihr das Gefühl zu geben, sie sei ein wichtiges Anliegen der Herrschenden. In Wirklichkeit bleibt sie mit ihren Forderungen immer hinter der rechtlichen und faktischen Selbstverständlichkeit der Realität der Mehrheitsgesellschaft zurück.*¹⁷¹

Im Volksgruppengesetz 1976 wird die Einrichtung von Volksgruppenbeiräten vorgesehen, die Volksgruppenförderung, die Anbringung zweisprachiger topographischer Aufschriften und die Amtssprache geregelt. Um in Genuss der durch das Volksgruppengesetz vorgesehenen Rechte zu kommen, mussten jedoch laut Volkszählung 25 Prozent der GemeindebürgerInnen gemischtsprachig sein.¹⁷²

Die 25-Prozent-Klausel erscheint den Volksgruppenangehörigen seit jeher als Hohn und Provokation. Angesichts der Assimilationspolitik und der daraus resultierenden Gouvernamentalität – vgl. Kapitel 3.1. – seitens der Volksgruppenangehörigen kam es notgedrungen zu einer eklatanten Verringerung jener Menschen, die bereit waren in Kärnten slowenisch als ihre Muttersprache in der Öffentlichkeit anzugeben. In diesem Zusammenhang gilt die 25-Prozent-Klausel als ein weiteres Assimilierungsinstrument, das verhindert, dass Minderheitenschutz greifen kann. Die Volksgruppenrechtstheoretiker haben sich daher auf das so genannte Versteinerungsprinzip als abfedernde Maßnahme berufen. Dem zufolge soll der Minderheitenschutz, wenn er an zahlenmäßige Stärke gekoppelt wird, von jenen Zahlen ausgehen, die 1955, bei Beschluss des österreichischen Staatsvertrages galten.

¹⁷¹ WAKOUNIG, 2006, 200; Vgl. BUKOW, 1988, 94ff.

¹⁷² Vgl. Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem, BGBl. Nr. 396/1976, http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1976_396_0/1976_396_0.pdf, 23.3.2009

Die Intention der Bundesregierung durch Ausschüttung von Förderungen über den Volksgruppenbeirat an genehme Volksgruppenangehörige und damit Kontrolle über das Ausmaß der Auflehnung von Volksgruppenpolitikern zu erhalten, trug Fürchte. Der Rat der Kärntner Slowenen beschickte den Volksgruppenbeirat der Bundesregierung erst mehr als ein Jahrzehnt später, nämlich 1988.¹⁷³

Endgültig zu Bruch ging das Vertrauen zwischen den Kärntner SlowenInnen und der Bundesregierung, als am 14.11.1976 eine geheime Minderheitenfeststellung¹⁷⁴ verordnet wurde. Der Bund kümmerte sich nämlich nicht, wie im Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages vorgesehen, um die slowenische Volksgruppe, sondern beugte sich den Interessen der Kärntner Landesparteien.

Im Volksgruppengesetz von 1976 blieben von den 205 zweisprachigen topographischen Aufschriften aus der Topographieverordnung 1972 noch 91 übrig. In 13 Gemeinden wurde das Slowenische als Amtssprache erlaubt. *„Insgesamt sind die ausgewählten Orte im Wesentlichen kongruent mit einem Verzeichnis, welches die FPÖ zuvor bei einer Grenzlandkonferenz in Völkermarkt präsentiert.“*¹⁷⁵

Nach der Annahme des Volksgruppengesetzes und dem Verschwinden der zweisprachigen Ortstafeln von 1972 entstand – wie Vladimir Wakounig untersucht hat – überraschend eine Solidaritätsbewegung, ein zivilgesellschaftliches Aufbegehren, weit über die Grenzen der österreichischen Volksgruppen hinaus: *„Die Zuschreibung von ethnischer Zugehörigkeit zu Personen, die sich in dieser Solidaritätsbewegung engagierten, spielte keine Rolle. Entscheidend war die Umsetzung und Gestaltung eines demokratiepolitischen Klimas, in dem Minderheiten und ihre Rechte respektiert werden. Diese Bewegung war mit dem traditionellen politischen Herrschaftsmodell – hier Mehrheit, dort*

¹⁷³ APA0083, 28.4.1988

¹⁷⁴ KLEMENČIČ/KLEMENČIČ, 2006-2007, 105ff.

¹⁷⁵ HAAS/STUHLPFARRER, 1977, 109

Minderheit – nicht kompatibel und führt zur Relativierung von ethnischen Zuschreibungen und Grenzen [...] Mit der Annahme des Volksgruppengesetzes wurde dieser politischen Entwicklung ein Ende gesetzt, um das ursprüngliche dichotome Gesellschaftsmodell (Mehrheit-Minderheit) wieder herzustellen.“¹⁷⁶

Von den im Volksgruppengesetz festgelegten 91 Ortschaften, die zweisprachig ausgewiesen werden sollen, stellte das Land Kärnten bis zum Jahr 2002 73 auf.

4.3.3. Divide et impera und die Reziprozität

Zusätzlich zum Kommissionieren und der Ankündigung von Minderheitenfeststellungen hatte sich eine dritte Strategie als sehr nützlich für jene Politiker erwiesen, die kein Interesse an der Erfüllung der staatsvertraglich zugesicherten Minderheitenrechte hatten: nämlich divide et impera - teile und herrsche. Dass die Kärntner SlowenInnen von traditionell zwei – jetzt von drei – Organisationen vertreten werden, die nicht immer der gleichen Meinung sind, erwies sich in der Vergangenheit als ideale Voraussetzung für ein politisches Spiel. Da man die Volksgruppenvertreter einerseits in die „guten“ und konsensbereiten, mit denen man verhandeln konnte sowie andererseits in die „bösen“ und nationalistischen, die stur ihre Rechte einforderten, teilen konnten, war es für die Regierenden ein Leichtes nichts für die Minderheit zu tun. Das geschah jeweils unter Berufung auf die eine Gruppe, die gerade nicht auf Regierungslinie war und sich nicht unterwürfig zeigte. Wobei diese Position keinesfalls einer Organisation zugeschrieben werden kann. So wurde zum Beispiel im Fall des Volksgruppenvertreter Marjan Sturm – ähnlich dem Werdegang des ehemaligen grünen Außenministers von Deutschland Joschka Fischer – aus einem „Ortstafelbeschmierer“ ein Paradekonsenspolitiker.¹⁷⁷ Und der als katholisch-konservativ geltende

¹⁷⁶ WAKOUNIG, 2006, 68

¹⁷⁷ Der Standard, <http://derstandard.at/?id=2514672>, 14.7.2006

Rat der Kärntner Slowenen, der sich über Jahrzehnte der Dialogbereitschaft verschrieb und auch so rezipiert wurde, gilt heute als radikal und extremistisch in seinen Positionen in der Volksgruppenpolitik.¹⁷⁸

Auffallend ist auch die Strategie der Mächtigen: wann auch immer der Volksgruppe etwas gegeben wird, werden ihr automatisch Rechte wieder entzogen. So geschehen bei der Installierung des slowenischsprachigen ORF-Radios „Radio dva“. Nachdem die Volksgruppe durch ein umfassend erarbeitetes Radiokonzept und flankierende Protestmaßnahmen ein muttersprachliches Radio im Rahmen des ORF forderte, willigte Landeshauptmann Jörg Haider diesem Ansinnen unter der Bedingung zu, dass die slowenischsprachige Sendung im Regionalradio abgeschafft werde. Was dann auch so geschah. „Radio dva“ wird nun von der slowenischen Redaktion des ORF produziert, auf einer anderen Frequenz ausgestrahlt. Die täglich einstündige slowenische Sendung „Od srca do srca“ (Von Herz zu Herz) wurde auf Radio Kärnten des ORF eingestellt. Installiert wurde hingegen das touristische Alpen-Adria-Magazin „Servus, srečno, ciao“, in dem slowenische Originaltöne mit Overvoice ausgestrahlt werden.¹⁷⁹ Eine solche Sendung bringt sicher viel für den kulturellen Austausch am Dreiländereck, kann aber nicht als mediale Versorgung in der Muttersprache gewertet werden.

Eine weitere Spielart der Entrechtung der Minderheiten ist die Reziprozität. So wird die Aushöhlung von Minderheitenrechten für die Kärntner SlowenInnen mit den fehlenden Minderheitenrechten für die deutschsprachige Volksgruppe der Gottscheer in Slowenien argumentiert. Im folgenden Kapitel 5, über die Schutzmacht Slowenien, wird näher auf diese Frage eingegangen. Dass in diesem Diskurs weder für die Kärntner SlowenInnen noch für die Gottscheer Minderheit positive Schritte in die Wege geleitet wurden, lehrt die Geschichte. Nationalstaaten sind in erster

¹⁷⁸ Vgl. APA0155, 7.6.1988

¹⁷⁹ Vgl. kaernten.ORF.at, <http://kaernten.orf.at/magazin/studio/fernsehen/stories/5906>, 9.4.2009

Linie darauf bedacht, die Interessen der Mehrheitsbevölkerung zu wahren. Für intakte bilaterale Beziehungen wird auf die Rechte von Minderheiten vergessen. Dass die Volksgruppen, ob nun Gottscheer, Kärntner SlowenInnen oder SüdtirolerInnen, meist nur als Spielball bilateralen Schlagabtausches erhalten müssen, haben diese längst erkannt und sich institutionell zusammengetan.

5. Die Schutzmacht und ihre Minderheiten

5.1. Die Schutzmacht Jugoslawien

Dem Verhältnis der Kärntner SlowenInnen zum Mutterland und zur Schutzmacht Slowenien kommt im Rahmen der Bemühung die Mechanismen zu dekonstruieren, die dazu führen, dass es in Österreich möglich ist, ein Urteil des obersten Gerichtshofes zu ignorieren und den Auslöser für dieses höchstrichterliche Urteil zu diskreditieren, eine gewichtige Rolle zu. Als Schutzmacht setzt sich die Republik Slowenien offiziell für die Umsetzung der Volksgruppenrechte ihrer Minderheiten – der SlowenInnen – im Ausland ein. Der Umgang mit ethnischen Gruppen und Verfassungsgerichtshofsurteilen in Slowenien erweisen sich als weitere Faktoren, welche die „Kärntner Wirklichkeit“ mitbestimmen.

Jugoslawien spielte für die rechtliche Absicherung der SlowenInnen in Kärnten eine entscheidende Rolle. Eine der Slowenenorganisationen trat nach dem Krieg ganz klar dafür ein, dass Südkärnten ein Teil Jugoslawiens sein sollte¹⁸⁰ und erst der Staatsvertrag von Wien 1955 mit den Schutzbestimmungen im Artikel 7 ließ die Kärntner SlowenInnen glauben, dass sie auch künftig ihre Sprache und Kultur in Kärnten behalten können. Altpräsident Milan Kučan meinte in einem Interview mit dem ORF: *„Bei den Staatsvertragsverhandlungen hatten die Alliierten und im Rahmen dieser Gespräche das ehemalige Jugoslawien Einfluss, dass es im Austausch für die Zustimmung, Österreich in den Grenzen wie vor dem Anschluss zu belassen, das Schutzmachtrecht für die slowenische und kroatische Minderheit bekam.“*¹⁸¹ Auf die Schutzmachtfunktion legte auch der jugoslawische Präsident Josip Broz Tito Wert. Jedoch waren auch dem Marschall die bilateralen Beziehungen zu Österreich wichtiger als ein ernst zu nehmender Konflikt aufgrund der Nichterfüllung des Artikels 7 des österreichischen Staatsvertrages. Altpräsident Kučan

¹⁸⁰ Vgl. HAAS/STUHLPFARRER, 1977, 88ff.

¹⁸¹ Heimat, fremde Heimat, 13.3.2005

meinte dazu im ORF-Interview: *„Der österreichische Staatsvertrag wurde am Höhepunkt des Kalten Krieges beschlossen, bald nach der Berliner Krise, am Ende des Koreakrieges. Damals waren die Zusagen der ehemaligen Alliierten, jene, die Druck auf die österreichischen Regierungsstellen ermöglichten. Im politischen Spiel, das vom Kalten Krieg diktiert wurde, war das immer eine Frage der konkreten Beziehungen. Und im Zusammenhang mit diesen Beziehungen war nicht mehr als das formelle Berufen auf diesen Vertrag möglich.“*¹⁸²

Innerstaatlich machte Tito jedoch des Öfteren auf die Situation der Kärntner SlowenInnen aufmerksam. Im Zuge des Ortstafelsturms wurden in Jugoslawien Fabriken geschlossen und Hunderttausende demonstrierten auf den Straßen Belgrads für die Rechte der Kärntner SlowenInnen.¹⁸³ Eine Internationalisierung der Volksgruppenbelange, wie sie Außenminister Bruno Kreisky 1960 betrieb, als er die Südtirol-Frage in einer Rede vor der UNO thematisierte, hat Jugoslawien nicht angestrebt.

5.2. Die Schutzmacht Slowenien

Nach der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens von 1991 bemühte sich die Politik in Ljubljana um internationale Anerkennung der jungen Republik. Dieser folgte die Bemühung um Aufnahme in die Europäische Union. Die Republik Slowenien wurde am 1.5.2004 Mitglied der Europäischen Union. Dimitrij Rupel, der bis zur Regierung unter Ministerpräsidenten Borut Pahor bei alternierenden Regierungskonstellationen immer Außenminister blieb, war bekannt für sein freundliches Verhältnis zu den österreichischen AußenministerInnen. Die Frage der Kärntner SlowenInnen wurde zwar bei jedem Staatsbesuch thematisiert. Man machte es den österreichischen VertreterInnen jedoch nicht schwer, sich auf die „spezielle“ Kärntner Wirklichkeit auszureden. Die politischen Verantwortlichen in Slowenien gingen dazu über die

¹⁸² Heimat, fremde Heimat, 13.3.2005

¹⁸³ Heimat, fremde Heimat, 13.3.2005

Minderheit, ob ihrer Politik und Zerstrittenheit für die politische Situation und die daraus resultierende Nichterfüllung des Artikels 7 verantwortlich zu machen. Aktuell berichten die Volksgruppenvertreter von angedrohten Kürzungen der Förderung seitens der Republik Slowenien, sollten sich die Vertretungen nicht einig werden.

Auch politisch hält sich der Schutz durch Slowenien in Grenzen. Zwar ging ein Aufschrei durch die junge Republik, als Andreas Khol nicht bereit war mit slowenischen ParlamentarierInnen über die Fragen des Staatsvertrages von Wien 1955 zu verhandeln, da er meinte, dass Slowenien nicht die Rechtsnachfolge als Schutzmacht von Jugoslawien antreten könne. Slowenien sieht sich sehrwohl als Schutzmacht der Kärntner SlowenInnen, wenn auch die formalen Akte, die dafür nötig gewesen wären, nicht gesetzt wurden.¹⁸⁴

Gespannter hingegen war durchgehend das Verhältnis Sloweniens zur Kärntner Landespolitik, im Gegensatz zum sehr innigen Verhältnis des Kärntner Landeshauptmannes zu VertreterInnen der Region Friaul Julisch Venetien / Friuli Venezia Giulia.

Vor allem die Argumentation der deutschnationalen Verbände in Kärnten, die Jugoslawien und Slowenien als Feindbild hochhielten, die Minderheit „heim“ über die Karawanken schicken wollten und allzeit eine kommunistische Verschwörung aus dem Süden orteten, machte ein unbelastetes Verhältnis unmöglich. Der letzte Akt in dieser angespannten Situation war ein Streit um Symbole, die sowohl von der Kärntner Landesregierung als auch seitens der Republik Slowenien beansprucht wurden. Der Fürstenstein ist für die KärntnerInnen eines ihrer ältesten Rechtssymbole, für die SlowenInnen steht der Fürstenstein für den Traum von Selbstbestimmung. Die Republik Slowenien wollte den Fürstenstein nach Einführung des Euro als Landeswährung auf die Zwei-Cent-Münze prägen. Kärntens Landeshauptmann Haider und die Heimatverbände

¹⁸⁴ Heimat, fremde Heimat, 13.3.2005

waren empört und intervenierten. Nachdem diese Anstrengungen keinen Erfolg zeigten, lies Jörg Haider den Fürstenstein auf alle Kärntner Amtsdokumente prägen.¹⁸⁵ Sieht man diesen Sachverhalt auf rein faktischer Ebene, könnte man glauben, Kärnten und Slowenien seien sich so nahe gekommen, dass auf beiden Seiten der Grenze die gleichen Symbole verwendet werden.

5.3. Das Spiel mit der Reziprozität und Gegenstrategien

Die Kärntner Heimatverbände und der Dreiparteienpakt in Kärnten argumentieren die Nichterfüllung von Minderheitenrechten mit dem Prinzip der Reziprozität. Da die deutsche Minderheit in Slowenien, die Gottscheer und Reste der deutschsprachigen Minderheit um Maribor / Marburg, nicht staatlich anerkannt würden und sie nicht unterstützt würden, stünde es der Republik Slowenien nicht zu, die Rechte der Kärntner SlowenInnen einzufordern.

Die Situation der Gottscheer in Slowenien ist alles andere als rosig. Die Volksgruppe lebt in einem Gebiet, in dem viele Haushalte bis heute ohne Strom und Wasser auskommen müssen. Auf Initiative des Gottscheerfunktionärs August Gril hat sich das vom Verein gegründete Kulturhaus in Krapflern / Občice mit angeschlossenem Museum, zum Treffpunkt für die deutschsprachige Minderheit entwickelt. Gril bemüht sich nun schon seit Jahrzehnten um die Anerkennung der deutschen Minderheit und Aufnahme in den gut entwickelten Minderheitenschutz in Slowenien. Unterstützt wurden sie dabei vom Präsidenten des Österreichischen Volksgruppenzentrums Marjan Pipp, der sich beim Mutterland immer wieder für einen fairen Umgang mit der deutschsprachigen Minderheit einsetzte. August Gril strich im Gegenzug bei seinen Kärnten-Besuchen die gute Beziehung zu den Kärntner SlowenInnen hervor. Beide Minderheiten sind in der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) vertreten und setzen sich für

¹⁸⁵ Heimat, fremde Heimat, 28.9.2008

den Schutz aller Minderheiten in Europa ein. Dieser Schulterschluss bremste die politische Strategie ein, eine Minderheit zu Gunsten nationalstaatlicher Interessen gegeneinander auszuspielen. Diese Volksgruppensolidarität hat sich schon mehrfach bewährt. Als besonders wirkungsvoll hat sich die Südtiroler Unterstützung der Kärntner SlowenInnen erwiesen. Auch das Modell des Österreichischen Volksgruppenzentrums, das alle österreichischen Volksgruppen unter einem Dach vereint und an einem einheitlichen österreichischen Volksgruppenschutz arbeitet, ist eine Strategie gegen Nationalismus und für die Stärkung der Schwächsten, in diesem Fall der österreichischen Volksgruppen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass in der Zwischenzeit die Zahl der europäischen Volksgruppenangehörigen 103,5 Millionen ausmacht. Was bedeutet, dass jeder siebente Europäer Angehöriger einer Volksgruppe ist.¹⁸⁶

5.4. Die Minderheiten in der Republik Slowenien

Der Minderheitenschutz in der Republik Slowenien kommt vor allem den beiden anerkannten – der italienischen und der ungarischen – Volksgruppen zugute. Diese beiden Volksgruppen sind verfassungsrechtlich geschützt, sie verfügen über zweisprachige topographische Aufschriften und haben das Recht auf die Verwendung ihrer Sprache vor den Ämtern, verwalten ihr eigenes Schulwesen und verfügen über ein Virilmandat auf Gemeinde- und Bundesebene. Die slowenischen Roma hingegen sind durch den Paragraphen 61 und 62 der Verfassung der Republik Slowenien geschützt.

Für ein politisches Erdbeben in Slowenien und in Presseberichten in der ganzen Welt sorgte die Vertreibung der Roma-Familie Strojan. Die Familie wurde von ihrem eigenen Grund und Boden in der Nähe des kleinen Dorfes Ambrus, südlich von Ljubljana, verjagt. Weil die Roma den DorfbewohnerInnen lästig wurden, ergriffen diese ihre Motorsägen und

¹⁸⁶ PAN/PFEIL, 2006, 10ff.

marschierten in den nahe gelegenen Wald. Sie legten die kleine Roma-Siedlung in Schutt und Asche. Die Familie Strojan konnte fliehen. Der zu Hilfe eilende damalige Staatspräsident Janez Drnovšek wurde von den Bewohnern in Ambrus angespuckt. Drnovšek stand mit seiner Position, der Minderheit zu helfen und für ihren Schutz zu werben, jedoch allein da. Der damalige Premier Janez Janša setzte dem Drama kein Ende, sondern zeigte – im Gegenteil – Verständnis für die aufgebrachte Menge. Man befand sich in Vorwahlzeiten.¹⁸⁷ KünstlerInnen aus Slowenien reagierten auf diese „nationale Schande“ indem sie öffentlich Verwirrung stifteten. Sie nannten sich ab diesem Zeitpunkt Janez Janša, schrieben unter diesem Namen Leserbriefe und veranstalteten Performances. Die Künstlerin Barbara Hribar, die als Produzentin mit einem dieser „Janez Janša“ ein Theaterstück zum Thema Ambrus auf die Bühne brachte, erklärte dem ORF in einem Interview: *„Janez Janša war einer jener Politiker, der die autochthone Bevölkerung in der Meinung gestützt hat, dass man die Volksgruppe der Roma in Slowenien als Problem sieht, dass man lösen muss. Diese Politiker sehen die Roma nicht als eine Gruppe von Leuten, eine Minderheit, die in unserer Mitte lebt und die gleichen Rechte und auch die gleichen Pflichten hat.“*¹⁸⁸

5.5. Missachtetes Verfassungsgerichtshofsurteil

Bei allen Bemühungen der Schutzmacht Slowenien, sich für die Umsetzung des Verfassungsgerichtshofsurteils zu den zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten stark zu machen, muss festgehalten werden, dass Slowenien im eigenen Land ein Verfassungsgerichtshofsurteil missachtet. Die Frage der „izbrisani“ (die Ausgelöschten) – jener BürgerInnen aus den Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawiens, die 1999 aus dem Bevölkerungsregister gelöscht wurden – hat der ehemalige Richter des slowenischen Verfassungsgerichtshofs Matevž Krivic vor denselben gebracht. Krivic vertritt jene 18.305 Menschen, die nach der

¹⁸⁷ Vgl. APA0196, 23.12.2006 und APA0210, 1.11.2006

¹⁸⁸ Heimat, fremde Heimat, 13.1.2008

Staatswerdung Sloweniens aus dem Bevölkerungsregister gelöscht wurden. Ihnen wurde die Staatsbürgerschaft vorenthalten, der Wohnsitz entzogen und nun fristen sie so im Untergrund – ohne soziale Rechte – ihr Dasein. 1999 erklärte der Verfassungsgerichtshof Sloweniens, dass das Löschen dieser Personen aus den Bevölkerungsregistern rechtswidrig sei. Bis dato wurde diese Ungerechtigkeit nicht korrigiert. So leben bis heute Menschen ohne Dokumente, Führerschein oder Personalausweis, jedoch mit Heim und Familie, wie auf der Flucht, in Slowenien.¹⁸⁹ Pikanterie am Rande ist, dass auch die schönste Slowenin aus dem Bevölkerungsregister gelöscht wurde und sich als „Miss Slovenija“ illegal im Land aufhält. Die slowenische Innenministerin Katarina Kresal will nun einige Tausend Ausgelöschte rehabilitieren, was zu einem Misstrauensantrag der konservativen Opposition geführt hat.¹⁹⁰

Wenn sich nun PolitikerInnen der Republik Slowenien fallweise – je schlechter das Verhältnis gerade zwischen den Nachbarstaaten ist, desto eher besteht die Chance, dass die Frage der Kärntner SlowenInnen thematisiert wird – über die Nichtumsetzung des Verfassungsgerichtshofsurteils zweisprachige Ortstafeln betreffend empört zeigen, relativiert sich diese Empörung, wenn man die hauseigene ungelöste Frage der Ausgelöschten mit in Betracht zieht. Leidtragende sind in beiden Fällen die nationalen Minderheiten. Ein politisches Aufrechnen bringt weder der einen noch der anderen Gruppe einen fortschrittlicheren Minderheitenschutz. Nur die Umsetzung der Verfassungsgerichtshofsurteile kann in diesen Fällen mehr Gerechtigkeit herbeiführen.

Wie mit MeinungsträgerInnen, die sich unabhängig von politischen Weltanschauungen ihrer Recherche folgend über die Minderheiten berichten, in Slowenien umgangen wird, zeigt der Fall des ehemaligen Österreich-Korrespondenten der größten slowenischen Tageszeitung Delo, Matija Grah. Grah wurde wegen seiner Berichterstattung über die

¹⁸⁹ Vgl. APA0072, 31.3.2004

¹⁹⁰ Vgl. APA0541, 24.2.2009

geplante Umsetzung des Verfassungsgerichtshofsurteiles vom 13.12.2001 aus Wien abgezogen, da die Redaktionsleitung mit seiner Sicht der Dinge nicht konform ging.¹⁹¹

5.6. Fund von Massengräbern in Slowenien 2009

Die deutschnationalen Verbände haben bisher in einer klassischen Opfer-Täter-Umkehr die Kärntner slowenischen PartisanInnen als Handlanger des kommunistischen Tito-Regimes angeprangert.¹⁹² Argumentiert wurde, dass die PartisanInnen in Österreich verherrlicht und die Vertriebenen, jene Optanten unter Hitler, die sich auf slowenischem Staatsgebiet angesiedelt hatten und nach dem Krieg vertrieben und ermordet wurden sowie die deutschstämmigen Jugoslawen, die während des Krieges verfolgt und nach dem Krieg liquidiert wurden, einfach vergessen worden seien.

Anfang 2009 wurde in Laško in Slowenien im Bergwerk Huda jama (böse Grube) ein Massengrab entdeckt. Österreichische Kriminaltechniker wurden eingeladen, den schrecklichen Fund zu untersuchen.¹⁹³

Der slowenische Staatspräsident Danilo Türk erklärte in einem Interview mit der Kleinen Zeitung, dass ein „pietätvoller“ Umgang mit dieser Angelegenheit Priorität habe. Eine genaue Untersuchung sei selbstverständlich, die dazugehörigen Diskussionen wünschenswert, wobei Slowenien vor nichts die Augen verschließen wolle: *„Das gilt auch für die strafrechtliche Verfolgung der Personen, von denen festgestellt werden kann, dass sie für bestimmte Verbrechen verantwortlich waren.“* Völlig ungeeignet sei das Thema für „tagespolitische Abrechnungen“. Türk fordert von den gegenwärtigen Politikern *„Reife“* ein.¹⁹⁴ Die Aussagen des slowenischen Staatspräsidenten sowie das gemeinsame Gedenken von

¹⁹¹ Vgl. Kapitel 8.6.

¹⁹² OTS0023, 7.3.2009

¹⁹³ Kleine Zeitung, <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/chronik/1850876/index.do>, 16.3.2009

¹⁹⁴ Kleine Zeitung, <http://www.kleinezeitung.at/kaernten/1950597/index.do>, 6.5.2009

Marjan Sturm (Zentralverband slowenischer Organisationen) und Josef Feldner (Kärntner Heimatdienst) in Leše in Slowenien, wo PartisanInnen nach dem Krieg Kärntner ZivilistInnen, die sie der Kollaboration verdächtigten, ohne Prozess liquidierten, schwächt die Position jener Meinungsträger, die bis heute aus diesen historischen Gründen gegen die slowenische Volksgruppe in Kärnten auftreten. Nach wie vor wird in diesem Zusammenhang von den Mächtigen im Land ganz nach dem Prinzip *divide et impera* ein Keil zwischen die Volksgruppenvertretungen getrieben. Genehm sind jene, die der PartisanInnenopfer gedenken und bei der Zahl der aufzustellenden Ortstafeln sehr kompromissbereit sind. Abgelehnt werden jene NationalslowenInnen, die ihre Rechte einklagen und auf deren Umsetzung pochen, ohne sich dabei genötigt zu sehen mit den deutschnationalen Verbänden eine Übereinkunft zu treffen.

Für einen politischen Aufschrei hat der neue Minister für Slowenen im Ausland, Boštjan Žekš, gesorgt, als er öffentlich meinte: *„Die Tafeln sind natürlich eine Verpflichtung des österreichischen Staates, die auch vom österreichischen Verfassungsgerichtshof bestätigt wurden und das wird auch geregelt werden. Jedoch sind die Tafeln nicht die Hauptsache. Der Fortschritt der Minderheit liegt in der Ausbildung, in der Anwendung und Pflege der slowenischen Sprache. Die Tafeln sind nicht der Anfang des Fortschrittes, sie sind höchstens sein Pünktchen am i.“*¹⁹⁵

Der Rat der Kärntner Slowenen zeigte sich erzürnt, dass der Minister, dessen ureigenste Aufgabe es sei die Situation für die SlowenInnen im Ausland zu verbessern, die Anstrengungen der Volksgruppenpolitik der letzten Jahrzehnte in Misskredit bringe. Marjan Sturm vom Zentralverband spielte den Vermittler, indem er meinte, dass man mit dem Minister sprechen müsse und ihn nicht über die Medien attackieren sollte.¹⁹⁶

¹⁹⁵ Novice, 27.3.2009

¹⁹⁶ Novice, 27.3.2009

6. Widerstand und ziviler Ungehorsam

In diesem Kapitel wird auf einige Säulen der Geschichte des zivilen Ungehorsams eingegangen und der Begriff des zivilen Ungehorsams definiert. Des Weiteren soll in Kürze die widerständische Geschichte der Kärntner SlowenInnen beleuchtet werden. Die Antworten auf die Fragen, wem ziviler Ungehorsam dient und ob die im Zuge dessen begangenen Gesetzesübertretungen bestraft werden sollten, werden unter anderem helfen, die Geschwindigkeitsübertretung des Rechtsanwaltes Rudi Vouk im Zusammenhang mit dem Verfassungsgerichtshofsurteil vom 13.12.2001 die zweisprachige Topographie betreffend rechtlich und politisch einzuordnen.

Der bewaffnete Widerstand gegen eine Diktatur bis hin zum zivilen Ungehorsam spielt in der Geschichte der Kärntner SlowenInnen eine bedeutende Rolle, da sich der Volksgruppe bis heute – wie die Dekonstruktion des politischen Umganges mit der Minderheit zeigt – keine Alternative bietet, um ihr Leben, ihre Sprache und Kultur zu schützen. Durch widerständische Handlungen machten die Kärntner SlowenInnen auf die politischen Missstände im Land im Umgang mit der Minderheit aufmerksam. Mit diesem Widerstand bewegt sich die Volksgruppe „auf den Schultern von Riesen“, angefangen bei Henry David Thoreau über Mahatma Gandhi bis hin zu Martin Luther King Jr.

Ethnische Minderheiten, wenn sie auch oft die zahlenmäßige Mehrheit in einer Gemeinschaft stellen, sind gezwungen sich gegen Repressionen zur Wehr zu setzen, wollen sie ihren ethnischen Hintergrund auch in der Gegenwart performieren. In diesem Widerstand spielt „Kairos“, das richtige Maß an Aktion zur richtigen Zeit, eine entscheidende Rolle. Es liegt an den AkteurInnen des Widerstandes in den jeweiligen Umständen sich für die angemessenen Mittel zum richtigen Zeitpunkt zu entscheiden, um erfolgreich zu sein. So unterscheiden sich die Mittel des Widerstandes

in einer Diktatur gravierend von denen in einer Demokratie.¹⁹⁷

Mit „Kairos“, dem richtigen Zeitpunkt, um Widerstand zu üben, beschäftigt sich die Historikerin Silvia Biazzo an Hand der Situation der slowenischen Minderheit in Italien unter Mussolini. Die Untersuchungen für ihr Doktorat ergaben, dass die Volksgruppen im Raum von Triest die treibende Kraft im Widerstand gegen den Faschismus waren. Die Historikerin in einem ORF-Interview: *„Es wurde evident, dass Widerstand alle betraf und betrifft. Viele Menschen waren überzeugt, da sie weder Juden, Slowenen und Kommunisten waren, mit dem faschistischen Regime leben zu können. Als sie sich entschlossen Widerstand zu leisten, war es schon zu spät, denn die Gewalt hatte einen Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gab. Man darf den Zeitpunkt der Gegenwehr nicht versäumen.“*¹⁹⁸

6.1. Zur Geschichte des zivilen Ungehorsams

Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht möglich die Thematik des Widerstandes, der Revolte und des zivilen Ungehorsams umfassend darzustellen. Die Einreihung des Widerstandes der slowenischen Volksgruppe in Kärnten in die globale Tradition von Auflehnung gegen ethnische Diskriminierung kann jedoch wichtige Aufschlüsse für weitere Überlegungen bringen.

6.1.1. Henry David Thoreau

Die anglo-amerikanische „Civil-disobedience-Debatte“ nimmt ihren Anfang mit dem Schriftsteller und Naturhistoriker Henry David Thoreau, der 1817 geboren wurde. Nach seinem Studium an der Eliteuniversität Harvard lebte Thoreau in einer Hütte im Wald, in der ihn ein Steuereintreiber ausfindig macht. Thoreau hatte vier Jahre lang seine Kopfgeldsteuer nicht bezahlt. Dass Henry Thoreau sich aus prinzipiellen Gründen – er wollte

¹⁹⁷ KLEGER, 1993, 271

¹⁹⁸ Heimat, fremde Heimat, 18.5.2008

die Politik der Sklaverei mit seinem Geld nicht unterstützen – weigerte, die Kopfgeldsteuer zu bezahlen und dafür ins Gefängnis ging, wird bis heute als der erste Akt der „civil disobedience“ angesehen.¹⁹⁹ Thoreau begründete sein Tun in wissenschaftlichen Schriften. Für ihn war seine Weigerung die Steuern zu bezahlen eine Verweigerung des Gehorsams gegenüber den Regeln des Staates. Es schien Thoreau wichtig, dass ziviler Ungehorsam individuell und in gewaltloser Form ausgeübt werden müsse. Für Thoreau sollte ziviler Ungehorsam vom Einzelnen gemäß seinem Gewissen dann ausgeübt werden, wenn durch die Befolgung der staatlichen Anordnung Dritten Unrecht zugefügt wird. So meinte er, dass durch die Steuergelder die Mechanismen der Sklaverei aufrechterhalten wurden. Reagiert der Staat auf den zivilen Ungehorsam durch Bestrafung, muss diese akzeptiert werden. Durch den zivilen Ungehorsam sollen die MitbürgerInnen auf das Unrecht aufmerksam gemacht werden und durch den so erzeugten Druck werden politische Veränderungen möglich, meinte Thoreau.

Thoreau rief seine MitbürgerInnen auf, jene Zeitungen nicht mehr zu kaufen, die das System der Sklaverei unterstützen. Sogar Menschen, die beim Staat angestellt waren, wie Beamte, sollten ihre Ämter niederlegen. Thoreau vertraute jedoch mit Zuwachs an Lebenserfahrung nicht mehr auf das Urteilsvermögen des Einzelnen, das entscheiden sollte, ab wann ziviler Ungehorsam gerechtfertigt sei. Die „laws of humanity“ und das „law of god“ schienen ihm vertrauenswürdige Quellen für die Entscheidung dieser ethischen Fragen. Weiters glaubte er, dass eine organisierte Masse den zivilen Ungehorsam effektiver betreiben könnte als einzelne Personen. In jedem Fall attestierte er der Landbevölkerung eine höhere moralische Kompetenz als den Menschen in der Stadt.²⁰⁰

¹⁹⁹ Vgl. LAKER, 1986, 22f.

²⁰⁰ Vgl. LAKER, 1986, 24f. und KLEGER, 1993, 71ff.

Thoreau schlachtete schließlich auch noch die letzte heilige Kuh – das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit: „*I do not wish to kill or to be killed, but I can foresee circumstances in which both these things would be by me unavoidable.*“²⁰¹ So stand am Ende die Überzeugung, dass unter gewissen Umständen der Zweck die Mittel heiligt: „*The question is not about the weapon, but the spirit in which you use it.*“²⁰²

Thoreau's Überlegungen waren von großer Bedeutung für die wichtigsten TheoretikerInnen und PraktikerInnen widerständischer Ideologien. Ausschlaggebend war das Werk Thoreau's auch für den Vater des friedlichen Ungehorsams Mahatma Gandhi, der 1869 geboren wurde.

6.1.2. Mahatma Gandhi

Gandhis Akte des zivilen Ungehorsams nahmen in Südafrika ihren Anfang. Der Jurist entfachte eine Widerstandsbewegung gegen den Zwang der staatlichen Registrierung der Inder in Johannesburg. Während einer Protestversammlung wurden 1908 auf seine Initiative 2.000 Registrierungspapiere öffentlich verbrannt.

Dieser Form des Widerstandes bedienten sich auch Kärntner SlowenInnen im Fall der „Volkszählung besonderer Art“, die von der Minderheit und einer breiten Solidaritätsbewegung boykottiert wurde. Junge Kärntner Slowenen aus Zell Pfarre / Sele Fara entwendeten die Urne und verbrannten deren Inhalt.²⁰³

Gandhis Kampf um Indiens Befreiung gipfelte in einem Protestmarsch. Um das Salzmonopol der englischen Besatzer zu brechen, marschierte er mit 80 Anhängern ganze 380 km durch Indien Richtung Meer. Seinen Weg säumten Begegnungen mit Massen von Menschen, die er über das koloniale Verbot für InderInnen, Salz für den Eigengebrauch zu gewinnen,

²⁰¹ Zit. in LAKER, 1986, 26

²⁰² Zit. in LAKER, 1986, 26f.

²⁰³ Vgl. Kapitel 6.3.1.

aufklärte. Am Meer in Dandi angekommen badete Ghandi vor der immer größer werdenden Menge im Meer. Als Zeichen der gewaltlosen Gesetzesübertretung stahl er vor seinem Publikum eine Hand voll des dort abgelagerten Meersalzes. Die InderInnen taten es ihm gleich. Während der Salzkampagne wurden Mahatma Gandhi und 60.000 Inder im Zuge der Ausübung ihres zivilen Ungehorsams verhaftet. Gandhi erreichte nach zähen Verhandlungen mit dem englischen Vizekönig Lord Irwin, dass die Inder Salz für den Eigengebrauch gewinnen durften und die im Zuge der Kampagne Verhafteten entlassen wurden. Dafür stellte Gandhi sämtliche Akte des zivilen Ungehorsams ein. Dieser Pakt stieß nicht bei allen InderInnen auf Gegenliebe und wurde als zu großes Zugeständnis an die Machthaber gewertet. Jedoch saßen bei den Verhandlungen des so genannten Gandhi-Irwin-Pakts das erste Mal der Freiheitskämpfer und sein Gegner gleichberechtigt an einem Tisch. Eine Entwicklung die schlussendlich das Ende der englischen Herrschaft über Indien einläutete.²⁰⁴

Im Zusammenhang mit den Kärntner SlowenInnen kam es vor allem in der Schulfrage in den 1980er Jahren zu einer Situation, in der es der Minderheit gelang großen Druck auf die Landes- wie auch Bundespolitik auszuüben. Die Protestaktionen, wie die friedlichen Besetzungen von Regierungsstellen, Großdemonstrationen sowie eine breite Solidaritätsbewegung in der Mehrheitsbevölkerung, die allesamt eine Reaktion auf eine durch die deutschnationalen Kreise in Kärnten inszenierte Änderung des Minderheitenschulwesens waren, brachten die Vertreter der Volksgruppe – an vorderster Front den Nationalratsabgeordneten der Grün-Alternativen Karel Smolle – in die Position, sehr ernst genommen über die Änderungen des Kärntner Minderheitenschulwesens zu verhandeln. Daraus sind auch die von den Regierenden angebotenen Zugeständnisse, wie die Installierung einer zweisprachigen Handelsakademie, Volksgruppensendungen im ORF sowie eine regelmäßige Volksgruppenförderung, zu bewerten. Um den

²⁰⁴ Vgl. LAKER, 1986, 37f.

Preis der Zustimmung und Aufgabe der Aktionen des zivilen Ungehorsams hielt die Regierung Wort und die Angebote wurden in die Tat umgesetzt. Obwohl die Vertreter der Kärntner SlowenInnen es nicht direkt in der Hand hatten, den Protesten Einhalt zu gebieten, war durch den parlamentarischen Beschluss das Engagement der Protestbewegung des zivilen Ungehorsams verschwunden. Was blieb, war das Gefühl der zivil Ungehorsamen mit ihren Bemühungen um Gerechtigkeit für einen Kuhhandel missbraucht worden zu sein. Ein Gefühl, das rational nicht zu bekämpfen ist. Auch wenn heute der Großteil der Kärntner SlowenInnen mit dem Schulsystem, in dem aufgrund von Vorschlägen von PädagogInnen der Universität Klagenfurt / Celovec schon 1988 das Teamteaching eingeführt wurde, zufrieden ist. Die so genannte Zweitlehrerin bzw. der Zweitlehrer – heute TeamlehrerInnen genannt – ist eine personelle Verstärkung in der Klasse, um die das Regelschulwesen in der aktuellen Schuldebatte neben vielen anderen Diskussionen kämpft.

Gandhi bediente sich verschiedener widerständischer Methoden, wie der Verweigerung von Zusammenarbeit (non-cooperation). Die zivil ungehorsamen Inder zogen sich einer religiösen Tradition entsprechend (Hartal - ähnlich dem jüdischen Sabat) komplett aus dem öffentlichen Leben zurück oder boykottierten ausländische Produkte (Khadi).

Gandhi meinte, dass ein essentielles Recht, mit dem jeder Bürger an sich ausgestattet sei, die Menschen legitimiere auch zivil ungehorsam zu sein. „[...] *civil disobedience is the inherent right of a citizen [...] it is a birthright that cannot be surrendered without surrender of one's selfrespect*“. Aus diesem Recht kann durch bestimmte Umstände eine Widerstandspflicht werden: *“Civil disobedience [...] becomes a sacred duty when the State has become lawless, or which is the same thing, corrupt. And a citizen that barter with such a State shares its corruption of lawlessness.”*²⁰⁵ Der zivile Ungehorsam ist für Gandhi prinzipiell gewaltlos. Die Strafen für die Gesetzesübertretungen werden von den AktivistInnen anstandslos in Kauf

²⁰⁵ Zit. nach LAKER, 1986, 43f.

genommen. Die Annahme von Strafen soll die politischen GegnerInnen von der vertretenen Position überzeugen. Niemand ist nach Gandhi in Besitz der „reinen Wahrheit“ und die logische Konsequenz daraus ist die Suche nach einem Kompromiss.²⁰⁶

6.1.3. Die Amerikanische Bürgerrechtsbewegung

Auch die amerikanische Bürgerrechtsbewegung lernte von Thoreau und setzte die Ideen und Praktiken von Mahatma Gandhi auf ihre politische Situation um. Der Boykott von Montgomery nahm seinen Anfang mit der Verhaftung von Rosa Parks am 1.12.1955. Mrs. Parks, der Überlieferung nach müde von der schweren Arbeit, weigerte sich einer Aufforderung des Busfahrers nachzukommen. Der Mann verlangte, dass Rosa Parks den ausschließlich für Weiße reservierten Sitzplatz verlassen sollte. Ihre Weigerung verstieß gegen die städtische Rassentrennungs-Verordnung. Eine Verordnung des Rassentrennungsgesetzes des US-Staates Alabama, die noch immer in Geltung war, obwohl der amerikanische Supreme Court die „separate but equal“-Doktrin aufgehoben und die Rassentrennung in Schulen für verfassungswidrig erklärt hatte. Rosa Parks wurde verhaftet. Die Kunde von der Verhaftung machte sich wie ein Lauffeuer breit und um den Baptistenpfarrer Martin Luther King Jr. bildete sich eine Protestbewegung, die AfroamerikanerInnen dazu aufrief, ab dem 5. Dezember die Buslinien der Stadt nicht mehr zu benutzen. Der Boykott sollte so lange aufrecht bleiben, bis die Stadt der Forderung nach Gleichbehandlung im öffentlichen Verkehrswesen nachkommen würde. Als Rosa Parks zu einer Strafe von zehn Dollar verurteilt wurde, begann der „Montgomery Bus Boycott“. Der Boykott bewirkte nach einjähriger Dauer die Abschaffung der Rassentrennung in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Weiters hob der amerikanische Supreme Court die Rassengesetze des Bundesstaates Alabama auf.²⁰⁷

²⁰⁶ Vgl. LAKER, 1986, 43f.

²⁰⁷ Vgl. LAKER, 1986, 61f. und KLEGER, 1993, 71ff.

1960 setzten sich vier afroamerikanische Studenten in ein Restaurant und bestellten einen Kaffee in einem Einkaufszentrum. Die Kellnerin wollte sie nicht bedienen, da es sich um eine Gaststätte für Weiße handelte. Die jungen Menschen blieben jedoch auf ihren Plätzen sitzen, bis das Café geschlossen wurde. Am nächsten Tag kamen sie wieder und verlangten erneut bedient zu werden. Nach einem halben Jahr nahmen bis zu 70.000 Menschen an diesen „Sit-ins“ in den Südstaaten der USA teil. Wurden Rechtsmittel eingelegt, erfolgte bei Verurteilung wegen Hausfriedensbruchs, ungebührlichen Benehmens und kriminellern Unfugs regelmäßig die letztinstanzliche Aufhebung durch den Supreme Court.

1946 hatte der Supreme Court die Rassentrennung in den zwischenstaatlichen öffentlichen Verkehrsmitteln für verfassungswidrig erklärt. Um das zu überprüfen, machten sich im April 1947 16 Jugendliche schwarzer und weißer Hautfarbe auf eine Reise durch vier Südstaaten. Sie benutzten für diese Odyssee Bahnbusse und Busse der Firma Greyhound. Die so genannten „Freedom Riders“ wurden von weißen Rassisten angegriffen und mussten um Leib und Leben bangen. In Montgomery wurde ein Bus mit Freedom Riders von hunderten weißen Rassisten angegriffen. Die Polizei sah dem Treiben gelassen zu. Über Alabama wurde das Kriegsrecht verhängt und 600 US-Marshalls und 800 Nationalgardisten gelang es, die Sicherheit der Freedom Riders zu gewährleisten.

Der befangene, untätige Polizist wurde auch im Zusammenhang mit dem Kärntner Ortstafelsturm ein Thema. Weil befürchtet wurde, dass die Gendarmen zu viel Verständnis für jene Kärntner zeigten, die die zweisprachigen Ortstafeln abrisen, wurden zumindest 150 Gendarmen aus den anderen Bundesländern in den Süden beordert, um die zweisprachigen Ortstafeln zu bewachen. Jedoch auch diesen Ordnungshütern war kein Erfolg beschieden. Innenminister Otto Rösch gab auch die Order aus, die Daten der so genannten Ortstafelstürmer nicht aufzunehmen, um so Zusammenstöße zu vermeiden. Notiert wurden

nur die Autonummern. Die Ortstafelstürmer montierten einfach die Schilder ab, überschmierten oder verhängten sie und wurden so zu anonymen Tätern.²⁰⁸

Die „Freedom Rides“ zeigten ihren Erfolg. Die AktivistInnen nahmen die Strafen der lokalen Verwaltungen in Kauf. Nicht einmal physische Attacken von weißen Rassisten konnten ihre Fahrt stoppen. Nach einer umfassenden Berichterstattung der großen amerikanischen Medien veranlasste der Justizminister für die für das zwischenstaatliche öffentliche Verkehrswesen zuständige Behörde (ICC - Interstate Commerce Commission) eine Verordnung, mit der die Rassentrennung in allen Einrichtungen verboten wurde. Diese Maßnahme erwies sich als effektiver als die Entscheidung des Supreme Court von 1960.

JuristInnen und RechtsphilosophInnen gingen der Frage nach, ob die „Sittins“ und „Freedom Riders“ Akte des zivilen Ungehorsams waren oder ob sie nicht nur einfach durch das Verfassungsrecht und die Sprüche des Supreme Court abgesicherte Rechtspositionen in Anspruch nahmen. Der ehemalige General Counsel der US Commission on Civil Rights vertrat die Meinung: *“The right to equal treatment in interstate transportation terminals had been established for many years at the time the freedom rides took place and the violators of law were not the riders who sought to exercise their rights, but the police and bus-company officials, who sought to deny them.”*²⁰⁹

6.2. Definition von Widerstand und zivilem Ungehorsam

Der amerikanische Moralphilosoph John Rawls postuliert in seiner Theorie der Gerechtigkeit den zivilen Ungehorsam *„als eine öffentliche, gewaltlose, gewissenbestimmte, aber politisch gesetzeswidrige Handlung, die gewöhnlich eine Änderung der Gesetze oder der*

²⁰⁸ Vgl. Gstettner in PANDEL et al., 2004, 257

²⁰⁹ Zit. nach LAKER, 1986, 74; Vgl. KLEGER, 1993, 71ff. und LAKER, 1986, 71ff.

*Regierungspolitik herbeiführen soll.*²¹⁰

In einer autoritären Diktatur, wie es das nationalsozialistische Regime war, in dem Minderheitenrechte ausgelöscht werden, verdichtet sich das Recht zum Widerstand zur Pflicht.²¹¹

6.3. Geschichten des Widerstandes – eine andere Perspektive

Die Geschichte des Widerstandes der Kärntner SlowenInnen gegen das nationalsozialistische Regime ist wissenschaftlich gut aufbereitet. In dieser Arbeit sollen die verschiedenen Formen des Widerstandes, der von der Volksgruppe ausging, miteinander in Beziehung gesetzt werden. Die AkteurInnen, welche in den verschiedenen Kontexten Widerstand geleistet haben, wurden alle in einer bestimmten Tradition und Narration sozialisiert. Daher scheint es zweckmäßig zu sein, den Untersuchungsergebnissen und Fakten zu diesem Themenkomplex die Geschichte (Narration) der Kärntner slowenischen Familie Olip aus Zell Pfarre / Sele Fara voranzustellen. Die Sicht der Betroffenen bietet eine weitere Perspektive auf die zu untersuchende Thematik.

6.3.1. Die narrative Perspektive der Familie Olip

Die Familie Olip ist in Zell Pfarre / Sele Fara beheimatet. Das Bergdorf Zell Pfarre / Sele Fara liegt an der Grenze zu Slowenien. Die 680 DorfbewohnerInnen sprechen alle den ortstypischen slowenischen Dialekt sowie deutsch. Die sprachliche Assimilation ist – erklärbar durch die geographische Abgeschlossenheit der Gemeinde – am Dorf praktisch spurlos vorbeigezogen.

²¹⁰ Zit. in VAN DER BURG in NARR et al., 1992, 58

²¹¹ Vgl. LAKER, 1986, 43f.

Johann Olip widersetzte sich als junger Mann, wie der Großteil der Bewohner von Zell Pfarre / Sele Fara, dem nationalsozialistischen Regime. Er wurde von der deutschen Wehrmacht eingezogen und versteckte sich vor der Gestapo. Bei einer Razzia entdeckte die Gestapo das Tagebuch eines Mannes aus Zell Pfarre / Sele Fara. Dieser Fund sollte für die Menschen dieses Dorfes verheerende Folgen haben. Johann Olip und seine Brüder hatten sich rechtzeitig in einen selbstgebauten Bunker im Wald hoch in den Karawanken versteckt. Über drei Jahre lebte Johann Olip dort. Während dessen wurden slowenische Familien aus Zell Pfarre / Sele Fara und anderen Südkärntner Dörfern deportiert.

Das bei der Razzia der Gestapo gefundene Tagebuch gab Aufschluss über Interna des Widerstandes der Kärntner SlowenInnen und trug zur Verhaftung von 12 WiderstandskämpferInnen bei. Am 29.4.1943 wurden im Landesgericht Wien 12 Kärntner Slowenen und eine Slowenin aus Zell / Sele und Eisenkappel / Železna Kapla enthauptet, weil sie Widerstand gegen die Nationalsozialisten leisteten. Toni Olip, ein Sohn von Johann Olip meinte in einem ORF-Interview: *„Es hat eine fürchterliche Angst geherrscht, zum Beispiel, da beim Nachbarn, beim Kelih, ist der Vater zum Tode verurteilt worden, die Mutter mit den vier Kindern ist daheim übrig geblieben, das jüngste Kind war vier Jahre alt. Man kann sich das ungefähr vorstellen, wie das damals war.“*²¹²

Mirko Oraže, dessen drei Cousins im Landesgerichtshof enthauptet wurden, meinte im Interview mit dem ORF: *„Für mich ist klar, dass wenn es die Opfer aus Zell Pfarre / Sele Fara, die ausgesiedelten Familien und die Partisanen nicht gegeben hätte, hätten wir wohl kaum den Staatsvertrag bekommen. Es tut weh, dass sie uns immer mehr zum Narren halten. Ich weiß nicht wohin das führen soll. Die zweisprachigen Ortstafeln müssten schon lange stehen, wenn wir uns an richterliche Beschlüsse halten und von einem Rechtsstaat sprechen wollen.“*²¹³

²¹² Heimat, fremde Heimat, 17.4.2005

²¹³ Heimat, fremde Heimat, 29.4.2007

Da die Opfer „auf ewig für ehrlos“ erklärt wurden, verlangten die Kärntner SlowenInnen eine offizielle Rehabilitation.

Johann Olip kehrte nach dem Krieg auf seinen Hof zurück. Seine Frau und er bekamen neun Kinder. Am Weihnachtsabend 1945 begann er eine Familienchronik zu verfassen. Dort schrieb der tiefgläubige Johann Olip nieder was er an die nächste Generation weitergeben wollte. Neben dem Erhalt der slowenischen Muttersprache, für die er sich über Jahre eingesetzt hatte, lag ihm vor allem die Bildung seiner Kinder am Herzen. Von ihr erhoffte sich der Wehrdienstverweigerer die Gleichberechtigung der Kärntner SlowenInnen. Sein Sohn und Erbe meinte im ORF-Interview: *„Er²¹⁴ ist dann sehr früh gestorben, ich war 15 Jahre alt wie er gestorben ist. Ich habe müssen in der 4. Klasse das Gymnasium abbrechen, aber das macht nichts. Alle anderen haben dann weiterstudieren können und das ist auch gut so.“²¹⁵*

Ein Bruder, der weiter studieren durften, war Tonis Bruder Fortunat (Nanti) Olip. Er hat als Schüler des Slowenischen Gymnasiums den so genannten Ortstafelsturm miterlebt. Nanti Olip meint in einem ORF-Interview: *„Dass man diese Symbole der Heimat²¹⁶ einfach niederrennt. Also für mich war das unvorstellbar und das dazu die österreichische Exekutive noch zuschaut, wenn nicht applaudiert. Ich habe dieses Niederrennen von Gesetzen und Rechtsnormen nie verstehen können und daraus hat sich natürlich ein Widerstand in mir geregt, wo ich mir gedacht habe, mit rechten Dingen geht es in diesem Land nicht zu.“²¹⁷*

Die aus dem Ortstafelsturm resultierende „Volkszählung besonderer Art“ sollte als Grundlage für die Regelung der Ortstafelfrage dienen. Die SlowenInnen boykottierten die Zählung und Nanti Olip entwendete mit Freunden die Wahlurne in Zell Pfarre / Sele Fara und verbrannte die

²¹⁴ Anm. Vater Johann Olip

²¹⁵ Heimat, fremde Heimat, 17.4.2005

²¹⁶ Gemeint sind damit die zweisprachigen Ortstafeln.

²¹⁷ Heimat, fremde Heimat, 17.4.2005

Stimmzettel. Seine damalige Tat argumentiert er im Interview mit dem ORF: *„Vor allem in Verbindung mit der eigenen Geschichte, mit der Geschichte der eigenen Familie, mit der Geschichte der Enthaupteten von Zell, die für die Wiedererlangung der Demokratie des Staatsvertrages ihr Leben hingegeben haben. Für mich war das ein Widerspruch, wo ich mir gedacht habe: ‚Wo Recht zu Unrecht wird, dort wird der Widerstand zur Pflicht!‘ Das haben wir dann bei dieser Volkszählung besonderer Art, in, ich glaube, sehr eindrucksvoller Weise hier in Zell dann auch erledigt, indem wir die Wahlurne bei dieser Zählung entwendet haben.“*²¹⁸ Es folgte ein Prozess gegen die so genannten „Urnenräuber“ aus Zell Pfarre in Kärnten und in Wien. Vertreten wurde Nanti Olip und seine Freunde von den Rechtsanwälten und gleichzeitig damaligen Vorsitzenden des Rates der Kärntner Slowenen Matevž Grilc und des Zentralverbandes slowenischer Organisationen Franci Zwitter. Der Prozess nahm eine überraschende Wende, wie Nanti Olip im Interview mit dem ORF zu berichten weiß: *„Der damalige Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger, der sich bis ins letzte Detail die Geschichte von Zell mit sämtlichen Hintergründen, auch geschichtlichen, mit den Enthaupteten von Zell auseinandergesetzt hat und gesagt hat, dass angesichts des Hintergrundes der Ereignisse eine Verurteilung von Menschen, die Widerstand leisten gegen die Stimmung in diesem Land, die eigentlich jener im Jahr 1938 bis 1945 gleiche, nicht zu verantworten sei. Der Prozess wurde in späterer Folge niedergeschlagen und wurde von den Gerichten her eingestellt.“*²¹⁹

Kirchschläger bekam bei der nächsten Wahl in Zell Pfarre / Sele Fara 97 Prozent aller Stimmen. Er wurde 1978 ins Dorf eingeladen und bezog Stellung zu den im Wiener Landesgericht 1943 enthaupteten Opfern des Nationalsozialismus: *„Sie sind nicht ehrlos, und waren nie ehrlos. Sie sind würdige des ehrenden Gedenkens unserer Republik.“*²²⁰

²¹⁸ Heimat, fremde Heimat, 17.4.2005

²¹⁹ Heimat, fremde Heimat, 17.4.2005

²²⁰ Slawisches Österreich, http://www.uni-graz.at/slawa4www_ik_slawischesoesterreich.pdf, 1.6.2009

Eine weitere Besonderheit der Familie Olip ist, dass sich drei der sechs Brüder für den Beruf des katholischen Priesters entschieden haben, was keine Ausnahme ist, sondern als ein Zeichen der Verankerung der slowenischen Volksgruppe in der katholischen Kirche gewertet werden kann. Weiters ist das auch ein Indiz dafür, dass die Empörung der Volksgruppe über die Unterstellung, dass der Widerstand der Kärntner Slowenen von kommunistischer Weltanschauung geprägt war, nicht aus der Luft gegriffen ist. Der Widerstand der Kärntner slowenischen PartisanInnen war im Kampf um Erhalt von Leben, Sprache und Kultur motiviert. Pfarrer Stanko Olip meinte im Interview mit dem ORF: „*Es sind zwei Dinge, die uns unsere Eltern in die Wiege gelegt haben. Das ist eine sehr gelungene christliche Spiritualität, die einen Zusammenhang geschaffen hat und das zweite ist unsere absolut außer Frage stehende Zugehörigkeit zur slowenischen Volksgruppe in Kärnten.*“²²¹

Eine Vertreterin der dritten Olip-Generation ist die Filmstudentin Milena Olip. Sie schaffte es, gegen hunderte BewerberInnen, an der Filmakademie in Ljubljana aufgenommen zu werden. Die kritische Distanz gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen sei ein Erbe ihrer Familiengeschichte, meint die junge Filmemacherin. So hat sie eine filmische Annäherung an die Enthauptung der Menschen aus Zell Pfarre / Sele Fara während des nationalsozialistischen Regimes gewagt. Für Milena Olip sind ihre Filme Form des zivilen Widerstandes gegen die herrschenden Mehrheit-Minderheit-Diskurse in Kärnten.²²²

6.3.2. Von den PartisanInnen bis zur Geschwindigkeitsübertretung

Der Widerstand der Kärntner SlowenInnen sowie die Aussiedlung von rund 300 slowenischen Familien sind Ereignisse, die für die Kärntner SlowenInnen von identitätsstiftender Bedeutung sind. Bis heute legen die „bewussten“ Volksgruppenangehörigen größten Wert darauf, dass die

²²¹ Heimat, fremde Heimat, 17.4.2005

²²² Vgl. Heimat, fremde Heimat, 14.10.2007

Narration über diese Ereignisse an die Jüngsten in der Volksgruppe weitergeben werden. Das Leid dieser Generation hat natürlich auch das Verhalten ihrer Kinder mitbestimmt. Für einen Teil der Kärntner SlowenInnen – und zwar jenen, der für diese Überlegungen relevant ist – war das Festhalten der Eltern an der Muttersprache und Kultur, obwohl sie darunter sehr gelitten hatten, Motor sich auch selbst gegen die Maßnahmen der Entrechtung aufzulehnen. So wurde durch den Druck auf die Minderheit eine Tradition des Widerstandes ins Leben gerufen.

6.3.2.1. Widerstand gegen das NS-Regime

Die Historikerin Lisa Retzl hat untersucht, dass die Legitimation des antifaschistischen Kampfes in Kärnten immer wieder in Frage gestellt wird. Ursache und Wirkung werden verdreht, Naziterror und PartisanInnenkampf werden zum Einheitsbrei. Außer Acht gelassen wird dabei, dass die deutsche Wehrmacht und die Nationalsozialisten einen Angriffskrieg geführt haben. Da die Volksgruppe in dieser autoritären Diktatur um ihr Leben fürchte musste, haben sich Teile der Minderheit entschlossen, bewaffneten Widerstand zu leisten.²²³

Für die slowenische Volksgruppe in Kärnten ist der Peršmanhof Synonym für das Leiden unter dem nationalsozialistischen Regime. Am 25.4.1945 wurden sieben Kinder im Alter von ein bis zwölf Jahren und vier erwachsene Zivilisten von SS-Schergen kaltblütig erschossen. Zwei Töchter der Familie Sadovnik überlebten das Massaker unter den Körpern der erschossenen Familienangehörigen. Zum Massaker kam es, da die SS vermutete, dass die Familie Sadovnik PartisanInnen versteckt hielt. Um ihren Vorgesetzten nicht melden zu müssen, dass ihnen die PartisanInnen entwischt seien, kehrten sie nach erfolgloser Suche im Wald zum Peršmanhof zurück und erschossen die Wehrlosen.²²⁴ Die Verfolgung der Täter nach dem Krieg brachte keine konkreten

²²³ Heimat, fremde Heimat, 28.9.2008

²²⁴ Vgl. Peršman, <http://www.persman.at/default2.asp?lang=de>, 5.4.2009

Ergebnisse. Karl Stuhlpfarrer, Historiker an der Universität Klagenfurt / Celovec, hat sich Zugang zu den Vernehmungsprotokollen der Gerichtsermittlungen verschafft. Laut Historiker sei es nicht gelungen einzelnen Tätern die Schuld nachzuweisen, da sie sich bei den Verhören gegenseitig deckten. *„Wir können mit absoluter Sicherheit sagen: es waren Angehörige des SS und Polizeiregiments 13, die den Mord durchgeführt haben, aber wir können nicht sagen, welche einzelne Person.“*²²⁵

Kärntens Ordnungshüter hatten soeben die Naziuniform gegen die Polizeiuniform ausgetauscht. Es gehört zu den großen Gräben in der Beziehung zwischen Minderheit und Mehrheit in Kärnten, dass die Verbrechen während des Nationalsozialismus nicht untersucht und gesühnt wurden. Nachdem in Slowenien im März dieses Jahres ein Massengrab mit mehreren tausend Opfern kommunistischer Massentötungen aus dem Jahr 1945 entdeckt wurde (vgl. Kapitel 5.6.), verlangte der Landtagsabgeordnete des BZÖ, Manfred Stromberger, dass die Partisanendenkmäler in Kärnten entfernt werden müssten.²²⁶

6.3.2.2. Ziviler Ungehorsam „1. Akt“: Die deutschnationalen Vereine

1945 wurde in Südkärnten das zweisprachige obligatorische Schulwesen eingeführt. Unmittelbar nach Unterzeichnung des Staatsvertrages, bei dessen Entstehung der Widerstandskampf der Kärntner SlowenInnen eine entscheidende Rolle gespielt hatte, zeigte die österreichische Politik noch Bereitschaft die im Staatsvertrag festgelegten Bestimmungen im Sinne der Verfasser zu erfüllen. Jedoch bald schon begann der Kärntner Heimatdienst eine Kampagne, die auf das so genannte Elternrecht pochte und zum Ziel hatte, die Kinder vom verpflichtenden zweisprachigen Unterricht abzumelden. Aus der Perspektive der deutschnationalen Kräfte könnte das als eine Aktion des zivilen Ungehorsams gewertet werden.

²²⁵ Heimat, fremde Heimat, 28.9.2008

²²⁶ OTS0023, 7.3.2009

Ideologisch ist auszuschließen, dass sich Vereine wie der Heimatdienst auf die Väter des zivilen Ungehorsams Thoreau, Gandhi oder Martin Luther King Jr. berufen. In jedem Fall gelang es dem Heimatdienst und dem Abwehrkämpferbund durch ihre konzertierten Aktionen derartigen politischen Druck zu erzeugen, dass ihre durch die Kampagne verfolgten Ziele 1958 legalisiert wurden, obwohl diese den Intentionen der Verfasser und Unterzeichner des Staatsvertrages in Fragen des Minderheitenschutzes absolut widersprachen.²²⁷

Die Frage, in welchem Fall ziviler Widerstand legitim ist, hat auch die amerikanische Wissenschaftlerin Judith Butler beschäftigt. So verglich sie das politische Agieren außerhalb rechtlicher Normen in Südafrika mit jenem im Deutschland in den 1930er Jahren: *„Vor dem Sturz der Apartheid erschienen einige schwarze Südafrikaner an den Wahlurnen, um ihre Stimme abzugeben. Zu der Zeit gab es noch keine Rechtsgrundlage für ihre Stimmabgabe. Sie gingen einfach hin. Sie beriefen sich performativ auf das Wahlrecht, selbst wenn es keine Rechtsgrundlage dafür gab, keine ermächtigende Konvention dafür existierte. Andererseits können wir sagen, dass sich Hitler für eine bestimmte Art von Leben ebenfalls auf Rechte berief, für die es weder national oder international eine verfassungsmäßige oder rechtliche Präzedenz gab. Zwischen diesen beiden Berufungen auf noch nicht geltendes Recht gibt es jedoch einen Unterschied, und der ist für mein Argument entscheidend.“*²²⁸

Butler meint, dass man sich sowohl in Südafrika als auch im Deutschland des entstehenden Faschismus nicht auf bestehende rechtliche Rahmen beschränkte. Im Fall der Antiapartheidbewegung beriefen sich die AkteurInnen auf internationale Regelungen, die ihrer Meinung nach mit Füßen getreten wurden. Butler stellt sich bei der Bewertung der Umstände die Frage nach der Intention und Wirkung des Vorgehens: *„Hitler wollte*

²²⁷ Vgl. Kapitel 4.2.1.

²²⁸ Vgl. BUTLER, 2009, 354f.

die Gewalt des Ausschlusses verstärken, die Antiapartheitsbewegung wollte der Gewalt des Rassismus und des Ausschlusses entgegenzutreten. Das ist die Grundlage, auf der ich die eine Berufung auf Rechte verurteilen und die andere billigen würde. Welche Ressourcen müssen wir haben, um diejenigen Menschen, die nicht als Teil des erkennbar Menschlichen betrachtet wurden, in die menschliche Gemeinschaft hineinzuführen? Das ist die Aufgabe einer radikal demokratischen Theorie und Praxis die bestrebt ist, solche Normen, die ein bewältigbares Leben unterstützen, auf zuvor entrechtete Gemeinschaften auszudehnen.“²²⁹

Die Legalisierung der Aktion der Heimatverbände durch die Schaffung eines neuen Minderheitenschulgesetzes im Jahr 1958 ist sozusagen der Startschuss der Entrechtung der slowenischen Minderheit in Kärnten. Der Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages bleibt in vielen Bereichen bloßes Recht, das ausgehöhlt wird. Diese Entwicklung gipfelt bislang in der Ignoranz des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom Dezember 2001 die zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten betreffend.²³⁰

6.3.2.3. Ziviler Ungehorsam „2. Akt“: Die 1970er Jahre

Als Hans Sima versuchte die Ortstafeln laut Ortstafelgesetz von 1972 aufzustellen, brach in Kärnten der Ortstafelsturm aus. Dieser wurde vom Klagenfurter Universitätsprofessor Peter Gstettner untersucht. Gstettner qualifiziert den Ortstafelsturm als eine Terroraktion gegen die Minderheit und Staatsorgane. Die politischen Kategorien des Wissenschaftlers Peter Waldemann anwendend wird durch den Ortstafelsturm eine Grenze überschritten. Aktionen des illegalen Protests werden zu „Terroraktionen“. Der Ortstafelsturm in Kärnten erfüllt demnach folgende Terrorismuskriterien:

²²⁹ Vgl. BUTLER, 2009, 356

²³⁰ Vgl. Kapitel 7

- „1) Die Aktivisten agieren aus dem Untergrund und rechnen mit Sympathieeffekten bei der Bevölkerungsmehrheit.
- 2) Die Aktivisten verletzen die demokratische Verfassung durch gezielte Regelverstöße bzw. Gesetzesüberschreitungen.
- 3) Die Aktionen waren gewaltförmig; die Aktivisten attackieren die Vertreter der staatlichen Macht.
- 4) Die Aktivisten waren organisiert und nutzen Kader- und Infrastrukturen von Vereinen, die ethnopolitischen und / oder kulturellen Zwecken dienen.
- 5) Die Aktivisten griffen eine Gruppe an, deren nationale Symbole und Einrichtungen „staatlichen Minderheitenschutz“ genossen.
- 6) Es wurde ein Feindbild konstruiert; gegen den „Feind“ wurden Antipathien gerichtet und Aggressionen mobilisiert.
- 7) Die Ortstafelstürmer schufen ein hoch emotionales Klima; Dumpfe Gefühle (antislawische Urängste) und antisemitische Vorurteile wurden geweckt und offen ausgespielt.
- 8) Die Aktivisten stilisierten sich zu „Opfern“ staatlicher Macht; sie meinten, sie müssten sich wehren, weil sie in einer Nacht- und Nebelaktion überfallen und „vergewaltigt“ würden.
- 9) Der Ortstafelsturm erzeugt Angst und Unsicherheit bei der slowenischen Minderheit.
- 10) Der Ortstafelsturm zwang den Staat, Untolerierbares, nämlich einen Gesetzesbruch zu tolerieren.“²³¹

Ein weiterer wichtiger Aspekt, warum die vielzitierte „spontane Volkserhebung“ nicht als Akt des zivilen Ungehorsams eingestuft werden kann ist, dass die Täter die Strafe für ihre Gesetzesübertretung nicht antraten. Nach Gstettner gab es zumindest 24 offizielle Zeugeneinvernahmen im Zusammenhang mit dem Ortstafelsturm. Nach einem Jahr wurden alle Verfahren in diesem Zusammenhang eingestellt. „Keiner der Ortstafelstürmer hatte irgendwelche Konsequenzen zu tragen.“²³² Gewaltbereitschaft und das Ansinnen sich vor der aus der

²³¹ GSTETTNER in PANDEL et al., 2004, 270

²³² GSTETTNER in PANDEL et al., 2004, 267

Gesetzesübertretung resultierenden Strafe zu drücken, disqualifiziert den Ortstafelsturm als Akt des zivilen Ungehorsams, auch wenn die AkteurInnen überzeugt waren, in Kolonnen von über 100 Autos mit Schaufeln bewaffnet, für die Gerechtigkeit zu kämpfen. Aber wie schon Thoreau im Laufe seines Schaffens erkannte, ist das Gewissen des Individuums keine zuverlässige moralische Instanz.

Wie schon anhand des Beispiels der Familie Olip erläutert, setzte bei einem Teil der Kärntner SlowenInnen, wann immer sie ihr Leben, ihre Sprache und Kultur bedroht sahen, der Mechanismus des Widerstandes ein. Sich narrativ auf die Generation der Eltern, die sich gegen das NS-Regime aufgelehnt haben, berufend, scheint es legitim und wird sogar zur Pflicht sich gegen diese Entrechtung zur Wehr zu setzen. Der Erziehungswissenschaftler Mirko Wakounig meint dazu: *„Je stärker und je massiver die politischen Verantwortlichen die Forderungen der slowenischen Minderheit übergangen und abwehrten, umso deutlicher zeigte sich die Geschlossenheit slowenischer AktivistInnen, für die die Parole „Artikel 7 – unser Recht! / Člen 7 – naša pravica!“ so etwas wie eine Leitidee für den zivilen Ungehorsam wurde. Viele Aktionen (wie das Aufstellen von zweisprachigen Ortstafeln, Gebäudebeschriftungen mit slowenischen Bezeichnungen), die als Hilfe zur Selbsthilfe begründet wurden, wären ohne diesen nationalen Diskurs nicht möglich gewesen.“*²³³

Die Kärntner SlowenInnen reagierten auf das Abreißen der zweisprachigen Tafeln. AktivistInnen versuchten die zweisprachigen Ortstafeln zu schützen. Demonstrationen für die Rechte der Volksgruppe sowie die so genannten Schmieraktionen standen auf der Tagesordnung. Kärntner SlowenInnen schrieben in Nacht- und Nebelaktionen mit Lack oder Farbe die slowenischen Ortsnamen oder den Slogan „Člen 7 – naša pravica! / Artikel 7 – unser Recht!“ auf die einsprachigen Ortstafeln. Zwei Jugendliche versuchten im Vorfeld der Oktoberfeierlichkeiten eine Kärntner Fahne zu verbrennen und wurden inhaftiert.

²³³ WAKOUNIG, 2006, 193

Am 14.10.1976 wurde vom österreichischen Staat eine „Volkszählung besonderer Art“ durchgeführt. Die Slowenenorganisationen verließen den Verhandlungstisch und riefen die ÖsterreicherInnen auf, mit ihnen Solidarität zu üben. Es bildeten sich Solidaritätskomitees in Graz, Wien und Salzburg. Die Volkszählung wurde von den Kärntner SlowenInnen und der immer breiter werdenden Solidaritätsbewegung boykottiert.²³⁴ Das Resultat der Volkszählung war rechtlich unbrauchbar, da in Wien 4.737 Personen, in Kärnten aber nur 3.941 Slowenisch als Muttersprache angaben. Was bedeutete, dass es in der Bundeshauptstadt mehr Menschen mit slowenischer Muttersprache als in Südkärnten gab. Über 40 Personen mussten im Zuge der Volkszählung und ihren Auswüchsen vor Gericht. Die Aktivisten aus Zell Pfarre / Sele Fara wurden von Bundespräsidenten Kirchschräger begnadigt.²³⁵

6.3.2.4. Ziviler Ungehorsam „3. Akt“: Die 1980er Jahre

Im Zuge der so genannten Bahnhofsaktion / kolodvorska akcija im Jahr 1981 verlangten SchülerInnen des Bundesgymnasiums für Slowenen auf dem Bahnhof in Klagenfurt / Celovec ihre Fahrkarten auf Slowenisch und legten durch ihre Bestellungen – wie etwa „polovična Čajna“ („eine Halbe nach Nötsch“) – die Schalter am Bahnhof lahm. Die Polizei versuchte den Bahnhof zu räumen, was erst nach einigen Stunden gelang. Die AkteurInnen beriefen sich auf das verbriefte Recht der Volksgruppe, Slowenisch auch in der Öffentlichkeit verwenden zu dürfen. Die SchülerInnen trugen bei der Aktion T-Shirts mit der Aufschrift „Fremde in der Heimat“ / „Tujci v domovini“, um gegen das ihrer Meinung nach minderheitenfeindliche Klima in Kärnten zu protestieren.

Es gab in den letzten Jahrzehnten jedoch auch individuellen zivilen Widerstand. Der bekannte Kärntner slowenische Künstler Valentin Oman kündigte vor der Wahl des Kärntner Landeshauptmannes im Jahr 1989

²³⁴ VALENTIN, 2005, 211

²³⁵ Vgl. BOGATAJ, 1989, 163

an, dass er im Falle, dass Haider gewählt würde, in Kärnten seine Bilder nicht mehr ausstellen würde. Haider wurde Landeshauptmann und die Werke Omans verließen ab diesem Zeitpunkt das Land.²³⁶

Ähnlichen Protest gab es auch seitens des Künstlers Cornelius Kolig, der sich anlässlich der Verleihung des großen Kulturpreises des Landes am 15.12.2006 den Kulturreferenten und Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider mit einem eigens angefertigten Greifzangenapparat vom Leib hielt. Der Apparat übernahm stellvertretend das Händeschütteln mit dem Landeshauptmann. Die Freiheitlichen hatten Cornelius Kolig in einer Kampagne als Fäkalkünstler beschimpft und diffamiert. Kolig kritisierte in seiner Dankensrede den Umgang Haiders mit der slowenischen Volksgruppe in Kärnten.²³⁷

Zu anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen der slowenischen Minderheit und der Politik kam es in der Frage des zweisprachigen Schulwesens, dass unter Haider reformiert wurde. Nach altbewährtem Muster eröffnete der Kärntner Heimatdienst – um seine Vorstellungen in Minderheitenfragen durchzusetzen – die nationalistisch akzentuierte Diskussion über das zweisprachige Schulwesen in Kärnten. In einem weiteren Schritt konnte sich kein Haushalt im zweisprachigen Gebiet des Propagandamaterials des Kärntner Heimatdienstes verwehren. Immer wieder wurde die Idee von der „drohenden Slowenisierung“ durch den zweisprachigen Unterricht wiederholt. Hier schwingt der Vorwurf an die „nationalslowenischen“ Lehrer mit, dem „deutschen“ Kind nicht nur die slowenische Sprache, sondern auch die Gesinnung eintrichtern zu wollen. Entsprechend dem Aktionsmuster des Heimatdienstes wurde wieder ein Volksbegehren initiiert, an dem die Kärntner Bevölkerung aber de facto nicht teilnahm. Nachdem das „Volk“ bei dieser Kampagne nicht mitspielte, bedienten sich die deutschnationalen Kreise ihres direkten Zugangs zur Kärntner Landespolitik, um das ihrer Meinung Beste für die Kärntner

²³⁶ ORF-Slowenen: Archiv, <http://vgarchiv.orf.at/slowenen/archiv/2001/200107.htm>, 6.4.2009

²³⁷ oesterreich.ORF.at, <http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/158039>, 6.4.2009

Bevölkerung zu bewirken. Der Dreiparteienpakt einigte sich auf das so genannte Pädagogenmodell, das unter anderem die Trennung der zum Slowenischunterricht angemeldeten Kinder vom Rest vorsah.²³⁸

Der Teilung der Kinder nach ethnischen und sprachlichen Kriterien widersetzte sich der Klub Slowenischer StudentInnen in Wien / Klub slovenskih študentk in študentov na Dunaju mit einer Aufsehen erregenden Aktion. Kärntner SlowenInnen besetzten den Christbaum am Wiener Rathausplatz und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift „Apartheid bringt uns auf die Palme“. Das war der Auftakt einer ganzen Reihe von Protestaktionen durch die Volksgruppenjugend. So wurden die Parteizentralen der SPÖ und der ÖVP unter Mitwirkung der Südtiroler Hochschülerschaft besetzt.

Weit ernster wurde die Situation als die StudentInnen die Kärntner Landesregierung besetzten. Die DemonstrantInnen verlangten, dass es zu keiner Änderung des Minderheitenschulwesens in Kärnten kommen dürfe. Vor der Landesregierung eilten Kärntner SlowenInnen aus allen Teilen Südkärntens zusammen, um ihre Solidarität mit den DemonstrantInnen zu bekunden. Da sich die StudentInnen weigerten das Gebäude zu verlassen, wurden sie von Polizisten mit Vollvisierhelmen aus dem Gebäude getragen.²³⁹

Es folgten große Protestversammlungen und Demonstrationen. Die Mobilisierung der Volksgruppe war zu diesem Zeitpunkt zu einem Grad angewachsen, dass sogar Menschen, die noch nie an einer Demonstration teilgenommen hatten, sich in den Zug nach Wien setzten, um dort am Ballhausplatz ihren Unmut über die geplante Änderung des Schulwesens kundzutun.

²³⁸ PERCHINIG, 1989, 141ff.

²³⁹ ORF – Zeit im Bild 2, 26.11.1987

Im Frühjahr 1988 vollzogen die Vertretungsorganisationen der Kärntner SlowenInnen einen Schwenk. Die Stimmung in der Volksgruppe war vor dem Überkochen und der Rat der Kärntner Slowenen / Narodni svet koroških Slovencev sowie der Nationalratsabgeordnete Karel Smolle setzten sich an den Verhandlungstisch. Sie hofften auf eine Beruhigung der Situation. Weiters bekundeten Karel Smolle und Matevž Grilc ihre Bereitschaft an einer Lösung in der Schulfrage mitarbeiten zu wollen. Dieser Schwenk lief unter dem Slogan des „Neuen Dialoges“.²⁴⁰ Das Memorandum aus dem Jahre 1988 – ausverhandelt mit den Kanzleramtsministern Franz Löschnak und Heinrich Neisser – beinhaltete einen „Fünf-Punkte-Katalog“: die Gründung einer slowenischen Handelsakademie, die Einführung slowenischer Fernsehsendungen, die finanzielle Unterstützung von zweisprachigen slowenischen Kindergärten sowie eine Erhöhung der Förderungsbeiträge für kulturelle Vorhaben der slowenischen Volksgruppe. Die Slowenen versprachen dafür den Slowenenbeirat zu beschicken.²⁴¹

Der Vertreter der Volksgruppe, der Grün-alternative Nationalratsabgeordnete Karel Smolle befand sich durch die Proteste in einer starken Verhandlungsposition. Der damalige Grün-alternative Unterrichtssprecher Nationalratsabgeordneter Andreas Wabl berichtete jedoch bei einer Pressekonferenz am 19.5.1988 von äußerst massivem Druck, der im Unterausschuss des Nationalrates auf den Abgeordneten Smolle von Seiten der Großparteien ausgeübt worden sei. Die Bundesparteien versuchten mit aller Kraft das Thema vom Tisch zu bekommen.²⁴²

Am 8.6.1988 stimmte Smolle im Parlament – von slowenischen StudentInnen von der Galerie aus beschimpft – der Novelle des Kärntner Minderheitenschulgesetzes zu: *„Im Sommer 1988 konnte dann das Gesetz im Parlament verabschiedet werden, weil die drei Parteien dem Grün-alternativen Minderheitensprecher, den Kärntner Slowenen und*

²⁴⁰ APA0122, 18.5.1988

²⁴¹ APA0242, 6.9.1988 und APA0083, 28.4.1988

²⁴² APA0178, 19.5.1988

*damaligen Nationalrat Karel Smolle, so lange bearbeitet und mit Versprechungen gefügig gemacht hatten, bis er schließlich dem Gesetzesantrag zustimmte.*²⁴³

Im Zuge dieses „neuen Dialoges“ beschickte der Rat der Kärntner Slowenen den Volksgruppenbeirat für die Kärntner Slowenen im Bundeskanzleramt. Durch das von Karel Smolle und der Kärntner Einheitsliste / Enotna lista errungene Nationalratsmandat waren die Funktionäre der Meinung, dass der direkte Kontakt zum Kanzler zwar nicht durch den Volksgruppenbeirat, aber in jedem Fall durch das Nationalratsmandat gewährleistet sei.

Die Regierung installierte, wie versprochen, eine zweisprachige Handelsakademie in den Räumlichkeiten des slowenischen Gymnasiums. Die 30-minütigen wöchentlichen Volksgruppensendungen – Dober dan, Koroška, Dobar dan Hrvati und Heimat, fremde Heimat – gingen am 2.4.1989 das erste Mal auf ORF 2 auf Sendung²⁴⁴, die Volksgruppenförderung wurde ab diesem Zeitpunkt über den slowenischen Volksgruppenbeirat verwaltet.

Nach der Zustimmung des Nationalratsabgeordneten Karel Smolle machte sich in der Volksgruppe eine große Resignation breit. Die Zugeständnisse, die man für die Zustimmung bekommen hatte, konnten vom Gefühl verraten worden zu sein nicht ablenken. Karel Smolle wurde innerhalb der Volksgruppe zum Sündenbock stilisiert und in einer ersten Reaktion setzte sich, wer konnte, in der Volksgruppe politisch von ihm ab. Der grüne Nationalratsabgeordnete Andreas Wabl, der mit Smolle im Ausschuss saß, ortete darin einen Skandal, da er (Wabl) vor der Zustimmung durch Smolle sowohl beim Zentralverband als auch beim Rat die Zustimmung telefonisch eingeholt hatte. Die damals ausverhandelte Handelsakademie – „Zweisprachige Handelsakademie in Klagenfurt / Dvojezična trgovska

²⁴³ GSETTNER in PANDEL et al., 2004, 249

²⁴⁴ APA0296, 29.3.1989

akademija“ – kann man getrost als Erfolgsstory bezeichnen, die muttersprachlichen Volksgruppensendungen im ORF feiern in diesem Jahr ihr 20-jähriges Jubiläum.

6.3.2.5. Ziviler Ungehorsam „vorläufig letzter Akt“: Von den 1990ern bis heute

Die Resignation in der Protestbewegung in der Volksgruppe wurde von einer jungen initiativen Gruppe an der Klagenfurter Universität / Univerza v Celovcu, dem „Unikum – Universitätskulturzentrum Klagenfurt / Celovec“, durchbrochen. Mit viel Geist und Humor gelang es dieser kleinen Gruppe von KünstlerInnen vielen Menschen eine neue Perspektive der Kärntner Problematik zu eröffnen. Die zwei Unikum-Erfinder und -Gründer, der Kärntner Slowene Emil Krištof und der Künstler Gerhard Pilgram, gaben nach dem Vorbild des Sexkoffers der 1970er Jahre einen Aufklärungskoffer zum Thema Kärntner SlowenInnen heraus. In diesem „kovček / Koffer“ erfährt man, dass der Slowene aus Wasser, Feuerwasser, Weihwasser, Jota, Sterz und Strudel besteht. Auf die Frage, wovon der Slowene lebt, antwortet der Koffer mit: ehrlicher Arbeit (kleiner Balken) und Subventionen (großer Balken). Auf die Frage, wer die Slowenen vertritt, antwortet der Koffer: *„Zur Wahrung der Interessen und Verteidigung der Rechte des Kärntner Slowenen fühlen sich drei konkurrierende Dachverbände berufen. Sich gegenseitig auszustechen – und gelegentlich mit gezinkten Karten zu spielen – gehört zu ihrem täglichen Geschäft.“* Dann fordert der „kovček / Koffer“ die Benutzerin und den Benutzer des Koffers mittels beiliegendem Kartenspiel auf: *„Lernen Sie bei diesem Spiel die wichtigsten Vertreter der Volksgruppe kennen und schnapsen Sie mit ihnen um die Wette.“*²⁴⁵ Ein Ortstafelmemory-Spiel soll die *„Kärntner Bevölkerung auf spielerische Weise mit der zweisprachigen Topographie ihres Landes vertraut machen und künftigen Ortstafelstürmern Einhalt gebieten.“*²⁴⁶ Der „kovček / Koffer“ spielt mit allen

²⁴⁵ KRIŠTOF/PILGRAM, 2005, 106

²⁴⁶ KRIŠTOF/PILGRAM, 2005, 124

in Kärnten grassierenden Vorurteilen und den eingefahrenen Mustern den Mehrheiten- und Minderheitendiskurs ohne irgendeinen Akteur zu schonen. Die Aktionen des Unikums führen, vor allem unter den Jungen und Junggebliebenen in der Volksgruppe, zu einem erleichternden Auflachen über sich selbst und in der Kärntner Wirklichkeit liefern sie eine andere Sicht der Dinge.

Einen ähnlichen Effekt erzielte auch die Satire des Kabarettduos Stermann und Grissemann, die eine andere Perspektive auf den Kärntner Umgang mit dem Unfalltod Jörg Haiders lieferte. Das Zeichnen einer Gegenwirklichkeit durch Stermann und Grissemann war in dieser Situation von demokratiepolitischer Relevanz.²⁴⁷

Mit der Auflösung des Rundfunkmonopols in Österreich kam wieder Bewegung in den Minderheitenmediendiskurs in Kärnten. Der Jurist Marjan Pipp, Vorsitzender des Österreichischen Volksgruppenzentrums, erarbeitete ein Konzept für eine ganztägige muttersprachliche mediale Versorgung auf dem Radiosektor. Das Volksgruppenradio ging vorerst als „Radio Korotan“ und dann als „Radio Dva“ in Form eines Pilotprojektes auf Sendung. Ziel der Initiatoren war es, das Volksgruppenradio im Rahmen des ORF Kärnten zu positionieren und vor allem zu finanzieren. Als den Radiobetreibern die letzten Ressourcen ausgingen, beschlossen die dort tätigen JournalistInnen Anfang Februar 2001 in Hungerstreik zu treten. Die Streikenden erinnerten an die von Österreich ratifizierte Charta für Regional- und Minderheitensprachen²⁴⁸, die die Bundesregierung auffordert, die muttersprachliche mediale Versorgung der Kärntner SlowenenInnen zu gewährleisten. In Slowenien wurde die Meldung über den Hungerstreik zum Aufmacher der Nachrichtensendungen sowie der Zeitungen. Slowenische Regierungsorgane bekundeten dem österreichischen Botschafter ihre Besorgnis über die Schließung des Radios.

²⁴⁷ APA0294, 11.10.2008

²⁴⁸ Vgl. ÖSTERREICHISCHE VOLKSGRUPPENHANDBÜCHER, 1995, 82

Zeitgleich informierte eine Delegation des Österreichischen Volksgruppenzentrums die zuständigen Stellen des Europäischen Parlamentes und des Europarates. In Gesprächen mit den österreichischen und slowenischen EuropaparlamentarierInnen und mit der zuständigen Intergroup machten die Volksgruppenvertreter auf die mangelhafte mediale Versorgung in den Volksgruppensprachen in Österreich aufmerksam. Die Volksgruppenvertreter informierten auch die europäischen Organe der Charta für Regional- und Minderheitensprachen und des Europäischen Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten. Der Generalsekretär des Europarates Walter Schwimmer richtete eine Solidaritätsadresse an die Hungerstreikenden. Ihm gleich taten es VolksgruppenvertreterInnen und Menschenrechtsorganisationen aus ganz Europa.²⁴⁹

Seit dem 9.7.2001 wird Radio Dva und Radio Agora auf der Radiofrequenz 105,5 den ganzen Tag über ausgestrahlt. Die Kärntner Politik, angeführt von Landeshauptmann Haider, stimmte der Radioeinigung unter der Bedingung zu, dass die slowenische Sendung im Kärntner ORF Regionalsender eingestellt würde. Die Kärntner SlowenInnen hatten bis dahin täglich eine Sendung auf Radio Kärnten, die dann tatsächlich mit der Installierung des ORF Volksgruppenradios Radio Dva und Radio Agora eingestellt wurde.²⁵⁰

Nachdem das Verrücken der einsprachigen Ortstafeln und das Anbringen von Zusatzschildchen und kleinen Aufschriften auf den Ortstafeln durch den Kärntner Landeshauptmann Haider begann, gründete unter anderem der Kärntner slowenische Verleger Lojze Wieser die Plattform „Pro Kärnten / Za Koroško“. Die Initiatoren sammelten mehr als 10.000 Unterschriften. Die UnterzeichnerInnen sprachen sich für die Aufstellung

²⁴⁹ Vgl. Dnevnik, <http://www.dnevnik.si/novice/svet/42594>, 7.4.2009; ver.di, http://mmm.verdi.de/archiv/2003/04/medien_international/hungerstreik_fuer_minderheitenradio, 7.4.2009; FUEN, <http://www.fuen.org/pdfs/20030217Kslowenen.pdf>, 7.4.2009

²⁵⁰ Vgl. VALENTIN, 2005, 269; ORF-Slowenen: Archiv, <http://vgarchiv.orf.at/slowenen/archiv/2001/200107.htm>, 7.4.2009

weiterer zweisprachiger Ortstafeln aus.²⁵¹

Franz Josef Smrtnik, der damalige Gemeinderat von Eisenkappel / Železna Kapla und slowenischer Landwirtschaftskammerrat kettete sich am 10.11.2005 an eine zweisprachige Ortstafel an. In einem ORF-Interview sagte er: *„In Vellach wurde eine Ortstafel aufgestellt, was der Straßenverkehrsordnung entspricht, es wurde ein Ortsgebiet festgestellt und der Haider wollte sie abmontieren, da habe ich gesagt, da muss ich schnell reagieren und habe mich angebunden, damit ich den Rechtsstaat schütze. Die Gesetze müssen wir ja einhalten. Aber leider habe ich dann verloren, weil ich mich zu schnell abgekettet habe, nach zwei Tagen, vielleicht müsste ich noch jetzt dabei hängen.“*²⁵²

Franz Josef Smrtnik wurde bei der im März 2009 stattfindenden Gemeinderatswahl zum Bürgermeister von Eisenkappel / Železna Kapla gewählt. Die Sozialdemokraten stellten nach 45 Jahren zum ersten Mal nicht mehr den Bürgermeister. Mit Franz Josef Smrtnik wurde ein Politiker der Slowenischen Einheitsliste / Enotna lista zum Gemeindeoberhaupt gewählt. Dieter Haller, ehemaliger Bürgermeister und gewichtiger Funktionär in der Kärntner Sozialdemokratie, erinnerte im Wahlkampf die GemeindegliederInnen in einer Aussendung, dass sich Smrtnik an eine zweisprachige Ortstafel angekettet hatte. Argumentiert hat Dieter Haller seine Aussendung damit, dass Smrtnik sich im Wahlkampf von der slowenischen Volksgruppe distanziert habe.²⁵³

Die Wahl Smrtniks brach mit den typischen politischen Mechanismen in Kärnten. Trotz seines Engagements gegen die Entrechtung der slowenischen Volksgruppe in Kärnten wurde Smrtnik zum Bürgermeister gewählt.

²⁵¹ Pro Kärnten/Za Koroško, <http://www.prokaernten.at/>, 9.4.2009

²⁵² oesterreich.ORF.at, <http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/69470/>, 9.4.2009

²⁵³ Vgl. Die Presse, <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/461615/index.do>, 9.4.2009

Am 26.3.2008 wurde die Initiative für „Demokratie und Rechtsstaat“ von Universitätsprofessor Peter Gstettner, den Rechtsanwälten Rudi Vouk und Farhad Paya ins Leben gerufen. Unterstützt wurde die Initiative unter anderem von Elfriede Jelinek, Karl Markowitsch, WissenschaftlerInnen, Volksgruppen und MigrantInnen inner- und außerhalb von Kärnten. Grund für die Initiative war, neben der Ignoranz des Verfassungsgerichtshofsurteils die zweisprachigen Ortstafeln betreffend, das Verbot des Landes Kärnten, eine Moschee zu errichten. Menschenrechtsorganisationen empörten sich über die Abschiebung von unbescholtenen tschetschenischen Asylwerbern durch den Kärntner Landeshauptmann.²⁵⁴

An einer Protestversammlung am 14.5.2008 der Initiative für Demokratie und Rechtsstaat nahm auch der damalige österreichische Botschafter in Slowenien und jetzige internationale Bosnien-Beauftragte Valentin Inzko teil. Er meinte im Interview mit dem ORF: *„Ja, ich bin österreichischer Beamter, Jurist, ich bin auch österreichischer Patriot und mit der Teilnahme hier möchte ich den österreichischen Rechtsstaat und die Rechtsinstitutionen stärken.“*²⁵⁵ Der österreichische Botschafter hatte dem Kärntner Landeshauptmann in einem offenen Brief 2006 das Du-Wort entzogen, nachdem dieser per Inserat die Einsprachigkeit Kärntens einforderte.²⁵⁶

Haider warb im Wahlkampf mit dem Slogan „Kärnten wird einsprachig“. Inzko veröffentlichte in der Kleinen Zeitung einen offenen Brief, in dem er Haider erinnerte, dass die Kärntner SlowenInnen keine Gäste, sondern schon immer hier beheimatet waren. Haider reagierte auf Inzkos Brief mit den Worten, dass er den Entzug des Du-Wortes gerne in Kauf nehme, wenn dass der Preis dafür sei, dass durch die Zusatzschildchen die Diskussion um die zweisprachigen Ortstafeln endlich beendet sei. Mit „Kärnten wird einsprachig“ wäre nur gemeint, dass es keine

²⁵⁴ Vgl. kaernten.ORF.at, <http://kaernten.orf.at/stories/266266/>, 9.4.2009 und Initiative Demokratie und Rechtsstaat, http://www.initiative-rechtsstaat.at/home_de/2/, 9.4.2009

²⁵⁵ Heimat, fremde Heimat, 8.6.2008

²⁵⁶ Vgl. kaernten.ORF.at, <http://kaernten.orf.at/stories/136384/>, 20.5.2009

zweisprachigen, sondern nur einsprachige Ortstafeln geben werde.²⁵⁷ Haider versicherte in einem Schreiben an 18 Unterkärntner Gemeinden, dass die bestehenden zweisprachigen Ortstafeln abmontiert würden.²⁵⁸

Jörg Haider zeigte sich von den Vorwürfen der „Initiative für Rechtsstaatlichkeit“ unbeeindruckt und bediente im ORF-Interview ganz dem Kärntner Muster entsprechend das Feindbild der Verschwörung aus Wien und jener der „linken Figuren“: *“Wenn sich die Bundesregierung nicht traut gegen meinen Willen etwas zu tun, zeigt das nur, dass ich als Landeshauptmann die breite Mehrheit der Bevölkerung hinter mir habe in dieser Frage und wir uns wünschen, dass man sich nicht ständig von außen einmischt. [...] Offenbar stehen in ein paar Monaten wieder Landtagswahlen an und deshalb werden diese ganzen linken Figuren von der Frau Jelinek abwärts wieder aktiv, um sich von außen in unsere Wahlbewegung in Kärnten einzumischen, aber die Kärntner haben auch in der Vergangenheit gezeigt, dass sie das wenig schätzen.”*²⁵⁹

Weiters kritisierte der Klagenfurter Rechtsanwalt Farhad Paya, dass Asylsuchenden die Unterstützung gestrichen würde. Da es AsylwerberInnen nicht gestattet sei zu arbeiten, sei der Entzug der 180 Euro monatlich Existenz bedrohend. Rechtsanwalt Paya vertritt Ausländer, die willkürlich in Schubhaft säßen, denen die Versicherung entzogen würde und die aller ihrer Rechte beschnitten würden. In Kärnten sei ein Ausländer ohne Anwalt praktisch rechtlos, erklärt der Fremdenrechtsexperte in einem ORF-Interview: *„Ein jeder Staat hat für alle in seinem Staatsverband lebenden Personen auch eine gewisse Fürsorgepflicht und diese Fürsorgepflicht wird für die Fremden hier besonders in Kärnten gröblichst missachtet.”*²⁶⁰

²⁵⁷ Vgl. kaernten.ORF.at, <http://kaernten.orf.at/stories/136384/>, 20.5.2009

²⁵⁸ oesterreich.ORF.at, <http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/134114/>, 20.5.2009

²⁵⁹ Heimat, fremde Heimat, 8.6.2008

²⁶⁰ Heimat, fremde Heimat, 8.6.2008

Auch die muslimische Bevölkerung in Kärnten leidet unter der Beschneidung ihrer Rechte. So besagt ein Landtagsbeschluss, dass im Land keine Moschee errichtet werden darf. Der Religionslehrer Mohamed AlAmin Amir meinte dazu in einem ORF-Interview: *„Aus Medienberichten haben wir gelesen, dass der Landeshauptmann die Moschee verbieten will, das Kopftuch verbieten. In einem Interview hat er gesagt: ich möchte das Kopftuch verdammen. Stellen sie sich vor, wenn ein Ausländer sagt: ich möchte das Kreuz verdammen. Also solche Aussagen darf man nicht sprechen.“*²⁶¹

6.4. Gesetzesübertretungen als legaler Widerstand

Widerständische Aktionen gehen meist Hand in Hand mit Gesetzesübertretungen. Wird der widerständische Akt in totalitären Diktaturen – wie im Fall der Kärntner SlowenInnen während des nationalsozialistischen Regimes – ausgeführt, ist er in bestimmten Fällen nicht nur moralisch, sondern auch rechtlich legitimiert.²⁶²

Bei Akten des zivilen Ungehorsams in einem demokratischen System wird die Frage der Legitimation des Gesetzesübertrittes, mit dem Ziel auf ein Unrecht aufmerksam zu machen, aus verschiedenen Perspektiven diskutiert. Bernd Guggenberger meint in seinem Aufsatz „Die Grenzen des Gehorsams“, dass jene, die als Akt des zivilen Ungehorsams Gesetze übertreten, Menschen sind, welche die Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, sich selbst nicht überbewerten oder glauben mit besonderen Rechten ausgestattet zu sein und das Gesetz an sich sehr ernst nehmen: *„Akte des zivilen Ungehorsams sind normative Appelle im Namen des Gemeinwesens, die zwar vom individuellen Gewissen motiviert sein können, die aber den Zustand des Gemeinwesens in Übereinstimmung nicht vor allem mit den Forderungen des Gewissens, sondern mit den legitimierten Ordnungsgrundlagen dieses Gemeinwesens*

²⁶¹ Heimat, fremde Heimat, 8.6.2008

²⁶² DREIER in GLOTZ, 1983, 55

zu bringen trachten.“²⁶³

Jürgen Habermas geht davon aus, dass die BürgerInnen den Rechtsstaat und seine Ordnung nicht aus Angst vor Strafen, sondern da sie ihn als legitim anerkennen, achten. So anerkennen der Bürger und die Bürgerin, dass die Gerechtigkeit im Gemeinwesen durch das Gesetz und deren Befolgung gewährleistet ist und von den BürgerInnen durch gewählte verfassungsmäßige Organe „beraten, beschlossen und verabschiedet worden ist“. Habermas geht der Frage nach, ob diese Form des Entstehens der Gesetze sie auch legitimiert: *„Deshalb kann der moderne Verfassungsstaat von seinen Bürgern Gesetzesgehorsam nur erwarten, wenn und soweit er sich auf anerkennungswürdige Prinzipien stützt, in deren Licht dann, was legal ist, als legitim gerechtfertigt – und gegebenenfalls als illegitim verworfen werden kann.“* Habermas glaubt die Rechtsordnung muss *„ein verallgemeinerungswürdiges Interesse zum Ausdruck bringen“* und fordert *„keinen unbedingten, sondern einen qualifizierten Rechtsgehorsam“* ein.²⁶⁴

Obwohl AktivistInnen, die zivil ungehorsam sind, die Strafe für ihr Tun akzeptieren, ist ziviler Ungehorsam aus dieser Perspektive kein übliches Delikt, und nur autoritärer Legalismus behandelt dem zufolge zivil Ungehorsame wie Kriminelle. So hätten Martin Luther King Jr. und Thoreau nicht ihrer privaten Überzeugung durch zivilen Ungehorsam Geltung verschafft, sondern bestehende Verfassungsprinzipien zur Geltung verhelfen wollen.²⁶⁵

Noch weiter geht Ralf Dreier mit der legalen Rechtfertigung von Gesetzesübertretungen im Zusammenhang mit zivilem Ungehorsam: *„Wer allein oder gemeinsam mit anderen öffentlich, gewaltlos und aus politisch-moralischen Gründen den Tatbestand einer Verbotsnorm erfüllt, handelt grundrechtlich gerechtfertigt, wenn er dadurch gegen schwerwiegendes*

²⁶³ Zit. in KÖPCKE-DUTTNER in NARR et al., 1992, 312

²⁶⁴ HABERMAS in GLOTZ, 1983, 36ff.

²⁶⁵ HABERMAS in GLOTZ, 1983, 44

*Unrecht protestiert und sein Protest verhältnismäßig ist.*²⁶⁶ Nach Dreier muss die Norm, die verletzt wird und das Unrecht gegen das protestiert wird, nicht identisch sei. Daraus ergibt sich der „mittelbare und unmittelbare zivile Ungehorsam“. Wird in einem Gerichtsverfahren festgestellt, dass die Gesetzesverletzung grundrechtlich gerechtfertigt ist, spricht Dreier von einem „prima-facie Ungehorsam“, den man auch als „Kampf ums Recht“ verstehen kann.²⁶⁷ In diesem Zusammenhang ist auch die Niederschlagung des Verfahrens gegen die jungen Männer aus Zell Pfarre / Sele Fara, welche die Wahlurne bei der „Volkszählung besonderer Art“ entwendet hatten und deren Inhalt verbrannten, zu werten.

Die Ausführung des Rechtswissenschaftlers Ralf Dreier schafft auch rechtliches Verständnis für die Geschwindigkeitsübertretung des Rechtsanwaltes Rudi Vouk als einzige rechtliche Möglichkeit, das Recht aus dem österreichischen Staatsvertrag auf zweisprachige Ortstafeln einzuklagen: *„Die Verfassungsprinzipien des demokratischen Rechtsstaates gehören zum positiven Recht und zwar zur ranghöchsten Stufe desselben. Alles unterverfassungsrechtliche Recht ist an ihnen zu messen, nicht nur in seiner abstrakten Geltung, sondern auch in seiner Auslegung und Anwendung im Einzelfall. Ziviler Ungehorsam ist rechtlich rechtfertigungsfähig, weil und soweit der Gegenstand des Protestes ein als verfassungswidrig qualifizierbarer öffentlicher Mißstand ist und weil und soweit diese Qualifikation, neben der Verhältnismäßigkeit des Protestmittels, bei der Auslegung und Anwendung der Norm, die als Zeichen des Protests tatbestandlich verletzt wurde, zu berücksichtigen ist.*²⁶⁸

Man kann über die rechtliche Legitimation der Geschwindigkeitsübertretung durch den Rechtsanwalt Rudi Vouk mit dem Ziel der Umsetzung der Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrages diskutieren. Nachdem Vouk jedoch die Strafe für die Geschwindigkeits-

²⁶⁶ DREIER in GLOTZ, 1983, 60

²⁶⁷ DREIER in GLOTZ, 1983, 61f.

²⁶⁸ DREIER in GLOTZ, 1983, 70

Überschreitung anstandslos in Kauf genommen hat, handelt es sich dabei um eine theoretische Auseinandersetzung.

Rechtlich nicht zu legitimieren ist jedoch die Nichtumsetzung des Verfassungsgerichtshofsurteils die zweisprachige Topographie in Südkärnten betreffend. Die Verzweiflung vieler JuristInnen über diesen Zustand mündete sogar in der politischen Forderung an den Bundespräsidenten, die Ortstafeln durch das österreichische Militär aufstellen und schützen zu lassen. (Vgl. Art. 146 Abs. 2 B-VG)

Dass in diesem Land das Recht durch die Politik gebeugt wird und politisch missbraucht wird, zeigt der Umgang mit den „Ortstafelstürmern“, die nach Peter Gstettner die Kriterien einer terroristischen Aktion erfüllt haben. Sie blieben von der Polizei unbehelligt. So sind die entfernten zweisprachigen Tafeln trotz Staatsvertrag, Gesetzen und Sprüchen des Verfassungsgerichtshofes bis heute Realität.

Auch im Zusammenhang mit den Aktionen des Kärntner Heimatdienstes, wie zum Beispiel das Abmelden vom zweisprachigen Unterricht, zeigt sich, dass illegale Aktionen gegen die Rechte der Kärntner SlowenInnen von der Politik legalisiert wurden, obwohl das der Intention der ranghöchsten Norm, dem Staatsvertrag, widerspricht und bis heute widerspricht. Glotz fragt sich also die Rechtsargumente Dreiers in Frage stellend: *„Zimmert die Linke also in den heutigen Diskussionen ein Podium für künftige rechte Protestbewegungen? [...] Ich habe auch meine Probleme mit der Flexibilisierung von strafrechtlichen Normen, mit dem Trend zur Legalisierung wie er sich im Text von Ralf Dreier manifestiert. Sollte ein Bürger, der aus einem ethnischen Impuls heraus es für notwendig hält, ein Gesetz zu verletzen, nicht die Strafe auf sich nehmen, statt sie güterabwägend wegzuarargumentieren? Je mehr Gesetzesübertretungen ich legalisiere, desto größer werden die Gesetzesüberschreitungen der hart dissentierenden Mehrheit werden. Ist die Gefahr nicht groß, dass die Strategie der Legalisierung von einer*

*Strategie der Eskalation eingeholt wird?*²⁶⁹

Die feministische Wissenschaftlerin Judith Butler wendet moralische Parameter an und sieht Gesetzesübertretungen im Dienste einer Vision dann legitimiert, wenn das Ziel in einer gewaltfreieren Welt, gerechteren Minderheiten stärkenden Welt mündet. Wendet man diesen Maßstab an, wird schnell klar, welche Aktionen des zivilen Ungehorsams legitimiert sind und welche nicht.

²⁶⁹ Zit. in GLOTZ, 1983, 148f.

7. „Der Anlassfall“ - das Verfassungsgerichtshofsurteil und Auswirkungen

„Am 6. September 1994 fuhr ich von meinem Büro in Klagenfurt / Celovec nach Hause. Ich lebe schon seit meiner Kindheit in Eberndorf / Dobrla vas. In der Nachbargemeinde St. Kanzian / Škocjan wurde ich in der namensgebenden Ortschaft angehalten, weil ich mit 65 km/h statt der erlaubten 50km/h unterwegs war. Ich wurde von der Gendarmerie angehalten, wollte aber die an Ort und Stelle verlangte Geldstrafe nicht bezahlen. Mehr als sieben Jahre danach, am 13.12.2001, erging aus diesem Anlassfall eine Entscheidung des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, welche Kärnten und Österreich auf das Heftigste bewegte und die ungelöste Kärntner Ortstafelfrage nachhaltig wieder in Erinnerung rief.“²⁷⁰ So schildert der Rechtsanwalt Rudi Vouk die Folgen einer banalen Geschwindigkeitsübertretung, welche die Bestimmungen zur zweisprachigen Topographie in Südkärnten kippte.

Auf die Idee gebracht wurde der Rechtsanwalt vom damaligen Klubobmann der ÖVP, Andreas Khol, der erklärte, es sei nicht wahr, dass keine Möglichkeit zur Durchsetzung zweisprachiger topographischer Aufschriften bestünde. Man könnte zu schnell durch einen Ort durchfahren und dann behaupten, die Ortstafel, welche als Verordnung gleichzeitig eine Geschwindigkeitsbeschränkung enthält, sei nicht ordnungsgemäß kundgemacht.²⁷¹

Rechtsanwalt Rudi Vouk erhielt ein Strafmandat, da er um 15 km/h zu schnell durch St. Kanzian / Škocjan gefahren war und reichte daraufhin Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof ein. Die Strafe wurde mit der Begründung angefochten, dass die Kundmachung des Ortsgebietes wegen der fehlenden zweisprachigen Aufschrift nicht gehörig sei. Der Verfassungsgerichtshof beschloss, das Volksgruppengesetz und die Topographieverordnung zu überprüfen.

²⁷⁰ VOUK, 2004, 79

²⁷¹ Vgl. Neue Kärntner Tageszeitung, 16.12.2001

Das daraus hervorgehende Verfassungsgerichtshofsurteil besagt, dass 25 Prozent für die Zulassung zweisprachiger Ortstafeln zu hoch sei. Für die Verfassungsrichter reicht ein gemischtsprachiger Bevölkerungsanteil von 10 Prozent, der über einen längeren Zeitraum nachweisbar sein muss, dafür werden die Ergebnisse der Volkszählungen herangezogen. Der Spruch bedeutet, dass in mehr als 400 Ortschaften zweisprachige Ortstafeln aufgestellt werden müssten.²⁷²

Für den Verfassungsgerichtshof bedeuten zweisprachige Ortstafeln ein Zeichen nach außen, das zeigen soll, dass in einer Ortschaft eine verhältnismäßig größere Zahl von Volksgruppenangehörigen angesiedelt ist.

Teile des Volksgruppengesetzes sowie der Topographieverordnung und der Ortsgebietsverordnung der Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt wurden durch den Spruch aufgehoben.

Während die Kärntner SlowenInnen hoch erfreut und Rechtsanwalt Rudi Vouk erleichtert auf den Spruch des Verfassungsgerichtshofes reagierten, war der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider außer sich. Am 13. Dezember eröffnet Jörg Haider die Schlacht gegen das Verfassungsgerichtshofsurteil und alle in irgendeiner Form Beteiligten.

7.1. Die große Lüge mit den Zahlen – Slowenenvertreter verhandeln 30 von möglichen 800 Ortstafeln

Generell ist festzustellen, dass nach dem Verfassungsgerichtshofsurteil vom 13.12.2001 in einer Demokratie zu erwarten gewesen wäre, dass dieses auch im Sinne des Spruches umgesetzt wird. Nimmt man das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, müsste der Staat bezugnehmend auf die aktuelle Volkszählung 2001, 299 Ortstafeln

²⁷² Verfassungsgerichtshof Österreich, <http://www.vfgh.gv.at/cms/vfgh-site/attachments/9/8/8/CH0006/CMS1108400716489/g213-01ua.pdf>, 23.3.2009

aufstellen. Berücksichtigt man die Volkszählung 1971 sind es rund 400, zum Zeitpunkt des Staatsvertrages wären es rund 800 zweisprachige Ortstafeln.²⁷³

In den aktuellen Verhandlungen ist derzeit zusätzlich zu den schon seit 1977 vorgesehenen 91 von rund 60 zusätzlichen Ortstafeln die Rede. Rechtsanwalt Rudolf Vouk befürchtet, dass bei Verhandlungserfolg von diesen 60 topographischen Aufschriften nur die Hälfte aufgestellt werden würden, da an manchen zur Diskussion stehenden Orten nur mehr eine oder gar keine Person mehr lebt. Von den dann unumstrittenen 30 Ortstafeln handelt es sich bei rund 10 Ortstafeln um die großen, blau umrandeten Schilder.²⁷⁴

Die slowenische Volksgruppe hat das Recht auf ihrer Seite, jedoch wird dieses in Zusammenhang sowohl mit dem Österreichischen Staatsvertrag aus 1955 als auch mit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes aus 2001 von der österreichischen Politik mit Füßen getreten. Was sich in beiden Fällen als einer Demokratie unwürdig erweist. Die politische Praxis, die so tut als würde es sich bei Kompromissen, die ein paar zweisprachige Ortstafeln beinhalten, um Geschenke an die Minderheit handeln, zielt völlig ins Leere. Denn Recht ist unabhängig davon, ob sich jemand dafür stark macht, umzusetzen. Das Faktum, ob jemand gerne oder nicht mit einer zweisprachigen Ortstafel lebt, darf in diesem rechtlichen Diskurs keine Rolle spielen. Besonders bedenklich wird es, wenn Mehrheitsentscheide – nach Bedarf eingeholt vom Volk – darüber entscheiden sollen, ob die Grundlage der Souveränität Österreichs, der multilateral beschlossene Staatsvertrag von Wien, umgesetzt wird oder nicht. Auszüge der Reaktionen vom Kärntner Landeshauptmann wie auch der Bundesregierung zeigen die ins Peinliche abgleitende politische Farce, die nach dem Erkenntnis vom 13.12.2001 über die Bühne ging.

²⁷³ Vgl. Statistik Austria, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen/bevoelkerung_nach_dem_ographischen_merkmalen/022886.html, 15.3.2009

²⁷⁴ Heimat, fremde Heimat, 29.4.2007

7.2. Haider bedient das „Kärntner Modell“

Landeshauptmann Jörg Haider meinte in einer ersten Reaktion am 13.12.2001, dass es sich bei diesem Urteil um *„eine vorverlegte Faschingsentscheidung“* handle und weiter, dass solange er, Haider, Landeshauptmann sei, keine weiteren zweisprachigen Ortstafeln aufgestellt würden.²⁷⁵

In einem Interview in der Tageszeitung „Der Standard“ warf er dem slowenischen Staatspräsidenten Milan Kučan vor, das Ergebnis der Volksabstimmung umdrehen zu wollen: *„Die Kärntner empfinden das als Versuch, das Ergebnis der Volksabstimmung im Nachhinein zu korrigieren. Gerade der Präsident Kučan ist jemand, der als früherer Salonkommunist immer wieder den Versuch unternimmt, diese Fragen zu relativieren.“*

Weiter im Text begann Haider die Slowenen zu kategorisieren, ethnisieren und stigmatisieren. Wer Interesse an der Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln hatte war ein „Nationalslowene“: *„Vernünftige Volksgruppenpolitik befasst sich mit etwas anderem, etwa mit Kindergärten - Ortstafeln sind nur das Steckenpferd von Nationalslowenen.“*²⁷⁶

Haider scheute als gelernter Jurist es nicht die Legitimation des Verfassungsgerichtshofes in Frage zu stellen. Mehr noch, er stellte – im Sinne des Populisten – die Meinung des Volkes über die höchsten richterlichen Instanzen: *„Wir werden gegenüber der Öffentlichkeit klar machen, dass der Verfassungsgerichtshof nicht die letzte politische Instanz in Österreich ist. Wir leben nicht in einem Richterstaat, sondern alle Macht geht vom Volk aus.“*²⁷⁷

²⁷⁵ APA0592, 13.12.2001

²⁷⁶ Der Standard, 18.12.2001

²⁷⁷ APA0425, 19.12.2001

Im Laufe der Zeit wurden die Angriffe gegen den Verfassungsgerichtshof seitens des Kärntner Landeshauptmannes immer schärfer. So meinte er, dass dieser seine Macht missbrauche²⁷⁸ und er alleine wüsste „*was mein Volk denkt, und nicht, was weltfremde Richter*“²⁷⁹ meinen. Als Landeshauptmann-Stellvertreter Gerhard Dörfler ausführte, dass seiner Meinung nach der Rechtsstaat eine Sache wäre, das andere jedoch das „*gesunde Volksempfinden*“, stellte sich Jörg Haider voll hinter ihn.²⁸⁰

Oft arbeitete Haider auch mit der Taktik sich über die richterlichen Organe lustig zu machen und so auch ihre Entscheidung ins Lächerliche zu ziehen: *“Wo immer unser Land Schaden zu nehmen droht, werden wir uns zur Wehr setzen. Das müssen auch die Herren im Hermelin zur Kenntnis nehmen. [...] Aber die sollen am Kragen jetzt Kaninchenfell statt Hermelin tragen. Die Richter sollen sich lieber normal einkleiden, statt Fasching zu spielen. Und dafür richtige Urteile machen.”*²⁸¹ Im Nachrichtenmagazin „Profil“ verlangte Jörg Haider: *„Der Verfassungsgerichtshof muss zurechtgestutzt und politisch in seine Schranken gewiesen werden. Was da abgelaufen ist, war ein reines politisches Spiel.”*²⁸² Besonders niveaulos wurde es, als Jörg Haider in seiner traditionellen Aschermittwochrede den damaligen Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes als illegalen Ausländer brandmarkte: *“Wenn einer schon Adamovich heißt, muss man zuerst einmal fragen, ob er überhaupt eine aufrechte Aufenthaltsberechtigung hat.”*²⁸³

Die Verfassungsrichter, zuerst Adamovich, dann Korinek, fanden sich in der Position wieder, die in den 1970er Jahren Landeshauptmann Sima und Bundeskanzler Kreisky erlebten. Obwohl Adamovich betonte, für das Urteil nicht ad personam verantwortlich zu sein, wurde er von Jörg Haider auf dieser sehr persönlichen Ebene diffamiert.

²⁷⁸ Vgl. APA0385, 8.1.2002

²⁷⁹ APA0203, 13.1.2002

²⁸⁰ Vgl. Der Standard, 2.1.2007

²⁸¹ OTS0038, 13.1.2002

²⁸² Profil, 14.1.2002

²⁸³ APA00729, 13.2.2002

Sima und Kreisky wurden, als sie versuchten in Kärnten dem Staatsvertrag Geltung zu verschaffen, persönlich attackiert und diffamiert. Am 25.9.1972 wurden vor der Klagenfurter Arbeiterkammer sechs Polizisten verletzt, die versuchten den damaligen Bundeskanzler Bruno Kreisky zu seinem Auto zu geleiten. Bruno Kreisky berichtete im „Profil“: *„Die sind mit zerbrochenen Ortstafeln auf mich losgegangen. Reine Nazis. Tausende Leute.“* Kreisky wurde als *„Judensau“* und *„Saujud, ich schneide dir die Kehle durch“* beschimpft.²⁸⁴

Hans Sima wurde mit Paradeisern und Eiern beschossen, als er zu einer Versammlung nach Völkermarkt / Velikovec wollte und als *„Landesverräter“* beschimpft.²⁸⁵ Sima erhielt Bombendrohungen und wurde öffentlich diffamiert bis er den Sitz des Landeshauptmannes räumte und in Südkärnten keine zweisprachige Ortstafel mehr stand.

Haider bediente sich des alten „Kärntner Musters“ und versuchte den Höchstrichter Adamovich in Verruf zu bringen. Da Haiders Argumente gegen den Verfassungsgerichtshof sich mit der Zeit tot liefen, verschärfte er die Gangart und richtete seine Spitzen gegen die Person Ludwig Adamovich, im Speziellen gegen die „ausländische“ Wurzel des Namens des Verfassungsgerichtshofspräsidenten. Adamovich begann sich zu rechtfertigen und reichte nach kurzem Streit Jörg Haider in Tainach / Tinje die Hand zur Versöhnung. Der Landeshauptmann kostete sein politisches „eins zu null“ sichtlich aus.

Adamovich's Nachfolger Karl Korinek ging zwar gewarnt an die Sache heran, litt aber, bis zum Unfalltod des Landeshauptmannes, sichtlich unter Haiders Unterstellungen.

²⁸⁴ SOMMEREGGER, 1983, 135

²⁸⁵ ORF - Zeit im Bild, 29.10.1972

Haider zögerte nach den Attacken auf den Verfassungsgerichtshof auch nicht, die Legitimation des österreichischen Staatsvertrages in Frage zu stellen: *„Es gibt viele, die meinen, dass der Staatsvertrag sich im Staub der Geschichte aufgelöst hat [...]. Dass wir keine U-Boote haben dürfen, ist ja nun wirklich nicht mehr aktuell.“*²⁸⁶ Die politische Taktik, das Recht je nach Gebrauch zu biegen und das auch noch populistisch zu argumentieren, hat er bei seinen politischen Vorfahren gesehen, da dieses Vorgehen in Kärnten seit zumindest der Regentschaft von Leopold Wagner politische Normalität darstellte.

Die Vermengung der MigrantInnen in Wien und der zweisprachigen Topographie in Südkärnten wurde als ungehörig empfunden. So meinte Haider beim Neujahrstreffen des BZÖ in Pörschach / Poreče am 22.1.2006 in Richtung SPÖ: *„Wenn Gusenbauer Tafeln will, soll er in Wien mit türkisch anfangen.“*²⁸⁷ Dass der Landeshauptmann diese Fragen in Zusammenhang brachte, soll als Beleg gewertet werden, dass seitens des BZÖ kein Unterschied zwischen Volksgruppen und MigrantInnen gemacht wird. Beide werden nicht als Bereicherung, sondern als Belastung empfunden, die man, wenn sie lästig werden, ruhigstellen oder außer Landes schicken sollte. Der Kärntner Landeshauptmann bewegt sich ähnlich einem Pendel zwischen den Argumentationen: „Ohne uns in Kärnten geht nichts!“ und „Die Kompetenzen liegen in Wien!“

7.3. Die „Kreisky-Taktik“: Kommissionen und Konsenskonferenzen

Die Volksgruppenvertreter waren mehr oder weniger gezwungen an diesem „Kommissionieren“ teilzunehmen, obwohl allein die rechtlichen Grundlagen genügen müssten, um die zweisprachige Topographie zu garantieren. Die Geisteshaltung der Machthaber entlarvend ist der Umstand, dass die Volksgruppenvertreter in diesen „Konsenskonferenzen“ mit den deutschnationalen Verbänden, die es sich über Jahrzehnte klar zum Ziel setzten sowohl Sprache wie Kultur der Minderheit auszuradieren,

²⁸⁶ APA0439, 18.1.2006

²⁸⁷ APA0239, 22.1.2006

verhandelten und sich auf einen Kompromiss einigen mussten. Dass dieses Gedankengut für diese Verbände nicht von gestern ist und auch aktuell jährlich performiert wird, zeigen die Treffen in Krumpendorf / Kriva vrba und am Ulrichsberg. Der Kärntner Heimatdienst hat das „Feindbild Slowene“ gegen das „Feindbild Muslime“ ausgetauscht. Generell ist es in Kärnten Tatsache, dass die Machthaber das bipolare Paar „Minderheit - Mehrheit“ gegen den Gegensatz „Kärntner SlowenInnen - deutschnationaler KärntnerInnen“ ausgetauscht haben. Die Volksgruppenangehörigen werden zu ExtremistInnen und NationalistInnen stigmatisiert und so wird das reine Bestehen auf gesetzliche Bestimmungen zu einer „radikalen Forderung von extremistischen Nationalslowenen“ gemacht. Da das intellektuelle Potenzial des weitgereisten Jörg Haider nicht zu unterschätzen war, musste man hinter seiner Politik, die an das historische Kärntner Muster anschloss, politisches Kalkül vermuten.

In Wien griff das altbewährte Muster, vorgelebt in den 1970er Jahren von Bundeskanzler Bruno Kreisky, des Kommissionierens und der Konsensgespräche. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel lud zu einer Konsenskonferenz. Das Muster der Volksbefragung, also der Erhebung einer Mehrheitsmeinung in Minderheitenfragen, wurde am 20.2.2002 anlässlich einer von Jörg Haider veranstalteten Enquete vom selben angestrengt. Der Mehrheitsentscheid der KärntnerInnen sollte Grundlage für die Anbringung von zweisprachigen Aufschriften sein.

Im Juni 2002 legten die Slowenenvertreter einen Kompromissvorschlag vor, welchem zufolge in 394 Ortschaften zweisprachige Ortstafeln – basierend auf dem Volkszählungsergebnis von 1971 – aufgestellt werden sollten. Das Bundeskanzleramt hielt drei Konsenskonferenzen ab und am 12. Juli 2001 wurde eine weitere Arbeitsgruppe eingerichtet. Das Ziel war, einen für alle beteiligten Parteien annehmbaren Lösungsvorschlag zu erarbeiten. Bei der dritten Konsenskonferenz am 11.9.2002 einigten sich die Slowenenorganisationen und beide Heimatverbände auf 102

Ortstafeln. Ohne Abwehrkämpferbund waren es 158 Ortstafeln. Die Landesparteien verlangten, dass sich die Slowenenvertreter aus dieser Liste 147 Gemeinden aussuchen sollten, was von den Slowenenvertretern akzeptiert wurde. Um die Angelegenheit ein für allemal vom Tisch zu haben, forderten Jörg Haider und Wolfgang Schüssel am 12.3.2005 eine „Streitbeilegungserklärung“. Einen Blankoscheck, der es zukünftig unmöglich machen sollte, die Frage der zweisprachigen Topographie wieder auf das politische Tapet bringen zu können. Die Volksgruppen konterten später mit einer „Öffnungsklausel“, die es möglich machen sollte, auch nach einem Kompromiss, die Frage der Umsetzung des Artikels 7 des österreichischen Staatsvertrages wieder zu thematisieren. Es folgten weitere Jahre des Kommissionierens.

Am 21.4.2005 wurde dann das sogenannte „Kärner-Paket“, ein Kompromissvorschlag, der unter dem Vorsitz des Grazer Historikers Stefan Kärner gefunden wurde, in Angriff genommen. Der Inhalt ist die stufenweise Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln in 158 Ortschaften in denen der Prozentsatz der gemischtsprachigen Bevölkerung über 10 Prozent liegt. Flankiert von vertrauensbildenden Maßnahmen sollten die zweisprachigen Ortstafeln bis zum Jahr 2010 stehen. Es wurde eine Öffnungsklausel in Aussicht gestellt.²⁸⁸

Der anhaltenden Freude über die Einigung setzte der Kärntner Landeshauptmann ein jähes Ende. Haider forderte eine geheime Erhebung der Muttersprache zur Lösung der Ortstafelfrage und widersetzte sich hiermit der Einigung.²⁸⁹ Der Kärntner Heimatdienst steht bis heute zur Lösung, die im Kärner-Paket beschlossen wurde. Der Abwehrkämpferbund freute sich über Haiders Initiative und wollte keine über die Topographieverordnung hinausgehenden Ortstafeln.

²⁸⁸ Vgl. KARNER, 2006, 97ff.

²⁸⁹ Vgl. KARNER, 2006, 101f.

Bundeskanzler Schüssel, den die Fragen des unerfüllten Staatsvertrages – wie auch Anfang der 1970er Jahre Bruno Kreisky in seinen Beziehungen damals zu Jugoslawien – in seiner Zusammenarbeit mit Slowenien politisch störten, wollte eine Lösung der Ortstafelfrage herbeiführen. So kam es zur Aufstellung von zwei Ortstafeln durch den Kärntner Landeshauptmann und Bundeskanzler Schüssel am 12.5.2005. Es wurden Ortstafeln in Windisch Bleiberg / Slovenji Plajberk und in Schwabegg / Žvabek aufgestellt. Wobei die slowenischen Namen beider Ortstafeln falsch geschrieben wurden: statt richtig Plajberk stand auf der Ortstafel Plajberg und statt richtig Žvabek stand Zvabek. Teile der deutschnationalen Kulturträger in der Gemeinde Neuhaus / Suha, in der der Ort Schwabegg / Žvabek liegt, waren nicht gewillt am Festakt mit dem Bundeskanzler teilzunehmen.

Am 12.12.2005 entschied der Verfassungsgerichtshof, dass auch Bleiburg / Pliberk und Bleiburg Ebersdorf / Pliberk Drveša vas eine zweisprachige Ortstafel zusteht. Die betreffenden Verordnungen wurden mit dem 30.6.2006 als gesetzeswidrig aufgehoben. *„Der VfGH legt erweiternd fest, dass die Bestimmung des Art. 7 Z 3 zweiter Satz des Staatsvertrages in diesem Zusammenhang unmittelbar anwendbar ist, um eine ähnliche Lähmung der Bezirkshauptmannschaft wie 2001 zu vermeiden. Diese hat nun im Rahmen einer ortspolizeilichen Verordnung die deutsche wie auch die slowenische Ortsbezeichnung in eigener Verantwortung festzulegen.“*²⁹⁰

Der Entscheid rief in Kärnten Bedenken hervor, dass ein mutiger Beamter die Angelegenheit in die Hand nehmen und zweisprachige Ortstafeln aufstellen lassen könnte.

Im Juli und August 2005 wurden zweisprachige Ortstafeln in Ludmannsdorf / Bilčovs demontiert und gestohlen.

²⁹⁰ GLANTSCHNIG, 2006, 52

Franz Josef Smrtnik von der Einheitsliste kettete sich in einem Akt zivilen Ungehorsams an einer zweisprachigen Ortstafel in Vellach / Bela (Gemeinde Bad Eisenkappel / Železna kapla) an, um zu verhindern, dass diese entfernt wurde.²⁹¹

Nun schritt auch der Landeshauptmann von Kärnten zu unorthodoxen Maßnahmen. Das Verrücken, Hineinschrauben, Aufkleben von großen und kleinen Ortstafeln nahm seinen Anfang. Vorerst initiierte der Kärntner Landeshauptmann eine Brief-Volksbefragung. Das Ergebnis ergab, dass 84 Prozent der Befragten keine weiteren Ortstafeln wollten. Haider ersann die Idee durch Versetzung von Ortstafeln, um die Aufhebung der Verordnung durch den Verfassungsgerichtshof zu umgehen. Der Rat der Kärntner Slowenen drohte mit Erhebung einer Klage beim Europäischen Gerichtshof.²⁹²

Unter großer medialer Beachtung wurde die Ortstafel von Bleiburg / Pliberk von Landeshauptmann Haider, Verkehrslandesreferenten Dörfler und assistierenden Polizisten um ein paar Meter versetzt. Durch diesen juristischen Trick wurde das Erkenntnis formal wertlos, denn es wurde eine neue Verordnung erlassen. In Wahrheit wurde sie einfach umgangen.

Skurril wurde das Umstellen von Ortstafeln, um einen neuen rechtlichen Ausgangspunkt zu schaffen, beim BZÖ-Neujahrstreffen in Pörschach / Poreče von Haider folgend kommentiert: „*Wahrlich, ich sage euch: Vor 2.000 Jahren ist einer auferstanden und hat den Grabstein verrückt. Heute findet sich ein Landeshauptmann, der die Ortstafeln verrückt.*“²⁹³

Jörg Haider und Landesverkehrsreferent Dörfler warfen dem zuständigen Bezirkshauptmann August Muri Amtsmissbrauch vor. Der nun durch den Bleiburger Spruch zuständige Muri flüchtete in die Pension.²⁹⁴

²⁹¹ Vgl. oesterreich.ORF.at, <http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/69853/>, 10.4.2009

²⁹² Vgl. oesterreich.ORF.at, <http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/72083/>, 10.4.2009

²⁹³ APA0239, 22.1.2006

²⁹⁴ Kleine Zeitung, 9.3.2006

Haider initiierte eine Volksbefragung zur Aufstellung von weiteren zweisprachigen Ortstafeln. Nach Einbringung der nötigen Unterschriften wurde der BZÖ Vorschlag durch die Landeswahlbehörde abgelehnt.

Die Weigerung Jörg Haiders, die Ortstafeln aufzustellen, drang bis nach Brüssel. Die liberale Fraktion im Europaparlament beschloss die Entsendung einer Fact-Finding-Mission. Die Ergebnisse der „Untersuchung“ in Kärnten sollten Ausgangspunkt für mögliche Initiativen auf EU-Ebene sein. Geleitet wurde die Delegation von der österreichischen Abgeordneten Karin Resetarits. Die Abordnung traf sich im Mai 2006 mit Landeshauptmann Haider und besuchte Bleiburg / Pliberk.²⁹⁵

Bei einem neuerlichen Besuch einer EU-Delegation – unter anderem mit dem sozialdemokratischen österreichischen Abgeordneten Hannes Swoboda – im Juni 2006 kamen die Abgeordneten letztlich zum Schluss, dass in Kärnten erhebliche Mängel bei der Erfüllung der staatsvertraglichen Regelungen vorliegen und eine Lösung nach dem Karner-Modell, inklusive Öffnungsklausel, anzustreben sei.²⁹⁶

In der Juni-Session vom 6. bis 27. Juni 2006 beschäftigte sich der Verfassungsgerichtshof erneut mit 13 Beschwerden in Kärntner Gemeinden, welche aufgrund von Geschwindigkeitsübertretungen eingebracht wurden. Auch die Versetzung der Ortstafeln durch Landeshauptmann Haider wurde erörtert.²⁹⁷

Jörg Haider, erzürnt über die Absage der Volksbefragung, führte im Juni 2006 eine „Ortstafel-Urabstimmung“ durch.²⁹⁸ Er verkündete dem Abstimmungsergebnis folgend – 52,4 Prozent sprachen sich gegen eine weitere Errichtung von Ortstafeln aus – keine weiteren zweisprachigen

²⁹⁵ Vgl. oesterreich.ORF.at, <http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/110660/>, 11.4.2009; vgl. oesterreich.ORF.at, <http://kaernten.orf.at/stories/110515>, 11.4.2009

²⁹⁶ Vgl. oesterreich.ORF.at, <http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/114926/>, 11.4.2009

²⁹⁷ Vgl. oesterreich.ORF.at, <http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/113911>, 11.4.2009

²⁹⁸ Vgl. oesterreich.ORF.at, <http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/72083/>, 10.4.2009

Ortstafeln aufstellen zu wollen.

Der Verfassungsgerichtshof entschied erneut über eine zweisprachige Ortstafel in St. Kanzian / Škocjan. Da jedoch der slowenischsprachige Bevölkerungsanteil seit dem letzten Entscheid unter zehn Prozent rutschte, wurde gegen zweisprachige topographische Aufschriften für den Ort entschieden. Es wurde nicht berücksichtigt, dass zwischen 1981 und 1991, das Gemeindegebiet von St. Kanzian / Škocjan verändert wurde. Es wurden rund hundert nur deutschsprachige BürgerInnen eingemeindet. Zwischen 1991 und 2001 gab es sogar mehr zweisprachige BürgerInnen in der Gemeinde, nur die Prozentzahl war niedriger. Geht man davon aus, dass den Kärntner SlowenInnen im Jahr 1955 Rechte zugesprochen wurden, lässt dieser Entscheid den Rückschluss zu, dass die deutschnationalen Kräfte in Kärnten nur so lange durchhalten mussten, bis die Volksgruppe vollkommen in der Mehrheitsbevölkerung aufginge. Die ureigenste Idee des Minderheitenschutzes ist es allerdings durch schützende Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass die Kultur und die Sprache einer Volksgruppe nicht verloren gehen. Der Rat der Kärntner Slowenen sprach in diesem Zusammenhang von einem „Judikaturschwenk“.²⁹⁹

Im Juni 2006 präsentierte Wolfgang Schüssel einen Vorschlag, der die Aufstellung von 141 zweisprachigen Ortstafeln bis Ende 2009 beinhaltete. Schüssel favorisierte die Verankerung der Ortstafelregelung in einem Bundesverfassungsgesetz. Nach intensiven Verhandlungen und massiven Protesten seitens des Rates der Kärntner Slowenen, aber auch des gemeinsamen Gremiums des Zentralverbandes und des Rates (KOKS) lehnte die Bundes-SPÖ diese Regelung ab.³⁰⁰ Der Österreich-Korrespondent der slowenischen Zeitung „Delo“ wurde wegen eines kritischen Kommentares aus Wien abgezogen und gekündigt. Matija Grah warnte vor einer Revision des österreichischen Staatsvertrages, da ein

²⁹⁹ Vgl. oesterreich.ORF.at, <http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/72083/>, 10.4.2009

³⁰⁰ Vgl. oesterreich.ORF.at, <http://kaernten.orf.at/stories/122462/>, 11.4.2009

Verfassungsgesetz für den Verfassungsgerichtshof eine neue Beurteilungsgrundlage schaffen würde. Grah erklärte den zuständigen slowenischen Außenminister für rücktrittsreif.³⁰¹

Ende August 2006 ließ Jörg Haider die ersten slowenischen Zusatztafeln unter der Ortstafel in Bleiburg / Pliberk anbringen. Für die Kärntner SlowenInnen, vor allem für die Jüngeren, ist der groß geschriebene deutsche Name neben dem klein geschriebenen slowenischen Ortsnamen ein fatales Signal, das die Minderwertigkeit der slowenischen Sprache in der Öffentlichkeit öffentlich postulierte. Jörg Haider bereitete seine Idee vom Größenunterschied – wie man in den Interviews sehen konnte – spitzbübische Freude. Für ihn war Recht, was er als rechtens empfand und tat. Wobei er diese Taten immer als „Auftrag des Volkes“ medial verkaufte.

Jörg Haider wollte ab diesem Zeitpunkt alle zweisprachigen Ortstafeln nun in deutschsprachige Tafeln mit kleinen slowenischen Zusatztafeln verwandeln.³⁰² Was dann in Schwabegg / Žvabek tatsächlich umgesetzt wurde. Die Volksanwaltschaft griff ein und beantragte beim Verfassungsgerichtshof – unter Berufung auf Art. 148 lit.e und Art. 148 lit. i B-VG³⁰³ – die Aufhebung der Ortstafeln mit slowenischsprachigen Zusatzschildchen. Dem wurde vom Verfassungsgerichtshof entsprochen.

Jörg Haider reagierte, indem er den Verfassungsgerichtshofspräsidenten Karl Korinek wegen Ruf- und Kreditschädigung sowie Verleumdung und Beleidigung klagen wollte. Weiteres erwog er gegen die Judikatur des Verfassungsgerichtshofes den Gang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Auch den Verwaltungsgerichtshofspräsidenten Clemens Jabloner wollte der Landeshauptmann klagen, da dieser eine mögliche

³⁰¹ Vgl. Delo, 28.6.2006

³⁰² Vgl. oesterreich.ORF.at, <http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/152533>, 11.4.2009

³⁰³ Vgl. Österreichisches Bundes-Verfassungsgesetz, <http://www.oesterreich.com/deutsch/staat/b-vg-inh.htm>, 12.4.2009

Ministerklage gegen Haider andachte.³⁰⁴

Verfassungsgerichtshofspräsident Korinek beschwerte sich bei Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundespräsident Heinz Fischer, da „*die Grenze des Erträglichen*“ durch Haider überschritten worden sei.³⁰⁵

Das BZÖ negierte weiterhin alle Erkenntnisse die zweisprachigen Ortstafeln betreffend und eine Weisung von Verkehrslandesrat Dörfler verhinderte die Aufstellung durch die Bezirkshauptfrau von Völkermarkt, Christine Hammerschlag.

Alle Volksgruppenorganisationen einigten sich Anfang 2007 auf eine Variante des Karner-Pakets mit 173 Ortschaften sowie einer Öffnungsklausel, die eine weitergehende Umsetzung der Minderheitenrechte in Zukunft nicht unmöglich machen sollte.³⁰⁶

Im Februar 2007 begann die Staatsanwaltschaft mit Vorerhebungen wegen Amtsmissbrauch. Sie ermittelte gegen den Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider und den Verkehrslandesreferenten Gerhard Dörfler sowie Beamte der Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt.³⁰⁷

Haider ließ slowenische Zusatztafeln in die deutschen Ortstafeln hinein montieren. Somit erhielt Bleiburg bereits die fünfte Ortstafelvariante innerhalb eines Jahres.³⁰⁸

Die SPÖ brachte am 4.6.2007 einen Initiativantrag ein, der 163 Tafeln vorsah, welche in Verfassungsrang erhoben werden sollten, um sie einer neuerlichen Prüfung durch den Verfassungsgerichtshof zu entziehen. Anstelle der Öffnungsklausel war in diesem Vorschlag die Installierung

³⁰⁴ HÄMMERLE, 2007, 43; vgl. oesterreich.ORF.at, <http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/157757>, 12.4.2009

³⁰⁵ Kurier, 19.1.2006

³⁰⁶ Vgl. HÄMMERLE, 2007, 45

³⁰⁷ Vgl. oesterreich.ORF.at, <http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/171278>, 13.4.2009

³⁰⁸ Vgl. HÄMMERLE, 2007, 45

von Konsensausschüssen vorgesehen, die über eine Koordinationsstelle im Bundeskanzleramt organisiert werden sollte.³⁰⁹

7.4. Rechtliche Überlegungen

Der Rechtsexperte Hannes Tretter vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte in Wien sieht in der Beschwerde, die vor den Verfassungsgerichtshof gebracht wurde, eine notwendige Beschleunigung der schlafenden rechtlichen Umsetzung der Schutzbestimmungen im österreichischen Staatsvertrag. Er meinte in einem ORF-Interview: *„Nachdem das österreichische Minderheitenrecht gekennzeichnet ist von einem unheimlichen schleppenden Prozess seiner Realisierung insbesondere der Umsetzung des Artikel 7 des Staatsvertrages ist es nur eine zu verständliche Maßnahme, wenn vermehrt Beschwerden und Klagen an Gerichte herangetragen werden und Verwaltungsbehörden herangetragen werden, um ein wenig mehr Tempo zu machen.“*³¹⁰

Auch der Rechtsexperte Richard Soyer sieht die Angelegenheit ähnlich: *„Es ist absolut legitim, dass man sich als Betroffener zur Wehr setzt und lege artis tut man das indem man klagt. Wir sind in einem Rechtsstaat und dafür gibt es die Gerichte, also es ist eher verwunderlich, dass so viele Betroffene so lange zugewartet haben. Man hat offensichtlich Hoffnungen in die Politik gesetzt und wird im Regen stehen gelassen und es gibt nichts Legitimeres als dann Klagswege zu beschreiten, gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.“*³¹¹

Dass dem Verfassungsgerichtshofsurteil keine politische Umsetzung gefolgt ist, findet der Rechtsexperte Hannes Tretter *„unerträglich“*. Auch für Soyer ist die Nichtumsetzung *“bedenklich, äußerst bedenklich. Sie ist meines Erachtens sogar so geartet, dass gewisse Strafrechtliche Beden-*

³⁰⁹ Vgl. PIRKER, 2008, 60

³¹⁰ Heimat, fremde Heimat, 9.1.2005

³¹¹ Heimat, fremde Heimat, 9.1.2005

ken geäußert werden müssen, wenn die Situation so weiter anhält.“³¹²

Die damalige österreichische Justizministerin Maria Berger überlegte sogar die Amtsenthebung des Landeshauptmannes, um das Ortstafelproblem zu lösen, obwohl Berger von der Wahrscheinlichkeit einer solchen selbst nicht überzeugt war. Haider konterte: *„Das ist die sozialistische Auffassung von Demokratie: Man bestraft den, der auf der Seite des Volkes steht und enthebt ihn seines Amtes, weil man ihn nicht demokratisch an der Wahlurne besiegen kann.“³¹³*

Der Rechtsanwalt Rudi Vouk schloss mit fortschreitender Untätigkeit aller politischen Akteure eine Flut von Klagen nicht mehr aus: *„Es sind noch immer nur Einzelfälle. Eine Klagsflut wäre gegeben, wenn wir zum Beispiel für die Amtssprache wirklich jede einzelne Gemeinde durchkämpfen, was wir noch nicht getan haben. [...] Von einer Klagflut könnte man sprechen, wenn man für jede einzelne Ortschaft ohne zweisprachige Aufschrift eine Beschwerde einbringen, das haben wir bis jetzt nicht getan.“³¹⁴*

³¹² Heimat, fremde Heimat, 9.1.2005

³¹³ APA0700, 12.1.2007

³¹⁴ Heimat, fremde Heimat, 9.1.2005

8. Geschichten der Kriminalisierung und die Rolle der Medien

Mediale Berichte und ihre UrheberInnen sowie andere MeinungsträgerInnen, die sich kritisch, dekonstruierend mit der Situation der österreichischen Volksgruppen befassen, werden in Österreich nicht als Bereicherung der Meinungsvielfalt begriffen, sondern als Angriff auf die Mehrheitsbevölkerung und Regierenden gewertet. Meinungsträger werden, wie durch vorangehende Studien belegt wird, meist auf einer sehr persönlichen Ebene diffamiert. Diese Kriminalisierung wird initiiert von den MachthaberInnen und über die „Fähre“ der Massenmedien transportiert. Aus Opfern werden Täter gemacht, die Meinungsträger werden verleumdet und ihre Meinung wird als eine Attacke auf den herrschenden gesellschaftlichen Diskurs, der die Normalität postuliert, als unmoralisch und verwerflich dargestellt. In diesem Kapitel wird die Kriminalisierung des Slowenenfunktionärs Filip Warasch, die Stigmatisierung der Filmemacher Pluch / Lehner ob ihrer Filmtrilogie „Das Dorf an der Grenze“, die Kriminalisierung der ORF-JournalistInnen Trautl Brandstaller, Gerhard Roth und Christine Grabner beleuchtet. Ein Kapitel widmet sich dem slowenischen Journalisten Matija Grah, der wegen seiner Berichterstattung über die Kärntner SlowenenInnen von seinem Arbeitgeber der slowenischen Tageszeitung „Delo“ gekündigt wurde. Weiters bieten die Ergebnisse und das Untersuchungsinstrumentarium der Studie „Der Kampf geht weiter“ eine Ausgangsbasis für diese Untersuchung in der Arbeit.

8.1. Rechter Bombenterror in Österreich

Am 3.12.1993 explodierte in den Händen der ORF-Journalistin Silvana Meixner eine Briefbombe.³¹⁵ Die bis heute anhaltenden Folgen des Attentates haben tiefe Wunden hinterlassen. Dieser Anschlag auf die ethnische Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, für den

³¹⁵ Silvana Meixner war zu diesem Zeitpunkt Moderatorin und Redakteurin des ORF-Magazins „Heimat, fremde Heimat“ und ist nun Leiterin der dafür zuständigen Minderheitenredaktion.

stellvertretend die Moderatorin Silvana Meixner mit den Folgen der Bombe leben muss, hat sein Ziel nicht erreicht. Das interkulturelle Magazin „Heimat, fremde Heimat“ berichtet auch 16 Jahre nach dem Attentat über die kulturelle Diversität in Österreich.

8.1.1. Die kriminalisierten Roma

Am 4.2.1995 wurden die jungen Roma Erwin Horvath, Karl Horvath, Peter Sarközi und Josef Simon in Oberwart / Felsőőr / Borta / Erba ermordet. Dem schwersten politischen Verbrechen nach 1945 fielen bezeichnenderweise wieder Roma zum Opfer. Wie in Kapitel 3.2.1. erläutert, wurden im zweiten Weltkrieg 90 Prozent der burgenländischen Roma auf Grund ihrer ethnischen Herkunft in die Konzentrationslager der Nationalsozialisten deportiert und ermordet.

Der Journalist Wolfgang Purtscheller ermittelte im Zusammenhang mit dem Bombenattentat die ersten Reaktionen der lokalen Autoritäten sowie die mediale Vermittlung der Katastrophe: *„Der Skandal beginnt am Morgen nach dem vierfachen Mord in der Obewarter Roma-Siedlung. ORF-Teletext und APA melden, die Roma seien ‚beim Versuch, eine romafeindliche Tafel zu sprengen [...] tödlich verunglückt.‘ Diese ‚Erklärung‘, bei der in geradezu klassischer Weise eine Täter-Opfer-Umkehr erfolgt, beruht auf Aussagen der örtlichen zuständigen Sicherheitsdirektion für das Burgenland und der Obewarter Gendarmerie.“*³¹⁶

Bis heute sorgt bei den burgenländischen Roma die Tatsache, wie mit dem Verbrechen umgegangen wurde, für Empörung und Enttäuschung. Die 19 Wohneinheiten wurden nach dem Mord von je fünf Polizisten durchsucht, eine Hundertschaft von Polizisten umstellte die Roma-Siedlung am Stadtrand von Oberwart / Erba. Da die Ermittlungen nichts ergaben, sah sich der Polizeipräsident genötigt zu argumentieren, dass

³¹⁶ PURTSCHELLER et al., 1998, 24

diese Durchsuchung zum Schutz der Roma erfolgt sei, um schlagkräftig dem Argument entgegentreten zu können, dass es sich beim Bombenanschlag um eine „Zigeunerfehde“ gehandelt habe.³¹⁷

Die Geschichte der burgenländischen Roma muss neu erzählt werden. Die aktuelle Geschichtsschreibung ist geprägt von Kriminalisierung und Ethnisierung. Den jungen Roma wird heute nach wie vor die Teilnahme am Leben der Mehrheitsbevölkerung verwehrt. Gibt ein Roma oder eine Romni bei einem Bewerbungsgespräch als seinen oder ihren Wohnort „die Siedlung“ (am Anger) an oder er/sie tragen einen bekannten Roma-Namen, können diese Menschen trotz guter Qualifikation davon ausgehen, eine Arbeit nicht zu bekommen. Viele Roma leben bis heute im südlichen Burgenland in Siedlungen zum Teil ohne Fließwasser und Strom. Roma wurden bis zur Gründung der Roma-Vereine in Sonderschulen abgeschoben und wurden nicht einmal als HilfsarbeiterInnen angenommen. Die Nachmittagsbetreuung für SchülerInnen, organisiert von den VolksgruppenvertreterInnen sowie die Verschriftlichung des burgenländischen Roman hat viel zum Selbstvertrauen der Volksgruppe beigetragen. MaturantInnen und AbgängerInnen von Fachhochschulen werden heute in Roma-Kreisen so gefeiert, wie die Mehrheitsgesellschaft NobelpreisträgerInnen ehrt.³¹⁸

Das große journalistische Interesse, das von den Roma als mediale Hetze empfunden wurde, nach dem Attentat in und rund um die Siedlung wäre ein interessanter Stoff für eine Untersuchung. In jedem Fall resultierte das unprofessionelle Agieren vieler JournalistInnen in der Entscheidung der Roma, JournalistInnen keine Interviews mehr zu geben und jedes Kamerateam, das sich unangekündigt der Roma-Siedlung näherte, zu vertreiben.

³¹⁷ PURTSCHELLER et al., 1998, 26; vgl. Heimat, fremde Heimat, 4.2.2007

³¹⁸ Heimat, fremde Heimat, 4.2.2001

Die Schriftstellerin Elfriede Jelinek kritisierte, dass nach dem Attentat die Chance einer ehrlichen Versöhnung mit der Volksgruppe der Roma von der Politik vertan wurde: *„Das Heimische stellen sie, die sich heute die Freiheitlichen nennen, über alles andere, vor allem über das ‚Fremde‘ und indem sie das tun, verhöhnen sie endlos diejenigen, die immer wieder zurückzugehen hatten zu den Wurzeln dieser Gesellschaft, um sie, diese Wurzeln, aus dem Boden zu reißen und die endlose Lüge vom Ursprung der Zweiten Republik als einem Opferlamm der Nazis zu verbreiten (‚Das erste überfallene Land‘) und gleichzeitig die wahren Opfer zu verleugnen, aber mir scheint, dieses arme schuldlose rotweißrote Opfer ist inzwischen zu einem ganzen Opferstock geworden, in den sie ihre Schillinge hineinschmeißen, die Ehrenwerten, die Allerwertesten, ein paar Prozent werden schon an den Fingern einer Hand hängen bleiben.“*³¹⁹

8.1.2. Die kriminalisierten steirischen SlowenInnen

Die Auswahl der Opfer des Briefbombenattentäters Franz Fuchs bestätigt die Hypothese, dass Menschen mit deutschnationaler Gesinnung keinen Unterschied zwischen Volksgruppen, MigrantInnen und jenen, die sich für die Chancengleichheit dieser Gruppen einsetzen, machen. Unter den EmpfängerInnen aus den Reihen der österreichischen Volksgruppen waren: die Volksanwältin und Burgenlandkroatin Terezija Stoisits, die öffentliche zweisprachige Volksschule in Klagenfurt / Celovec und der zweisprachige burgenländische Ort Stinatz / Stinaki, Lojze Wieser mit seinem interkulturellen Verlag sowie die Burgenlandkroatin Angela Resetarits, Mutter der Künstler Lukas und Willi Resetarits und des ORF-Journalisten Peter Resetarits.

Der Journalist Wolfgang Purtscheller, der selbst ins Fadenkreuz der Briefbombenermittler geriet, kann in seinem Buch „Delikt: Antifaschismus“ durch eine akribische Dokumentation der Berichterstattung zum Briefbombenterror und den polizeilichen Ermittlungen nachweisen, dass

³¹⁹ JELINEK in PURTSCHELLER et al., 1998, 8f.

größte Anstrengungen unternommen wurden, einem alten österreichischen Muster folgend, sich mit dem augenscheinlichen nationalsozialistischen Hintergrund des Terrors nicht offen auseinandersetzen zu müssen. Ziel von Politik und Medien war es diese Variante nach Möglichkeit auszuschließen.

Der damalige SPÖ-Innenminister Franz Löschnak sprach nach dem Anschlag auf die zweisprachige Volksschule in Klagenfurt / Celovec von einer Unterweltfehde, da sich in Kärnten im Rotlichtmilieu etwas zusammenbraue.

Am 5.12.1993 konnte eine Briefbombe, gerichtet an den Universitätsprofessor und Funktionär des Vereins „Artikel-VII-Kulturverein für Steiermark / Kulturno društvo člen 7 za avstrijsko Štajersko“ Wolfgang Gombocz, entschärft werden. Gombocz kämpft seit Jahrzehnten gegen die Existenzverleugnung der slowenischen Volksgruppe im Radkersburger Eck / Radgona an und setzt sich mit Branko Lenart und Michael Petrowitsch durch die Errichtung des Pavelhauses / Pavlova hiša in Laafeld / Potrna für den Erhalt der slowenischen Sprache und Kultur ein. Gombocz hat die politischen Strukturen, die von deutschnationalem Gedankengut durchtränkt waren und teilweise bis heute sind, genau untersucht. Die zahlreichen Drohbriefe und Schmähungen jener, die sich als SlowenInnen in der Steiermark deklarierten, wurden von der Polizei, trotz konkreter Hinweise seitens des Universitätsprofessors, nicht geahndet. Bei Diskussionsveranstaltungen meinte eine Deutschnationale öffentlich sie bedaure, dass die Bombe nicht detoniert sei. Gombocz zeigte auf, dass der Briefbombentäter in einem deutschnationalen Umfeld sozialisiert wurde. Politik, Behörden und Medien gaben sich jedoch mit dem Einzeltäter Franz Fuchs vollauf zufrieden, man zeigte sich erleichtert, ihn nicht mit der deutschnationalen Tradition im Land in Beziehung setzen zu müssen. Geschmacklos und urösterreichisch wurde es, als die steirischen Slowenen kriminalisiert und zum Täter gemacht wurden.³²⁰

³²⁰ GOMBOCZ in PURTSCHELLER et al., 1998, 168ff.

„Der große einsame Eine, der exklusive Einzelgesamttäter der absolut parteilose Alleinverursacher aus völlig ‚unpolitischen‘ kranken Eigenbaumilieu, der als das psychische Wrack und als der mathematisch-musikalische Perfektionist, der er immer schon war, weder der SPÖ noch der ÖVP und schon gar nicht der FPÖ zugeordnet werden kann, hat sich in einer selbst gebauten Falle verfangen. Alle verdächtigten, überprüften, hausdurchsuchten und sonst wie von Presse, Öffentlichkeit und Polizei geschundenen evangelischen Braunen und katholischen Schwarzbraunen, Alt- wie Neonazis und insbesondere die verschont gebliebenen, weil geschützten Kriminalpolitiker oder sonst wie ‚voll rehabilitiert‘ erstrahlen in neuem, größerem Glanz. Die Leser der ‚Kleinen Zeitung‘ in Kärnten erfahren am Allerheiligenwochenende 1997 ein weiteres, in der Steiermark verschwiegenes Detail: Der irre Bombenbauer und mutmaßliche Verbrecher ist slowenischer Herkunft – also causa sui und selbst schuld!“³²¹

8.2. Der Fall Filip Warasch

In den 1970er Jahren wurde der Generalsekretär des Rates der Kärntner Slowenen, Filip Warasch, bezichtigt in einen geplanten Bombenanschlag auf das Elektrizitätswerk in Klagenfurt / Celovec involviert gewesen zu sein. Beim Prozess im Oktober 1977 wird Filip Warasch freigesprochen.³²²

Der Klagenfurter Universitätsprofessor Robert Saxer leitet seine Untersuchung „Der Fall Warasch in den Kärntner Tageszeitungen“ mit einem Zitat von Thomas Bernhard (1971) ein: *„Und was das heißt, ein Land wie das unserige mit allen Sinnen zu lieben gegen einen Staat, der alles unternimmt, um einen zu zerstören, anstatt einem zur Hilfe zu kommen, einen zu lähmen, anstatt einem zur Hilfe zu kommen, wissen wir.“*³²³

³²¹ GOMBOCZ in PURTSCHELLER et al., 1998, 173

³²² VALENTIN, 2005, 212

³²³ SAXER, 1977, 23ff

Der Slowenenfunktionär Filip Warasch wird durch eine polizeiliche Anzeige durch Gottfried Gürtler einer kriminellen Tat beschuldigt. Warasch soll dem Pensionisten Gottfried Gürtler in einer Waldlichtung einen Sprengsatz übergeben und ihn aufgefordert haben den Haupttransformator von Klagenfurt / Celovec in die Luft zu sprengen.

Aus journalistischer Sicht ist geboten, dass wenn ein Mensch einer kriminellen Tat beschuldigt wird, die Berichterstattung solange urteilsfrei und objektiv zu sein hat – es gilt die Unschuldsvermutung – bis ein Gerichtsurteil gefällt wird.

Saxer stellt einleitend klar, dass es bei der Untersuchung nicht um die Schuld oder Unschuld des Slowenenfunktionärs Filip Warasch ginge oder die Glaubwürdigkeit des ihn beschuldigenden Pensionisten Gottfried Gürtler, sondern um die Kreditibilität und Schuld oder Unschuld der in diesem medialen Diskurs beteiligten Medienleute. Saxer untersuchte die „Kleine Zeitung“, die „Volkszeitung“ und die „Kärntner Tageszeitung“.

Saxer ermittelte die unterschiedliche Ausführlichkeit in der Berichterstattung über die Kontrahenten Gürtler und Warasch. Während die Ausführungen Gürtlers wie kleine Theaterstücke mit direkter Rede inszeniert wurden und somit Realität suggerieren, blieb dem Slowenenvertreter nur die Möglichkeit, die Berichterstattung zu dementieren.³²⁴

Gürtler behauptete, dass ein roter Wagen der Marke Škoda am angeblichen Übergabeort des Sprengsatzes im Wald vorbeigefahren sei. Die „Volkszeitung“ stellte den Sachverhalt nicht in Frage, sondern startete einen Aufruf, in dem sie nach dem roten Škoda fahndete. Die „Volkszeitung“ titelte: *„Affäre Warasch. Wer fuhr am 13.11. unweit von Karnburg einen roten Skoda.“*³²⁵ Die „Volkszeitung“ ging automatisch

³²⁴ Vgl. SAXER, 1977, 26

³²⁵ Volkszeitung vom 25.1.1977 zit. in SAXER, 1977, 136-137

davon aus, dass der rote Škoda existierte und am angeblichen Tatort vorbeigefahren sei, für die „Volkszeitung“ galt es nur, dieses Auto und seinen Lenker ausfindig zu machen. Die Zeitung maß sich dabei polizeiliche Aufgaben an.³²⁶

Die Kärntner Zeitungen bewerteten die Persönlichkeiten von Gottfried Gürtler und Filip Warasch vollkommen diametral. Die Aussagen und Anzeige bei der Polizei wurden von der „Kleinen Zeitung“ nicht in Frage gestellt, sondern gestützt. Die „Kleine Zeitung“ titelte: *„Anzeiger sagt die Wahrheit.’ Die Glaubwürdigkeit des Informanten der Sicherheitsbehörden wurde von diesen gestern, auf Anfrage unseres Blattes, als bisher über alle Zweifel erhaben bezeichnet.“*³²⁷ Gürtler wurde von allen Zeitungen ein glaubwürdiges Image konstruiert. So erhob Saxer, dass Gottfried Gürtler in den Kärntner Zeitungen folgendes Profil erstellt wird: *„Gürtler ist unbescholten, gut beleumundet, anständig, er lebt in vorbildlicher Ehe, seine Frau blickt zu ihm auf, er hat Mut, Zivilcourage, neue Ideen, bescheidene, aber hübsche Wohnung; sein Pudel springt an ihm hoch; [...]“*³²⁸

Über Filip Warasch erfuhr man aus den Kärntner Zeitungen praktisch nichts. Ab einem gewissen Zeitpunkt wurde Warasch dann Opfer einer Kriminalisierungsstrategie der Medien sowie der Politik. Mit dem nicht korrekten Zitat: *„Nun, wenn wir schon einmal da sind, muss er gegenwärtig sein, dass wir uns ähnlich wie die Baader-Meinhofs benehmen.“*³²⁹ Damit begann die endgültige Stilisierung des Slowenenfunktionärs zum Terroristen. Erschienen war das Interview mit dem Redakteur Rolf Rothmayer in der „Presse“. Warasch klagte, bekam in allen Instanzen Recht und die „Presse“ wollte keine Entgegnung veröffentlichen.³³⁰

³²⁶ Vg. SAXER, 1977, 27

³²⁷ Zit. in SAXER, 1977, 33

³²⁸ SAXER, 1977, 37

³²⁹ Presse vom 3.3.1976 zit. in SAXER, 1977, 41

³³⁰ Vgl. SAXER, 1977, 41f.

Die Genesis, wie es zu dem falschen Zitat und seiner Weiterverwendung gekommen ist, gehört zu jenen politischen Ungeheuerlichkeiten im Umgang mit der slowenischen Volksgruppe in Kärnten. Landeshauptmann Leopold Wagner hatte nach gescheiterten Verhandlungen mit Vertretern der Volksgruppe in der „Kleinen Zeitung“ verlauten lassen: *„Wer sich außer die Dreiparteienregelung stellt, hat den Status einer außerparlamentarischen Opposition. Das gilt auch für den Heimatdienst.“*³³¹ In der „Arbeiterzeitung“ meinte Wagner: *„Kräfte, die nach der Einigung der Parteien weiterhin außerparlamentarische Opposition treiben wollen, müssen als extremistisch bezeichnet werden, ihre Vertreter als Leute, die nur zündeln wollen.“*³³²

Warasch antwortete bei einer Pressekonferenz: *„Genauso aber trägt der Landeshauptmann die volle moralische und politische Verantwortung, wenn die Minderheiten im Kampf um ihre nationale Existenz, als politische Extremisten abgestempelt und in die Ecke gedrängt, tatsächlich jene Mittel ergreifen sollten, die er ihr zu unterstellen versucht.“*³³³ Warasch bezieht sich in dieser Aussage auf den besprochenen „labeling approach“, der zeigt, dass durch Kriminalisierung einer Gruppe ihre Bereitschaft, sich auch mit Mitteln der Gewalt zu wehren steigt. Warasch wurde nun bei jeder Gelegenheit in Verbindung mit dem Baader-Mainhof-Zitat gebracht und so zum gewaltbereiten Terroristen abgestempelt.

Die Strategie der verbalen Stigmatisierung wurde in den Kärntner Zeitungen mit der Technik der visuellen Kriminalisierung gepaart. So titelte die „Kleinen Zeitung“: *„U-Haft für Slowenensekretär Filip Warasch. Verdacht der Attentatsanstiftung die Ursache.“* Im rechten Eck stand die Überschrift: *„Mord von Köttmannsdorf: Zweimal Lebenslänglich.“* Rechts oben setzte man die Überschrift: *„Kampf dem Krebs“.*³³⁴ Die Konnotationen, die sich aufdrängen sind klar: der in Untersuchungshaft

³³¹ Kleine Zeitung vom 28.2.1976 zit. in SAXER, 1977, 41

³³² Arbeiterzeitung vom 7.3.1976 zit. in SAXER, 1977, 41

³³³ Naš tednik, Pressedienst in deutscher Sprache vom 4.3.1976 zit. in SAXER, 1977, 42

³³⁴ Kleine Zeitung vom 22.1.1976 zit. in SAXER, 1977, 69

genommene Slowenenvertreter ist gefährlich und sollte dafür schwer bestraft werden. Diese Collage der „Kleinen Zeitung“ wurde noch getoppt von der „Kärntner Tageszeitung“, die mit *„Anklage gegen Filip Warasch“* titelte und das mit einem Foto von Warasch bebilderte, das bei jedem Kleinkind Angst und Schrecken hervorrufen muss.³³⁵ Dieses „Terroristenbild“ überspannte in gewissem Maße den Bogen und demaskierte für viele bislang unbefangene RezipientInnen die Inszenierung der Kärntner Zeitungen.

8.3. Der Fall Trautl Brandstaller

Die Fernsehdokumentation der ORF-Journalistin Trautl Brandstaller *„Fremde in der Heimat“*, ein Bericht über die Situation der Kärntner SlowenInnen, – ausgestrahlt am 18.6.1975 – provozierte die Kärntner Presse zu Aufmachern wie in der „Volkszeitung“ *„Empörungswelle über ORF Manipulation“* und *„ORF Journalisten auf Laibacher Hetzkurs“*. Die „Kärntner Tageszeitung“ titelte: *„Protestwelle gegen den TV Film“*, *„Nicht Information, sondern Manipulation“* und *„Der Schaden ist noch nicht abzusehen“*.³³⁶

Der Kärntner Dreiparteienpakt war über die Darstellung der „Deutschkärntner“ außer sich und informierte die Bundespolitik über die vermeintlichen Verfehlungen des ORF. Der Kärntner Heimatdienst startete wie immer eine Unterschriftenaktion und beschwerte sich vor der „Kommission zur Wahrung des Rundfunkgesetzes“ über die Dokumentation *„Fremde in der Heimat“*. Da die Entscheidung der Kommission den Geschmack des Kärntner Heimatdienstes nicht traf, wurde die Behörde als unobjektiv und voreingenommen beschimpft. Eine politische Strategie, der sich auch Jörg Haider im Umgang mit dem Verfassungsgerichtshofsurteil aus 2001 die zweisprachigen Ortstafeln betreffend bediente.

³³⁵ Kärntner Tageszeitung vom 4.5.1976 zit. in SAXER, 1977, 73

³³⁶ MLADJE-DOKUMENTATION, 1975, 72

Der Kärntner Heimatdienst und die Kärntner Landespolitik bedienen sich, wenn immer sich jemand gegen ihr Kärntenbild wendet, einen bestimmten Mechanismus: der öffentlichen, über die Kärntner Medien transportierten Empörung über die „Machwerke“ folgt eine Unterschriftenaktion und eine Beschwerde beim Bundeskommunikationssenat. Weiters wird vom ORF oder Bund eine Bühne in Form eines eigenen Filmes oder einer Diskussion im ORF gefordert, auf der die „echten Kärntner“ die Wahrheit wieder zurechtrücken können.

Die in der Mladje-Dokumentation gesammelten Reaktionen schockieren bis heute in ihrer ungeschminkten Aggression, Kriminalisierung, Sigmatisierung und Verleumdung durch Kärntner RezipientInnen, die in Briefen an Trautl Brandstaller und an den aus Südtirol stammenden ORF-Journalisten Claus Gatterer – der in die Produktion des Filmes allerdings nicht involviert war – sowie Leserbriefen an den Tag treten.

In einem Leserbrief der „Kleinen Zeitung“ hieß es am 25.6.1975: *„Die Gestalterin der Sendung über unser Kärnten ist eine Provokateurin. Diese emanzipierte Dame erweckt in mir den Eindruck, als wäre sie von der anderen Seite präpariert worden.“* Trautl Brandstaller wird neben der scheinbar verwerflichen Emanzipation auch Manipulation durch Jugoslawien vorgeworfen. Ins gleiche Horn stieß ein Briefschreiber: *„In welchem Hotel in Jugoslawien oder am Klopeinensee bist du gratis eingeladen worden, Du und der Zwerg Gatterer“.* Der Journalistin wird vorgeworfen aus kommunistischen Beweggründen ihre Heimat zu verraten: *„Es ist eine Schande dass man als Österreicher seine Heimat so in Misskredit bringt. Es ist eine kommunistische Art, wie Frau Dr. Brandstaller Österreich in den Schmutz zieht, sie soll in den Osten ziehen!“³³⁷*

³³⁷ MLADJE-DOKUMENTATION, 1975, 75

Der Aufruhr ging über die Landesgrenzen hinaus und so erschien im „Kurier“ der Leserbrief: *„Leider nimmt im ORF und auch in einigen Zeitungen die äußerst linke und kommunistische Propaganda überhand, und zu diesen Schweinen gehört nicht nur Trautl Brandstaller und Claus Gatterer, sondern auch Payleitner. Dieses verkommene Gesindel hat jetzt leider Oberwasser, aber sie sollen sich hüten, sie sind alle vorgemerkt.“*

Josef Feldner, der Vorsitzende des Kärntner Heimatdienstes, warf dem ORF bei einer Fahnenweihe in Wernberg bei Villach eine *„kommunistische und linksfaschistische Hetzpropaganda“* vor. Um dann zu betonen, dass sich die *„Deutschkärntner“* nicht *„umerziehen“* ließen. Die *„Volkszeitung“* vom 30.6.1975 berichtete über die Rede Feldners.

Trautl Brandstaller wurde kriminalisiert, bedroht und aufs Größte beschimpft. In einem Brief hieß es: *„Es wird gut sein, wenn diesen 2 Personen die Staatsbürgerschaft entzogen wird und sofort zum Titokommunismus überstellt werden. Herr General-Intendant, schmeißen sie dieses verlogene Pack hinaus, ohne Abfertigung, da man den Österreichischen Staat aufs schwerste denunziert hat.“*

Die wüsten Beschimpfungen mit sexueller Konnotation, durch die der Journalistin jede fachliche Kompetenz aberkannt wurde, gepaart mit antisemitischen Anspielungen, gehören zu den wohl unerhörtesten Dokumentationen des Kärntner Ungeistes: *„Diese Hure gehört heim ins Reich zu Papa Tito“, „Großstadtgsindel, Wiener halbjüdische Drecksau!, Du Akademiker-Hur mit Deinen Dreckmensch-Zotten, wie du nur aussiehst mit die langen Praterhuren-Haar und deiner gebogenen Kreisky-Nase. Du gekaufte Obergscheite. Doch der Fluch wird dich und den Gatterer treffen.“*³³⁸

³³⁸ MLADJE-DOKUMENTATION, 1975, 76ff.

Trautl Brandstaller war die erste Journalistin, die es wagte, die Kärntner Realität aus einer anderen Perspektive zu beleuchten. Das Bild, das gezeichnet wurde, brachte viele Dinge an den Tag, die man versucht hatte unter den Tisch zu kehren. Das führte zum ersten großen Aufbäumen der deutschnational Gesinnten, die sich Kärnten aufgeteilt hatten und sich von außen nicht hineinreden lassen wollten. Hubert Feichtelbauer meinte im „Kurier“ vom 21.6.1975: *„Hätte man den Film zurückhalten, den Bären schlafen lassen sollen, damit der Trugfrieden nicht gestört wird? Zum Kuckuck nein! Denn das ist ja der eigentliche Skandal: dass die Politiker, rote und schwarze, blaue und was es sonst noch an Farben in Kärnten gibt, noch immer glauben, Probleme durch Niederhalten, Vertuschen und Zudecken lösen zu können.“*³³⁹

8.4. Der Fall Thomas Pluch und Fritz Lehner

Die Autoren und Filmemacher Thomas Pluch und Fritz Lehner versuchten mit einer Spielfilmtrilogie die Geschichte Kärntens – mit Focus auf die zwei Volksgruppen im Land – nachzuzeichnen. Der Film sorgte für große Aufregung in Kärnten.³⁴⁰

In Kärnten formte sich politischer und medialer Widerstand gegen den Spielfilm „Das Dorf an der Grenze“ und seine Autoren. Die „Kleine Zeitung“ vom 4.6.1983 titelt: *„Dorf an der Grenze‘. Welle des Protestes“*. Die „Arbeiterzeitung“ vom 4. und 5.6.1983 berichtete, dass Leopold Wagner meinte, dass der Film von Leuten gemacht sei, die für Kärnten nichts Gutes wollten. In anderen Zeitungsmeldungen war Wagner der Meinung, dass der Film *„für den Kübel“* sei. Die ÖVP sah darin Geschichtsfälschung, Jörg Haider wollte Schadensersatzforderungen anmelden. Die „Kleine Zeitung“ publizierte auch die Stellungnahme des Kärntner Heimatdienstes. Borut Sommeregger, der Herausgeber der Untersuchung „Kärnten. Ein Dorf an der Grenze“ ging auf die Praxis ein,

³³⁹ MLADJE-DOKUMENTATION, 1975, 81

³⁴⁰ SOMMEREGGER, 1983, 6

dass die Stellungnahme der Slowenenorganisationen in den Kärntner Medien nicht publiziert wurde und daher in dieser Kärntner Wirklichkeit auch nicht vorkam. Die „Kleine Zeitung“ kündigte auch eine Unterschriftenaktion des Kärntner Heimatdienstes an, die gegen die Unobjektivität von „Das Dorf an der Grenze“ protestieren sollte.

Weiters wurden in der Studie die unterschiedlichen Zugänge bei der medialen Berichterstattung dokumentiert. Während die „Wiener Zeitung“ vom 1.6.1983 den Versöhnungscharakter des Filmes hervorhob, schossen sich die Kärntner Medien auf die Autoren und ihre „kärntenfeindliche Haltung“ ein.³⁴¹

Im Zuge einer Landtagsdebatte zum Film „Das Dorf an der Grenze“ verlangten die Politiker, die hinter dem Dreiparteienpakt standen, Zensurbestimmungen. Per Landtagsbeschluss wurde eine „Gegen“-Dokumentation in Auftrag gegeben, welche die Geschichte Kärntens im „richtigen“ Licht zeigen sollte. Die Strategie im Besitz der alleinigen Wahrheit zu sein und damit alles korrigieren oder auslöschen zu wollen, was sich nicht dieser Narration verpflichtet fühlt, ist ein Modell des Umganges mit Geschichte, dessen sich Jörg Haider auch immer wieder bedient hat.

Dem ORF und den Filmemachern wurden vom Land Kärnten finanzielle Unregelmäßigkeiten vorgeworfen.

Eine von einem Kärntner ÖVP-Abgeordneten eingebrachte parlamentarische Anfrage, was man gegen das falsche Bild von Kärnten zu tun gedenke, beantwortete der damalige SPÖ-Wissenschaftsminister Heinz Fischer mit dem Argument, wichtigeres zu tun zu haben. ORF-Intendant Gerd Bacher antwortete dem FPÖ-Obmann und Staatssekretär Mario Ferrari-Brunnenfeld auf einen Protestbrief: *„Das ist ja nicht so, wie wenn man über Onkel Toms Hütte oder über die Apartheid in Südafrika*

³⁴¹ SOMMEREGER, 1983, 34

*redet, sondern da redet man über Dinge im eigenen Land [...].*³⁴²

Die Unterschriftensammlung des Kärntner Heimatdienstes wurde zur politischen Manifestation. Es unterschrieben auch Menschen, die den Film nicht gesehen hatten. Typisch für Kärntner Grenzüberschreitungen des Rechts wurde die Situation als ein Schuldirektor in Zammelsberg den Kindern, die mit dem Schulstempel markierten Unterschriften mit nach Hause gab *„mit der Aufforderung, die Eltern sollten ihrer ‚Kärntnerpflicht‘ nachkommen.*“³⁴³

Das Nachrichtenmagazin „Profil“ vom 4.7.1983 sprach von Journalismus nach „Stürmermanier“ als eine Lehrerin einen Teil der Filmtrilogie in der Schule zeigte und mit den SchülerInnen danach den Film diskutierte. Die „Kärntner Tageszeitung“ startete eine Kriminalisierungskampagne gegen die Frau.³⁴⁴

Die Stellungnahmen der Kärntner slowenischen Medien, die kein Echo in den Kärntner Mehrheitsmedien fanden, zeigten sich schockiert über die Reaktionen der Kärntner Politik und Medien auf den Film „Das Dorf an der Grenze“, wobei die Kärntner SlowenInnen die Sicht der Dinge der Filmemacher über weite Strecken nicht teilten und ihre Zeichnung der Wirklichkeit nicht identifizieren konnten.³⁴⁵

Für das „Profil“ vom 20.6.1983 fährt der Journalist Robert Buchacher im Zuge der Diskussion um die Triologie nach Südkärnten und berichtet über die „Grenze im Dorf“. Buchachers Artikel ist ein Beispiel von Journalismus, dessen Intention es war, die Kärntner Situation zu dekonstruieren.

³⁴² SOMMEREGER, 1983, 47

³⁴³ SOMMEREGER, 1983, 56

³⁴⁴ SOMMEREGER, 1983, 64

³⁴⁵ SOMMEREGER, 1983, 69ff.

So erzählt er von seiner Zugfahrt: *„Der Speisewagen des Städteschnellzuges ‚Carinthia‘ wird zum Kärntner Dorfwirtshaus.“* Ein Mitreisender berichtet ihm: *„Wie i acht Jahr alt war [...] hat mi mei Mutter vom Slowenischunterricht abmelden miaßn. In der Batteriefabrik in Feistritz ham´s ihr gedroht, dass sie sie sunst entlassen wird.“* Und Buchacher erfuhr, dass das eigentliche Problem die eigenen Leute seien, die von der sozialen und kulturellen Wirklichkeit genötigt würden „Deutsche“ zu werden und dann den Spieß umdrehen würden.

Robert Buchacher schlußfolgert: *„Den Kärntner Machthabern geht es nicht um Reflektion, um Aufarbeitung, um geistige Auseinandersetzung, es geht ihnen um Machterhaltung. Und da ist jeder, der ihnen einen Spiegel vors Gesicht hält ein Geschichtsfälscher, ein verbrecherischer Störenfried. Wenn in Kärnten Frieden herrscht, dann ist es auch ein Frieden der neurotischen Verleugnung, der Quasi Zensur, der Eindämmung intellektueller und künstlerischer Freiheit, ein Frieden der Informationsunterdrückung. Stellungnahmen der Slowenen werden von den deutschsprachigen Zeitungen unterdrückt, unterdrückt wird auch Kreiskys Aussage, er habe 1972 in Kärnten ‚die größte nazistische Demonstration nach dem Krieg‘ erlebt. Es ist der Friede einer übermächtigen deutschen Mehrheit gegen einer kleinen slowenischen Minderheit.“*³⁴⁶

8.5. Der publizistische Abwehrkampf in Kärntner Zeitungen seit 1918

Die Forschergruppe der LinguistInnen Florian Menz, Johanna Lalouschek und Wolfgang U. Dressler ging bei der Studie über die Medienberichterstattung seit 1918 in Kärnten der Frage nach *„[...] inwiefern zeigen Medien Elemente nazistischen Gedankengutes in sprachlichen Strukturen und Strategien, im konkreten die Verbindung von antidemokratischen Autoritätsglauben, Rassismus und militantem Deutschnationalismus?“*³⁴⁷

³⁴⁶ SOMMEREGGER, 1983, 134f.

³⁴⁷ Vgl. MENZ/LALOUSCHEK/DRESSLER, 1989, 14

Die Studie zeigte, dass die von den Medien während des Nationalsozialismus postulierten Diskursmuster in der Kärntner Presse immer wieder aktiviert wurden. So wurde im untersuchten Textmaterial immer wieder eine *„militärische Wortwahl und Metaphorik“* verwendet: vom *„wachen Kampf, Verteidigung, Grenzbefestigung, Kapitulation, Siegen, Helden, Schulter an Schulter, Vorposten“* bis zum *„Blutopfer“*.³⁴⁸ Das Forscherteam zeigte, dass in den Kärntner Medien in diesem Zusammenhang gegen die *„slowenische Gewalt“* gekämpft wurde. Die verwendeten Begriffe geben auch Aufschluss über das Bild, welches in Kärnten als Antipode zum aufrechten Kärntner gezeichnet werden sollte: *„Diktat, Zwang, zwingen, Terror, Terroristen, Sabotage, Unrecht, Chauvinismus / Nationalismus, großslowenische Kreise, Clique, Slowenisierung, Verrat, Hass, Hetzer, Gruppenegoismus, Zurückdrehen des Rades der Zeit / Geschichte, unverschämte Forderungen.“*³⁴⁹ Die Einheit aller Kärntner – in einer *„tausendjährigen Gemeinschaft“* heraufbeschworen – wurde von den *„bösen Slowenen“* bedroht. So erhoben die Forscher, dass der Abwehrkampf gegen den SHS-Staat, der eigentlich mit der Volksabstimmung sein Ende hätte finden müssen, in den Kärntner Medien zu einem *„geistigen Abwehrkampf, einem Sprachkampf, einem Kulturkampf“* gemacht wurde mit dem Ziel alles Deutsche über das Slawische zu erheben.³⁵⁰

Aus diesen Vorerhebungen ergab sich auch das Untersuchungsinstrumentarium, das mit Strategien der Rechtfertigung, Strategien der Aufrechnung und Strategien des Zitierens arbeitet.³⁵¹

Die Studie der Forschergruppe Menz / Lalouschek / Dressler mündete im Ergebnis, dass es sich in Kärnten um eine *„geschlossene, minderheitenfeindliche Diskurswelt“* handelt, die von der untersuchten Kärntner Presse *„immer aktiviert wird, wenn von den Rechten der*

³⁴⁸ Vgl. MENZ/LALOUSCHEK/DRESSLER, 1989, 205

³⁴⁹ Vgl. MENZ/LALOUSCHEK/DRESSLER, 1989, 205

³⁵⁰ Vgl. MENZ/LALOUSCHEK/DRESSLER, 1989, 205f.

³⁵¹ Vgl. MENZ/LALOUSCHEK/DRESSLER, 1989, 117ff.

Minderheit Kärntens die Rede ist.³⁵² Es gilt zu überprüfen, ob die Conclusio der Studie von Menz / Lalouschek / Dressler mit den Untersuchungsergebnissen dieser Arbeit übereinstimmen.

8.6. Der Fall Matija Grah

Der ehemalige Österreich-Korrespondent der slowenischen Tageszeitung „Delo“, Matija Grah, wies in einem Kommentar unter dem Titel „Ist das slowenische Parlament informiert? Österreich revidiert den österreichischen Staatsvertrag“ („Ali slovenski parlament kaj ve?“) darauf hin, dass durch die Annahme einer EntschlieÙung für ein Verfassungsgesetz die zweisprachige Topographie betreffend, eingebracht von Wolfgang Schüssel und des BZÖ, sich die rechtliche Grundlage des Minderheitenschutzes für die slowenische Volksgruppe in Kärnten drastisch verschlechtern würde. Da dieses Verfassungsgesetz, wie Korinek damals in einer Pressekonferenz betonte, auch für den Verfassungsgerichtshof eine neue rechtliche Beurteilungsgrundlage darstellen würde, attestierte Grah dieser Initiative das Ziel der Aushöhlung und Revision des Artikels 7 des österreichischen Staatsvertrages. Grah meinte in seinem Zeitungskommentar: *„Jedoch eines ist gewiss, wenn das Österreichische Parlament Mitte Juli das Verfassungsgesetz über die zweisprachige Topographie annehmen wird, ist das die größte außenpolitische Niederlage Sloweniens, seit es ein selbstständiger Staat ist.“*³⁵³ Weiters lies Grah wissen, dass seiner Meinung nach ein Außenminister, dem nach dem Fiasko in der Schutzmachtfrage – angezettelt von Andreas Khol – eine solche politische Schlappe passiere, es nicht weiter verdiene Minister zu sein.

Grah meinte im ORF-Interview, dass er von Kollegen informiert wurde, dass der „ewige“ Außenminister der Republik Slowenien, Dimitrij Rupel, bei der Zeitung „Delo“ interveniert habe und seine Meinung kundtat, dass

³⁵² Vgl. MENZ/LALOUSCHEK/DRESSLER, 1989, 205

³⁵³ Delo, 28.6.2006

so ein Kommentar nie hätte erscheinen dürfen. Matija Grah wurde aus Wien abberufen und darauf hin in Ljubljana gekündigt. Die Botschaft seiner Kündigung erreichte ihn an dem Tag als ihm der slowenische Journalistenpreis für außergewöhnliche journalistische Leistungen verliehen wurde. In Ljubljana wurde der Umgang mit dem Journalisten als Angriff auf die Meinungsfreiheit im Slowenien gewertet. Auch der Herausgeber des auflagenstärksten politischen Magazins Sloweniens „Mladina“, Grega Repovž, meinte in einem Interview mit dem ORF: *„Grah hat sich staatstragend verhalten, denn er hat auf ein Problem hingewiesen, dass die Minderheit langfristig in eine andere Position gebracht hätte. Weil er dabei auch die slowenische Regierung entlarvt hat, verleiht man ihm keinen Orden, sondern er wird verfolgt.“*³⁵⁴

Der Medienforscher Vlado Miheljak von der Universität in Ljubljana analysierte in einem ORF-Interview: *„Matija Grah kommt aus der journalistischen Kaderschmiede, der ‚Mladina-Schule‘. Fast alles was Slowenien an Qualitätsjournalismus produzierte, kommt von dort. Diese Journalisten haben sich in den 80ern die Medienfreiheit erkämpft. Das sind Menschen die alles überprüfen, die genau sind, keine Fehler machen, aber sie vertreten eine Meinung. Dafür musste Grah büßen.“*³⁵⁵ Der europäische, österreichische, slowenische und kroatische Journalistenverband protestierte gegen die Kündigung Grahs.

8.7. Der Fall Gerhard Roth

Als der ORF-Journalist Gerhard A. Roth sich entschloss die Dokumentation „Die Kärntner Partisanen“ zu machen, hätte er davon ausgehen können, dass im neuen Jahrtausend die Möglichkeit bestünde, in einem Film jene zu Wort kommen zu lassen, die als SlowenInnen gegen die Nationalsozialisten gekämpft hatten, ohne von den Kärntner Autoritäten kriminalisiert und sanktioniert zu werden. Es kam jedoch anders.

³⁵⁴ Heimat, fremde Heimat, 27.5.2007

³⁵⁵ Heimat, fremde Heimat, 27.5.2007

Roth zeichnete in seiner Dokumentation aus 2002 nach, wie die Kärntner SlowenInnen von ihren Höfen nach Deutschland deportiert wurden und was diese Menschen bewogen hatte, sich dem bewaffneten Widerstand zu verschreiben. Viele hatten nach dem Krieg Schwierigkeiten ins normale Leben zurückzufinden. Roth zeichnete auch das Leben jener PartisanInnen, die nach dem Krieg nach Jugoslawien flüchteten und während der antistalinistischen Kampagne von Tito wieder verfolgt wurden.³⁵⁶

Der Kärntner Heimatdienst, der Abwehrkämpferbund und die Kärntner Landesregierung waren nach der Ausstrahlung außer sich und starteten eine Kampagne nach alt bekanntem Muster. Einem medialen Aufschrei in den Kärntner Zeitungen folgten Aussendungen an jeden Kärntner Haushalt und die Beschwerde beim Bundeskommunikationssenat, angestrengt von Landeshauptmann Jörg Haider. Der Bundeskommunikationssenat war der Meinung, dass der Titel des Filmes Erwartungen wecke, die durch den Film nicht gedeckt werden. Der Inhalt des Films wurde als journalistisch korrekt bewertet.³⁵⁷

Das Land Kärnten beschloss daraufhin wieder einmal die „ganze Wirklichkeit“ in einem eigenen Film darzustellen.

Gerhard Roth, früher tätig im Landesstudio Kärnten, arbeitet heute als Journalist in Wien. Ihm wurde 2004 der Claus Gatterer Preis für sozial engagierten Journalismus verliehen.³⁵⁸

³⁵⁶ Vgl. Peršmanhof, <http://www.persman.at/default2.asp?content=PartisanFilm&tm=4&sm=3>, 15.4.2009

³⁵⁷ Bundeskommunikationssenat, <http://www.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=3782>, 15.4.2009

³⁵⁸ Claus Gatterer Preis 2004, <http://www.oejc.or.at/preise/gatterer/2004.htm>, 15.4.2009

8.8. Der Fall Christine Grabner

Die ersten Reaktionen auf die Dokumentation „Nur für Deutsche“ des ORF-Magazins „Am Schauplatz“ vom 07.11.2006 ähnelt der Reaktion auf den ORF-Film von Trautl Brandstaller „Fremde in der Heimat“ aufs Haar: *„Diesen Mist seh ich mir erst gar nicht bis zum Ende an. Ich kenne solch einseitiges Zeug als Machwerke des linken und dummbürgerlichen Schweinejournalismus zur Genüge. Da wird mal wieder am slowenischen Opfermythos gebastelt. Alle Jugo-Ortstafeln gehören abgerissen solange die deutschen Altösterreicher in Slowenien nicht einmal der Volksgruppenstatus zuerkannt wird. Und deutsche Ortstafeln dort stehen wo früher vor Flucht und Vertreibung deutsche Bevölkerungsmehrheiten bestanden. Aber hier wollen die Slowenen, die sich als ‚gute Österreicher‘ verstehen auf administrativen Weg die Slowenisierung halb Kärntens durchziehen.“*³⁵⁹

Die ORF-Journalistin Christine Grabner bearbeitete in der Dokumentation die Aussiedlung und Entrechtung der slowenischen Volksgruppe während der nationalsozialistischen Herrschaft und ging der Frage nach, ob und wie sich die Situation in Kärnten geändert habe. Ein Teil der Reaktionen auf die Dokumentation gab darüber Aufschluss, dass in Kärnten alles beim Alten ist. Und wenn eine Journalistin es wagt die Volksgruppe unzensiert zu Wort kommen zu lassen, wird sie mit einer alt bewährten Vorgangsweise mundtot gemacht.

Wieder erfuhr jeder Kärntner Haushalt durch eine Aussendung des Kärntner Heimatdienstes, dass die „Heimat“ verunglimpft wurde und das von Wien aus. Die Dokumentation wurde dann in Folge vom Land Kärnten beim Bundeskommunikationssenat angezeigt. Dieser konnte jedoch nichts Beanstandungswürdiges ausmachen.³⁶⁰

³⁵⁹ tv.ORF.at, <http://tv.orf.at/groups/doku/pool/deutsche1/story>, 15.4.2009

³⁶⁰ Bundeskommunikationssenat, <http://www.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=23695>, 15.4.2009

9. Die Untersuchungsmethode

Im Bestreben die anliegenden Forschungsfragen zu beantworten, hat sich durch die Antwortfindung der Fragenkatalog geteilt.

Die Fragen, welche die Beziehung der Mehrheit zur Minderheit in Kärnten, die dabei greifenden politischen Strategien sowie die Mechanismen von Gewaltausübung und dadurch provozierten Widerstand betreffen, werden im theoretischen Teil der Arbeit durch die Dekonstruktion der Kärntner Verhältnisse, die Narration der Widerstandsgeschichte der Volksgruppe, ihre Beziehung zum Mutterland Slowenien sowie die Entwicklung der Ortstafelfrage nach dem 13.12.2001 beantwortet. Auf die Fragen, welche Rolle die Medien im Vermittlungsprozess von diesen politischen Inhalten einnehmen, wird vorerst in einer Dokumentation von vorhergehenden Studien zu diesem Thema eingegangen. Durch eine Analyse von Medientexten soll nun die Frage beantwortet werden, wie im Speziellen der Slowenenfunktionär Rudi Vouk medial inszeniert wird. Es wird weiters der Frage nachgegangen, ob die Medienprodukte in diesem Zusammenhang den journalistischen Qualitätskriterien entsprechen.

Um diese Fragen so umfassend wie möglich beantworten zu können, werden unterschiedlichste wissenschaftliche Perspektiven herangezogen, die im Zusammenspiel eine wirksame Untersuchungsmethode ergeben sollen.

9.1. Ermittlung des institutionellen Rahmens

Die vier zu untersuchenden Zeitungen werden – per Eigendefinition – im politischen und medialen Spektrum eingeordnet.

Die Textoberfläche und Aufbereitung der Texte kann, obwohl beides ein sehr aufschlussreicher Indikator für die Wirkung des Textes ist, im Rahmen dieser Untersuchung nicht berücksichtigt werden.

9.2. Close reading – das intensive Lesen des Textes nach Jacques Derrida³⁶¹

Ziel dieser Methode ist es, durch intensive Betrachtung des Textes aus verschiedenen Perspektiven den Subtext (Gegentext) auszumachen. Bei diesem Vorgang wird nichts als essentiell angenommen, sondern die sich präsentierende Wirklichkeit wird in Frage gestellt. Mögliche Lesarten des Textes werden in Beziehung mit den herrschenden gesellschaftlichen Diskursen gesetzt. Etablierte Normativitäten müssen hinterfragt werden, um so den inneren Sinn des Textes freizulegen. Der Forscher oder die Forscherin muss eine skeptische Haltung gegenüber jedem zu analysierenden Text behalten.

9.3. Überprüfung der Rolle der Journalistin und des Journalisten

Die JournalistInnen werden als AutorInnen der Artikel in der Analyse als die SchöpferInnen der medialen Wirklichkeit miteinbezogen. Die JournalistInnen codieren im Kommunikationsprozess die medialen Inhalte. Es gilt mit in Betracht zu ziehen, dass diese JournalistInnen nicht nur durch ihre handwerkliche Qualifikation und die Ergebnisse ihrer Recherchen wirken, sondern, dass sie vielen anderen, sie lenkenden Faktoren ausgesetzt sind. Nicht nur die ChefredakteurInnen, sondern auch die Marketingabteilungen der Medienunternehmen üben auf die MedienarbeiterInnen Druck aus. Der Quotendruck bzw. die erwünschte LeserInnenzahl bis hin zu genügend Werbeeinschaltungen werden für die Medienunternehmen zu immer wichtigeren Faktoren. Die JournalistInnen sollen mit ihren Produkten der Marketingabteilung zuträglich sein, zumindest ihr aber nicht schaden. Neben diesen wirtschaftlichen Zwängen ist der politische Druck auf die MedienmacherInnen nicht zu unterschätzen.³⁶²

³⁶¹ Vgl. Kapitel 2.2.4.

³⁶² Vgl. SOS-ORF.at; <http://www.sos-orf.at/>, 20.5.2009; vgl. WEBER, 2000

In dieser Analyse soll nun untersucht werden, ob politische Ideen und Aussagen von den JournalistInnen übernommen oder kritisch bearbeitet werden. Generell ist zu beobachten, dass auch die JournalistInnen den Mechanismen der Foucault'schen Gouvernementalität unterliegen. Aus Angst vor redaktionsinternen Konflikten und der Konsequenz von den KollegInnen als nicht „normal“ betrachtet zu werden, bewegen sich viele JournalistInnen in vollkommenem Einklang mit den Ideen der Herausgeber, der Marketingabteilung und in letzter Konsequenz der Macht im Land. Das tun sie, ohne dass sie dazu explizit gezwungen werden. Der bereits verstorbene Journalist und Querdenker Günther Nennung hat die Autorin dieser Arbeit am Rande eines Interviews einmal wissen lassen: „Wenn der Journalist kein Ärgernis ist, dann ist er für nix.“ Daraus ergibt sich die für diese Arbeit relevante Frage: Agiert der Autor oder die Autorin des Textes in kritischer Distanz zu Machthabern und agieren sie als Korrektiv?

9.4. Untersuchung der politischen Strategien und sprachlicher Besonderheiten des Textes³⁶³

Die Forschergruppe Menz / Lalouschek / Dressler hat die Berichterstattung der Kärntner Medien von 1918 bis in die 1980er Jahre in Bezug auf die slowenische Volksgruppe in Kärnten untersucht und dafür Untersuchungskategorien geschaffen, die es ermöglichen neben den sprachlichen Besonderheiten, vor allem die politischen Strategien, welche den Texten zugrunde liegen, zu ermitteln.³⁶⁴

9.5. Ermittlung von Besonderheiten in der Sprachstruktur

Bei der Untersuchung der sprachlichen Ebene des Textes wurden von der Forschergruppe die Gliederungsstrukturen, der Stil und der Satzbau im Text näher beleuchtet. Besondere Rückschlüsse auf die Geisteshaltung

³⁶³ Vgl. Kapitel 2.1.2.

³⁶⁴ Vgl. WODAK/DE CILLIA in MENZ et al., 1989, 36ff.

der AutorInnen der Texte ließen die verwendeten Sprachbilder, Metaphern, Parolen und Symbole zu.

Für diese Untersuchung stellen sich vor allem die Fragen:

- Welche Bedeutungen werden durch den Gebrauch von bestimmten Sprachformen, Metaphern und Symbolen in den Medien aktiviert?
- Kommt es durch den Gebrauch von Sprache zu interkulturellen Missverständnissen?

9.6. Analyse von politischen Strategien

Weiters eruierte die Forschergruppe auch bestimmte Argumentations- und Vorurteilsstrategien, die immer wieder in den Texten eingesetzt wurden, die durch bestimmte Fragen an den Text ermittelt werden können.

- Beruft sich der Autor / die Autorin auf die „Wir Gruppe“ und signalisiert damit, dass „wir“ gegen den Feind sind (Schwarz-Weiß-Strategie)?
- Werden die Opfer im Text zu Tätern oder die Täter zu Opfern gemacht (Opfer-Täter-Umkehr)?
- Werden im Text die Fragen der Kärntner SlowenInnen verharmlost, relativiert, aufgerechnet? Wird die Verantwortung für diesen Themenkomplex abgeschoben?
- Wird Minderheitenfeindlichkeit oder Rassismus offen geäußert?
- Werden Vorurteile gegen die Kärntner SlowenInnen oder gegen die Mehrheit in Erzählungen verpackt?
- Wie werden Zitate eingesetzt? Wer wird in welchem Umfeld zitiert? Übernimmt der Autor / Autorin die Position des Zitierten indem er / sie bei der Wiedergabe von Inhalten auf den Konjunktiv verzichtet?
- Werden Erzählungen eingesetzt, um Vorurteile zu äußern?³⁶⁵

³⁶⁵ MENZ et al., 1989, 39ff.

9.7. Journalistische Qualitätsermittlung nach Ulrich Sarcinelli und Rudi Renger³⁶⁶

Aus den von Ulrich Sarcinelli postulierten Kriterien, die für die mediale Politikvermittlung in einer Demokratie notwendig sind, ergeben sich folgende Fragen an den Text.

- Ist der Text, als mediale Politikvermittlung, von vielen Quellen gespeist?
- Ist der Text inhaltlich von unterschiedlichen politischen Richtungstendenzen gespeist?
- Ist der Text verständlich? Wer wird durch Komplexität vom Verständnis ausgeschlossen?
- Hat der Bürger die Möglichkeit im Text seine Interessen an die Politiker zu formulieren?³⁶⁷
- Übernimmt der Journalist oder die Journalistin, die politische Meinung schon vermittelt und vorinterpretiert, vom Politiker? Wird das Medium nur mehr Durchlaufstation?³⁶⁸
- Wie und warum werden die Nachrichten ausgesucht? Aktualität, Relevanz, nachvollziehbare Recherche?³⁶⁹
- Strahlen Texte und ihre Verfasser Autonomie gegenüber den Mächtigen, Politikern und der Wirtschaft aus? Sind sie Korrektiv?³⁷⁰

9.8. Hinterfragen der medial konstruierten Wirklichkeit und Narration³⁷¹

- Wird im Text davon ausgegangen, dass Wirklichkeit geschaffen oder die geschaffene Kärntner Wirklichkeit hinterfragt wird?
- Kann der Text durch den mitgelieferten Interpretationsrahmen (preferred meaning) als ein Zugeständnis an die Politik gelesen

³⁶⁶ Vgl. Kapitel 2.1.1.

³⁶⁷ SARCINELLI, 1987, 23

³⁶⁸ SARCINELLI, 1987, 25f.

³⁶⁹ FABRIS in RENGER/SIEGERT, 1997, 81

³⁷⁰ FABRIS in RENGER/SIEGERT, 1997, 81

³⁷¹ Vgl. Kapitel 2.2.1.3.

werden?

- Will der Text den in der Gesellschaft vorherrschenden Diskurs in Bezug auf den Slowenenvertreter Rudi Vouk und die Ortstafelfrage stützen oder hinterfragen?
- Werden Nachrichten im Text mit ideologischen Überlegungen oder diskursiv klar besetzten Begriffen in Verbindung gebracht?
- Welcher narrativen Strategie bedient sich der Text?

9.9. Ermittlung von Kriminalisierungs- und Ethnisierungsstrategien³⁷²

- Werden in den Texten Menschen, die mit der Frage der zweisprachigen Ortstafeln in Verbindung gebracht werden, ethnisiert, stigmatisiert oder kriminalisiert?
- Werden Menschen, die eine kritische Haltung zur slowenischen Volksgruppe in Kärnten und der Aufstellung von zusätzlichen zweisprachigen Ortstafeln einnehmen, mit positiv besetzten Begriffen in Verbindung gebracht?
- Werden in den Texten Menschen, die mit der Frage der zweisprachigen Ortstafeln in Verbindung gebracht werden, mit positiv besetzten Begriffen in Verbindung gebracht?
- Werden Menschen, die eine kritische Haltung zur slowenischen Volksgruppe in Kärnten und der Aufstellung von zusätzlichen zweisprachigen Ortstafeln einnehmen, stigmatisiert oder kriminalisiert?
- Werden Menschen, die mit der Frage der zweisprachigen Ortstafeln in Verbindung gebracht werden oder die slowenische Volksgruppe per se als „nationalistische, terroristische, kommunistische, verräterische, unersättliche Gefahr“ für Kärnten dargestellt?

³⁷² Vgl. 2.2.2.

10. Die Untersuchung

10.1. Die Suche nach Antworten

Diese Untersuchung mit konkreter Analyse ausgewählter medialer Produkte soll helfen den zweiten Teil der Forschungsfragen, die im theoretischen Teil dieser Arbeit noch nicht behandelt wurden, zu beantworten.

Mit dem im vorausgegangenen Kapitel 9 erläuterten Instrumentarium wird versucht auf die Fragen, wie die Person Rudi Vouk in Zusammenhang mit der Volksgruppenthematik medial transportiert wird, zu antworten. Weiters wird der Frage nachgegangen, ob dabei von Kommunikations-theoretikerInnen aufgestellte journalistische Kriterien angewandt werden. Schlussendlich soll ermittelt werden, ob die Person Rudi Vouk als Akteur in der Ortstafelfrage ethnisiert, stigmatisiert und/oder kriminalisiert wird. Es gilt auszuwerten, ob die politische Strategie „Kärnten gegen Wien“ durch drei in Kärnten erscheinende Kleinformatzeitungen und eine Wiener Qualitätszeitung aufrecht erhalten wird. Schlussendlich bleibt die Frage zu beantworten, ob die mediale Berichterstattung zur Beruhigung des Konfliktes beiträgt oder ihn anheizt.

Die Untersuchung widmet sich allerdings nicht der Gestaltung und Oberflächenstruktur der Texte und geht auch nicht auf die RezipientInnenforschung ein.

10.2. Das Mediensample

Aufbauend auf vorhergehende Untersuchungen (vgl. Kapitel 8) wurde der Entschluss gefasst, die drei Kärntner Tageszeitungen, „Kleine Zeitung“, „Neue Kronen Zeitung“, „Neue Kärntner Tageszeitung“ zu untersuchen. Um eventuelle Unterschiede in der Berichterstattung zwischen der oft angestregten politischen Strategie „Kärnten gegen Wien“ zu erfassen

wurde auch „Der Standard“ in das Sample aufgenommen.

Zur Ermittlung des Mediensamples standen der Autorin zwei Möglichkeiten zur Verfügung. Das Wissenschaftsinstitut in Klagenfurt / Slovenski znanstveni inštitut v Celovcu publiziert wöchentlich einen Pressespiegel, in dem alle Artikel die Kärntner SlowenInnen betreffend in gesammelter Form erscheinen. Aus journalistischer Erfahrung war der Autorin auch bewusst, dass über die Austria Presseagentur (APA) alle Zeitungsartikel in einheitlich digitalisierter Form in der hauseigenen Suchmaschine abrufbar sind.³⁷³ Trotz eines augenscheinlichen Nachteiles hat sich die Autorin aus zwei Gründen für die zweite Variante – die Suche nach Zeitungsartikeln in der APA - entschieden. Durch die einheitlich digitalisierte Form des Artikels ist zwar eine Analyse der Gestaltung und Platzierung der Oberfläche nicht möglich, jedoch ist die Ermittlung des Sampels durch die einfache Eingabe des Zeitraumes und des Suchbegriffes „Rudi Vouk“ erstens gut nachvollziehbar und zweitens durch die digitale Form auch die Untersuchung einer größeren Anzahl von Artikeln zu bewältigen.

10.2.1. Die „Kleine Zeitung“

Die „Kleine Zeitung“ hatte laut Media-Analyse im vergangenen Jahr 2008 bundesweit eine Reichweite von 11,8 Prozent. In Kärnten hat die „Kleine Zeitung“ die meisten LeserInnen und damit eine Reichweite von 55,7 Prozent.³⁷⁴

Als Blattlinie betont die „Kleine Zeitung“ ihre Parteiunabhängigkeit und bekennt sich in Eigendefinition zur christlichen Weltanschauung. Des Weiteren sei sie für eine *„plurale, demokratische Gesellschaftsordnung, die Eigenständigkeit der Bundesländer, die Unabhängigkeit der Republik*

³⁷³ Der Zugang zum APA-System, dem AOM – dem APA-OnlineManager – wurde der Autorin freundlicherweise von dem Betreuer dieser Arbeit zur Verfügung gestellt.

³⁷⁴ Vgl. Media-Analyse, <http://www.media-analyse.at>, 1.6.2009

Österreich und ein geeintes Europa“.³⁷⁵

Die „Kleine Zeitung“ hat mit Rozina Katz-Logar und Zdravko Haderlap zwei MitarbeiterInnen gewonnen, die in der slowenischen Volksgruppe als kulturelle Aushängeschilder gelten und in der Gruppe große Akzeptanz genießen. Die andere Perspektive, aus der diese „ethnischen“ JournalistInnen ihre Texte verfassen, werden zwar vor allem in den Regionalteilen der „Kleinen Zeitung“ publiziert, haben aber mit Sicherheit das Profil der „Kleinen Zeitung“ verändert.

Dass die „Kleine Zeitung“ ganz offensichtlich noch immer von einer deutschsprachigen Kärntner Realität ausgeht, zeigt schon vor der Untersuchung, dass, wenn immer Texte mit Ortstafelgrafiken illustriert werden, auch jene Ortschaften mit gegenwärtig zweisprachigen Schildern nur mit der deutschen Aufschrift gedruckt werden.³⁷⁶

10.2.2. Die „Neue Kärntner Tageszeitung“

Die „Neue Kärntner Tageszeitung“ hat in Kärnten eine Reichweite von 10,3 Prozent. Auf bundesweiter Ebene nimmt die Zeitung eine marginale Rolle (0,8%) ein.³⁷⁷

Auch die „Neue Kärntner Tageszeitung“ bekennt sich in ihrer Blattlinie zur demokratischen Grundordnung sowie zur Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs. Deziert wird hervorgehoben, dass sich die Zeitung „*gegen totalitäre Bestrebungen, Rassismus und Chauvinismus jeder Art*“ wendet. Letztlich sind auch die Anliegen der Kärntner Bevölkerung der Zeitung ein Anliegen, die „*nach außen und innen*“ vertreten werden sollen.³⁷⁸

³⁷⁵ Kleine Zeitung, <http://www.kleinezeitung.at/allgemein/ueberuns/1041/index.do>, 1.6.2009

³⁷⁶ Vgl. Kleine Zeitung, 16.3.2009

³⁷⁷ Vgl. Media-Analyse, <http://www.media-analyse.at>, 1.6.2009

³⁷⁸ Neue Kärntner Tageszeitung, <http://www.ktz.at/impressum.php>, 1.6.2009

10.2.3. Die „Neue Kronen Zeitung“

Im Jahr 2008 hatte die „Neue Kronen Zeitung“ bundesweit eine Reichweite von 41,9 Prozent und damit die meisten LeserInnen in Österreich. Auch in ihrer regionalen Kärntner Variante zählt die Zeitung zu den beliebtesten Printmedien und hat 46,7 Prozent Reichweite und liegt damit hinter der „Kleinen Zeitung“.³⁷⁹

Hans Dichand meinte in einem Interview mit Clemens Hüffel 2004: *„Wer uns einen Leserbrief schreibt, erreicht an Sonntagen sogar mehr als drei Millionen Leser! Ein Abgeordneter erreicht längst nicht den Einfluss eines Lesers.“*³⁸⁰

10.2.4. „Der Standard“

Die Tageszeitung „Der Standard“ hatte im Jahr 2008 bundesweit eine Reichweite von 5,5 Prozent und liegt damit an fünfter Stelle der meist gelesenen Zeitungen in Österreich. In Kärnten spielt „Der Standard“ mit 3,3 Prozent eine absolut marginale Rolle, da sich den Zeitungsmarkt im Großen und Ganzen die „Kleine Zeitung“, die „Neue Kronen Zeitung“ und die „Kärntner Tageszeitung“ teilen.³⁸¹

In seiner Ausrichtung verpflichtet sich „Der Standard“ dem Ehrenkodex der österreichischen Presse und versteht sich als liberales und unabhängiges Medium. Detailliert bekennt sich das Medium zur Wahrung und Förderung der Demokratie, zur Ablehnung von Extremismus und Totalitarismus, zu den Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft und zur Gleichberechtigung aller StaatsbürgerInnen. Deziert nennt die Zeitung auch ihr Eintreten für *„Toleranz gegenüber allen ethnischen und religiösen Gemeinschaften“*.³⁸²

³⁷⁹ Vgl. Media-Analyse, <http://www.media-analyse.at>, 1.6.2009

³⁸⁰ Vgl. HÜFFEL/REITERER, 2004, 67

³⁸¹ Vgl. Media-Analyse, <http://www.media-analyse.at>, 1.6.2009

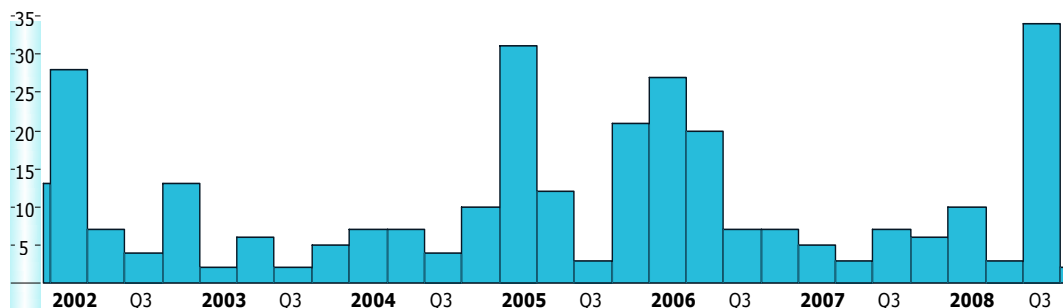
³⁸² derstandard.at, <http://derstandard.at/fs/Impressumonline>, 1.6.2009

10.3. Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 13.12.2001, dem Tag, an dem der Verfassungsgerichtshof über die zweisprachige Topographie entschieden hat, bis zum 14.10.2008, dem Tag, an dem der designierte Landeshauptmann Gerhard Dörfler nach dem Unfalltod von Jörg Haider sein erstes Interview zur Ortstafelfrage und insbesondere zu seinem Verhältnis zu Rudi Vouk gab. Ansonsten befinden sich keine ORF-Beiträge im Sample. Das Ö1-Interview von Dörfler markiert lediglich den Schlusspunkt der Untersuchung.

10.4. Statistik³⁸³

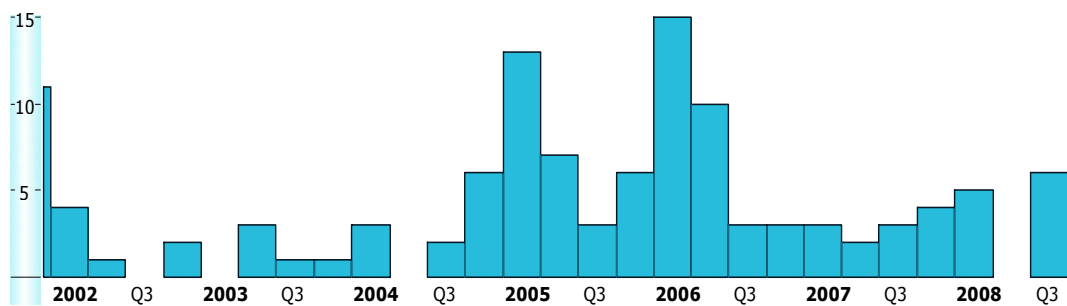
„Kleine Zeitung“:



In der „Kleine Zeitung“ kommt vom 4. Quartal 2001 bis zum 4. Quartal 2008 in insgesamt 306 Meldungen der Name „Rudi Vouk“ vor. In all diesen Artikeln wurde über die Frage der zweisprachigen Ortstafeln berichtet.

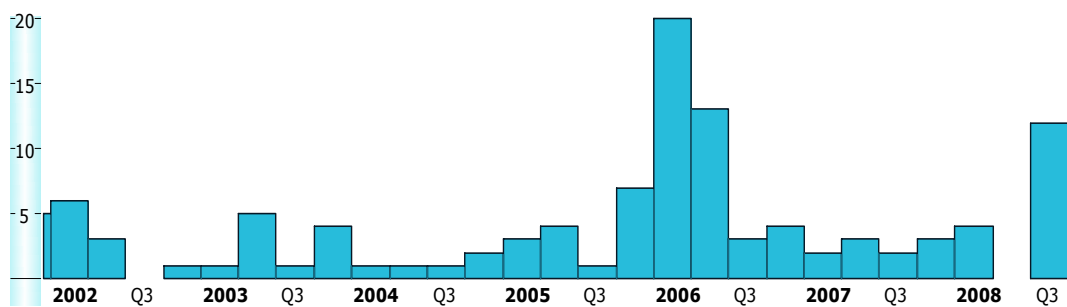
³⁸³ Zu beachten sind bei den Grafiken die unterschiedlichen Maßstäbe, die auf der y-Linie jeweils angesetzt wurden.

„Neue Kärntner Tageszeitung“:



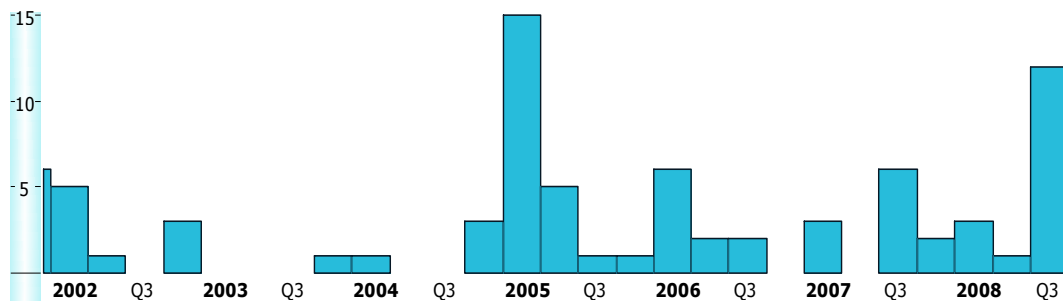
117 Mal kam der Name „Rudi Vouk“ vom 4. Quartal 2001 bis zum 4. Quartal 2008 in der „Neuen Kärntner Tageszeitung“ vor. Das ist fast um zwei Drittel weniger als in der „Kleinen Zeitung“.

„Der Standard“:



Fast gleich oft, nämlich 112 Mal hat vom 4. Quartal 2001 bis zum 4. Quartal 2008 „Der Standard“ über Rudi Vouk und die Ortstafelfrage berichtet.

„Neue Kronen Zeitung“:



Am seltensten, 89 Mal, kam „Rudi Vouk“ und die Ortstafelfrage vom 4. Quartal 2001 bis zum 4. Quartal 2008 in der „Neuen Kronen Zeitung“ vor.

10.4. Kriterien für die Auswahl der Feinanalyse und der Überblicksanalyse

Die Untersuchung wurde aufgrund der Vielzahl der gewählten Perspektiven und der großen Anzahl an Artikeln von der Autorin modifiziert. Um die Forschungsfragen beantworten zu können, wurde je ein für die Berichterstattung typisch erscheinender Artikel aus dem ausgewählten Mediensampel einer so genannten Feinanalyse unterzogen. Bei dieser Analyse wurde der Versuch unternommen, sämtliche erarbeiteten Untersuchungskriterien anhand des jeweiligen Artikels zu überprüfen. Da dies jedoch noch keinen Aufschluss über die längerfristige politische Strategie im medialen Umgang mit Rudi Vouk und der slowenischen Volksgruppe in der Ortstafelfrage gab, war es notwendig das gesamte Sample auf Auffälligkeiten mittels der Methode des „close readings“ zu ermitteln, um diese dann je nach Bedarf mit den erarbeiteten Untersuchungsinstrumentarien zu analysieren.

11. Die Analyse

Der Untersuchungsschwerpunkt dieser Arbeit liegt in der Dokumentation des medialen Umganges mit dem Slowenenfunktionär Rudi Vouk. Da eine umfassende Untersuchung aller Zeitungsartikel und OTS-Aussendungen im Zeitraum vom 13.12.2001 (Verfassungsgerichtshofsurteil die zweisprachige Topographie betreffend) bis zum 14.10.2008 (Dörfler-Interview auf Ö1 nach dem Tod Jörg Haiders) den Rahmen sprengen würden, wird in diesem Kapitel ein Großteil jener Zeitungsartikel besprochen, die im Zusammenhang mit der Person Rudi Vouk erschienen sind. Es gilt zu überprüfen, ob sich der politische und mediale Umgang mit Personen, die sich der Kärntner Wirklichkeit aus einer anderen Perspektive nähern, im Laufe der Zeit verändert hat. Für die Betrachtung wurden Artikel der Zeitungen „Kleine Zeitung“, „Neue Kronen Zeitung“, „Neue Kärntner Tageszeitung“, „Der Standard“ und OTS-Aussendungen (Originaltextservice) – ermittelt über die Suchmaschine der Austria Presseagentur, dem AOM, APA-Onlinemanager – mittels Eingabe des Suchbegriffs „Rudi Vouk“ herangezogen. Die Texte wurden in chronologischer Folge bearbeitet, da sie auf diese Weise noch einmal die Dynamik des Diskurses um die zweisprachigen Ortstafeln vor Augen führen. Durch die chronologische Bearbeitung wird auch sichtbar, wie und ob politische Aussendungen von den zu untersuchenden Medien aufgegriffen wurden.

In einem zweiten Schritt wird je ein für die jeweilige Zeitung charakteristischer Artikel einer Feinanalyse dem für die Untersuchung erarbeiteten Analyseinstrumentarium unterzogen.

11.1. Die Überblicksanalyse

11.1.1. Analyseschritte

Die Methode des „close reading“ aller durch den AOM bei Eingabe des Suchwortes „Rudi Vouk“³⁸⁴ ermittelten Artikel – siehe CD-Rom im Anhang – hat die Auswahl jenes Materials ergeben, dass zur Beantwortung der Forschungsfragen nötig ist. Die im Sinne des erarbeiteten Untersuchungsinstrumentariums auffälligen Passagen in den Texten wurden dann nach Bedarf analysiert. Die Ergebnisse dieser Analyse lassen schließlich im Zusammenspiel Rückschlüsse auf die durch die Medien verfolgten politischen Strategien im Umgang der zu untersuchenden Thematik zu.

11.1.2. Die Anwendung der Analyse

In der ersten Reaktion vom 15.12.2001 auf das Verfassungsgerichtshofsurteil wird der Rechtsanwalt Rudi Vouk zwar erwähnt, aber noch nicht besprochen. Die Journalistin Andrea Bergmann von der „Kleinen Zeitung“ bietet dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider viel Raum in direkter Rede seinem Entsetzen über den Spruch Ausdruck zu verleihen: *„[...] für den ‚der Rubikon überschritten wurde‘, wiederholte Freitag in einer eigens einberufenen Pressekonferenz seine Kritik an ‚diesem unsinnigen Erkenntnis‘ mit dem ‚Unfrieden erzeugt werden will‘. Er deponierte erneut, ‚dass es keine Mehraufstellung von Ortstafeln gibt, solange ich Landeshauptmann bin‘.“* Haider beginnt seine Schlacht gegen den Verfassungsgerichtshof und dessen Präsidenten Adamovich, dem er vorwirft sich mit dem slowenischen Präsidenten Kučan abgesprochen zu haben. Dahinter steht die Strategie, den Spruch des Verfassungsgerichtshofes als eine gesamtslowenische Verschwörung darzustellen. Weiters schreibt Bergmann im Text: *„Der Landeshauptmann sieht im*

³⁸⁴ Die Eingabe des Suchbegriffes „Rudolf Vouk“ wurde auch überprüft und hat keine für die Untersuchung relevanten Artikel ergeben.

Erkenntnis des Höchstgerichtes einen ‚Bärendienst an der Volksgruppe‘, weil es für die Volksgruppe ‚nichts Positives bewirkt. Wir werden der Bevölkerung jetzt sagen, dass wir uns sklawisch an Artikel 7 des Staatsvertrages halten und alle Fördermaßen außerhalb von Artikel 7 zur Diskussion stellen‘, stellte Haider die Rute ins Fenster.“ Bergmann transportiert die Drohung Haiders, politisch Vergeltung an der Volksgruppe zu üben, indem er über die mediale Versorgung für die Volksgruppe im ORF, Kindergärten und Förderung nicht mehr bereit sei zu reden. Der *divida et impera*-Strategie folgend will Haider – kundgetan über den Artikel von Bergmann – *„die offiziellen Vertreter der Volksgruppe, die Getriebene der Scharfmacher sind‘, dafür gewinnen, das VfGH-Erkenntnis zu bekämpfen“*. Haider teilt die Volksgruppenvertreter in offizielle und nicht offizielle Vertreter. Am Ende des Beitrages kommt Rudi Vouk mit einer kurzen Replik auf das Gesagte zu Wort.³⁸⁵

Beispiel für mediale Berichterstattung, die klar Partei für den Slowenenfunktionär Vouk einnimmt, ist der Artikel vom 15.12.2001 im „Der Standard“, der auch signifikant für die Berichterstattung des Mediums ist. Rudi Vouk wird von der Kärnten-Korrespondentin Elisabeth Steiner zwei Tage nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes portraitiert. Er wird von der Autorin mit Michael Kolhaas in Verbindung gebracht und als *„Vorkämpfer [...] der gerechten slowenischen Sache“* gezeichnet. Weiters erfährt man, dass es Vouk nicht trifft, wenn ihn Haider als *„gefährlichen Zünder“* beschimpft, aber er verlange, dass, wenn es um das Verfassungsgerichtshofsurteil gehe und Haider dieses als *„Faschingsscherz“* bezeichnet habe, die Staatsanwaltschaft aktiv werden solle. Generell versucht der Artikel Vouk als konsensbereiten, verbindenden Politiker darzustellen, der sogar mit den Freiheitlichen koalitiert und die slowenischen Zentralorganisationen an einen Tisch gebracht habe.³⁸⁶

³⁸⁵ Kleine Zeitung, Haider droht mit Volksbefragung, 15.12.2001

³⁸⁶ Der Standard, Vorkämpfer für die slowenische Sache, 15.12.2001

Die „Neue Kärntner Tageszeitung“ (KTZ) lässt die schweren Attacken Jörg Haiders schon in den Titel einfließen. Die Drohungen gegen die Volksgruppe und die Attacken auf den Verfassungsgerichtshofspräsidenten Adamovich werden von der „Neuen Kärntner Tageszeitung“ in ähnlicher Weise transportiert wie in der „Kleinen Zeitung“. Vollkommen unterschiedlich ist die Einschätzung der „Neuen Kärntner Tageszeitung“ über die Situation innerhalb der Volksgruppe. Während Andrea Bergmann Haider mit seiner *divide et impera*-Strategie auftreten lässt, meint die „KTZ“: *„Einigkeit demonstrieren die beiden slowenischen Verbände Rat der Kärntner Slowenen und Zentralverband slowenischer Organisationen. Sie stellten sich voll hinter Beschwerdeführer Rudi Vouk und begrüßten bei einem gemeinsamen Pressegespräch das VfGH-Erkenntnis und wiesen darauf hin, bereits 1976 das Volksgruppengesetz als ‚nicht verfassungskonform‘ bezeichnet zu haben.“*³⁸⁷

Die „Neue Kronen Zeitung“ publiziert in ihrem ersten Artikel über die Causa praktisch alles, was die Sammlung an Vorurteils-Kategorien zu bieten hat. Der *„Schlaumeier Rudi Vouk“* habe nur etwas erreicht: *„Es drohen nunmehr hunderte neue slowenische Ortstafeln im Unterkärntner Bereich. Rein optisch und atmosphärisch wird die Region dadurch den Charakter eines vorwiegend slowenischen Territoriums erhalten. Vouk und Genossen werden sich ins Fäustchen lachen, wenn diese Ortstafeln spätestens mit 1. Jänner des Jahres 2003 stehen.“* Ganz offen werden minderheitenfeindliche Gefühle geweckt, indem im nicht signierten Artikel durch die Aufstellung der zweisprachigen Ortstafeln der Anschluss zu Slowenien vorhergesagt wird. Im nächsten Absatz wird der drohende Ortstafelsturm heraufbeschworen: *„Wer aber kann an Provokationen und an einer Verschärfung des Klimas interessiert sein? Natürlich der nationalistische Teil unter den Kärntner Slowenen, der die eigene Volksgruppe schwinden sieht.“* Für den Konflikt werden die bösen SlowenInnen verantwortlich gemacht, welche durch einen heraufbeschworenen Konflikt ihr ethnisches Profil schärfen und so der

³⁸⁷ Neue Kärntner Tageszeitung, Haider droht mit Ortstafel-Volksbefragung, 15.12.2001

Assimilation entgegenwirken wollen. In einem nächsten Schritt wird die Gefahr eines Krieges zwischen Kärntner SlowenInnen und den „echten Kärntnern“ als eine reale Gefahr beschrieben: *„Wer da von ewig gestrigen Kärntner Urängsten spricht, übersieht, dass man auch im Falle von Bosnien und Kosovo vor gut zehn Jahren noch nicht geglaubt hätte, dass es hier zu derart blutigen Konflikten kommen könnte.“* Dann wird *„Vouk und Genossen“* die Schuld am Friedensbruch gegeben. Vouk lasse – und dies erscheint recht skurril – prüfen, *„ob man den heimischen Slowenen aufgrund des höchstgerichtlichen Urteils nur mehr regional begrenzte Führerscheine ausstellen darf.“* Interessant ist in diesem Zusammenhang der Begriff *„heimische Slowenen“*, der im Widerspruch zu allem vorher Gesagten steht.³⁸⁸

In der „Kleinen Zeitung“ vom 16.12.2001 eröffnet Jörg Haider eine Schlacht mit den Waffen der Diffamierung, Verleumdung und Stigmatisierung, jedoch nicht gegen Rudi Vouk, sondern den Verfassungsgerichtshofspräsidenten Ludwig Adamovich. Dieser habe sich mit Staatspräsidenten Kučan vorher abgesprochen. Er, Haider, wäre nicht zum Zug gekommen. Adamovich wehrt sich im Interview mit Hubert Patterer von der „Kleinen Zeitung“: *„Der Kärntner Landeshauptmann lügt, wenn er behauptet, ich hätte im Vorfeld mit Sloweniens Präsident Milan Kučan, aber nicht mit ihm, Haider, gesprochen. Das lasse ich mir nicht gefallen. Haider war am 27. August um 15 Uhr bei mir. Ich habe mitnichten das Gespräch verweigert, das würde ich bei keinem Landeshauptmann tun. Und was den Präsidenten Kučan betrifft, so ist es richtig, dass er mit mir sprechen wollte. Bei diesem Gespräch ist das Wort Ortstafel mit keiner Silbe erwähnt worden. Es hat andere Rechtsfragen gegeben, die ihn interessierten. Über die Minderheit in Kärnten ist nicht gesprochen worden.“*³⁸⁹

³⁸⁸ Neue Kronen Zeitung, Slowenisches Territorium, 15.12.2001

³⁸⁹ Kleine Zeitung, Das lasse ich mir von Haider nicht gefallen, 16.12.2001

Am 16.12.2001 berichtet die „Neue Kärntner Tageszeitung“: *„Es war der heutige ÖVP-Klubobmann Andreas Khol, der vor elf Jahren in Tainach die juristische Strategie zur Durchsetzung des Artikels 7 in der Ortstafelfrage entwickelt hatte. Der heutige Rechtsanwalt Rudi Vouk war sein aufmerksamer Zuhörer. Da der slowenischen Volksgruppe das Verbandsklagerecht vorenthalten ist, wurde die Causa Ortstafeln über den Weg einer Verkehrssünde bis vor den Verfassungsgerichtshof getragen. Landeshauptmann Haider bezeichnete Khols Hilfe einen ‚Schlangenrat‘“.*³⁹⁰

Jörg Haider legt laut einem Artikel von Waltraud Dengel in der „Neuen Kronen Zeitung“ vom 18.12.2001 im Rahmen der Kampagne gegen Ludwig Adamovich neue Beweise auf den Tisch: *„Laut Adamovich sei dabei nicht über die Ortstafelfrage gesprochen worden. Haider legt nun Berichte der in Kärnten erscheinenden slowenischen Zeitung ‚Naš tednik‘ vor, nachdem die Ortstafelfrage sehr wohl behandelt worden sei. (abs) So heißt es am 2. November in einer Ankündigung des Treffens, dass dabei ‚die Minderheitenfrage, bzw. die Beschwerde, die Anwalt Rudi Vouk an den Verfassungsgerichtshof gerichtet hat, im Vordergrund stehen wird‘. Am 9. November berichtet ‚Naš tednik‘ dann, dass Kučan dank des Verdienstes von Vouk genauestens über den Inhalt der Klage und der damit direkt und indirekt verbundenen Rechtsstandpunkte informiert war: ‚So konnte sich zwischen ihm und dem Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes ein Gespräch auf allerhöchster fachlicher Ebene entfalten‘.“* Höchst bemerkenswert ist, dass Jörg Haider eine Zeitung der slowenischen Minderheit als Quelle heranzieht, die ansonsten, in der von ihm gezeichneten Kärntner Wirklichkeit, keinerlei Rolle spielt. Adamovich, scheinbar am Ende seiner Nerven, meint im Interview, er würde am liebsten, wie es Haider verlangt, zurücktreten. Tue dies aber nicht, da ihm dass als Schuldgeständnis ausgelegt würde.³⁹¹

³⁹⁰ Neue Kärntner Tageszeitung „Schlangenrat“ kam von Khol, 16.12.2001

³⁹¹ Neue Kronen Zeitung, Im Streit um den Entscheid des Verfassungsgerichtshofes über das ..., 18.12.2001

Am 19.12.2001 werden aufmerksame LeserInnen mehrerer Zeitungen mit der Ankündigung einer Sensation überrascht. *„Jetzt ist die Katze aus dem Sack!“* titelt die „Neue Kronen Zeitung“, um dann zu wiederholen, was schon am 16.12.2001 in der „Neuen Kärntner Tageszeitung“ stand: *„Jetzt ist die Katze aus dem Sack und der Beweis erbracht: Den neuen Ortstafel-Streit hat uns Kärntnern Andreas Khol, der nunmehrige VP-Klubobmann im Parlament, eingebrockt! Und zwar am 11. Februar 1992, kurz nach 20 Uhr, als er im Rahmen eines Vortrags im Bildungshaus Tainach jenen ‚Raser-Tipp‘ gab, den der Slowenenfunktionär Rudi Vouk letztlich dankbar aufnahm.“* Diese Form der Berichterstattung folgt dem Gesetz, dass etwas erst durch die Berichterstattung der eigenen Zeitung zur Neuigkeit und Sensation wird, in diesem Fall durch den Autor Fritz Kimeswenger.³⁹²

Auch einen sehr persönlichen Zugang, wenn auch der vollkommen konträren politischen Strategie folgend, wählte Noricus³⁹³ in der „Neuen Kronen Zeitung“. Er müsse den Landeshauptmann wirklich *„verteidigen. Er wird landauf landab als ‚Zünder‘ geprügelt.“* Neue zweisprachige Ortstafeln wären gegen Kärnten gerichtet. Die eigentlichen Zünder seien *„die slowenischen Fundamentalisten Rudi Vouk und Genossen“*. Noricus meint dann zu wissen, dass Vouk und Genossen den Konflikt nur inszeniert hätten, um die slowenische Identität zu stärken. Jörg Haider wird von Noricus als Heilsbringer gezeichnet, dem Tag und Nacht nur das Wohl der Kärntner SlowenInnen am Herzen läge: *„Er, der der slowenischen Minderheit offenbar alles geben will, was nur irgendwie möglich ist, um ihre Identität zu erhalten, muss als Landeshauptmann aller Kärntner natürlich auch die Emotionen und Ängste der Deutschkärntner Mehrheit artikulieren.“*³⁹⁴

³⁹² Neue Kronen Zeitung, Jetzt ist die Katze aus dem Sack und der Beweis erbracht, 19.12.2001

³⁹³ Vgl. Pseudonym von Andreas Mölzer; Andreas Mölzer MdEP: Lebenslauf, <http://www.andreas-moelzer.at/index.php?id=15>, 12.6.2009

³⁹⁴ Neue Kronen Zeitung, Zünder, 19.12.2001

Der Text verfolgt klar die politische Strategie der Täter-Opfer-Umkehr. Obwohl es einen über das politische Hick-Hack stehenden Spruch des Verfassungsgerichtshofes gibt, wird unterstellt, dass Jörg Haider als Zünder dargestellt werde, wofür der Autor einen Beleg schuldig bleibt. Die Strategie der schwarz-weiss-Zeichnung folgend wird Haider als der Gute und die SlowenInnen als die Bösen dargestellt. Die SlowenInnen werden als FundamentalistInnen gezeichnet. Den Kategorien politischer Strategien von Menz / Lalouschek / Dressler folgend wird durch diese Anspielung versucht, die SlowenInnen mit Terroristen und Kommunismus in Verbindung zu bringen.

Am 21.12.2001 schreibt Andrea Bergmann von der „Kleinen Zeitung“, dass das Österreichische Volksgruppenzentrum die Staatsanwaltschaft gegen Jörg Haider eingeschaltet habe: *„Ihm wird vorgeworfen, zum ‚allgemeinen Ungehorsam gegen ein Gesetz aufzufordern‘, Haiders Wertung des Verfassungsgerichtshofs-Erkenntnisses als "verfrühter Faschingsscherz" sei ‚beleidigend‘, die angestrebte Volksbefragung dürfte ‚verfassungswidrig sein‘. Es sei wichtig, rechtsstaatliche Mechanismen in Gang zu setzen, um solch einer Polarisierung Einhalt zu gebieten“.* Die Begründung der Anzeige erfahren die RezipientInnen im zweiten Absatz. Den einleitenden Absatz widmet Andrea Bergmann ihrer Sorge um die Harmonie zwischen den Vertretern der slowenischen Volksgruppe, die in ihrer gesamten Berichterstattung zu verfolgen ist: *„Die Causa Prima Kärntens bringt auch eine zunehmende Spaltung in die Reihen der Volksgruppenvertreter. Die Klüfte zwischen Hardlinern und Dialogbereiten werden größer.“* Ein paar Absätze später erfahren die LeserInnen weiter: *„Innerhalb der slowenischen Volksgruppe selbst zeigen sich immer tiefere Klüfte. Bernard Sadovnik, Obmann des Rates der Slowenen, verwies Donnerstag darauf, dass der Rat-Vorstand beschlossen habe, den Schritt des Volksgruppenzentrums zur Staatsanwaltschaft nicht zu unterstützen. Man habe sich für Mäßigung entschieden und wolle zur ‚Deeskalation beitragen‘, so Sadovnik. Der Rechtsweg müsse aber jedem offen stehen. Sadovnik wurde für seine Dialogpolitik mit Haider & Co. nicht nur immer*

wieder von Pipp kritisiert. Rudi Vouk, der das Aktivwerden des VfGH in der Ortstafelfrage erreichte, trat im Mai von seinem Sitz im Rat der Slowenen zurück. Wegen „unüberbrückbaren Differenzen zur Linie des Rates“.³⁹⁵ Andrea Bergmann zeigt uns klar, dass sie als Autorin auf der Seite der konsensbereiten Slowenenvertreter ist. Eine Allianz, die sich bis zum heutigen Tag in ihrer medialen Berichterstattung nachweisen lässt. Bergmann verteidigt die konsensbereiten Slowenenvertreter, am Anfang nur Bernard Sadovnik, nach der Einigung mit dem KHD-Obmann Josef Feldner, auch Zentralverband-Obmann Marjan Sturm gegen Angriffe aus dem „nationalen“ Lager. In diesem Fall ist es dem damaligen FPÖ-Chef Martin Strutz, der die „Brücken“ wegen der bösen Slowenenvertreter abbrechen müsse.³⁹⁵

Am 21.12.2001 erscheint in der „Neuen Kärntner Tageszeitung“ eine Mischung aus Kommentar und Portrait, getarnt als anonyme Meldung, über Rudi Vouk, dem sein Trick einen hohen Bekanntheitsgrad in Österreich eingebracht habe: *„Die Entscheidung des Höchstgerichtes, die 25-Prozent-Klausel für die Anbringung zweisprachiger Ortstafeln im gemischtsprachigen Gebiet aufzuheben, mag für Vouk zwar mit einem persönlichen Triumph verbunden sein, doch großen Teilen der – deutschsprachigen - Bevölkerung ist die Vorgangsweise des Kärntner Slowenen schlicht unsympathisch.“* Die/der nicht namentlich ausgewiesene/r Autorin/Autor meint also zu wissen, ohne es zu belegen, wie die KärntnerInnen ihrem Gefühl nach zum Verfassungsgerichtshofsentscheid stehen.³⁹⁶

Der im Artikel zitierte Martin Strutz erklärt am 18.1.2002 in einer Aussendung der Freiheitlichen, dass die Slowenenvertreter *„Vouk und Pipp nicht demokratisch legitimiert“* sind. Strutz freut sich dann auch über die Distanzierung des Slowenenvertreeters Marjan Sturm von politischen Vorhaben des österreichischen Volksgruppenzentrums. Dann will Strutz

³⁹⁵ Kleine Zeitung, Jetzt wird der Staatsanwalt in der Ortstafeldebatte aktiv, 21.12.2001

³⁹⁶ Neue Kärntner Tageszeitung, Trickreicher Jurist und Vorkämpfer, vom 21.12.2001

das ungeliebte politische Gegenüber gleich loswerden: *„Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass diese negativen Kräfte isoliert werden und die besonnenen Kräfte in unserem Land in der Volksgruppenfrage wieder zusammengeführt werden können.“*³⁹⁷

Strutz bedient sich in diesem Fall der politischen Strategie des Teilens und Herrschens. Die Slowenenvertreter werden nach altem Kärntner Muster in die Guten, die konsensbereit und unterwürfig agieren, und die Bösen, die in maßloser Manier auf ihren Rechten beharren, geteilt. Politischer Misserfolg wird den extremen Slowenenvertretern in die Schuhe geschoben. Strutz wagt sich noch weiter vor, indem er den gewählten Minderheitenvertretern die Legitimation abspricht. Seine Intention, diese Vertreter, die er in einem Akt der Kriminalisierung als „negative Kräfte“ bezeichnet, „isolieren“ zu wollen, scheint wie ein Lehrstück der Ethnisierung zu sein. Wenn es die unbequemen Stimmen der Minderheitenvertreter dann nicht mehr gibt, stellt Strutz eine „besonnene“, gemeinsame Zukunft in Aussicht.

Am 19.1.2002 reagiert Andrea Bergmann in der „Kleinen Zeitung“ auf die Presseaussendung des FPÖ-Funktionärs Martin Strutz vom Vortag. Bergmann streicht die Entwicklung im Sinne jener Akteure, die unter ihre journalistischen Fittiche genommenen konsensbereiten Volksgruppenvertreter, hervor: *„Im Gegensatz zu den ersten politischen Statements vom Dezember in der Ortstafeldebatte differenziert jetzt die FPÖ innerhalb der Volksgruppe zwischen gewählten - und dialog- sowie konsensbereiten - Slowenenvertretern und Hardlinern.“* Weiter zitiert Andrea Bergmann Martin Strutz. *„Die offiziellen Ansprechpartner, mit denen Verhandlungen in der Ortstafelfrage geführt werden, sind für uns Rat- Obmann Bernard Sadovnik und Marjan Sturm, Obmann des Zentralverbandes.’ Vouk und andere Personen hätten ‚keine demokratische Legitimität, für die Volksgruppe zu sprechen’. Das seien vielmehr Einzelpersonen, die durch ihre Aussagen klar gemacht hätten, dass sie an keiner konsensualen*

³⁹⁷ OTS0102, FPÖ/Kärnten – Strutz: Sadovnik und Sturm sind Verhandlungspartner, 18.1.2002

Lösung in Kärnten interessiert seien“, wird Strutz in der „Kleinen Zeitung“ zitiert. Um die Differenzierung deutlich zu machen, würde die FPÖ jetzt in Wien aktiv werden. Dort solle den politisch relevanten Vertretern, Institutionen und öffentlichen Medien mitgeteilt werden, *„dass das Volksgruppenzentrum ein privater Verein ist, der weder demokratisch legitimiert ist noch politische Relevanz besitzt.“* Bergmann lässt Strutz seine Idee von den guten, konsensbereiten und den bösen, rein privat organisierten Volksgruppenvertretern bis ins Detail ausführen und er darf sich auch über eine Distanzierung der konsensbereiten Volksgruppenvereine freuen, um dann zu erwähnen: *„Im Gegensatz zur FPÖ war von ÖVP-Seite nichts Differenzierendes zu hören. Laut Klubobmann Klaus Wutte würden die Aussagen von Vouk und Pipp ,den Dialog erschweren und eine Lösung fast unmöglich machen“*.³⁹⁸

In einem kurzen Artikel macht sich Adolf Winkler von der „Kleinen Zeitung“ vom 31.1.2002 in der Rubrik „Aufwecker“ über die Anrufung der Signatarmächte durch das Österreichische Volksgruppenzentrum lustig: *„Auf Putins Ratschläge, etwa aus seinen Erfahrungen im Umgang mit der tschetschenischen Volksgruppe, hätten wir ohnehin wenig Wert gelegt. So wie Vouks Alliierten-Aktion völlig absurd ist. Oder sollen sie - zu Ende gedacht - wie einst Besatzungssoldaten als ‚die Vier im Jeep‘ durchs Unterland fahren und vor Ortstafeln patrouillieren? So ein Unsinn!“* Winkler versucht in diesem Kommentar sowohl die Signatarmächte als unglaubwürdige Ansprechpartner darzustellen wie auch ihre Möglichkeiten der politischen Einflussnahme zu minimieren.³⁹⁹

Am 2.1.2002 erscheint in der „Neuen Kronen Zeitung“ ein nicht unterzeichneter Kommentar, ähnlich einem ideologischen Manifest, bei dem mit sämtlichen Verschwörungs- und Vorurteilsstrategien, welche die mediale Berichterstattung in Kärnten in den letzten Jahrzehnten kennzeichnen, hantiert wird. Die politische Strategie nach Bedarf „Kärnten

³⁹⁸ Kleine Zeitung, Akteure aus Privatverein, 19.1.2002

³⁹⁹ Kleine Zeitung, Putin zu Ortstafeln, 31.1.2002

gegen Wien“ auszuspielen, wird diesmal als ein Angriff gegen Kärnten inszeniert: *„Wer dieser Tage die Wiener Gazetten liest, muss wieder einmal den Eindruck bekommen, dass dieses Kärnten ein ganz schreckliches Land sein muss. Ein düsterer, wenn nicht gar brauner Winkel, bewohnt von ewig unbelehrbaren Slowenen-Fressern. Ein Land, das den Landeshauptling verdient, den es hat. Einen, der sich als ‚Putschist gegen den Rechtsstaat‘ umtut, der zum Gesetzesbruch aufruft und solcherart eigentlich den Genozid an der schrecklich bedrängten Minderheit betreibt. [...] Jetzt herrscht wieder jenes Bild, wonach die Kohoren [sic!] der Traditionsverbände, gehüllt in das monokolore Braun der Kärntner-Anzüge, Gewehr bei Fuß stehen.“* Diese Beschreibung könnte der Dekonstruktion der Kärntner politischen Verhältnisse – gemäß Kapitel 4 –als Tatsachenbericht gewertet werden und nicht wie vom Autor oder der Autorin beachsichtigt als literarische Überspitzung. Weiters ist im Text zu lesen, dass jene, die dieses Kärntnerbild beschwören, Menschen aus der *„linkslinken Szene“* seien, die ihre Stimme für die angeblich gefährdete Minderheit erheben würden und denen auch die Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes und des Nationalrates wie der Bundespräsident zuzurechnen seien. Die Autorin / der Autor attestiert der Kärntner Minderheitenpolitik ein hervorragendes Zeugnis. Die Schaffung eines Verfassungsgesetzes solle alle weiteren Probleme lösen. Eine Minderheitenfeststellung sei unausweichlich, dafür solle sich die Minderheit bei Rudi Vouk bedanken.⁴⁰⁰

Die „Kleine Zeitung“ taucht, wie noch nie zuvor, anhand einer Führungsdiskussion im Rat der Kärntner Slowenen in die Vereinswelt der politischen Vertretung der slowenischen Volksgruppe in Kärnten ein. Sie bietet unter anderem Protagonisten des Konfliktes die Möglichkeit ihren Standpunkt, der eigentlich nur an die Kärntner SlowenInnen gerichtet ist und normaler Weise nur in den Minderheitenmedien aufgeführt wird, in der „Kleinen Zeitung“ darzulegen: *„Wenn es mein größtes Kapitalverbrechen ist, dass wir die Teilung der Volksgruppe in den Rat der Kärntner*

⁴⁰⁰ Neue Kronen Zeitung, Alle gegen Kärnten, 2.2.2002

Slowenen und den Zentralverband der Kärntner Slowenen einmal überwinden, dann lasse ich gerne meinen Kopf dafür liegen. Ich trete sicher nicht wegen eines inszenierten Putsches einiger Funktionäre zurück, sondern stelle die Vertrauensfrage der Basis und stelle mich der Wahl.’ Mit diesen drastischen Worten ließ Bernard Sadovnik gestern tiefen Einblick nehmen in einen akut berstenden Konflikt innerhalb der slowenischen Volksgruppe in Kärnten.“ Dann lässt uns jedoch Adolf Winkler wissen, warum gerade in diesem Fall die Führungsdiskussion der Volksgruppenvertreter für die „Kleine Zeitung“ eine Rolle spielt: *„Gegenüber der Kleinen Zeitung bekräftigte er seine Kampfansage um seine Führungsposition als Obmann des Rates der Kärntner Slowenen: ‚Die ständigen Angriffe der Exponenten einer harten Linie zwingen mich dazu, die Vertrauensfrage zu stellen.‘“* Winkler stützt wie Bergmann die konsensbereiten SlowenInnen.⁴⁰¹

Noricus bemüht am 26.10.2002 in der „Neuen Kronen Zeitung“ die Legende vom „bösen Wolf“, wenn er meint: *„Ein Wolf, der sich nicht einmal im Schafspelz zu verstecken versucht, sondern ganz offen auch im struppigen bedrohlichen Wolfskleide auftritt, ist der Slowenenfunktionär Rudi Vouk, dessen Familienname zu Deutsch eben ‚Wolf‘ bedeutet.“* Weiter im Text heißt es dann: *„Die Volksgruppe wäre demnach Opfer düsterer, über Generationen betriebener Verschwörungen, durch die sie statistisch aus der Geschichte getilgt werden sollte.“*⁴⁰²

Als Erzählung, die Vorurteile transportiert, klassifizieren Menz / Lalouschek / Dressler die politische Strategie von Noricus, den Slowenenvertreter Rudi Vouk aufgrund seines Namens mit den Legenden vom bösen Wolf in Verbindung zu bringen. *„[...] ganz offen auch im struppigen bedrohlichen Wolfskleide“* auftretend, bringt der böse Wolf immer Unheil über uns. Im zweiten Zitat verharmlost Noricus die leidvollen Erfahrungen

⁴⁰¹ Kleine Zeitung, Konflikt in der Volksgruppe, Sadovnik verlangt Neuwahl, 28.10.2002; Kleine Zeitung, Auch Rot-Grün wäre keine g´mathe Wiesen für Slowenen, 14.9.2002; Kleine Zeitung, Neues Medienprojekt: Bei Slowenen fliegen Hackeln, 5.10.2002

⁴⁰² Neue Kronen Zeitung, Im Wolfspelz, 26.10.2002

der slowenischen Minderheit und stellt sie als eine Gruppe von Verschwörungstheoretikern dar. Die Wortwahl von „düster“ bis „soll getilgt werden“ weckt negative Assoziationen.

Petra Stuißer schreibt am 12.4.2003 im „Der Standard“ eine umfassende Reportage, die nach den journalistischen Kriterien von Sarcinelli aus vielen und politisch unterschiedlichen Quellen gespeist ist. Es kommen sowohl Gegner zusätzlicher zweisprachiger Ortstafeln als auch Vertreter unterschiedlicher politischer Ausrichtungen in den Reihen der Volksgruppe vor. Marjan Sturm meint im Interview mit dem „Standard“: *„Wir konnten doch nicht für alle Zukunft auf unsere verfassungsmäßigen Rechte verzichten‘, schüttelt Marjan Sturm, Obmann des Zentralverbands der Kärntner Slowenen, den Kopf. Dabei zählt Sturm nach eigenen Angaben ‚eher zu den Pragmatikern in der Ortstafelfrage‘. Er hält die schwelenden Ressentiments zwischen Volksgruppe und ‚heimattreuen‘ Kärntnern für ein ‚Elitenproblem‘: ‚Da bedürfte es eines therapeutischen Ringens, um endlich einmal die Vergangenheit richtig aufzuarbeiten.“* Und ihn plagt ein spezieller Verdacht: FPÖ, Heimatdienst und Abwehrkämpfer bräuchten den Streit mit den Slowenen dringend als Überlebensberechtigung. Daher warnt Sturm davor, *„dass wir jeder Provokation auf den Leim gehen“*. Bemerkenswerter Weise wird diese Argumentationsstrategie auch von Noricus in der „Neuen Kronen Zeitung“ verwendet, wenn dieser meint, die Minderheit brauche den Konflikt, um sich nicht zu assimilieren. In der „Standard“-Reportage kommt auch die Protestaktion der Kärntner SlowenInnen vor, die sonst in den österreichischen Medien wenig Aufmerksamkeit fand. In Slowenien war die Meldung über den Hungerstreik der MitarbeiterInnen des Minderheitenradios „Radio Korotan“ (später „Radio dva“) Aufmacher der wichtigsten Sendungen und Zeitungen im Land. *„Das Bundeskanzleramt und ORF debattieren seit Monaten, wer für die Finanzierung zuständig ist. Die Mitarbeiter wurden nicht mehr bezahlt und reagierten mit Hungerstreik. ‚Uns bleibt nichts anderes übrig. Wir müssen das tun, bis die Republik Österreich ihren Verpflichtungen nachgekommen ist‘, beschreibt Marjan Pipp von Radio dva die Situation*

*seines Senders. Der Streik ist mittlerweile beendet, und Radio dva ist im April auf Sendung.*⁴⁰³

Elisabeth Steiner geht in ihrem Artikel im „Der Standard“ auf den Machtwechsel im Rat der Kärntner Slowenen ein. Bernard Sadovnik trat zurück und gründete eine dritte Slowenenorganisation. Seine Doppelfunktion als Slowenenvertreter und Präsident des Vereins Alpe Adria Crossborder Cooperation (AACC), der auch aus Landesmitteln gefördert wird, wird im Artikel von Vertretern des Rates kritisiert. Interessant ist, dass Sadovnik den Verein AACC mit dem – in Kapitel 8 ausführlich besprochenen – ehemaligen Generalsekretär des Rates der Kärntner Slowenen, Filip Warasch, betreibt. Warasch wurde von einem Kärntner angezeigt, da dieser behauptete, Warasch habe ihn angestiftet, den Haupttransformator von Klagenfurt in die Luft zu sprengen. Filip Warasch wurde freigesprochen.⁴⁰⁴

Die Journalistin der „Kleinen Zeitung“, Elke Fertschey, sticht in ihrer Berichterstattung durch eine andere Perspektive als Andrea Bergmann, Adolf Winkler, Antonia Gössinger und Chefredakteur Reinhold Dottolo heraus. Fertschey deckt in ihrem Artikel vom 11.4.2004 ein Unrecht der Behörden in einer Frage der NS- Wiedergutmachung auf.⁴⁰⁵

Andrea Bergmann lässt am 22.4.2004 die sich auf den „Dialogkurs“ einschwörenden Slowenenvertreter Sturm und Sadovnik ausführlich zu Wort kommen. Bergmann darf kurz darauf berichten, dass KHD-Obmann Josef Feldner, Marjan Sturm lobt.⁴⁰⁶

Andrea Bergmann berichtet in der „Kleinen Zeitung“, dass Parlamentspräsident Andreas Khol die Rechtsnachfolge Sloweniens in der Schutzmachtfrage nicht anerkenne: *„Slowenien ist ein neuer Staat und*

⁴⁰³ Der Standard,

⁴⁰⁴ Der Standard, Die Rückkehr eines „beleidigten“ Obmanns, 1.7.2003

⁴⁰⁵ Kleine Zeitung, Von Nazis vertrieben, aber bis heute nie entschädigt, 11.4.2004

⁴⁰⁶ Kleine Zeitung, Risse quer durch die Volksgruppe, 22.4.2004

kein Rechtsnachfolger Jugoslawiens“. Die LeserInnen erfahren weiter, dass dies die Kärntner Position bestätige. Hinter der Aussage des Südtirolers Khol lässt sich die Strategie vermuten, dass er sich, ob seines Ratschlages an die Kärntner SlowenInnen die zweisprachige Topographie durch ein Strafmandat einzuklagen, in gewisser Weise bei der Kärntner Politik rehabilitieren möchte.⁴⁰⁷

Zu den Selbstanzeigen von Geschwindigkeitsübertretungen zum Zwecke der Erlangung von zweisprachigen Ortstafeln zitiert die „Neue Kronen Zeitung“ den BZÖ-Politiker Gerhard Dörfler. *„Die skandalöse Aktion gefährde Kinder, die Selbstanzeigen der Raser würden absolute Rücksichtslosigkeit beweisen.’ Dörfler: ‚Wer vorsätzlich Gesetze übertritt, bei dem muss die Verkehrszuverlässigkeit angezweifelt werden. Von einem Führerscheinbesitzer muss erwartet werden, dass er Ortstafeln kennt, egal ob in Finnland oder Tahiti*““. Die Geschwindigkeitsübertretungen werden mit Kindern in Zusammenhang gebracht, was die Gefährlichkeit der Geschwindigkeitsübertreter hervorhebt.⁴⁰⁸

In der Kolumne „Aufwecker“ der „Kleinen Zeitung“ reflektiert Chefredakteur Reinhold Dottolo die Entwicklungen in den Verhandlungen bezüglich der zweisprachigen Ortstafeln. Da der Rat der Kärntner Slowenen den aus ihrer Sicht „besten Mann“ in die Verhandlungen schicken möchte, jedoch die Einladung des Bundeskanzlers nur an den Obmann des Rates gerichtet ist, zeigt sich der Rat unzufrieden. Dottolo schlussfolgert: *„Diese Vorgangsweise desavouiert auch den gewählten Obmann des Rates. Sie zeigt, wer dort wirklich das Sagen hat. Zwar nicht der siebente Zwerg, aber der zweite von links - Obmannstellvertreter Vouk. Dies erfüllt einen nicht mit Zuversicht auf eine rasche gemeinsame Lösung. Der Rat der Kärntner Slowenen und Vouk mögen eines nicht glauben: Dass es eine andere - nicht konsensuale - geben kann.*“⁴⁰⁹

⁴⁰⁷ Kleine Zeitung, Aufregung nach Aussage von Khol zu Slowenien, vom 10.2.2005

⁴⁰⁸ Neue Kronen Zeitung, Stopp den organisierten Rasern, 18.2.2005

⁴⁰⁹ Kleine Zeitung, Provokation, vom 5.3.2005

Chefredakteur Dottolo begründet sein Verständnis für die Einladungs politik des Kanzlers mit dem Argument, dass bei einer so wichtigen Konferenz nicht „siebente Zwerge von links“ mitmischen sollten. Dottolo meint nun kundtun zu müssen, dass Rudi Vouk, der den Chefredakteur in der Sachkenntnis der Ortstafelfrage wahrscheinlich um Meilen überflügelt, „der zweite Zwerg von links“ sei, und das obwohl er im einen Satz vorher die geheime Regentschaft über die Volksgruppenorganisation unterstellt. Alles in allem ist der gesamte Kommentar voll von kryptischen, nicht schlüssigen Andeutungen. Er wurde offensichtlich in großer Enttäuschung darüber verfasst, dass man dem Ziel der „Kleinen Zeitung“, die leidige Ortstafeldebatte endlich vom Schreibtisch zu bekommen, wieder nicht näher gekommen war.

Am 25.3.2005 verliert die Journalistin der „Kleinen Zeitung“, Antonia Gössinger, die Geduld. Unter dem Titel „*Scharfmacher*“ erklärt sie in der Rubrik „Aufwecker“ ihr Unverständnis darüber, dass der Rat der Kärntner Slowenen in Ljubljana eine Pressekonferenz abhält. Gössinger: *„Weil sie in der Heimat mit ihrer Scharfmacherei in Sachen zweisprachiger Ortstafeln immer weniger Gehör finden, schritten die Spitzenfunktionäre des Rates der Kärntner Slowenen am Mittwoch in Laibach zur Tat. Rudi Vouk, Marjan Pipp und Joze Wakounig forderten Slowenien auf, sich stärker einzumischen, zogen über die Kärntner Heimatverbände her und legten sich fest, die von Österreich angestrebte Streitbeilegungs-Erklärung nie zu unterschreiben.“* Gössinger ist empört, dass die Slowenenvertreter ihrer ureigensten Aufgabe nachkommen, nämlich, sich gegen Bewegungen aufzulehnen, welche die Existenz der Volksgruppe in Frage stellen und ihnen ihre Rechte nehmen wollen. Dass sie dies vor ihrer eigenen Schutzmacht tun, ist legitim. Dass sich die Volksgruppenvertreter dafür aussprechen, dass der Artikel 7 des Staatsvertrages – der gesetzlich verankerte Minderheitenschutz – nicht per Streitbeilegung abgeschafft werden soll, ist nicht überraschend. Gössinger bemüht die divide et impera-Strategie, um zu zeigen, dass sie mit ihrer Beurteilung nicht alleine ist: *„Die verhandlungsbereiten Vertreter der Kärntner Slowenen sind*

entsetzt über die ‚Halb- und Unwahrheiten‘, mit denen das streitbare Trio in Slowenien Stimmung zu machen versuchte.“ Das Ziel der JournalistInnen der „Kleinen Zeitung“ über die zweisprachigen Ortstafeln nicht mehr berichten zu müssen und außerhalb von Kärnten für diese Angelegenheit nicht mehr verspottet zu werden, rückt in weite Ferne: *„Jetzt ist endgültig klar geworden, dass der Rat der Slowenen überhaupt kein Interesse an einer Lösung der Ortstafelfrage hat. Vouk & Co. geht es nur darum, krampfhaft ein Konfliktthema aufrecht zu erhalten. Die konsenswillige Mehrheit - Politik, Heimatverbände und Slowenen-Vertreter - sollte den Mut haben, das Ortstafelproblem ohne den Rat zu lösen. Es ist nicht einzusehen, dass sich das Land noch länger in der Geiselhaft einiger weniger Scharfmacher befindet.“* Gössinger will den Rat isolieren und endlich eine Lösung herbei schreiben. Die Journalistin hat ihre Rechnung ohne den Landeshauptmann gemacht. Dieser wurde, ob seiner Meinungsänderungen in der Frage der zweisprachigen Ortstafeln, von Antonia Gössinger medial nicht beiseite geschoben.⁴¹⁰

Unter dem Kürzel „spei“ fragt sich eine Journalistin oder ein Journalist am 3.4.2005 in der „Neuen Kronen Zeitung“: *„Warum prüft die Vereinsbehörde Rat der Kärntner Slowenen nicht?“* Denn „spei“ zeigt sich besorgt, dass der Demokratie in der Volksgruppe nicht genüge getan wird. Anhand des Rücktrittes von Bernard Sadovnik, der – wie „spei“ weiß – *„von Rudi Vouk, Joze Wakounig & Co so quasi weg ‚geputscht‘“* wurde, müsse man sich Sorgen um die Volksgruppenförderung machen: *„Letztendlich geht es ja auch um viel Geld. Aus Wien fließen der slowenischen Minderheit in Kärnten etwa eine Million Euro pro Jahr zu, aus Laibach in etwa das Doppelte, also zwei Millionen Euro.“* Dann fragt sich „spei“, ob von den 3.500 Mitgliedern des Rates der Kärntner Slowenen noch mehr als 36 Mitglieder übriggeblieben sind, denn der Rat gerate ob *„seiner Radikalität immer mehr in Isolation“*, während die Slowenenvertreter Sturm und Sadovnik immer für „Sachkoalitionen“ zu haben seien.⁴¹¹

⁴¹⁰ Kleine Zeitung, Scharfmacher, 25.3.2005

⁴¹¹ Neue Kronen Zeitung, Warum prüft die Vereinsbehörde Rat der Kärntner Slowenen nicht?, 3.4.2005

„spei“ präsentiert sich im Text als Insider. Die Vereinsbehörde wird angerufen, sie soll doch nachsehen, was mit den Förderergeldern passiere. Dem Prinzip *divide et impera* folgend werden die „bösen, radikalen Slowenen“ bezichtigt, die Steuergelder zu verschwenden. „spei“ vertritt – liest man den Subtext des Artikels – die Meinung, dass die „bösen, radikalen Slowenen“ nur eine Hand voll seien, denen die Fördergelder nicht mehr zustünden. Der österreichische Staat habe daher, in Form der Vereinsbehörde, einzuschreiten. Wenn Förderung, dann für jene Slowenenvertreter, die sich kooperativ verhalten.

Jörg Haider versuchte es am 18.10.2005 mit einer neuen Strategie. In einer Aussendung der Freiheitlichen mit dem Untertitel *"Gute Geschäfte für Kanzlei Vouk, anstatt Weg des Miteinanders"* beschuldigte er die Slowenenvertreter ausschließlich aus Profitgier kein Interesse an einem Konsens in Volksgruppenfragen zu haben. *„Vouk und Grilc agieren ausschließlich aus persönlichen Motiven heraus und gegen die Interessen der slowenischen Volksgruppe.“*⁴¹²

Die Unterstellung, aus reiner Profitgier an der eigenen Kultur und Überzeugung festzuhalten, erinnert an Spielarten des Antisemitismus. Der „gierige, geizige“ Jude wurde über Jahrhunderte als Feindbild aufgebaut, das sich auch in der „Kärntner Seele“ fest verankert hat. Jörg Haider war sicher ein Politiker, der geschickt die Klaviatur bedienen konnte, die solche Feindbilder bei den RezipientInnen wieder ans Tageslicht beförderten. Diesmal nicht den „gierigen Juden“ verdammend, sondern den „gierigen“ Slowenen.

Als Höhepunkt der persönlichen Kriminalisierung und Ethnisierung des Slowenenvertreters Rudi Vouk ist der Artikel von Fritz Kimeswenger *„Braune Gerüchte“* am 15.4.2005 in der „Neuen Kronen Zeitung“ zu werten. Rudi Vouk wird – als er sich gegen das Gerücht verwehrt, dass sein seit 20 Jahren verstorbener Vater, ehemaliger Schulinspektor,

⁴¹² OTS0099, Haider: Rat der Kärntner Slowenen macht Konsens unmöglich, 18.10.2005

„braune Flecken in der Biografie“ hätte – als „Slowenenfunktionär“ und „Autoraser“ bezeichnet. *„Es kursieren in Unterkärnten nämlich Aussagen von angeblichen Zeitzeugen, wonach Franz [sic!] Vouk nicht nur ein eifriger Fähnleinführer der Hitlerjugend gewesen sei, sondern ein besonders strammer Nationalsozialist. In St. Kanzian Gau Süd Ost habe er jeden Sonntag zum Appell mit Exerzieren, Flaggenhissen und zum Einlernen von Naziliedern gerufen.“* Vouk wird zitiert: *„Mein Vater stammte aus einer slowenischen Familie und musste als 16-Jähriger an die Front. Zu Kriegsende war er in der Gegend um Berlin’, verweist Rudi Vouk die ‚Enthüllungen‘ der angeblichen Zeitzeugen in den Bereich der Schmuddelküchen. Außerdem sei sein Vater als Jahrgang 1926 auch zu jung für so eine Mitarbeit in der NSDAP gewesen ...“*⁴¹³

Die Kriminalisierung eines politisch Aktiven ist für den Betroffenen eine enorme Belastung. Es ist das Ziel jener, welche sich dieser politischen Strategien bedienen, den Gegner soweit zu schwächen, dass er auf seine Ideen und deren Umsetzung verzichtet. Da diese Strategie bei Rudi Vouk bis 2005 keinen Erfolg zeigte, griff man zu einer verschärften Gangart – der Diffamierung von Familienmitgliedern. Wobei zu sagen ist, dass der Angriff auf Rudi Vouks Vater nicht nur den Slowenenvertreter, sondern auch seine Geschwister – eine Richterin, einen renommierten Künstler und einen Biologieprofessor – trifft. Die Strategie, das Opfer zum Täter zu machen, indem man behauptet, dass Vouk, wenn auch nicht ad personam, dann eben in der Form seines Vaters, eigentlich ein Nationalsozialist sei, scheint nur auf den ersten Blick absurd. Rudi Vouk soll durch eine „nationalsozialistische Vergangenheit“ seine Glaubwürdigkeit als „Kämpfer“ für die Rechte der Kärntner SlowenInnen genommen werden. Gespielt wird mit der Beschädigung der Marke „Rudi Vouk“ und wofür sie steht. Keine andere Kärntner Tageszeitung hat die Geschichte thematisiert. Die Strategie, dass Vouk durch die Rufschädigung seines Vaters beschließen würde, dass sich ob dieser Untergriffe, seine Aktivität

⁴¹³ Neue Kronen Zeitung, Braune Gerüchte / Kritisierte Ausschreibungspraxis / Internet-Deal ..., 15.4.2005

nicht mehr auszahle, ist nicht aufgegangen. Der Vater von Rudi Vouk hieß Rudolf Vouk und nicht wie im Artikel angeführt Franz Vouk. Die Namensverwechslung sagt auch einiges über die Genauigkeit der Recherche in einer derartig heiklen Thematik aus.

In der „Kleinen Zeitung“ vom 25.1.2006 berichtet Carina Kerschbaumer: *„Immer skurrilere Züge nimmt der Kärntner Ortstafelstreit an. Slowenen-Funktionär Rudi Vouk, dessen Klage zum Ortstafel-Erkenntnis führte, hat einen Exekutionsantrag gegen das Land wegen Nichtbezahlung der Verfahrenskosten eingebracht. Am liebsten möchte er den Fürstenstein pfänden lassen, lässt er wissen.“* Vouk bemüht dabei die Narration des bilateralen Streites um den Fürstenstein, der sowohl für die Kärntner als auch für die SlowenInnen dies und jenseits der Grenze als wichtiges identitätsstiftendes Symbol gilt. Mit der Aussage, diesen pfänden zu wollen, stach Vouk in ein Wespennest.⁴¹⁴

Im Jänner 2006 führte Jörg Haider eine neue Wortschöpfung, die Alliteration „der rasende Rechtsbrecher Rudi Vouk“, ein. Auf die Ankündigung von Rudi Vouk, weiter Beschwerden vor den Verfassungsgerichtshof bringen zu wollen, reagiert Jörg Haider: *„Nur durch eine Verfassungsbestimmung ist eine langfristige Lösung der Ortstafelfrage gesichert und kann verhindert werden, dass Raser-Rudi durch rechtsbrecherische Akte der Provokation für weiteren Wirbel in der Ortstafelfrage sorgt.“*⁴¹⁵

Wie sehr nach Saussure die sprachliche Struktur unser Denken bestimmt, beschäftigt auch die Menschen in den Pressebüros der PolitikerInnen, die Politik und politische Inhalte als griffige Slogans verkaufen sollen und letztendlich auch müssen. Das politische Duo Haider / Petzner hat die alte, national gefärbte Kärntner politische Rhetorik einem Modernisierungsschub unterzogen. Seit Jörg Haider Landeshauptmann

⁴¹⁴ Kleine Zeitung, Ortstafeln: Hilflöse Höchstrichter, vom 25.01.2006

⁴¹⁵ OTS0081, Haider: Verfassungsbestimmung ist Bedingung für Lösung der Ortstafelfrage, 27.1.2006

war, wurde das Bundesland ganzjährig durchplakatiert und die politischen Inhalte an die KundInnen, die WählerInnen, verkauft. Verpackt wurden die politischen Inhalte in Slogans, die auf Events aufgeführt wurden. „Der rasende Rechtsbrecher Rudi Vouk“ ist in diesem Zusammenhang ein Versuch der Kriminalisierung, welche Rudi Vouk und seine Arbeit durch die Form der Alliteration ins Lächerliche zieht. Aus dem Rechtsanwalt wird der Rechtsbrecher, was Vouk auch die professionelle Legitimation nehmen soll. Neben dem transportierten Inhalt, dass es sich bei Vouk um einen Raser und Rechtsbrecher handelt, schwingt auch mit, dass man die Angelegenheit nicht ganz ernst nehmen muss und man ihn lächerlich machen kann. Die Respektlosigkeit mit der die Kärntner Politik die slowenische Volksgruppe behandelt, ist einer der Konfliktherde in dieser Minderheitensituation. Ob seiner Wankelmütigkeit und wechselnden politischen Meinungen hat Jörg Haider auch am eigenen Leib erfahren, wie es ist, wenn man nicht ernst genommen wird.⁴¹⁶

Elisabeth Steiner berichtet im „Der Standard“ am 1.2.2006 über die hetzerische SMS-Aktion eines BZÖ-nahen Gemeinderates mit dem Inhalt: *„Mit dem Öffnen dieser SMS haben sie gerade einen Kärntner Slowenen getötet. Senden Sie diese SMS weiter, um an der Aktion Sauberes Kärnten teilzunehmen.“*⁴¹⁷

Eine Woche später, am 9.2.2006, titelt „Der Standard“: *„Ortstafeln: Haider verrückt“*. Und im Artikel heißt es dann: *„Das ließ sich der Kärntner Landeshauptmann nicht nehmen. Jörg Haider griff selbst zur Schaufel und er selbst trug die Ortstafel ein paar Meter weit, um sie solchermaßen verrückt wieder eingraben zu lassen.“* Der Titel vermittelt, dass der Landeshauptmann verrückt geworden sei, was auch dem durch den Codierer mitgelieferten Interpretationsrahmen entspricht, jedoch keineswegs als ausgewogene journalistische Arbeit zu bewerten ist.⁴¹⁸

⁴¹⁶ Vgl. Kapitel 3.2.2.1

⁴¹⁷ Der Standard, Mörderische SMS gegen Slowenen, 1.2.2006

⁴¹⁸ Der Standard, Ortstafeln: Haider verrückt, vom 9.2.2006

Am 18.2.2006 führen der Chefredakteur der Kärntner Redaktion der „Kleinen Zeitung“, Reinhold Dottolo, und die politische Journalistin Antonia Gössinger ein Interview mit Rudi Vouk. Das Interview beginnt mit einer Frage in der Vouk zum „unbeliebtesten Kärntner“ gemacht wird und der Kampf um die Ortstafeln als „umstritten“ beschrieben wird: *„Herr Vouk, wie lebt es sich als unbeliebtester Kärntner, zu dem Sie mit ihrem umstrittenen Kampf um mehr zweisprachige Ortstafeln geworden sind?“* Der „unbeliebteste Kärntner“ muss sich dann gegen Haiders Argumente, dass Vouk rase, Menschen gefährde und den Frieden zerstöre zur Wehr setzen: *„Was können Sie den Argumenten, sie hätten mit Ihrer Raserei Menschen gefährdet und den Jahrzehnte währenden Frieden zwischen den Volksgruppen zerstört, entgegensetzen?“* Vouk erläutert, dass durch das fehlende Verbandsklagerecht der Minderheit leider kein „würdiger“ Weg zur Verfügung stünde, um offene Fragen auf dem „Rechtsweg beurteilen zu lassen“. So müsse man eben einen Strafbescheid beanstanden. Nächste Frage: *„Sind Sie noch im Besitz Ihres Führerscheins?“* Vouk antwortet, dass er in St. Kanzian / Škocjan 12 km/h zu schnell gefahren sei und am Ortsende von Bleiburg um 21 km/h, jeweils 70 Euro Strafe bezahlt habe und deshalb den Führerschein besitze. Die Journalisten fragen, nachdem Vouk die Rechtslage erklärt hat: *„Wie können Sie durch Unrecht Recht schaffen wollen?“* Vouk erläutert, dass es sich um eine Verwaltungsübertretung handle und geht dann auf die Volksgruppenpolitik Jörg Haiders ein: *„Der beharrliche Verfassungsbruch, der in Kärnten passiert, ist bei weitem schlimmer. Es verwundert, warum Haider mit Bleiburg so ein Theater aufführt. Bei den Konsenskonferenzen war immer klar, dass Bleiburg eine zweisprachige Tafel bekommen muss. Diese Ortstafelversetzungen zeigen, dass Haider nie bereit war irgendetwas zu erfüllen.“* Die Journalisten meinen daraufhin: *„Den Eindruck, gar keine Lösung zu wollen, kann man auch von Ihnen haben. Sie haben das Karner-Paket abgelehnt. Sind Sie jetzt bereit, Abstriche zu machen?“* Vouk stellt richtig, dass der Rat der Kärntner Slowenen das Karner-Paket mitgetragen habe. Vouk: *„Es war Haider, der die Konsenskonferenz platzen ließ. Mittlerweile geht es gar nicht mehr so*

sehr um zweisprachige Ortstafeln, sondern um die Frage, ist Österreich ein Rechtsstaat oder eine Bananenrepublik. Dass man Verfassungsgerichtshofurteile straflos ignorieren kann, ist der eigentliche Skandal. Wenn die Debatte weitergeht und statt einer Konsenslösung das Recht durchgesetzt wird, wird ironischerweise der Kärntner Landeshauptmann derjenige sein, der uns zu mehr Ortstafeln verhilft.“⁴¹⁹

Es ist journalistisch korrekt den Interviewpartner kritische, provozierende Fragen zu stellen. In diesem Fall ist jedoch die Wahl Rudi Vouks zum „unbeliebtesten Kärntner“ durch die Journalisten problematisch. In der ersten Frage verpackt, machen die Journalisten eine Zuweisung, die dem Interviewpartner signalisiert, dass er im öffentlichen Diskurs nicht positiv betrachtet wird. Das kann zu einer Verunsicherung führen, was bei Minderheitenfunktionären jedoch unwahrscheinlich ist, da sie sich meist mit Widerstand gegen ihre politischen Vorstellungen und ihre Person auseinandersetzen müssen. In der nächsten Frage konfrontieren die Journalisten Vouk mit dem argumentativen Vorwurf ein Raser, der Menschen gefährdet und Unfrieden bringt, zu sein. Die darauf replizierende rechtliche Argumentation des Befragten wird von den Journalisten nicht zur Kenntnis genommen. Ein möglicher Führerscheinentzug wird zur Sprache gebracht. Als Vouk die politische Unverlässlichkeit Haiders zur Sprache bringt, kontern die Journalisten, dass Vouk den Eindruck mache, keine Lösung in der Ortstafelfrage zu wollen. Generell vermittelt der von den JournalistInnen mitgelieferte Bedeutungsrahmen, dass Rudi Vouk rase, Menschen gefährde, nicht kompromissbereit sei und vor allem der unbeliebteste Kärntner sei. Positiv zu bewerten ist, dass Rudi Vouk die Möglichkeit geboten wird, Stellung zum durch die regierende Politik bestimmten Ortstafeldiskurs zu beziehen.

Drei Tage nach dem Interview mit Rudi Vouk interviewt die Journalistin Antonia Gössinger von der „Kleinen Zeitung“ den gerade aus der libyschen Wüste heimgekehrten Landeshauptmann Jörg Haider, der kurz

⁴¹⁹ Kleine Zeitung, Dank Haider zu noch mehr Ortstafeln, 18.2.2006

zuvor die Ortstafeln verrückt hat. Gössinger konfrontiert Haider mit der Meinung von Rudi Vouk, dass das österreichische Parlament ein Amtsenthebungsverfahren gegen Haider einleiten werde. Haider kontert: *„Erstens habe ich keine Angst. Ich habe schon so viel ausgehalten, ich halte das auch aus. Zweitens werde ich sicher länger im Amt sein als Vouk Rechtsanwalt. Er steht in der Gefahr, dass er aufgrund standeswidrigen Verhaltens seine Lizenz verliert. Jemand, der bewusst andere auffordert Rechtsbruch zu begehen, um irgendwelche Interessen durchzusetzen, handelt im Widerspruch zu den standesrechtlichen Verpflichtungen.“* Die Journalistin fragt weiter: *„Sie wissen von einer Initiative gegen Vouk?“* Haider antwortet: *„Es werden sich ein paar Rechtsanwälte finden, die so ein Verfahren in Gang setzen.“* Gössinger fragt: *„Ganz ehrlich, geht Ihnen die Ortstafeldebatte nicht auch schon längst auf die Nerven, so wie vielen anderen Kärntnern?“* Haider antwortet: *„Ja, selbstverständlich. Deshalb will ich eine endgültige Regelung haben. Aber sicher nicht eine, die durch Rechtsbruch erzwungen wird. In Wirklichkeit steht der Verfassungsgerichtshof im Blickpunkt. Er hat die Verfassung gebogen. Das, was wir Kärntner machen, ist ein Beitrag zur Sanierung des Versuchs, den Rechtsstaat aus den Angeln zu heben. Ich bin optimistisch, dass wir zu einer Lösung kommen, zu der die Bevölkerung Ja sagt. Das werden wir aber auch zum Beginn einer grundsätzlichen Debatte über den Verfassungsgerichtshof machen.“*⁴²⁰

Jörg Haider, Meister vieler Rollen und Positionen, wechselt in seiner Antwort auf die Frage nach seiner Amtsenthebung, die von der Journalistin mit Rudi Vouk in Verbindung gebracht wird, von einer anfänglichen Opferrolle, für das Volk vieles durchleiden zu können in die Rolle des Angreifers, der den „amtsenthobenen“ Rudi Vouk politisch überleben werde. Die Journalistin fragt nicht, ob er diese Aktion anstrengen werde, sondern, ob er von einer solchen Initiative wisse. Haider hegt jedoch keine Scheu, die RezipientInnen wissen zu lassen,

⁴²⁰ Kleine Zeitung, Bleibe länger im Amt als Vouk Anwalt, vom 21.2.2006

dass es in seiner Macht liege, „ein paar Rechtsanwälte“ zu finden, die seine Idee auch in Taten umsetzen würden. Dann öffnet Antonia Gössinger den LeserInnen ihre Seele, indem sie alle wissen lässt, dass ihr die Ortstafeldebatte schon längst auf die Nerven geht, ihr und vielen KärntnerInnen und Jörg Haider. Haider zeigt sich als Lösungssuchender, der den Verfassungsgerichtshof des Rechtsbruches bezichtigt und jede Lösung von der Bevölkerung abhängig macht. Einer Bevölkerung, deren slowenischer Anteil in Jörg Haiders Wirklichkeit nicht mitgedacht wird. Generell sind die politischen JournalistInnen der „Kleinen Zeitung“ von der Idee beseelt, die Frage der Ortstafeln ein für allemal zu lösen, da sie das Image eines modernen Kärntens, dem sich die JournalistInnen dieser Generation verbunden fühlen, beschädigen. Rudi Vouk wie Jörg Haider werden daher in Abständen auf ähnlicher Ebene für das Scheitern dieses Ziels verantwortlich gemacht.

Skurril wurde die Ortstafeldebatte um Rudi Vouk, als das BZÖ am 18.4.2006 aussendete: *„Neuerliche Volksanwaltschaftsattacke gegen Kärnten! - Stadler stellt Antrag auf Aufhebung der Ortsbezeichnungen St. Kanzian, Ebersdorf und Bleiburg“*. Im Untertitel heißt es dann: *„Vouk rast durch Ortschaften, die Volksanwaltschaft direkt zum Verfassungsgerichtshof – Ewald Stadler spielt den Taxifahrer für Rudi Vouk“*. In dem Artikel wird berichtet, dass *„die Volksanwaltschaft in ihrer Sitzung am 31. März 2006 nicht nur eine Misstandsfeststellung und Empfehlung betreffend zweisprachiger Wegweiser für die Ortsumfahrung St. Michael getroffen, sondern ist am gleichen Tag den direkten Weg zum Verfassungsgerichtshof angetreten“*. Über ihren Kandidaten für das EU-Parlament im Jahr 2009 meinten die BZÖ-Sprecher damals: *„In einem vom deutschen Schäferhund Ewald Stadler unterzeichneten Antrag an den Verfassungsgerichtshof wird die Aufhebung der Ortsbezeichnungen ‚St.Kanzian‘, ‚Ebersdorf‘ und ‚Bleiburg‘ gefordert.“* In der Aussendung reitet Jörg Haider dann Attacken gegen das zentralistische Wien, das sich gegen Kärnten verbündet habe.⁴²¹

⁴²¹ OTS0120, BZÖ: Neuerliche Volksanwaltschaftsattacke gegen Kärnten!, 18.4.2006

In der „Kleinen Zeitung“ vom 31.5.2006 berichtet Andrea Bergmann über eine Informationsveranstaltung von Vertretern der Slowenenorganisationen und der Heimatverbände. Moderator ist der Historiker Stefan Karner. Der pensionierte Exklusiv-Berichterstatter der „Kleinen Zeitung“ in Volksgruppenfragen, Heinz Stritzl, wird von seiner Kollegin Bergmann mit den Worten zitiert: *„Applaus erntet Heinz Stritzl (Plattform Kärnten) für seinen Konsens-Appell: ‚Ich bitte den Landeshauptmann sich nicht von einem einzigen Raser (Rudi Vouk Anm.) treiben zu lassen‘.“*⁴²²

Ihren Wunsch nach „Ruhe“ in der Ortstafelfrage tut Andrea Bermann schon im Titel des Artikels kund. Die „Kleine Zeitung“ übernimmt durch das Zitat die Wortschöpfung der Kärntner Politik und präzisiert diese sogar noch durch eine von der Redaktion in Klammer eingeschobene Erläuterung, dass es sich bei dem Raser um Rudi Vouk handle.

Am 1.7.2007 spricht Jörg Haider in der „Neuen Kronen Zeitung“ vom Auftrag des bereits verstorbenen FPÖ-Generalsekretärs Erich Silla, den er in der Ortstafelfrage erfüllt habe: *„Er, Haider, habe 2002 am Sterbebett von Erich Silla versprochen, die Ortstafel-Frage einer tragfähigen Lösung zuzuführen. Haider: ‚Silla hat immer betont, dass man sich zwar den extremen Forderungen der Slowenen, nicht aber einem fairen Kompromiss gegenüber verschließen soll. Die jetzige Lösung entspricht seinem Vermächtnis.“* Weiters sei die von Haider angepeilte Lösung eine *„gerechte Bestrafung für Zündler wie Vouk.“*

Interessant ist die dann von der Zeitung zitierte und von Rudi Vouk im Prinzip geteilte Meinung (vgl. Kapitel 7.1.) über den konkreten Inhalt des Ortstafelkompromisses: *„Dabei kam man zur Überzeugung, dass es lediglich elf neue zweisprachige Ortstafeln geben werde - also jene mit dem blauen Rand. Die restlichen 39 Schilder sind sogenannte Ortsbezeichnungen - kleine weiße Tafeln ohne Rand. Im Bezirk Klagenfurt-Land wird es daher keine einzige neue echte Ortstafel geben,*

⁴²² Kleine Zeitung, Dann muss ein Mal Ruhe sein, vom 31.5.2006

*in Villach-Land drei, im Bezirk Völkermarkt acht.*⁴²³

Jörg Haider bemüht sich im Juli 2007 seinen WählerInnen einen politischen Kompromiss plausibel zu machen. Aus diesem Grund greift er narrativ zu einem der Gründerväter der freiheitlichen Bewegung in Kärnten, um so die mögliche Interpretation, er wäre dem freiheitlichen Gedankengut untreu geworden, vorzubeugen. Das Versprechen am Sterbebett ist von großer mythischer Wirkung, dass jedoch schon bald für Jörg Haider keinerlei Rolle mehr spielen sollte. Die zweite Strategieschiene, auf der Haider seinen AnhängerInnen den Kompromiss schmackhaft machen will, ist die konkrete Analyse des Kompromisses. Haiders Fachleute kommen zu einem ähnlichen Ergebnis wie Slowenenvertreter Rudi Vouk in seiner Analyse, nämlich, dass es im Fall der angepeilten Lösung elf neue Ortstafeln geben würde, der Rest seien Schilder ohne Rand. Über diese Berechnung wird in der „Kleinen Zeitung“ und der „Kärntner Tageszeitung“ nicht berichtet.

Am 4.6.2007 verschärft Jörg Haider die politische Gangart, nachdem der Rat der Kärntner Slowenen weitere Beschwerden ankündigt. Haider verlautet in einer Aussendung: *„Wann wird diesem radikalen Nationalslowenen endlich der Führerschein abgenommen und die Anwaltszulassung entzogen?“ Mit diesen Worten reagierte Landeshauptmann Jörg Haider auf die heutigen Ankündigungen von Rechtsanwalt Rudi Vouk (Rat der Kärntner Slowenen), durch weitere Raser-Aktionen in 50 bis 70 Kärntner [sic!] Orten zweisprachige Ortstafeln vorm VfGH zu erzwingen.*⁴²⁴

„Der Standard“ schreibt am 9.7.2007: *„Der Kärntner Landeshauptmann will nun dem Slowenenvertreter und Juristen Rudi Vouk an den Kragen. Am Sonntag verkündete Jörg Haider, dass die Rechtsanwaltskammer aufgefordert worden sei, gegen Vouk ein Disziplinarverfahren einzuleiten.*

⁴²³ Neue Kronen Zeitung, Haider über Ortstafel-Lösung: "Habe ein Vermächtnis erfüllt!", 1.7.2006

⁴²⁴ OTS0185, Haider verurteilt angekündigte Raser-Aktionen von Rudi Vouk 4.7.2007

Parallel dazu will der BZÖ-Mann die Staatsanwaltschaft gegen den Rat-Vize der Kärntner Slowenen in Stellung bringen. Diese solle gegen Vouk wegen Gesetzesverletzung tätig werden.“ Weiter berichtet Nina Weißensteiner vom Vorhaben, Vouks Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einzulegen und von einer Pressekonferenz, in der der „Jurist“ „von 50 bis 70 Orten im zweisprachigen Gebiet, die man ‚systematisch‘ vorbringen wolle“ gesprochen habe. Weiters wird im Text das rechtliche Duell der Protagonisten beleuchtet: „Darin sieht Haider eine Aufforderung zum allgemeinen Ungehorsam gegen ein Gesetz - und den Paragraphen 281 des Strafgesetzbuches erfüllt, das mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr geahndet werden könne. (Abs.) Vouk selbst sieht den Prüfungen gelassen entgegen: ‚Haider macht sich damit völlig lächerlich‘, meint der Anwalt im Gespräch mit dem Standard: ‚Er vergisst anscheinend, dass gerade gegen ihn selbst ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft läuft, und zwar wegen Amtsmissbrauchs‘.“ Weissensteiner bietet Vouk die Möglichkeit zu erklären, dass er aufgrund des fehlenden Verbandsklagerechts auf die Praxis der Selbstanzeige angewiesen sei. Dass Haider ihn als „Raser“ beschimpfe, ärgere Vouk und er kann im Artikel klarstellen: „Für eine Selbstanzeige genügt es, an den Ortseinfahrten 60 Stundenkilometer zu fahren, und zwar für nur zwei Sekunden lang, auf zehn Meter.“⁴²⁵

Die „Neue Kärntner Tageszeitung“ bezieht eine sehr neutrale, wenn positioniert, eher positive Haltung zu Rudi Vouk ein. So heißt es am 10.7.2007: *„Die Ankündigung von LH Jörg Haider, gegen Rudi Vouk, Vizepräsident des Rates der Kärntner Slowenen, die Disziplinarkommission der Rechtsanwaltskammer und die Staatsanwaltschaft einzuschalten, sieht SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim als ‚unerträgliche Vorgehensweise‘. Repressionsversuche gegen Andersdenkende statt Dialog seien bei Haider altbekannt, so der SPÖ-Politiker. Gerade weil Haider eine fragwürdige Haltung gegen den Rechtsstaat einnehme, sei*

⁴²⁵ Der Standard, Haider will Disziplinarverfahren gegen Vouk, 9.7.2007

*diese Vorgehensweise umso grotesker, meint Jarolim.*⁴²⁶

In der „Kleinen Zeitung“ am Kärntner „Nationalfeiertag“, dem 10. Oktober bezieht Chefredakteur Reinhold Dottolo klar Position für die politische Strategie der Konsensgruppe. In sein Schussfeld geraten der für ihn „extrem deutsch“ positionierte Abwehrkämpferbund und der „extrem slowenisch“ positionierte Rudi Vouk. Dottolo meint: *„Es wäre an der Zeit, dass der Abwehrkämpferbund seine Positionen der Realität anpasst. So wie dies Heimatdienst-Chef Josef Feldner und der Obmann des slowenischen Zentralverbandes Marjan Sturm getan haben. Es muss ja nicht gleich ein Buch sein, das KAB-Obmann Fritz Schretter gemeinsam mit dem slowenischen Enfant terrible Rudi Vouk schreibt.“*⁴²⁷

Die Versöhnungsarbeit, die von den Obmännern des Kärntner Heimatdienstes Josef Feldner und des Zentralverbandes Marjan Sturm proklamiert wird, haben im politischen Diskurs die interpretative Möglichkeit eröffnet, die Bemühungen des Slowenenvertreters Rudi Vouk für die Umsetzung des Verfassungsgerichtshofsurteils als eine extreme Position zu definieren. Persönlich wird Vouk von Dottolo als *„Enfant terrible“* bezeichnet. Der Journalist Dottolo begründet seine Position in seiner Bemühung um „Frieden“ im Land. Diese Position bedeutet jedoch gleichzeitig Gewalt am Rechtsstaat und dem schwächeren Glied der Kärntner Gesellschaft, auch wenn gewisse Slowenenvertreter bereit sind auf die Umsetzung der Rechte zu verzichten.

Ein Beispiel der ausgewogenen Berichterstattung der „Neuen Kärntner Tageszeitung“ ist der Bericht über den Entscheid der Rechtsanwaltskammer, nicht *„gegen den Anwalt und Vize-Obmann des Rates der Kärntner Slowenen, Rudi Vouk vorgehen zu wollen. Vouk war zu schnell durch Ortsgebiete gefahren, um weitere zweisprachige Ortstafeln zu erzwingen. Auf Aufforderung von LH Jörg Haider hatte das*

⁴²⁶ Neue Kärntner Tageszeitung, Fragwürdige Haltung Haiders, 10.7.2007

⁴²⁷ Kleine Zeitung, Angst machen allein wird für die Zukunft nicht mehr reichen, 10.10.2007

Amt der Landesregierung im Sommer bei der Landesvertretung eine Anzeige eingebracht. Diese wurde nun zurückgewiesen. (Abs.) Haider reagierte auf die Entscheidung mit heftiger Kritik. Die Kammer fungiere als ‚Handlanger eines rasenden Rechtsbrechers‘, was einen ‚Schlag ins Gesicht eines jeden rechtstreuen Bürgers‘ darstelle.⁴²⁸

Anlässlich des 80. Geburtstages von Leopold Wagner schreiben die Journalistinnen Antonia Gössinger und Andrea Bergmann in der „Kleinen Zeitung“: *„Landesvater hörte er lieber, ein Landesfürst war er, der letzte große: Leopold Wagner!“* Nach diesen pathetischen Einleitungsworten outen die Journalistinnen Jörg Haider und Peter Ambrozy als geheime Ziehöhne des Landesfürsten, den Haider und Ambrozy im Artikel vor allem für seine Volksgruppenpolitik loben, im Speziellen für den Dreiparteienpakt. *„Er hat diese Regelung 1976 zustande gebracht, bis sie Rudi Vouk in Frage gestellt hat.“* Die Autorinnen weiter über das Verhältnis Wagners zu Haider: *„Denn das Verhältnis sei immer ‚hart, aber herzlich‘ gewesen. Einmal wurden die beiden bei einer gemeinsamen Pressekonferenz zur Volksgruppenfrage in Wien tätlich angegriffen. (Abs) Dass seine „Buam“ Peter Ambrozy und Jörg Haider 2004 sich zu einer Koalition fanden, wird den alten Landesfürsten sehr gefreut haben. Wenn auch nur kurz, weil eine Frau die Kreise störte.“⁴²⁹*

Die Dekonstruktion der politischen Verhältnisse in Kärnten zeigt auf, dass der Konsens über den Ausschluss der Volksgruppe aus allen politischen Prozessen der Kitt ist, der das Land zusammenhält. Dass Jörg Haider den „aufrechten Hitlerjungen“ und „Landesfürsten“ Leopold Wagner trotz der unterschiedlichen Parteizugehörigkeit als seinen Ziehvater betrachtet, überrascht in diesem Zusammenhang wenig. Unkommentiert gestalten Gössinger und Bergmann einen Erlebnisbericht über das Schwelgen in gemeinsamen Erinnerungen von Haider und Wagner. Dass beide bei einer Pressekonferenz attackiert wurden, ist ein letzter Beleg der

⁴²⁸ Neue Kärntner Tageszeitung, Ungestraftes Schnellfahren, vom 13.11.2007

⁴²⁹ Kleine Zeitung, Hart, aber herzlich: Was von der Ära Wagner blieb, 2.12.2007

Schicksalsgemeinschaft in Volksgruppenfragen, für die beide sogar „tätliche Angriffe“ in Kauf nehmen. Ein kleines emanzipatorisches Aufbäumen leisten sich die Autorinnen im letzten Satz, der den Eintritt von Gaby Schaunig in den Kärntner politischen Männerbund ansprechen soll. Gaby Schaunig wurde Opfer des „Kriminalisierungsmechanismus“ durch Jörg Haider, der sie letztendlich auch zur politischen Aufgabe zwang.⁴³⁰

Einen Vergleich über die Berichterstattung aller drei Kärntner Tageszeitungen bieten die Artikel anlässlich des Gerichtsverfahrens gegen einen Unterkärntner, der Rudi Vouk bedroht hatte. Die „Neue Kronen Zeitung“ titelt: *„Prozess um Denkkzettel für Vouk!“*, die „Kleine Zeitung“ *„Ortstafel-Feind verurteilt“* und die „Neue Kärntner Tageszeitung“: *„Anwalt wurde zum Opfer“*. Schon diese Titel zeigen die unterschiedlichen Zugänge zur Thematik. Während in den Headlines der „Neuen Kronen Zeitung“ und der „Kleinen Zeitung“ mehr Fragen eröffnet als beantwortet werden und vor allem die Schuldfrage nebulös im Raum stehen bleibt, titelt die „Neue Kärntner Tageszeitung“ ganz klar mit der Opferposition von Rudi Vouk. In den Artikeln gehen alle drei Zeitungen mit Zitaten aus dem Prozess auf die Motivation des Angeklagten, den Rechtsanwalt Rudi Vouk zu bedrohen, ein. Alle drei berichten über einen verschlossenen Täter, der dann für vier Monate bedingt verurteilt wird. Überraschend bewertet die „Neue Kronen Zeitung“ das Urteil als mild.⁴³¹

Am 30.7.2008 meint Stefan Petzner in einer OTS-Aussendung: *„Die Nominierung des rasenden Rechtsbrechers Rudi Vouk durch die LIF-ler kommt einer Kriegserklärung gegenüber Kärnten gleich.“*⁴³² Petzner, immer ein Freund geflügelter Worte, stilisiert den Vertreter der Kärntner SlowenInnen zum ultimativen Feind, dessen Kandidatur für ein politisches Amt automatisch einen Schaden für das Land bedeutet. Vouk wird so durch einen Politiker ethnisiert und diffamiert.

⁴³⁰ Vgl. oesterreich.ORF.at, <http://kaernten.orf.at/stories/92779/>, 1.6.2009

⁴³¹ Kronen Zeitung, Prozess um Denkkzettel für Vouk, 21.3.2008; Kleine Zeitung, Ortstafel-Feind verurteilt, 21.3.2008; Neue Kärntner Tageszeitung, Anwalt wurde zum Opfer ..., 21.3.2008

⁴³² OTS0192, BZÖ-Petzner: Nominierung von Vouk durch LIF-ler kommt Kriegserklärung gegenüber Kärnten gleich, 30.7.2008

Die Journalistin oder der Journalist mit dem Kürzel „friki“ überrascht in der „Neuen Kronen Zeitung“ anlässlich der liberalen Nominierung mit einem slowenischen Satz – wahrscheinlich erstmalig in dieser Zeitung: *„Wir brauchen also Zivilcourage, meint Vouk. Durch Orte zu rasen, ist keine solche, Herr Vouk! Das ist gesetzesbrecherisch, gefährlich und Ausdruck eines, na sagen wir, eher seltsamen Gemütes. Weil aber dieser Anwalt alles, was nicht zweisprachig ist, sehr gerne vor das Verfassungsgericht zerrt, sei es ihm in seiner Lieblingssprache gesagt: Wir brauchen keine Raser - Mi ne rabimo divjace!“*

Interessant wäre es zu erfahren, was „friki“ über den verunglückten Landeshauptmannes zu sagen hat, dessen Tacho bei 142 km/h stehen blieb, wenn ihn oder sie schon die 15 km/h Geschwindigkeitsüberschreitung veranlassen anzudeuten, dass Rudi Vouk verrückt sei. Wie die Dekonstruktion lehrt, ist alles eine Frage der Perspektive.⁴³³

Nach dem Unfalltod Jörg Haiders trat Gerhard Dörfler sein Erbe in volksgruppenpolitischen Fragen an. Im Ö1-Interview mit Stefan Kappacher freute sich der designierte Landeshauptmann über das schlechte Abschneiden Rudi Vouks bei der Nationalratswahl: *„Denn die Hoffnung des Liberalen Forums war ja, dass quasi die slowenisch-sprachige Bevölkerung den Rechtsverdrehler und Vollgasfahrer Rudi Vouk eine hohe Zustimmung erteilen wird, das war ja nicht der Fall.“* Kappacher fragt nach: *„Sie werfen Rudi Vouk das Schnellfahren vor, das war ein politisches Statement. Und Rudi Vouk ist nicht 140 gefahren.“* Dörfler meint darauf: *„Ja - man soll jetzt diesen tragischen Unfall nicht sozusagen die Geschwindigkeitsdiskussion führen. Jörg Haider hat schnell gelebt, und jeder Österreicher, der ehrlich ist, und jeder Politiker, der ehrlich ist, wird zugeben, dass er ab und zu aus Eile, warum auch immer, relativ schnell unterwegs ist. Auch Bundeskanzler Gusenbauer ist einmal mit 200 km/h auf der Autobahn unterwegs gewesen, ich habe ihm da keine Vorwürfe*

⁴³³ Neue Kronen Zeitung, Raser-Rudi und der Mut, vom 3.9.2008

*gemacht. Es ist ein tragischer Unfall.*⁴³⁴

Während Rudi Vouk wegen einer Geschwindigkeitsübertretung von unter 20 km/h jahrelang als „rasender Rechtsbrecher“ von Politikern des BZÖ kriminalisiert wird, spielt die Geschwindigkeitsübertretung des Landeshauptmannes, der gekoppelt mit starker Alkoholisierung zu seinem Unfalltod führte, plötzlich keine Rolle. Das Rasen durch Jörg Haider ist scheinbar gerechtfertigt, da dieser auch rasant gelebt hätte und Politiker sowieso mit Sonderrechten ausgestattet seien. Rudi Vouk wird von Dörfler ein paar Tage nach dem Unfall von Jörg Haider als „Rechtsverdrehler und Vollgasfahrer“ stigmatisiert. Dieser Verlust jeglicher Urteilskraft und die mangelnde elementare Fähigkeit Realitäten in Beziehung zu setzen ist so offensichtlich, dass sich eine weitere Analyse erübrigt.

11.1.3. Interpretation der Ergebnisse

11.1.3.1. Die „Kleine Zeitung“

Die Analyse zeigt, dass die „Kleine Zeitung“ dem Thema um die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof, dem Beschwerdeführer und dem Verfassungsgerichtshofsspruch die zweisprachigen Ortstafeln betreffend viel Raum bietet. Die „Kleine Zeitung“ will in diesen Fragen als Meinungsbildnerin auftreten, wobei das Kleinformat eine eigene politische Strategie verfolgt. Durch die klare Parteinahme für die ihrer Meinung nach konsensbereiten Kräfte, konkret dem Slowenenvertreter Bernard Sadovnik, dann mit der Koalition zwischen Zentralverband und Heimatdienst (Marjan Sturm und Josef Feldner), soll eine Einigung in der Frage der zweisprachigen Ortstafeln erzielt werden und somit das Thema endgültig aus dem politischen und medialen Diskurs verschwinden. Diese Strategie hat zur Folge, dass Rechtsanwalt Rudi Vouk immer wieder und im Laufe der Zeit immer unverfrorener ins nationalistische, extremistische Eck gedrängt wird und in manchen Texten nicht nur ethnisiert, sondern

⁴³⁴ Ö1 Mittagsjournal, Interview mit dem design. Kärntner LH Gerhard Dörfler, 14.10.2008

kriminalisiert wird. Rudi Vouk wird als Gegenspieler des Abwehrkämpferbundes medial konstruiert. Die „Kleine Zeitung“ bringt die Heimatverbände als Verhandlungspartner in der Ortstafelfrage ins Spiel, was als zutiefst minderheitenfeindlich gewertet werden muss und außerhalb Kärntens nicht der politischen Praxis entspricht. Der Kärntner Landeshauptmann darf seine politischen Strategien, die zuerst die Kriminalisierung der Verfassungsgerichtshofspräsidenten Ludwig Adamovich und Karl Korinek und dann von Rudi Vouk zum Ziel haben, offen kund tun. So verlangt Haider zum Beispiel in der „Kleinen Zeitung“, dass Vouk seine Anwaltslizenz verlieren soll.

Kommt Jörg Haider mit der politischen Strategie der „Kleinen Zeitung“ in Konflikt, wird auch er kritisiert. Obwohl Rudi Vouk, im Gegensatz zur Vergangenheit, als Minderheitenvertreter in den Kärntner Zeitungen nicht vorkamen, regelmäßig zu Wort kommt, bringt die „Kleine Zeitung“ kein Verständnis für die Geschwindigkeitsübertretung als einzigen Weg zur Beschwerde vor dem Verfassungsgericht auf und macht sich auch nicht die Mühe, diese den RezipientInnen zu erklären. Die Geschwindigkeitsübertretung wird als Anlass für eine Diskussion gewertet, die den JournalistInnen der „Kleinen Zeitung“ lästig ist. Die Strategie des divide et impera, die „Wir gegen Wien“-Strategie, die Täter-Opfer-Umkehr sowie die Anrufung der alten Kärntner Geschichtsschreibung als die Wirklichkeit sind einige jener medialen Strategien, die versuchen den Slowenenvertreter, der sich für die Umsetzung eines Verfassungsgerichtshofspruch stark macht, mundtot zu machen. Die Berichterstattung der „Kleinen Zeitung“ ist, wenn auch nicht ausschließlich nationalistisch motiviert, minderheitenfeindlich, kriminalisierend und ethnisiert und trägt nicht zu einer friedvolleren Zukunft bei.

11.1.3.2. Die „Neue Kärntner Tageszeitung“

Die Berichterstattung der „Neuen Kärntner Tageszeitung“ unterscheidet sich der Analyse zufolge gravierend von jener der „Kleinen Zeitung“. Die „Neue Kärntner Tageszeitung“ will die RezipientInnen über das Verfassungsgerichtshofsurteil und sein Zustandekommen informieren. Der slowenische Interessensvertreter Rudi Vouk kommt zu Wort. Die politische Strategie der „Neuen Kärntner Tageszeitung“ besagt, dass Recht umgesetzt werden muss. Zum Slowenenvertreter bezieht die „Neue Kärntner Tageszeitung“ eine neutrale bis positive Position. Übergriffe Haiders, wie das Verlangen, Vouk die Lizenz zu entziehen, wird kritisiert. Stigmatisierung ist die Ausnahme und kann als die Meinung einzelner Autoren gewertet werden. Die Berichterstattung der „Neuen Kärntner Tageszeitung“ ist geeignet zu einer gewaltfreieren Zukunft beizutragen.

11.1.3.3. Die „Neue Kronen Zeitung“

Die „Neue Kronen Zeitung“ bedient sich aller Vorurteilsstrategien, die für die Untersuchung ausgearbeitet wurden. Im Gegensatz zur „Neuen Kärntner Tageszeitung“ sind journalistisch korrekte, nicht minderheitenfeindliche Beiträge rare Ausnahmen, die meist nicht von den Kärntner Autoren der „Neuen Kronen Zeitung“ verfasst wurden. Die politische Strategie der „Neuen Kronen Zeitung“ besteht aus dem Bestreben, die Volksgruppe zum Schweigen und zur Aufgabe ihrer Kultur zu bringen. Im Gegensatz zur „Kleinen Zeitung“ wird dieses Ansinnen nicht codiert, sondern ganz klar vom Meinungsbildner, dem Autor Noricus, auf die RezipientInnen losgelassen. Noricus äußert in klarer reißerischer Sprache rassistische, minderheitenfeindliche Vorurteile und beruft sich unverhohlen auf eine Wirklichkeit, in der die Minderheit als Bittsteller froh über jede Förderung sein müsste. Beruft sich die Volksgruppe auf ihre Rechte, wie der Anwalt Rudi Vouk wird sie und ihre ProtagonistInnen kriminalisiert und ethnisiert. Die Zeitung diffamiert sogar den verstorbenen Vater des Beschwerdeführers, Rudolf Vouk, und will ihm eine „braune

Vergangenheit“ andichten. Die Meinungen der Mächtigen im Land werden ohne kritisch hinterfragt zu werden transportiert, so sie der politischen und kommerziellen Strategie der „Neuen Kronen Zeitung“ dienen. So wird die Wortschöpfung des Kärntner Landeshauptmannes vom „rasenden Rechtsbrecher Rudi Vouk“ kritiklos übernommen. Die Berichterstattung der „Neuen Kronen Zeitung“ schafft Konflikte und fördert die Konflikte in Kärnten.

11.1.3.4. „Der Standard“

Die Wiener Qualitätszeitung „Der Standard“ bringt in erster Linie Reportagen großen Umfanges über die Thematik der zweisprachigen Ortstafeln. Die Texte werden aus vielen Quellen gespeist und schon aus Gründen der Dramaturgie und des Spannungsaufbaues kommen verschiedene Meinungen zu Wort. Wobei die Parteinahme der JournalistInnen für die Minderheit, da sie das schwächere gesellschaftliche Glied ist, als Schritt der Objektivierung der Wirklichkeit gewertet wird. Zitate deutschnationaler Aussagen werden als Dokumentation von Ungeheuerlichkeiten gesehen und wenn gedruckt, sofort im Anschluss hinterfragt. „Der Standard“ verfolgt die politische Strategie, dass die Minderheitenschutzrechte aus dem Artikel 7 des Staatsvertrages umgesetzt werden müssen. Die JournalistInnen vom „Der Standard“ versuchen die politischen Strategien der Mächtigen zu dekonstruieren und sehen sich als Korrektiv. Diese Berichterstattung ist geeignet zu einer gewaltfreieren Zukunft beizutragen.

11.2. Die Feinanalyse

11.2.1. Die Analyseschritte

Die Interpretation der Ergebnisse der Überblicksanalyse haben die politischen und journalistischen Strategien der Zeitungen im Mediensample ergeben. In einer zweiten Untersuchung wird nun ein jeweils für die journalistische Arbeit der einzelnen Zeitungen charakteristischer Artikel, der innerhalb des Zeitraums vom 19.12.2001 bis zum 21.12.2001 erschienen ist, einer Feinanalyse unterzogen.

Auch bei diesen Texten gibt das mehrmalige intensive Lesen (close reading) – mit der Auflage, die Texte aus verschiedenen Perspektiven, unterschiedlichen „reading positions“ nach Hall, zu erarbeiten – Aufschluss über den von der Autorin / vom Autor beabsichtigten Interpretationsrahmen. Die weiteren Analyseschritte betreffen die Untersuchung politischer Strategien und sprachlicher Besonderheiten des Textes, die Ermittlung von Besonderheiten in der Sprachstruktur, die Analyse von politischen Strategien, die journalistische Qualitätsermittlung nach Ulrich Sarcinelli und Rudi Renger, das Hinterfragen der medial konstruierten Wirklichkeit und Narration und die Ermittlung von Kriminalisierungs- und Ethnisierungsstrategien in den Texten. Die Ergebnisse der Feinanalyse, welche den Text in seiner dekonstruierten Form darstellen, sollen schließlich mit den Ergebnissen der Überblicksanalyse verglichen werden.

11.2.2. Die Anwendung der Analyse

Obwohl bei der Feinanalyse die Oberflächenstruktur ausgespart werden muss, wurden die Absätze der zu untersuchenden Texte durchnummeriert, um damit eine bessere Nachvollziehbarkeit der Analyse zu erreichen.

11.2.2.1. Die „Kleine Zeitung“

11.2.2.1.1. Auffälligkeiten beim „close reading“

Der zu untersuchende Text in der „Kleinen Zeitung“ erschien am 19.12.2001 unter dem Titel „St. Kanzian / Skocijan: Die Tafel steht nicht eine Nacht“. Autor der Reportage aus einem Kärntner Dorf ist der Journalist Adolf Winkler.⁴³⁵

Bei der Überprüfung der Rolle der Journalistin / des Journalisten hält sich die Untersuchende immer vor Augen, dass sich jede Autorin / jeder Autor aussucht, wen sie, auf welche Art, in welcher Länge zu Wort kommen lässt. Die JournalistInnen sind die SchöpferInnen einer neuen Wirklichkeit. Es gilt nun zu hinterfragen, welchen Kriterien und Strategien folgend die AutorInnen ihre Texte schaffen.

Beim Titel des Artikels ist die Bezeichnung des Ortsnamens „St. Kanzian / Skocijan“ insofern auffällig, da es generell in der „Kleinen Zeitung“ nicht üblich ist, dass Ortsnamen zweisprachig ausgewiesen werden. In Verbindung mit dem Hinweis auf das zu erwartende Verschwinden der Ortstafel, die auf solche Art beschriftet wäre, erklärt warum die zweisprachige Beschriftung im Artikel Platz findet.

Der Autor Adolf Winkler bedient sich in Absatz 1 einer Sprache, die mit Rennfahrern und Geschwindigkeitsübertretung konnotiert wird. Vom „Vollgas“, dem „Hochfahren von Emotionen“ bis hin zum „Radarbild der Kärntner Seele“ weist die Wortwahl auf die Intention des Autors hin, das von ihm im Text zu schaffende Stimmungsbild in einem Kärntner Dorf kausal mit der Geschwindigkeitsübertretung des Rechtsanwaltes Rudi Vouk in Verbindung zu bringen.

⁴³⁵ Vgl. Kleine Zeitung, St. Kanzian/Skocijan: „Die Tafel steht nicht eine Nacht“, 19.12.2001

Im Absatz 2 zitiert der Autor den Ortsnamen „*Schreckendorf*“, einen Ortsnamen, der für die zu erzählende Geschichte auf den ersten Blick keine Rolle spielt. Die Entscheidung, das Wort „*Schreckendorf*“ in den Text aufzunehmen, liegt in der Intention, der negativen Stimmung einen Namen zu geben.

Vulgäre Ausdrücke wie „*der Rechtsanwalt der Trottel*“ in Absatz 3 erwecken auf den ersten Blick den Eindruck der Authentizität. Der Autor könnte sich auch gegen die Aufnahme der Beschimpfung entscheiden, oder sie in indirekte Rede setzen, sie bildet jedoch einen guten Übergang, um die Ansicht des Autors zur Rolle Vouks in der aktuellen Ortstafeldebatte kundzutun: „*Gemeint ist Rudi Vouk, der mit dem Auto das Ortsschild St. Kanzian vor der Tankstelle absichtlich zu schnell passiert und so beim Verfassungsgerichtshof die Kärntner Ortstafelregelung von 1976 über den Haufen gefahren hat.*“ Den Beweis, dass der Slowenenvertreter absichtlich zu schnell gefahren ist, bleibt Winkler schuldig.

In Absatz 4 zitiert Winkler „*echte Ortstafelstürmer*“, die Adamovich samt Verfassungsgerichtshof nach Hause schicken möchten, dabei wird die politische Strategie „Kärnten gegen Wien“ angestrengt. Weiter heißt es im Text: „*Die Tafel steht nicht eine Nacht, zischt Adrian Eberhart hervor. Der Stoppelbärtige meint es ernst. Die Tafel, die auf allen Zeitungsfotos war, hab' ich ausg'rupft. Beim Ortstafelsturm 1972, vor den Augen der Gendarmerie. Weg war sie - von unbekanntem Tätern entfernt.*“ Winkler gelingt es, im Gespräch mit Herrn Eberhart zu erfahren, was die Kärntner Politik über Jahrzehnte gar nicht wissen wollte, nämlich, wer die TäterInnen während des Ortstafelsturmes waren. Winkler lässt die Ortstafelstürmer und jene, die welche werden wollen, unkommentiert zu Wort kommen.

„Zwei Frauen stehen im Lokal auf und gehen, kommentieren dabei schroff: ‚Obmontier’n!‘ und ‚I steh’ Schmier!’“ Der Autor zitiert in Absatz 5 Frauen, welche zweisprachige Ortstafeln abmontieren wollen und dass ganz geheim.

Im Absatz 6 wechselt der Journalist seine Klientel und unterhält sich mit einer *„distinguierten Damenrunde“*. Die Hotelbetreiberinnen werden von Winkler zitiert: *„Wenn neue Tafeln kommen, stehen die bei uns keine Stunde. Es soll so bleiben, wie es ist. Wir haben schon besorgte Anrufe von Gästen bekommen. Wir sind alle nicht für den Haider, aber da hat er Recht. Die Ortstafeln wollen nur die extremen Slowenen. Gegen die Windischen haben wir nichts.“* Zweisprachige Ortstafeln seien demnach geschäftsschädigend. Die Damen vertrauen auf den Landeshauptmann als Garant für keine weiteren Tafeln. Die Strategie, die SlowenInnen in „gute“ einerseits und „extreme“ Menschen andererseits aufzuteilen, funktioniert auch im Dorf und Adolf Winkler ist bereit diese Strategien in seinem Artikel zu transportieren.

Im Absatz 7 wechselt der Autor kurzfristig seinen umgänglichen Stil und fügt die Statistik der Volkszählung aus 1991 ein. 65 BürgerInnen gaben Windisch als Umgangssprache an, *„das sind 1,5 Prozent. 623 kreuzten Slowenisch als Umgangssprache an, mehr als 15 Prozent.“* Weiter im Text darf eine Hotelbesitzerin, die dem Abwehrkämpferbund angehört, den friedlichen Zeiten nachweinen.

Dem blutigen Abwehrkampf widmet der Autor Absatz 8 und erklärt den Abwehrkampf mit den Worten: *„[...] als 1918 die jugoslawischen SHS-Truppen Südkärnten angriffen. An die 1920 für Österreich erfolgreiche Volksabstimmung erinnert die Anschrift: 10.-Oktober-Platz.“*

Nach acht Absätzen kommt zum ersten Mal im Artikel ein Vertreter der slowenischen Volksgruppe zu Wort: *„Die nächsten blutigen Kapitel schlägt Milan Wutte aus seiner Familienchronik auf: ‚Mein Vater war zuerst bei der*

deutschen Wehrmacht, dann, als er gesehen hat, wie die Nazis slowenische Familien verschleppt haben, ging er zu den Freiheitskämpfern. Den Partisanen.“ Winkler schafft es in ein paar Zeilen den Kärntner seine Sicht des Abwehrkampfes und des slowenischen Freiheitskampfes zu erläutern. Die Angst komplizierte, historische Konstrukte an die LeserInnenschaft in zu verkürzter Form weiterzugeben, ist für den Autor kein Thema. Er weiß, was er sagen will und kann die Thematiken in einfachsten Sätzen niederschreiben.

In Absatz 10 kreidet ein slowenischer Gemeinderat die vom Kärntner Landeshauptmann geplante Minderheitenfeststellung an und verlangt die Umsetzung des Verfassungsgerichtshofsurteils, da Gesetze erfüllt werden müssten.

In Absatz 11 wird sofort der anderen Sicht der Dinge durch FPÖ- und SPÖ-Kommunalpolitiker Platz gegeben: *„Wir verlassen uns voll auf den Jörg.“ Auch SPÖ-Bürgermeister Albert Holzer wehrt sich gegen den VGH-Spruch: ‚Zehn Prozent Slowenenanteil für die Ortstafeln sind zu tief gegriffen. Das würde ja den Eindruck erwecken, als wären wir ein slowenisches Siedlungsgebiet.’*“ Und somit ist in Absatz 11 das viel zitierte und befürchtete „slowenische Siedlungsgebiet“ in die Wirklichkeit des Artikels von Adolf Winkler eingezogen.

In Absatz 12 wird gezeigt, dass sich ein Kärntner sozialdemokratischer Politiker dem Dreiparteienpakt in Volksgruppenfragen und den heimattreuen Verbänden verbunden fühlt: *„In Holzers Büro prangt eine Ehrenurkunde der Landsmannschaft. Beim Kärntner Heimatdienst und beim Abwehrkämpferbund ist der SPÖ-Mann ebenfalls Mitglied. Um Parteichef Gusenbauer die Südkärntner Seele klarzumachen, habe er um einen Termin angefragt. Denn: ‚Die Stimmung in der Gemeinde ist nicht gut.’*“ Der Autor eröffnet mit diesem Satz den politischen Diskurs „Wien-Kärnten“. In diesem Fall muss der Kärntner SPÖ-Gemeindepolitiker den Wienern wieder einmal die Kärntner Wirklichkeit erklären.

„Die Slowenen sind mit nix zufrieden. Mit den Windischen funktioniert das Zusammenleben“, heißt es in Absatz 13. Gemäß der Strategie *divide et impera* heißt dies: gemeinsam mit den Windischen wollen die Interviewten hart bleiben und dem Druck in der Ortstafelfrage nicht nachgeben.

In Absatz 14 und 15 wird die funktionierende Zweisprachigkeit in Kirche, Schule, Sport und Kulturvereinen angesprochen: *„Auch das Verkehrswarnschild ‚Vorsicht Kinder / Pazi na otroke‘ hängt wie selbstverständlich in Vesielach, wo Hotelier und Bauer Wutte den Slowenen-Anteil auf 40 Prozent schätzt.“*

In Absatz 16 wird die Enkelin des Partisanen, welche die zweisprachige Handelsakademie HAK / TAK in Klagenfurt besucht, vorgestellt. Sie erzählt: *„Die Sprachen werden in der Schule immer wichtiger. Von anderen Jugendlichen werden wir oft beneidet, dass wir Slowenisch können.“*

Jedoch sofort in Absatz 17 wird erklärt, was das Slowenischkönnen für Folgen hat: *„Aus der benachbarten deutschsprachigen Schule würden sie aber manchmal auch als ‚Jugo‘ beschimpft. Auch weil Schülerinnen aus Ex-Jugoslawien die HAK besuchen. So wie ihre Freundin Mija aus Slowenien. Sie kann sich in ihrer Heimat eine Ortstafel Kranj / Krain nicht vorstellen: ‚Da gibt es ja keine Österreicher. Die Slowenen und die Österreicher sind sich gegenseitig nicht sehr sympathisch.“* Winkler schafft es wieder in fünf Zeilen die rassistischen Übergriffe, die Frage der Reziprozität in der Ortstafelfrage bis hin zur Stigmatisierung der ÖsterreicherInnen durch SlowenInnen abzuhandeln.

Die Conclusio in Absatz 18 inszeniert überraschend die „problemlose“ Aufstellung einer zweisprachigen Ortstafel in der Nähe von Klagenfurt / Celovec.

11.2.2.1.2. Die Anwendung des Untersuchungsrahmens

Der Autor bedient sich bewusst eines sehr einfachen Wortschatzes, in den er auch transkribierte dialektale Ausdrücke einfließen lässt. Winkler verwendet je nach dem zu transportierenden Inhalt den geeigneten Wortschatz und setzt ihn gezielt ein, um seinen Interpretationsrahmen zu verfestigen. (Vgl. Absatz 1)

Der Autor bedient sich zuerst eines vulgären Zitates, das die Meinung der Menschen kundtun soll, dass Rudi Vouk aus Dummheit Unheil über das Volk bringt. Dass der Autor die vulgäre Meinung teilt, wird später im Text klar, da Winkler dem Slowenenvertreter unterstellt, eine absichtliche Geschwindigkeitsübertretung begangen zu haben, um so die funktionierende Regelung außer Kraft zu setzen. Winkler setzt Vouk durch sprachliche Mittel mit den Ortstafelstürmern gleich, indem er meint, dass Rudi Vouk „die Kärntner Ortstafelregelung „über den Haufen“ fährt.

Ähnlich agiert Winkler im Absatz 17. Zuerst lässt der Autor im ersten Satz eine Schülerin erzählen, dass sie rassistisch beschimpft wird, da auch Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien die Schule besuchen würden, daraufhin darf Mija aus Slowenien erzählen, dass sie sich eine zweisprachige Ortstafel in Slowenien nicht vorstellen könne. Mija erläutert weiters Ressentiments zwischen ÖsterreicherInnen und SlowenInnen. Analytisch betrachtet, ist dieser Absatz ein Karussell politischer Vorurteilsstrategien. Ein Vorurteil, jeweils postuliert als direkte Rede, wird vom nächsten abgelöst.

Der Autor zeichnet strategisch zwei Antipode, die Nachkommen der AbwehrkämpferInnen und die Nachkommen der PartisanInnen. Rudi Vouk als Symbol für die unruhestiftenden SlowenInnen wird im Gegensatz zu den Windischen im Text als „Trottel“ beschimpft. Der Autor bedient sich sowohl der Täter-Opfer-Umkehr als auch der schwarz-weiß-Strategie. SlowenInnen, die sich für die Rechte der Kärntner SlowenInnen einsetzen,

werden zu TäterInnen stilisiert, die „absichtlich“ den Kärntner Frieden „niederfahren“. Der „normale“ Kärntner kann in direkter Rede seine Sympathien mit den Windischen bekunden und slowenische ExtremistInnen verteufeln. Quasi als Belohnung wird er dann als wirtschaftliches Opfer dargestellt, das in der Person der Hotelbesitzerin unter Gästeschwund zu leiden hat, die von der Annahme ausgeht, dass sich Gäste in einem Dorf, das zweisprachig beschildert ist, nicht niederlassen würden.

Die Überprüfung der Umsetzung des Artikels 7 des Staatsvertrages wird als nicht legitim dargestellt. Als Idealbild wird im Artikel der Windische postuliert, der sich ruhig verhält und nichts fordert. Es wird durch Winkler auch klar gemacht, dass die aufgebrachten InterviewpartnerInnen auch über eine narrative Tradition verfügen, die sie lehrt, wie sie mit diesen Ortstafeln umzugehen haben. Ein Mann steht sogar namentlich dazu, ein Ortstafelstürmer zu sein.

Im Text wird Minderheitenfeindlichkeit und Rassismus auf zwei Ebenen geäußert. In der ersten narrativen Wirklichkeit erzählt ein Mann in Absatz 4, wie er zweisprachige Ortstafeln abgerissen hat. Die zweisprachige Ortstafel ist als Symbol für die Rechte der Kärntner SlowenInnen zu sehen, ihr Niederreißen als ein Zeichen der Entrechtung. In Absatz 17 berichtet eine junge Kärntner Slowenin als „*Jugo*“ beschimpft worden zu sein. Ihre Freundin aus Slowenien beschwört Ressentiments zwischen SlowenInnen und ÖsterreicherInnen. Der Autor lässt das alles unkommentiert geschehen. Im Bezug auf die durch die Anwesenheit des Journalisten geschaffene Wirklichkeit, wird Minderheitenfeindlichkeit in Absatz 2 evident, wenn Rudi Vouk als „*Trottel*“ beschimpft wird, der durch seine Geschwindigkeitsübertretung allen schadet. Weiters wird in der Überschrift und den Absätzen 3, 4 und 5 bekräftigt, dass eine zweisprachige Ortstafel nicht einmal eine Nacht stehen würde. Die Erzählung vom Abreißen der Tafeln ist im Prinzip zutiefst minderheitenfeindlich, da die Minderheit entrechtet wird und gezeigt wird,

dass sie nicht erwünscht ist, solange sie sich artikuliert. Wenn ein Mann im Gasthaus damit prahlt, die Tafeln abgerissen zu haben, prahlt er damit, die Kärntner SlowenInnen „mit eigenen Händen“ entrechtet zu haben.

Eines der Hauptprobleme des Textes ist, dass durch die Zitierstrategie bei den LeserInnen der Eindruck erweckt wird, dass die Meinung des Volkes transportiert wird. Umgangssprachliche Zitate verstärken diesen Eindruck. In Wahrheit werden jedoch die Meinungen des Volkes vom Autor nicht hinterfragt, sondern als Argumentation für die durch seinen Text transportierte Wirklichkeit gebraucht.

Aus Sicht der journalistischen Qualitätsermittlung ist der Text zwar aus unterschiedlichen Quellen gespeist, jedoch kommen nicht alle relevanten Positionen im Ortstafelkonflikt zur Sprache. Der Text ist verständlich formuliert und ist über weite Strecken eine Zitatensammlung, die dann im Sinne des Autors zusammengesetzt wurde. Der transkribierte Dialekt ist besonders volksnah, kann jedoch Schwierigkeiten beim Lesen verursachen. MigrantInnen sind zum Beispiel durch solche sprachliche Formen aus dem Kommunikationsprozess größtenteils ausgeschlossen.

Die InterviewpartnerInnen finden ihre Interessen im Text von Adolf Winkler wieder. Sie verlangen von der Politik das Verfassungsgerichtshofsurteil nicht umzusetzen, das wird im Artikel widergespiegelt. Auch die slowenischen Interessen werden kurz artikuliert, jedoch zwei Mal im Anschluss durch die Gegenposition entkräftet.

Adolf Winkler agiert nicht aufgrund einer Presseaussendung eines Politikers. Der Journalist weiß, dass durch das Verfassungsgerichtshofsurteil das Gleichgewicht innerhalb des Mehrheiten- / Minderheitendiskurses aus den Fugen geraten ist. In einer Form von Gouvernamentalität folgt er der landesweiten Maxime, mit gemeinsamen politischen und medialen Kraftanstrengungen alles wieder ins Lot zu bringen und in Beziehung mit der seit Generationen vorherrschenden

Narration zu setzen. Adolf Winkler agiert nicht als Durchlaufstation von einem Pressebüro, er will Meinungsbildner sein und das im Namen des von ihm zitierten Volkes. Er entscheidet selbst, wer, was, in welcher Form in seinen Artikeln sagen darf und agiert in diesem Fall sicher im Sinne des Dreiparteienpaktes in Kärnten. Der Artikel geht davon aus, die Mehrheitsmeinung zu Wort kommen zu lassen und so der Mehrheit die Möglichkeit zu bieten, den Text affirmativ zu lesen.

Der Subtext von Winklers Artikel ist, dass die Ruhe durch eine dumme Aktion eines extremen Slowenen gestört wurde. Das ärgert die Menschen, die schon einmal gegen das Slowenische im Abwehrkampf, dann im Ortstafelsturm aufgetreten sind und wenn nötig, es wieder tun werden. Diese Menschen teilen die SlowenInnen in Gute und Böse. Die Guten sind die Windischen, die Bösen die ExtremistInnen, die auch der Wirtschaft im Dorf schaden. Die Nachfahren der PartisanInnen gehen von der Umsetzung des Urteiles aus. Die Gemeindeparteien sehen sich in der Tradition der Heimatverbände. Die heimischen Sozialisten müssen den GenossInnen in Wien wieder einmal das Spezielle an Kärnten erklären. Die Kärntner SlowenInnen werden als „Jugos“ beschimpft und eine Slowenin weiß zu berichten, dass sie sich keine zweisprachigen Ortstafeln in Slowenien vorstellen könne und sich SlowenInnen und ÖsterreicherInnen nicht mögen. Am Ende wird überraschend transportiert, dass man eigentlich ganz konfliktfrei zweisprachige Ortstafeln aufstellen könnte. Der Autor kennt den gesellschaftlichen Diskurs und stützt diesen. Er lässt auch die Minderheit zu Wort kommen, relativiert deren Aussage jedoch sofort indem er die Gegenposition folgen lässt. Der Kärntner Gesetzmäßigkeit folgend wird der Kärntner Slowene dem Ortstafelstürmer entgegen gesetzt, was der Narration der Mächtigen entspricht, in der die Perspektive der Kärntner SlowenInnen nicht berücksichtigt wird. Die Minderheit ist Objekt, das nach Belieben politisch-strategisch hin und her geschoben wird. Der Tatbestand der Kriminalisierung wird im medialen Umgang mit Rudi Vouk erfüllt, er wird stigmatisiert und als Unheilsbringer stilisiert.

11.2.2.2. Die „Neue Kärntner Tageszeitung“

Am Tag darauf, am 20.12.2001, erschien in der „Neuen Kärntner Tageszeitung“ eine weitere Reportage aus einem Südkärntner Dorf unter dem Titel: „LUDMANNSDORF, BILCOVS. ‚Hanse, noch a Helles! [...]‘“ von Harald Raffer.⁴³⁶

11.2.2.2.1. Auffälligkeiten beim „close reading“

Harald Raffer beginnt seinen Artikel mit dem deutschen und slowenischen Ortsnamen des Dorfes, das er für seinen Lokalausgabe gewählt hat. Wie im untersuchten Artikel von Adolf Winkler in der „Kleinen Zeitung“ bedient sich auch dieser Autor Zitate im transkribierten Dialekt. Im ersten Absatz wird ein zweisprachiges Plakat erwähnt.

Im zweiten Absatz wird Rudi Vouk vorgestellt: *„Im geräumigen Extrazimmer sitzt ein schlanker, groß gewachsener Mann und hebt gut gelaunt ein Glas Rotwein: der Eberndorfer Rechtsanwalt Mag. Rudi Vouk, jener Mann, der mit seinem Einspruch über ein Verkehrsdelikt beim Verfassungsgerichtshof die Ortstafeldiskussion ausgelöst hat. Der 36-jährige zweifache Vater prostet seinen Freunden vom Verein der Kärntner slowenischen Juristen zu.“* Rudi Vouk wird vom Autor als positiver Charakter gezeichnet, gut gelaunt, gesellig, Familienvater, der mit Freunden, Juristen zusammensitzt. Eine Geschwindigkeitsübertretung wird nicht thematisiert, der Autor erklärt das Verkehrsdelikt als Weg zum Verfassungsgerichtshof.

In Absatz 3 wird die Rechtslage noch eingehender erklärt. Rudi Vouk spricht in direkter Rede über das fehlende Recht auf Verbandsklage. Harald Raffer lässt Rudi Vouk ausführen, dass er *„unabsichtlich“* um 15 km/h zu schnell durch St. Kanzian gefahren sei.

⁴³⁶ Vgl. Neue Kärntner Tageszeitung, LUDMANNSDORF, BILCOVS. "Hanse, noch a Helles! [...]", 20.12.2001

In Absatz 4 erfahren die LeserInnen, dass Vouk durch die Bezahlung der Strafe die Konsequenzen für sein Handeln übernimmt, also redlich handelt. Weiters wird Vouk als Opfer gezeigt, dass auf der Straße kriminalisiert wird und Raffer lässt ihn in direkter Rede berichten, wie mit ihm nach dem Spruch des Verfassungsgerichtshofs umgegangen wurde. Auch der im Text zitierte und von Vouk ersonnene „rosarote Elefant“ weckt die Assoziationen, dass ein verbissener Extremist eine solche Wortschöpfung nicht verwenden würde.

In Absatz 5 kommt es im Artikel zu einer dramaturgischen Steigerung. Der Anwalt Rudi Vouk greift Landeshauptmann Jörg Haider an und spricht eine Drohung aus. Hält dieser sich nicht an die Gesetze, wird er von Vouk angezeigt werde.

In Absatz 6 hört sich der Autor im Lokal um und zitiert in direkter Rede einen Mann und eine Frau. Der Mann spricht die gesetzliche Verpflichtung an, die Frau will keine Unruhe.

In Absatz 7 formuliert ein Vorarlberger Zugereister die Sicht von außen, betont die geografische Lage Kärntens und sein Unverständnis, dass die Bestimmung nicht einfach umgesetzt wird.

Im abschließenden Kapitel 8 wird das gedeihliche Zusammenleben von Bürgern artikuliert und bedauert, dass Privatinitiativen die staatliche Umsetzung von Recht ersetzen müssten. Der letzte Aussage signalisiert das funktionierende Zusammenleben und die Angst, dass die schwelenden Konflikte wieder an die Oberfläche kommen könnten.

11.2.2.2. Die Anwendung des Untersuchungsrasters

Zieht man den vorherrschenden gesellschaftlichen Diskurs in der Frage der zweisprachigen Ortstafeln in Betracht, ist der Artikel eine kritische Hinterfragung desselben. Das gängige Bild, das vom Slowenenfunktionär

Rudi Vouk diskursiv konstruiert wurde, wird durch den Text in Frage gestellt und aus einer andern Perspektive gezeigt.

Der Autor Harald Raffer hat sich in seiner Reportage aus einem zweisprachigen Dorfgasthaus für Interviews mit Gasthausbesucher entschieden. Meinungen in Form von kurzen Wortspenden bilden, ähnlich wie im Artikel der „Kleinen Zeitung“ von Adolf Winkler, das Gerüst des Textes. Am Anfang lässt der Autor einen Interviewpartner in einem transkribierten Kärntner Dialekt auftreten, er behält dieses Stilmittel jedoch nicht bei. Der Autor versucht durch kurze deskriptive Stimmungsbilder der Leserin und dem Leser einen Eindruck vom Ort des Geschehens zu vermitteln, was den Text auf ein höheres literarisches Niveau hebt.

Gegen den bestehenden Diskurs zeichnet der Autor den Rechtsanwalt Rudi Vouk als eine positive Persönlichkeit. Dabei bedient er sich positiv besetzter Ausdrücke, die Gemütlichkeit, Geselligkeit und Verlässlichkeit signalisieren sollen. Auch die befragten Menschen im Lokal sprechen sich für die Umsetzung des Verfassungsgerichtshofspruches aus, wobei auch der Sorge über einen schwelenden Konflikt Ausdruck verliehen wird. Negative Meinungen, wie die Kritik an seiner Person, darf der Slowenenvertreter selbst in direkter Rede äußern.

Aus Sicht der journalistischen Qualitätsermittlung ist zu sagen, dass der Text aus verschiedenen Quellen gespeist wurde, wobei sich die vertretenen Meinungen in zwei Hauptargumentationslinien zusammenfassen lassen. Erstens muss laut den DorfgasthausbesucherInnen Recht Recht bleiben und umgesetzt werden. Zweitens äußern die Menschen Angst, dass der niedergehaltene Konflikt wieder ausbricht. Vollkommen konträre Meinungen von Personen, die Rudi Vouk hinter Gitter sehen wollen, werden als Vouks Erzählung in den Text eingebracht. Die Gegenzeichnung der Person Rudi Vouk durch den Autor stellt sich diskursiv gegen das konstruierte Bild vom Kärntner Slowenen, der als „nationalistische, terroristische, kommunistische, verräterische,

unersättliche Gefahr“ für Kärnten dargestellt wird.

Der Text ist sehr verständlich formuliert, verzichtet auf Fremdwörter und zeichnet auch sprachlich die Stimmung in einem Dorfgasthaus nach.

Der Autor schreibt gegen die gängige politische Meinung an und legt sich über ein Zitat einer Aussage von Rudi Vouk mit dem „mächtigen“ Landeshauptmann Haider an. Vouk droht Jörg Haider anzuzeigen, wenn dieser nicht innerhalb der vom Verfassungsgerichtshof gebotenen Frist Ortstafeln aufstellen würde.

Die Nachricht vom Spruch des Verfassungsgerichtshofes konnte kein Medium ignorieren, da es die Minderheit durch den rechtlichen Beistand des Verfassungsgerichtshofes in eine vollkommen neue Position katapultierte. Der Autor entschied sich bei der medialen Bearbeitung der Thematik für eine Reportage, welche die Menschen zu Wort kommen lässt und die gleichzeitig Autonomie gegen die aus der Fassung geratene politischen MachthaberInnen signalisiert. Der Artikel stellt eine Korrektur des in den Kärntner Medien transportierten Bildes des Slowenenvertreter Rudi Vouk dar. Der Autor will in seinem Text die Atmosphäre, die ihm im Dorfgasthaus entgegenschlägt, in seinem Artikel widerspiegeln. Eine Realität, die sich nicht mit der durch die anderen Medien transportierten politischen Wirklichkeit deckt. Durch seine Zeichnung der Wahrheit setzt der Autor einen Kontrapunkt in der Kärntner Berichterstattung und schafft so eine neue Perspektive der Wirklichkeit.

Zu bemerken ist allerdings, dass die eigentliche Hetze und Kriminalisierung der Person Rudi Vouk erst Jahre später inszeniert wurde. Der Text erscheint sieben Tage nachdem der Verfassungsgerichtshof seinen Spruch die zweisprachigen Ortstafeln betreffend verlautet hat. Vergleicht man den Text mit jenem von Adolf Winkler in der „Kleinen Zeitung“, der tags zuvor erschienen ist, behält die Analyse ihre Gültigkeit.

Der mitgelieferte Interpretationsrahmen des Autors lässt an zwei Stellen ein anderes Lesen des Textes vollkommen offen. So könnten vor allem die von Vouk geäußerten und durch den Autor transportierten Berichte über verbale Übergriffe auf der Straße sowie die Drohung gegen Jörg Haider so gelesen werden, dass sich LeserInnen in ihrer Minderheitenfeindlichen Meinung bestätigt sehen.

Der Subtext des Artikels vermittelt, dass von einem groß gewachsenen, schlanken, gut gelaunten, ein Glas Rotwein trinkenden, mit befreundeten Kollegen feiernden Familienvater, der oft meint durch seine Aktionen wie ein „rosaroter Elefant“ betrachtet zu werden, keine Gefahr ausgehen kann. Rudi Vouk wird so als Gegenbild zu dem im Kärntner medialen Diskurs oft zitierten extremistischen, national verbissenen, terroristischen, kommunistischen, verräterischen, unersättlichen Kärntner Slowenen gezeichnet. Bemerkenswert ist, dass diese Darstellung des Slowenen-vertreterers Rudi Vouk zur Wirklichkeit beiträgt, denn die Geschichte kann – nach Hall – erst als solche bezeichnet werden, wenn in ihr auch die Perspektive des Schwächeren vorkommt. Der Autor lässt auch Menschen auftreten, die meinen, dass Recht Recht bleiben muss. Damit wird eine Narration gestützt, die besagt, dass die SlowenInnen in Kärnten mit Rechten ausgestattet wurden, deren Umsetzung ihnen vorenthalten wird. Jetzt hat der Spruch der Verfassungsrichter die Volksgruppe in eine andere Lage versetzt, in der die Hoffnung aufkommt, dass die Rechte umgesetzt werden. Auf keinen Fall wollen die GasthausbesucherInnen riskieren, dass unter den Teppich gekehrte Konflikte wieder aufbrechen. Jene, die den Anwalt hinter Gitter sehen wollen, reagieren auf die Verschiebung der Machtverhältnisse im Minderheiten- / Mehrheiten-diskurs in Südkärnten. Um die alte Situation wieder herbeizuführen, werden der Verfassungsgerichtshof, Rudi Vouk, Ludwig Adamovich und Karl Korinek angegriffen.

11.2.2.3. Die „Neue Kronen Zeitung“

In der „Neuen Kronen Zeitung“ am 21.12.2001 schreibt „Noricus“, alias Andreas Mölzer, unter dem Titel „Geschadet“ einen Kommentar.⁴³⁷

11.2.2.3.1. Auffälligkeiten beim „close reading“

Noricus titelt seine Überlegungen im Zusammenhang mit dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes mit dem Wort „Geschadet“. Schon am Anfang soll kundgetan werden, was der Autor vom Urteil hält.

Noricus zitiert im ersten Absatz den Politiker Martin Strutz mit der Aussage, Vouk habe der Volksgruppe geschadet. Der Autor steht nicht an zu betonen, dass es sich dabei um einen „*klugen Satz*“ handle, der seine Meinung transportiere oder der einfach der Wirklichkeit entspreche.

Im zweiten Absatz meint Noricus in einer ironischen Anspielung, dass Rudi Vouk es nicht wert sei, eine solche gewichtige Rolle zu spielen. In einer weiteren Verkehrgung führt Noricus aus, dass es im Zusammenhang mit den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Mehrheit und Minderheit größere Schadensverursacher als Rudi Vouk gegeben hätte. Noricus erklärt in einem Zwischensatz, dass die slowenische Geschichte im Vergleich mit anderen europäischen „nicht sonderlich bedeutsam“ sei. In Absatz 3, nachdem Noricus Vouk und die slowenische Geschichte erniedrigt hat, stimmt er Strutz „*im Kern*“ zu, dass Vouk, der von sich glauben lassen will, dass er schlau sei, in einer friedlich gewordenen Zeit den Konflikt wieder heraufbeschworen habe. Es folgt eine Aufzählung von Fördermaßnahmen für die Minderheit, der „*großzügig entgegengekommen*“ würde und der – das habe sich Noricus offiziell bestätigen lassen – über 200 Millionen Schilling zugeschanzt würde. Das alles habe Rudi Vouk durch sein schnelles Fahren zerstört. Für Noricus ist das, neben der Tatsache, dass der Verfassungsgerichtshof „*dieses üble Spiel*“

⁴³⁷ Neue Kronen Zeitung, Geschadet, 21.12.2001

mitspiele, der Grund dafür, dass der „*alte Konflikt*“ wieder entbrennen würde. Noricus schlussfolgert, den Schaden für die Volksgruppe.

11.2.2.3.2. Die Anwendung des Untersuchungsrasters

Der Autor agiert in keiner Weise als Korrektiv der MachthaberInnen, sondern er gibt die politische Argumentationslinie vor. Er beruft sich auf die Aussagen des Politikers Strutz, um diese Ideen weiterzuführen. Noricus sieht sich als Vorreiter des Bestrebens, die durch das Verfassungsgerichtshofsurteil aus dem Gleichgewicht geratene Kärntner Realität wieder herzustellen.

Noricus bedient sich eines klaren, verständlichen Stils, verwendet kurze Sätze und bleibt auch, was die Form betrifft, im Rahmen der Gesetzmäßigkeiten des Kommentars. Der Autor spinnt in kurzen Zwischensätzen wie selbstverständlich das Vorurteil der Minderwertigkeit einer Kultur ein. Martin Strutz wird im Text direkt zitiert: „*Herr Vouk wird als jener Slowene in die Geschichte eingehen, der der Volksgruppe in Kärnten am meisten geschadet hat.*“ Der Autor übernimmt kritiklos diese Aussage und spinnt die Idee weiter. Ein indirektes Zitat aus der rechtlichen Begründung der Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof wird als direktes Zitat des Rechtsanwaltes Rudi Vouk verkauft: „*Er als Slowene habe keine Ortstafel erkennen können, da dort eben keine slowenische existiert.*“ Der Rechtsanwalt wird als jemand dargestellt, der eine Ortstafel nicht „*erkennen*“ könne.

Noricus bezeichnet die slowenische Geschichte im europäischen Vergleich als „*nicht sonderlich bedeutsam*“. Dieser Gedankengang entspringt der klassischen Idee des Rassismus, der davon ausgeht, dass es bedeutende und weniger bedeutende Kulturen gibt. Noricus sieht Rudi Vouk in diesem Zusammenhang als noch unbedeutsamer als die unbedeutsame slowenische Kultur: „*Das mag zwar insofern übertrieben sein, als Rudi Vouk bestenfalls eine Fußnote in der ohnedies im*

europäischen Vergleich nicht sonderlich bedeutsamen slowenischen Geschichte sein dürfte.“ Dieser rassistische Diskurs wird von den jeweiligen Kärntner MachthaberInnen mit kurzen Unterbrechungen von Generation an Generation narrativ weitergegeben. Die Erzählung von der vorherrschenden deutschen Kultur und der störenden, Schaden bringenden slowenischen Kultur im Land prägt das Bild der Kärntner Normalität. Rudi Vouk wird von Noricus als Symbol dieser verschlagenen, trickreichen, störenden, unfriedenbringenden Kultur inszeniert. Seine Geschwindigkeitsübertretung wird mit keinem Wort erklärt und als eine Kampfansage, die auch vom Verfassungsgerichtshof unterstützt wird, gewertet. Der Eindruck einer Verschwörung – das üble Spiel, dass zum alten Konflikt führt – soll erweckt werden: *„Der Verfassungsgerichtshof spielt dieses üble Spiel mit und schon haben wir den alten Konflikt wieder. Der Schaden für die Volksgruppe liegt auf der Hand.“*

Aus Sicht der journalistischen Qualitätserhebung ist der Text problematisch, da er nur eine Perspektive wiedergibt, was im Fall eines Kommentars legitim erscheinen mag. Da jedoch die eigene Meinung nicht in Beziehung mit anderen gesetzt wird und der Slowenenvertreter Rudi Vouk ethnisiert und die slowenische Kultur als minderwertig betrachtet wird, werden hier die Grenzen der journalistischen Freiheit klar überschritten. Der Text folgt ausschließlich der „deutschkärntner“ Narration. So ist in diesem Zusammenhang zu bemerken, dass die Grenzen zwischen Politik und Medien inexistent sind.

Der Subtext vermittelt: Noricus schafft zwei Zeitzonen, die Zeit vor der Geschwindigkeitsübertretung durch Rudi Vouk und die Zeit danach. Die Situation vor dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes war dem Autor zufolge ideal für die Mehrheit, aber auch vor allem für die Minderheit. Die Minderheit wurde in der Zeit vor der Geschwindigkeitsübertretung und dem Urteil großzügig mit Förderungen und Geldern bedacht. Noricus stellt die Minderheit in die alt bekannte Position, in der diese dankbar sein soll, ob der großzügigen Unterstützung, die ihr freundlicherweise vom Politiker

Martin Strutz und Kollegen zugestanden wurde. Jedoch anstatt dankbar zu sein, hat Vouk die Grenze überschritten und hat sich mit seiner Aktion außerhalb der noch tolerierbaren Kärntner Wirklichkeit positioniert. Das muss bestraft werden, indem der Minderheit die großzügigerweise zugestandene Förderung gestrichen wird und wieder die Situation des „alten Konfliktes“ zwischen Mehrheit und Minderheit inszeniert wird. Alleinige Schuld an dieser alten, neuen Situation trägt Rudi Vouk, der in der Tradition des Unruhe- und Unheilbringers mit slowenischen Wurzeln zwar einer unbedeutenden Kultur angehört, in der Gegenwart jedoch enormen Schaden für den braven Teil der Minderheit und der Mehrheit verursacht hat.

11.2.2.4. „Der Standard“

Im „Der Standard“ vom 19.12.2001 berichtet der Journalist Samo Kobenter von einem „Missverständnis“. Slowenische Zeitung widerspricht Jörg Haider.⁴³⁸

11.2.2.4.1. Auffälligkeiten beim „close reading“

Schon aus der Überschrift des Artikels von Samo Kobenter wird klar, dass sich der Artikel gegen die Mächtigen im Land Kärnten richtet. Der Wiener politische Journalist Kobenter mischt sich in den Minderheiten- / Mehrheitendiskurs in Kärnten ein.

Der erste Absatz beginnt mit den signifikanten Begriffen „Wien / Klagenfurt“. Den LeserInnen wird das Bild vor Augen geführt, in dem sich Jörg Haider in seinem Kampf gegen den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes Ludwig Adamowich argumentativ auf einen Artikel aus einer Wochenzeitung der slowenischen Minderheit beruft. Kobenter bedient sich im ersten Satz des Gerichtsjargons.

⁴³⁸ Der Standard, Ein Missverständnis, 19.12.2001

Im zweiten Absatz wird eine Passage aus einem Artikel aus der slowenischen Wochenzeitung „Naš tednik“ zitiert, in dem erklärt wird, dass der slowenische Staatspräsident Milan Kučan vor seinem Treffen mit dem Verfassungsgerichtshofspräsidenten von Rudi Vouk rechtlich über die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof informiert wurde. *„So konnte sich zwischen ihm und dem Präsidenten des VfGH ein Gespräch auf allerhöchster fachlicher Ebene entfalten.“* Samo Kobenter erklärt dann: *„Gemeint war die Klage, mit der Vouk den VfGH zu dem Erkenntnis bewegte, welches die FPÖ so in Rage versetzte und Haider zur Attacke gegen Adamovich anstachelte: Er, Adamovich, habe sich mit Kučan in dieser Angelegenheit besprochen.“*

Daraufhin erfahren die LeserInnen in Absatz 3, dass Kobenter aktiv geworden war und den verantwortlichen Redakteur von „Naš tednik“, Janko Kulmesch, kontaktiert hat. Der Redakteur stellte klar, dass sich Haider irre und sich die Präsidenten seiner Recherche zufolge nicht über Ortstafeln unterhalten hätten, sondern die von Haider zitierte Passage *„zielte vielmehr auf ein Fachgespräch im übergeordneten Kontext ab.“*

11.2.2.4.2. Die Anwendung des Untersuchungsrasters

Der Autor agiert als Korrektiv des Kärntner Landeshauptmannes, indem er dessen politische Strategie, die Minderheit und den – wie er glaubt – mit ihr verbündeten Verfassungsgerichtshofspräsidenten mit ihren eigenen Waffen, Aussagen aus der slowenischen Wochenzeitung „Naš tednik“ schlagen zu können, gründlich hinterfragt. Der Journalist ist der slowenischen Sprache mächtig und kennt sich in der Medienwelt der Kärntner SlowenInnen aus und ist somit schon generell mit zwei Perspektiven ausgestattet. Das Untermauern einer politischen Argumentation, im konkreten Fall gegen den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, durch einen Artikel aus einer Zeitung der Kärntner SlowenInnen hat Samo Kobenter journalistisch neugierig gemacht. Das unkonventionelle Agieren des Landeshauptmannes

veranlasst ihn der Sache genauer nachzugehen. Weiters bietet „Der Standard“ der absichtlich oder unabsichtlich falsch interpretierten und missbrauchten Minderheitenstimme eine Möglichkeit, Stellung zu beziehen. Der Text entzieht der Argumentation von Jörg Haider den Boden und schafft eine gerechtere Sicht der Dinge, da eine Minderheitenzeitung durch die Zeitung „Der Standard“ vom Objekt zum Subjekt gemacht wird.

Wie in den Reportagen in der „Kleinen Zeitung“ und der „Neuen Kärntner Tageszeitung“ ist der Artikel Kobenters eine kommentierte Sammlung von Zitaten. Diesmal jedoch wird eine aus dem Slowenischen übersetzte Passage aus einer anderen Zeitung zitiert sowie die Kommentierung derselben durch den Autor des Artikels. Jörg Haider wird indirekt zitiert, was sicher Einfluss auf die Wirkung der Aussage hat. Durch das Verb im Konjunktiv wird seine Aussage relativiert.

Kobenter verwendet im ersten Absatz Gerichtsjargon der die LeserInnen auf die aus einem rechtlichen Urteil erwachsene Streitigkeit einstimmen soll: *„Als Zeugen für seinen Vorwurf gegen den VfGH-Präsidenten Ludwig Adamovich rief Landeshauptmann Jörg Haider ausgerechnet die slowenische Wochenzeitung Nas Tednik auf.“* Der Stil wird dann im Laufe des Artikels vernachlässigt.

Ludwig Adamovich wird unterstellt, sich mit Kučan und der Minderheit gegen die Kärntner Interessen verbündet zu haben. Insofern werden alle drei Akteure ethnisiert.

Aus Sicht der journalistischen Qualitätserhebung entspricht die Vorgehensweise den Regeln von Qualitätsjournalismus. Der Autor ist von sich aus aktiv geworden, um die Aussage des Landeshauptmannes einer Prüfung zu unterziehen. Im Text kommen beide Gegenspieler zu Wort, wobei dem schwächeren Glied die direkte Rede zugestanden wird und die Aussage des Landeshauptmannes durch die indirekte Rede und ein Verb

im Konjunktiv relativiert wird. Der Autor nimmt eine der ureigensten Aufgaben des Journalismus wahr, die von der Politik präsentierte Wirklichkeit zu hinterfragen und weitere Perspektiven einfließen zu lassen. Er bietet damit den BürgerInnen die Möglichkeit sich ein vollständigeres Bild von den politischen Verhältnissen zu machen.

Der Subtext des Artikels besagt, dass der Landeshauptmann, wenn er politische Strategien verfolgt, hinterfragt werden muss und dass die Zeitung den Schwachen eine Stimme verleiht und sie so am Minderheiten- / Mehrheiten-Diskurs nicht als Objekt, sondern als Subjekt teilnehmen lässt. Die Erzählung bricht somit mit der Kärntner Tradition.

11.2.3. Interpretation der Ergebnisse der Feinanalyse

Die Feinanalyse zeigt ganz klar die unterschiedlichen medialen und politischen Strategien der Kärntner Tageszeitungen und der Zeitung „Der Standard“.

Aus Sicht der journalistischen Qualitätserhebung zeigt sich, dass im Fall der in der Feinanalyse untersuchten Texte „Der Standard“ und die „Neue Kärntner Tageszeitung“ versucht haben, die politische Strategie der AmtsträgerInnen zu hinterfragen und der Minderheit in diesem medialen Diskurs auch eine Stimme zu verleihen. Die positive Zeichnung des Slowenenvertreters Rudi Vouk in der „Neuen Kärntner Tageszeitung“ kann als Gegenbild zu der in der „Kleinen Zeitung“ betriebenen Kriminalisierung und Stigmatisierung von Rudi Vouk gesehen werden. Der „doppelte Blick“ des Journalisten Samo Kobenter hat es ihm ermöglicht, die politische Strategie des Machthabers zu durchschauen.

Die „Kleine Zeitung“ bedient sich in dem einer Feinanalyse unterzogenen Artikel der politischen Strategien der Täter-Opfer-Umkehr, der Ethnisierung, der Stigmatisierung und Kriminalisierung des Slowenenvertreters Rudi Vouk. Die SlowenInnen werden in die guten

windischen Mitbürger und die bösen, extremistischen SlowenInnen, welche die Umsetzung von Recht verlangen, geteilt. Gewaltbereite ehemalige Ortstafelstürmer werden zitiert, die jederzeit bereit sind, die slowenische Minderheit in Kärnten zu entrechten. Die SlowenInnen werden mit ihren zweisprachigen Ortstafeln als wirtschaftlich schädlich stigmatisiert. Kommen die SlowenInnen im Text zu Wort, werden ihre Argumente im nächsten Absatz durch die gegenteilige Perspektive sofort relativiert. Fragen wie die Reziprozität, rassistische Übergriffe, der Abwehrkampf und die Frage der PartisanInnen werden in ein paar Sätzen aus der Sicht des Autors abgehandelt. Der Text, dessen Subtext eigentlich einen Kommentar im Sinne der Mächtigen ist, tarnt sich als meinungsvielfältige Reportage aus dem Dorf.

Der Kommentar von Noricus ist ein Text, der die Grenzen der journalistischen Freiheit klar überschreitet und in den Rassismus abgleitet. Die slowenische Geschichte wird als „nicht sonderlich bedeutsam“ bezeichnet und in ihrer Wichtigkeit mit anderen verglichen. Rudi Vouk wird kriminalisiert und stigmatisiert. Er wird für die angedrohte Richtungsänderung in der Volksgruppenpolitik verantwortlich gemacht. Die SlowenInnen werden als Almosenempfänger dargestellt, die bei Wohlverhalten „großzügig“ gefördert werden. Verhalten sie sich nicht so wie es durch die traditionelle Kärntner Narration geboten wird, wird ihnen die Förderung entzogen. Rudi Vouk wurde zum Sündenbock stilisiert.

12. Conclusio

Die Arbeit zeigt, dass wenn immer in Fragen der Kärntner SlowenInnen ein Argument artikuliert wird, welches nicht jener Wirklichkeit des Dreiparteienpaktes der Kärntner Politik in Minderheitenfragen entspricht, ein sich ständig wiederholender Mechanismus inszeniert wird. Volksbefragungen als Mehrheitsentscheid in Minderheitenfragen, die Frage verschleppender Kommissionen und Arbeitskreise, Ethnisierung und Kriminalisierung jener, die sich wagen, die Frage aufs politische Tapet zu bringen, zeigen ihre nachhaltige minderheitenfeindliche Wirkung. Es wird nicht zugelassen, dass die Kärntner Wirklichkeit durch die Perspektive der Minderheit mitgestaltet wird. Die Slowenenvertreter in Gute, Kompromissbereite einerseits und Böse, ihre Rechte Einfordernde andererseits zu teilen, wird durch einen Teil der Kärntner Medien nicht nur gestützt, sondern ist die politische Strategie der „Kleinen Zeitung“ und der „Neuen Kronen Zeitung“. Die politische und mediale Kriminalisierung des Interessensvertreters Rudi Vouk ist als statuiertes Exempel zu werten, welches Engagierte davon abhalten soll, sich wie der Slowenenvertreter zu verhalten. Die Ortstafelfrage wird zu einem leidigen, zu beendenden Thema degradiert. Es wird bewusst vergessen gemacht, dass es sich beim Verfassungsgerichtshofsurteil vom 13.12.2001 um ein bestehendes Recht handelt, dass umgesetzt werden muss. Zieht man die Reichweite der „Kleinen Zeitung“ und der „Neuen Kronen Zeitung“ in Betracht (55,7% und 46,7%) wird klar, dass die Kärntner RezipientInnen fast ausschließlich mit der minderheitenfeindlichen Perspektive der Ortstafelfrage konfrontiert sind. Die „Neue Kärntner Tageszeitung“ sowie „Der Standard“ (10,3% und 3,3% Reichweite) setzen in dieser Frage zwar Kontrapunkte, werden jedoch von den LeserInnen praktisch nicht wahrgenommen. Die „Neue Kärntner Tageszeitung“ verfolgt die politische Strategie, dass bestehendes Recht mit Leben erfüllt werden sollte. „Der Standard“ lässt die Volksgruppe zu Wort kommen und agiert als Korrektiv der Politik. Zusammenfassend bleibt zu sagen, dass die Demokratie in Kärnten in Minderheitenfragen in der Zweiten Republik inexistent ist. Weder die

Kärntner Politik noch die „Kleine Zeitung“ und die „Neue Kronen Zeitung“ kommen ihrer Aufgabe nach, die Kärntner SlowenInnen als einen Teil der Kärntner Wirklichkeit wahrzunehmen und sie auch an ihr teilnehmen zu lassen. Vielmehr wird versucht, über Jahre und Jahrzehnte währenden Rechtsbruch in Kauf nehmend die Volksgruppe zum Schweigen zu bringen. Dieses Agieren ist gewaltfördernd und stützt auch zukünftig den Unfrieden im Land.

13. Ausblick

Signal dafür, dass sich der Dreiparteienpakt in der Volksgruppenfrage überlebt hat, ist neben der Wahl des engagierten Kärntner Slowenen Franz Josef Smrtnik zum Bürgermeister die große Anzahl (über 40 Prozent) der zum Slowenischunterricht angemeldeten Kinder in Südkärnten. Eltern, die selbst nicht oder nicht mehr der slowenischen Sprache mächtig sind, wollen ihre Kinder durch Zweisprachigkeit für die Zukunft vorbereiten. Daher bedarf es großer Anstrengungen um das zweisprachige Schulsystem derartig zu stärken, dass alle angemeldeten SchülerInnen nach abgeschlossener Schule in beiden Sprachen gleichwertig qualifiziert sind. Die Zweisprachigkeit als Lebensrealität kann die Sprache als Merkmal nationaler Identität entkräften. Zweisprachigkeit muss, wie bei Kärntens großem Bruder Südtirol, als Markenzeichen der Region etabliert werden. Nicht deutsch oder slowenisch oder wie im Fall von Südtirol / Alto Adige deutsch oder italienisch macht die besondere Anziehungskraft der Schnittstelle zwischen Alpen und dem Meer aus, sondern, dass die Menschen eben beides anbieten können, Fisch und Speck! Die Südtiroler Autonomie hat der Sprache jene Position zugewiesen, die ihr gebührt: Sprachen sind jedem und jeder zugänglich und können auch von jeder und jedem erlernt werden. Menschen, die aus Gouvernamentalität auf ihre Muttersprache verzichtet haben, können auch nach Generationen wieder darauf zurückgreifen. Deshalb ist es Aufgabe der Politik und der politikvermittelnden Presse eine angstfreie Zone zu schaffen, in der durch die Umsetzung der Volksgruppenrechte auch in Fragen der Topographie, Zweisprachigkeit zur Wirklichkeit wird. In einer gleichberechtigten, gerechten Situation entfällt der Druck, sich zu einer Sprache und Kultur bekennen zu müssen. Die Rolle der Medien ist es, immer als Korrektiv der Mächtigen zu wirken und den RezipientInnen mehrere Perspektiven der Wirklichkeit zu eröffnen.

Das Südtiroler Modell zeigt, dass – zwar gestärkt durch die Autonomie – diese Idee erfolgreich verwirklicht werden konnte und interessierte NachahmerInnen bis hin zum Dalai Lama findet, der mit der Südtiroler Ideenschmiede, der Europäischen Akademie in Bozen, zusammenarbeitet.

Die Kärntner SlowenInnen agieren heute aus einer Position der Schwäche. Erniedrigt von der Kärntner Politik, missbraucht als bilateraler Spielball zwischen Österreich und Slowenien, ist es verwunderlich, dass sich überhaupt noch Menschen wie der Rechtsanwalt Rudi Vouk finden, die sich ob der Kriminalisierung ihrer Person für die Rechte der Volksgruppe einsetzen. Wahrscheinlich ist es die widerständische Tradition der Kärntner SlowenInnen, die auch in Zukunft Frauen und Männer befähigen wird, sich für die Umsetzung des Artikels 7 des österreichischen Staatsvertrages einzusetzen.

Seit der Wahl von Barack Obama, eines Afroamerikaners mit islamischen Wurzeln, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und zum „leader of the free world“ scheint es nicht mehr unmöglich, dass schon in der nächsten Generation die Urenkelin einer Kärntner slowenischen Partisanin als richtige Person, zur richtigen Zeit, am richtigen Ort Auslöserin für eine neue gewaltfreie Kärntner Wirklichkeit sein könnte.

14. Literatur- und Quellennachweis

Verwendete Literatur

- ANG, Ien (1989). Wanted: Audience. On the politics of empirical audience studies. In: SEITER, Ellen / BORCHERS, Hans / KREUTZER, Gabriele / WARTH, Eva Maria (HG). Remote Control. Television, audience, and cultural power. London-New York: Routledge.
- BAUMGARTNER, Gerhard / PERCHINIG, Bernhard (1991). Minderheitenpolitik. In: DACHS, Herbert et al. (HG). Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung.
- BOGATAJ, Mirko (1989). Die Kärntner Slowenen. Klagenfurt: Hermagoras Verlag.
- BOTZ, Gerhard (2008). Nationalsozialismus in Wien. Machübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39. Wien: Mandelbaum Verlag.
- BUKOW, Wolf-Dietrich (1996). Feindbild : Minderheit. Zur Funktion von Ethnisierung. Opladen: Leske und Budrich.
- BUKOW, Wolf-Dietrich / LLARYORA, Roberto (1988). Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- BUKOW, Wolf-Dietrich / NIKODEM, Claudia / SCHULZE, Erika / YILDIZ, Erol (2001). Die multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag. Opladen: Lesek+Budrich.
- BUTLER, Judith (2002). Performative Akte und Geschlechterkonstitution. Phänomenologie und feministische Theorie. In: WIRTH, Uwe (HG). Performanz – Zwischen Sprachphilosophie und Kulturwissenschaften. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.
- BUTLER, Judith (2009). Die Macht der Geschlechternormen. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.
- DREIER, Ralf (1983). Widerstandsrecht und ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat. In: GLOTZ, Peter (HG). Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat. Frankfurt/Main: Edition Suhrkamp.
- ELSTE, Alfred (1997). Kärntens braune Elite. Klagenfurt / Celovec: Verlag Hermagoras / Mohorjeva.
- FABRIS, Hans Heinz (1997). Hoher Standard. Qualität und Qualitätssicherung im Journalismus. In: RENGER, Rudi / SIEGER, Gabriele (HG). Kommunikationswelten. Wissenschaftliche Perspektiven zur Medien- und Informationsgesellschaft. Innsbruck: Studienverlag Ges.m.b.H.
- FELDNER, Josef / STURM, Marjan (2007). Kärnten neu denken. Zwei Kontrahenten im Dialog. Klagenfurt / Celovec: Drava Verlag / Verlag Johannes Heyn.
- FRITZL, Martin (1990). Der Kärntner Heimatdienst. Ideologie, Ziele und Strategien einer nationalistischen Organisation. Klagenfurt / Celovec: Verlag Drava založba.

- GLANTSCHNIG, Christoph (2006). Unter „Schildbürgern“. Eine diskursanalytische Untersuchung der Berichterstattung über den Kärntner Ortstafelstreit 1972 und 2001 in ausgesuchten österreichischen Tageszeitungen. Klagenfurt: Diplomarbeit.
- GLOTZ, Peter (1983) (HG). Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat. Frankfurt/Main: Edition Suhrkamp.
- GOMBOCZ, Wolfgang L. (1998). Selber schuld! In: PURTSCHELLER, Wolfgang / KEMMERLING, Markus / KOPECKY, Václav. Delikt: Antifaschismus. Briefbombenterror in Österreich und Kriminalisierungskampagnen von rechts. Berlin: Elefanten Press.
- GROSSBERG, Lawrence (1994). Cultural Studies. Was besagt ein Name. In: Cultural Studies. Eine Intervention. IKUS Lectures 17 und 18.
- GSTETTNER, Peter (2004). Der Ortstafelsturm – eine Bewegung gegen Gesetz und Ordnung. In: PANDEL, Martin / POLZER, Miroslav / POLZER-SRIENZ, Mirjam / VOSPERNIK, Reginald (HG). Ortstafelkonflikt in Kärnten – Krise oder Chance. Wien: Braunmüller Verlag.
- HAAS, Hans / STUHLPFARRER, Karl (1977). Österreich und seine Slowenen. Wien: Löcker&Wögenstein.
- HABERMAS, Jürgen (1983). Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik. In: GLOTZ, Peter (HG). Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat. Frankfurt/Main: Edition Suhrkamp.
- HALL, Stewart (1986). Cultural Studies. Two Paradigms. In: COLLINS, Richard et al. (HG). Media, Culture and Society. A Critical Reader. London.
- HALL, Stewart (1990a). Encoding / decoding. In: HALL, Stewart / HOBSON, Dorothy / LOWE, Andrew / WILLIS, Paul (HG). Culture, Media and Language. Working Papers in Cultural Studies 1972-79. London-Boston-Sydney-Wellington: Unwin Hyman.
- HALL, Stewart (1994). Die Frage der kulturellen Identität. In: HALL, Stuart. Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg: Argument.
- HÄMMERLE, Kathrin (2007). Die Retourkutsche. Das Ringen um zweisprachige Ortstafeln in Kärnten. In: ANDERWALD, Karl / FILZMAIER, Peter / HREN, Karl (HG). Kärntner Jahrbuch für Politik. Klagenfurt: Institut für höhere Studien Kärnten.
- HREN, Karel (1998). Die SPÖ und der Kärntner Ortstafelsturm. In: KLUB SLOVENSkih ŠTUDENTK IN ŠTUDENTOV NA DUNAJU / KLUB SLOWENISCHER STUDENTINNEN UND STUDENTEN (HG). Klagenfurt / Celovec: Verlag / Založba Drava.
- HÜFFEL, Clemens / REITERER, Anton (2004). Medienpioniere erzählen. In: 50 Jahre österreichische Mediengeschichte – von den alten zu den neuen Medien. Wien: Braunmüller Verlag.
- INZKO, Valentin (HG) (1985). Zgodovina koroških Slovencev od leta 1918 do danes z upoštevanjem vseslovenske zgodovine. Klagenfurt / Celovec: Hermagoras / Mohorjeva.

- JELINEK, Elfriede (1998). Die Schweigenden. In: PURTSCHELLER, Wolfgang / KEMMERLING, Markus / KOPECKY, Václav. Delikt: Antifaschismus. Briefbombenterror in Österreich und Kriminalisierungskampagnen von rechts. Berlin: Elefanten Press.
- JOHN, Michael (1989). Angst. Kooperation und Widerstand – Die autochthonen Minderheiten Österreichs 1938-1945. In: Zeitgeschichte. Schwerpunktthema: Ethnizität und Nationalsozialismus. 17. Jahrgang, Heft 2. Universität Linz.
- KARNER, Stefan (2006). Die Bemühungen zur Lösung des Kärntner Minderheitenproblems. In: KARPF, Peter / KASSL, Thomas (HG). Die Ortstafelfrage aus Expertensicht. Eine kritische Beleuchtung. Kärnten Dokumentation. Sonderband 01. Klagenfurt.
- KATTNIG, Franz (1977). Das Volksgruppengesetz. Eine Lösung? Der Standpunkt der Kärntner Slowenen. Klagenfurt / Celovec: Slowenisches Informationscenter / Slovenski informacijski center.
- KLEGER, Heinz (1993). Der neue Ungehorsam. Widerstände und politische Verpflichtung in einer lernfähigen Demokratie. Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- KLEMENČIČ, Matjaž / KLEMENČIČ, Vladimir (2006/2007). Prizadevanja koroških Slovencev za narodnostni obstoj po drugi svetovni vojni. Celovec / Ljubljana / Dunaj: Mohorjeva.
- KÖPCKE-DUTTLER, Arnold (1992). Ziviler Ungehorsam – verfassungsrechtliche Aspekte. In: NARR, Wolf-Dieter / ROTH, Roland / VACK, Klaus. Ziviler Ungehorsam. Traditionen, Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Einhausen: hbo.druck.
- KRIŠTOF, Emil / PILGRAM, Gerhard (HG) (2005). Kovček / Der Koffer. Was sie schon immer über die Kärntner Slowenen wissen wollten / Kar ste že vedno želeli izvedeti o koroških slovincih. Klagenfurt / Celovec: Verlag Drava založba.
- LARCHER, Dietmar (2005). Heimat – Eine Schiefheilung. Südtirols große Erzählungen – ein Versuch der Dekonstruktion. In: LARCHER, Dietmar / SCHAUTZER, Wolfgang / THUSWALD, Marion / TWRDY, Ute (HG). Fremdgehen. Fallgeschichten zum Heimatbegriff. Klagenfurt / Celovec: Drava, Meran / Merano: alpha beta.
- LAKER, Thomas (1986). Ziviler Ungehorsam. Geschichte-Begriff-Rechtfertigung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- LAMNEK, Siegfried (1979). Theorien abweichenden Verhaltens. München: Wilhelm Fink Verlag.
- LEMKE, Thomas / KRASMANN, Susanne / BRÖCKLING, Ulrich (HG) (2000). Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt: Suhrkamp.
- LUGER, Kurt (1997). Interkulturelle Kommunikation und kulturelle Identität im globalen Zeitalter. In: RENGER, Rudi / SIEGERT, Gabriele (HG). Kommunikationswelten. Wissenschaftliche Perspektiven zur Medien- und Informationsgesellschaft. Innsbruck: Studienverlag. Ges.m.b.H.
- MARKARIS, Petros (2008). Wiederholungstäter. Ein Leben zwischen Istanbul, Wien und Athen. Zürich: Diogenes Verlag.

- MARŠALEK, Hans (2006). Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Wien: Edition Mauthausen.
- MLADJE-DOKUMENTATION (1975). Zum tv-film: Fremde in der Heimat. Ein Bericht über die Situation der Kärntner Slowenen von Trautl Brandstaller (ORF 18.6.1975). Klagenfurt / Celovec: Klub mladje.
- MENZ, Florian / LALOUSCHEK, Johanna / DRESSLER, Wolfgang U. (1989). Der Kampf geht weiter. Der publizistische Abwehrkampf in Kärntner Zeitungen seit 1918. Klagenfurt / Celovec: Drava Verlag.
- ÖSTERREICHISCHES VOLKSGRUPPENZENTRUM (HG) (1993). Österreichische Volksgruppenhandbücher. Kärntner Slowenen. Band 1. Klagenfurt / Celovec: Hermagoras Verlag / Mohorjeva.
- ÖSTERREICHISCHES VOLKSGRUPPENZENTRUM (HG) (1995). Österreichische Volksgruppenhandbücher. Internationales und Europäisches Volksgruppenrecht. Band 8. Klagenfurt / Celovec: Hermagoras Verlag / Mohorjeva.
- OTTOMEYER, Klaus (2009). Jörg Haider – Mythenbildung und Erbschaft. Klagenfurt / Celovec: Drava Verlag.
- PAN, Christoph / PFEIL, Beate Sibylle (2006). Minderheitenrechte in Europa. Handbuch der europäischen Volksgruppen. Band 2. Wien: Verlag Springer.
- PERCHINIG, Bernhard (1989). „Wir sind Kärntner und damit hat sich's ...“. Deutschnationalismus und politische Kultur in Kärnten. Klagenfurt / Celovec: Drava Verlag.
- PIRKER, Jürgen (2008). Kärntner Ortstafelstreit. Der Rechtskonflikt als Identitätskonflikt. Graz: Diplomarbeit.
- POSCH, Waltraud (1999). Körper machen Leute. Frankfurt / New York: Campus Verlag.
- PURTSCHELLER, Wolfgang / KEMMERLING, Markus / KOPECKY, Václav (1998). Delikt: Antifaschismus. Briefbombenterror in Österreich und Kriminalisierungskampagnen von rechts. Berlin: Elefanten Press.
- REITERER, Albert F. (1986). Doktor und Bauer. Ethnischer Konflikt und sozialer Wandel. Die Sozialstruktur der slowenischen Minderheit in Kärnten. Klagenfurt / Celovec: Verlag Drava založba.
- RENGER, Rudi (2000). Populärer Journalismus. Nachrichten zwischen Fakten und Fiktion. Innsbruck: StudienVerlag.
- SARCINELLI, Ulrich (1987). Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Stuttgart: Bonn Aktuell.
- SARCINELLI, Ulrich (1998). Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Opladen / Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- SARKÖZI, Rudolf (2008). Roma – österreichische Volksgruppe. Von der Verfolgung bis zur Anerkennung. Klagenfurt / Celovec: Verlag Drava založba.
- SAXER, Robert (1977). Der Fall Warasch in den Kärntner Tageszeitungen. Klagenfurt / Celovec: mladje-dokumentation.

- SCHULZ, Winfried (1987). Politikvermittlung durch Massenmedien. In: SARCINELLI, Ulrich. Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Stuttgart: Bonn Aktuell.
- STUHLPFARRER, Karl (2004). Minderheitenschutz und Staatsvertrag von 1955. In: PANDEL, Martin / POLZER, Miroslav / POLZER-SRIENZ, Mirjam / VOSPERNIK, Reginald (HG). Ortstafelkonflikt in Kärnten – Krise oder Chance. Wien: Braunmüller Verlag.
- SOMMEREGGER, Borut (1983). Kärnten. Ein Dorf an der Grenze. Klagenfurt / Celovec: Hermagoras / Mohorjeva.
- VALENTIN, Hellwig (2005). Der Sonderfall. Kärntens Zeitgeschichte 1918 – 2004. Klagenfurt / Ljubljana / Wien: Hermagoras / Mohorjeva.
- VAN DER BURG, Wibren (1992). Für einen neuen Ansatz in der Debatte über Zivilen Ungehorsam. In: NARR, Wolf-Dieter / ROTH, Roland / VACK, Klaus. Ziviler Ungehorsam. Traditionen, Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Einhausen: hbo.druck.
- VOUK, Rudi (2004). Der Anlassfall. In: PANDEL, Martin / POLZER, Miroslav / POLZER-SRIENZ, Mirjam / VOSPERNIK, Reginald (HG). Ortstafelkonflikt in Kärnten – Krise oder Chance. Wien: Braunmüller Verlag.
- WAKOUNIG, Vladimir (2006). Das Dilemma der zweisprachigen Schule in einer ethnisierten Gesellschaft / Dilema dvojezične šole v etnično raznoliki družbi. Alpen-Adria-Universität Klagenfurt: Habilitationsschrift.
- WALDMANN, Peter (1998). Terrorismus. Provokation der Macht. München: Gerling Akademie Verlag.
- WEBER, Stefan (2000). Was steuert Journalismus? Ein System zwischen Selbstreferenz und Fremdsteuerung. Konstanz: UVK Medien.
- WINTER, Rainer (1997a). Cultural studies als kritische Medienanalyse: Vom „encoding / decoding“-Modell zur Diskursanalyse. In: HEPP, Andreas / WINTER, Rainer (HG): Kultur, Medien, Macht. Cultural studies und Medienanalyse. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- ZOONEN, Lisbet van (1996). Feminist Media Studies. London / Thousand Oaks / New Delhi: Sage Publications.
- ZVEZA SLOVENSkih IZSELJENCEV / VERBAND AUSGESIEDELTER SLOWENEN et al. (1992). Narodu in državi sovražni. Pregon koroških Slovencev 1942 / Volks- und staatsfeindlich. Die Vertreibung von Kärntner Slowenen 1942. Celovec / Klagenfurt: Založba Drava Verlag – Mohorjeva založba / Hermagoras Verlag.

Internet-Quellen

Andreas Mölzer MdEP: Lebenslauf, <http://www.andreas-moelzer.at/index.php?id=15>, abgerufen am 12.6.2009

Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 152/1955, http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1955_152_0/1955_152_0.pdf, abgerufen am 16.3.2009

Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 396/1976, http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1976_396_0/1976_396_0.pdf, abgerufen am 23.3.2009

Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 306/1977, http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1977_306_0/1977_306_0.pdf, abgerufen am 23.3.2009

Bundeskanzleramt Rechtsinformationssystem, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 245/2006, http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2006_II_245/BGBLA_2006_II_245.pdf, abgerufen am 23.3.2009

Bundeskommunikationssenat, Bescheid GZ 611.911/013-BKS/2002, <http://www.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=3782>, abgerufen am 15.4.2009

Bundeskommunikationssenat, Bescheid, GZ 611.957/0006-BKS/2007, <http://www.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=3782>, abgerufen am 15.4.2009

Claus Gatterer Preis 2004, Preis an Elisabeth Ohnemus übergeben, <http://www.oejc.or.at/preise/gatterer/2004.htm>, abgerufen am 15.4.2009

derstandard.at, <http://derstandard.at/fs/Impressumonline>, abgerufen am 1.6.2009

Enotna lista/Einheitsliste, Die Kärntner Slowenen, Volkszählungen, <http://www.ernet.at/dossier/volkszaehlungen>, abgerufen am 15.3.2009

euwahl09.ORF.at, Skandal um tschechischen Anti-Roma-Wahlspot, <http://euwahl09.orf.at/stories/1603533/>, abgerufen 21.5.2009

FUEN – Federal Union of European Nationalities, Minderheitenradio in Kärnten, <http://www.fuen.org/pdfs/20030217Kslowenen.pdf>, abgerufen am 7.4.2009

Initiative Demokratie und Rechtsstaat, Ansprache O. Univ.-Prof. i.R. Dr. Peter Gstettner als PDF, http://www.initiative-rechtsstaat.at/aktuell_de/2/, abgerufen am 3.4.2009

Kärnten – oesterreich.ORF.at, <http://kaernten.orf.at/>, abgerufen am 20.5.2009

kaernten.ORF.at, Valentin Inzko entzieht Haider Du-Wort, 14.9.2006 <http://kaernten.orf.at/stories/136384/>, abgerufen am 20.5.2009

kaernten.ORF.at, Servus, Srečno, Ciao – Kärnten-Magazin, <http://kaernten.orf.at/magazin/studio/fernsehen/stories/5906>, abgerufen am 9.4.2009

kaernten.ORF.at, Neue Plattform: "Rechtsstaat und Demokratie", 26.3.2008, <http://kaernten.orf.at/stories/266266/>, abgerufen am 9.4.2009

Kärntner Abwehrkämpferbund, Organisation – Der KAB steht für,
<http://www.kab.or.at/?id=organisation>, abgerufen am 1.4.2009

Kärntner Heimatdienst, <http://www.khd.at/>, abgerufen am 1.4.2009

Kleine Zeitung, Über uns, <http://www.kleinezeitung.at/allgemein/ueberuns/1041/index.do>,
1.6.2009

Media-Analyse, <http://www.media-analyse.at>, 1.6.2009

oesterreich.ORF.at, Abbau von Ortstafel verhindert, 10.11.2005
<http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/69470/>, abgerufen am 9.4.2009

oesterreich.ORF.at, Ortstafel-Protestaktion beendet, 12.11.2005,
<http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/69853/>, abgerufen am 10.4.2009

oesterreich.ORF.at, Stories zum Ortstafelstreit, 29.11.2005,
<http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/72083/>, abgerufen am 10.4.2009

oesterreich.ORF.at, Ortstafeln: Komplizierter als gedacht, 21.5.2006,
<http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/110660/>, abgerufen am 11.4.2009

oesterreich.ORF.at, VfGH tagt bis Ende Juni zur Ortstafel-Frage, 6.6.2006,
<http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/113911/>, abgerufen am 11.4.2009

oesterreich.ORF.at, EU-Parlamentarier in Kärnten, 20.5.2006,
<http://kaernten.orf.at/stories/110515/>, abgerufen am 11.4.2009

oesterreich.ORF.at, Haider: Schaunig war von Hass getragen, 1.3.2006,
<http://kaernten.orf.at/stories/92779/>, abgerufen am 1.6.2009

oesterreich.ORF.at, Scharfe Töne seitens EU-Delegation in Kärnten, 10.6.2006,
<http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/114926/>, abgerufen am 11.4.2009

oesterreich.ORF.at, Slowenen-Abordnung in Brüssel, 13.7.2006,
<http://kaernten.orf.at/stories/122462/>, abgerufen am 11.4.2009

oesterreich.ORF.at, Ortstafelbrief Haiders an 44.000 Kärntner, 4.9.2006,
<http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/134114/>, abgerufen am 20.5.2009

oesterreich.ORF.at, Zweisprachige Ortstafel wurde abmontiert, 22.11.2006,
<http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/152533/>, abgerufen am 11.4.2009

oesterreich.ORF.at, Haider wendet sich an europäische Gerichte, 14.12.2006,
<http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/157757/>, abgerufen am 12.4.2009

oesterreich.ORF.at, Kolig hielt sich Haider mit Zange vom Leib, 15.12.2006,
<http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/158039/>, abgerufen am 6.4.2009

oesterreich.ORF.at, Vorerhebungen wegen Amtsmissbrauches, 12.2.2007
<http://oesterreich.orf.at/kaernten/stories/171278/>, abgerufen am 13.4.2009

Österreichische Historikerkommission,
http://www.historikerkommission.gv.at/deutsch_home.html, abgerufen am 21.3.2009

Österreichisches Bundes-Verfassungsgesetz,
<http://www.oesterreich.com/deutsch/staat/b-vg-inh.htm>, abgerufen am 12.4.2009

ORF-Gesetz, <http://www.rtr.at/de/rf/ORF-G>, abgerufen am 1.3.2009

ORF-Slowenen: Archiv, Im Atelier von Valentin Oman, 1.7.2001
<http://vgarchiv.orf.at/slowenen/archiv/2001/200107.htm>, abgerufen am 6.4.2009

ORF-Slowenen: Archiv, Radio 2 startet morgen ab 6.00, 8.7.2001,
<http://vgarchiv.orf.at/slowenen/archiv/2001/200107.htm>, abgerufen 7.4.2009

ORF-Slowenen: Archiv, Frist verlängert, 31.7.2001,
<http://vgarchiv.orf.at/slowenen/archiv/2001/200107.htm>, abgerufen 21.3.2009

Peršman, Museum Gedenkstätte Peršmanhof,
<http://www.persman.at/default2.asp?lang=de>, abgerufen am 5.4.2009

Peršman, PartisanInnen im Film,
<http://www.persman.at/default2.asp?content=PartisanFilm&tm=4&sm=3>, abgerufen am 15.4.2009

Pro Kärnten/Za Koroško, <http://www.prokaernten.at/>, abgerufen am 9.4.2009

Slawisches Österreich, Geschichte und Gegenwart der Minderheiten. Die Slowenen in Kärnten, http://www.uni-graz.at/slav4www_lk_slawischesoesterreich.pdf, abgerufen am 1.6.2009

SOS-ORF.at, ORF-MitarbeiterInnen wehren sich, <http://www.sos-orf.at/>, 20.5.2009

Statistik Austria, Bevölkerung mit österreichischer Staatsbürgerschaft nach Umgangssprache seit 1971,
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen/bevoelkerung_nach_demographischen_merkmalen/022886.html, abgerufen am 15.3.2009

Thiazi Forum, <http://forum.thiazi.net/>, abgerufen am 2.4.2009

tv.ORF.at, Am Schauplatz, Umstrittene Geschichte,
<http://tv.orf.at/groups/doku/pool/deutsche1/story>, abgerufen am 15.4.2009

ver.di, Hungerstreik für Minderheitenradio,
http://mmm.verdi.de/archiv/2003/04/medien_international/hungerstreik_fuer_minderheiten_radio, abgerufen am 7.4.2009

Verfassungsgerichtshof Österreich, Spruch vom 13.12.2001,
<http://www.vfgh.gv.at/cms/vfgh-site/attachments/9/8/8/CH0006/CMS1108400716489/g213-01ua.pdf>, abgerufen am 23.3.2009

Zwitter-Grilc, Sabina, ORF ON Volksgruppen, Wiedergutmachung für NS-Opfer und deren Angehörige,
http://vgarchiv.orf.at/austria/de/specials/ns_wiedergutmachung/mi_oral_history.htm, abgerufen am 20.3.2009

ORF-Archiv – Beiträge von „Heimat, fremde Heimat“

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Südtiroler schaffen Roma-Ghetto, Gestalterin: Sabina Zwitter-Grilc, vom 17.11.1999

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Der Teufelskreis – Burgenländische Roma, Gestalterin: Sabina Zwitter-Grilc, vom 4.2.2001

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Juristen-Tagung, Kärntner Slowenen, Gestalterin: Sabina Zwitter-Grilc, vom 9.1.2005

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Staatsvertrag Artikel 7 historisch, Gestalterin: Sabina Zwitter-Grilc, vom 13.3.2005

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Kärntner slowenische Familie Olip, Gestalterin: Sabina Zwitter-Grilc, vom 17.4.2005

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Kärntner Slowenen im Gailtal, Gestalterin: Sabina Zwitter-Grilc, vom 1.5.2005

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Oberwart – Roma-Jahrestag, Gestalterin: Tatjana Koren, vom 4.2.2007

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Vertriebene Roma aus Slowenien, Gestalterin: Sabina Zwitter-Grilc, vom 15.4.2007

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Karner-Papier, Gestalterin: Sabina Zwitter-Grilc, vom 29.4.2007

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Medienfreiheit in Slowenien, Gestalterin: Sabina Zwitter-Grilc, vom 27.5.2007

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Slowenische Filmemacher, Gestalter: Martin Zwitter, vom 14.10.2007

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Sloweniens Minderheiten und Volksgruppen, Gestalterin: Sabina Zwitter-Grilc, vom 13.1.2008

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Endlösung Wiener Tschechen, Gestalterin: Sabina Zwitter-Grilc, vom 18.5.2008

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Rechtsstaat Kärnten, Gestalterin: Sabina Zwitter-Grilc, vom 8.6.2008

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Denkmäler in Kärnten, Gestalterin: Sabina Zwitter-Grilc, vom 28.9.2008

Heimat, fremde Heimat, ORF-Magazin, Beitrag: Saualm-Flüchtlinge in privaten Unterkünften, Gestalterin: Sabina Zwitter-Grilc, vom 22.2.2009

ORF-Archiv

Zeit im Bild 2, vom 26.11.1987

APA-Aussendungen

- APA0048, Ortstafeln: Konsenskonferenz unternimmt sechsten Anlauf, 5.5.2005
- APA0072, Slowenien: Umstrittenes Referendum über "ausgelöschte" Ex-Jugoslawen, 31.3.2004
- APA0074, Ortstafeln: Konsensgruppe meldet sich mit Erklärung zu Wort, 14.5.2008
- APA0083, Rat der Kärntner Slowenen beschickt Volksgruppenbeirat, 28.4.1988
- APA0122, Nach Einigung über Kärntner Minderheitenschulfrage 4, 18.5.1988
- APA0132, Haider: "Österreichische Nation war ideologische Mißgeburt" 1, 18.8.1988
- APA0138, Vranitzky im Nationalrat: „Das Unheil der NS-Diktatur“ 1, 8.7.1991
- APA0143, Vranitzky im Nationalrat: „Das Unheil der NS-Diktatur“ 2, 8.7.1991
- APA0155, Grüne und Slowenen in der Schulfrage uneinig 1, 7.6.1988
- APA0178, Smolle präzisiert Bedingung für Zustimmung zur Schulreform 1, 19.5.1988
- APA0196, Roma-Situation verschärft: Sloweniens Präsident an Hilfe gehindert, 23.12.2006
- APA0201, Steirischer Landtag beendet Debatte über Slowenen- Anerkennung, 23.9.2002
- APA0203, FPÖ-Neujahrstreffen 3: Haider will Gagen der VfGH-Richter kürzen, 13.1.2002
- APA0210, Roma-Vertreibung in Slowenien – Premier Jansa attackiert Volksanwalt, 1.11.2006
- APA0211, Anfrage an Darabos wegen Bundesheer-Präsenz bei Ulrichsberg-Treffen, 19.7.2007
- APA0239, BZÖ-Neujahrstreffen - Haider 2 - Gusenbauer-Sager "ungeheuerlich", 22.1.2006
- APA0253, Ulrichsbergtreffen wieder mit Politikeransprachen, 16.9.2008
- APA0263, Haider: "Österreichische Nation war ideologische Mißgeburt" 3, 18.8.1988
- APA0267, Grasser in USA: "Keine Rechtfertigung für politische Isolation", 15.4.2000
- APA0294, Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider tödlich verunglückt, 11.10.2008
- APA0296, Podgorski stellte eigenes TV-Programm für Kärntner Slowenen vor, 29.3.1989
- APA0298, Volksgruppenbeirat: Steirische Slowenen begrüßen positives Signal, 21.10.2003
- APA0307, "Krone": Treffen von Haider mit Fagan möglich, 17.6.2000
- APA0323, Historikerbericht: Opfer 2 - Roma und Sinti: 2.000 haben überlebt, 24.2.2003
- APA0375, Ministerrat: Schaumayer als Entschädigungs-Beauftragte ernannt, 15.2.2000

APA0385, Ortstafeln: Für Haider 2 - VfGH ging über gesetzlichen Rahmen hinaus, 8.1.2002

APA0425, Haider 2 - "Verfassungsrichter schützen sich selbst", 19.12.2009

APA0439, Ortstafeln: Haider will VfGH-Erkenntnisse mit Verordnungen umgehen, 18.1.2006

APA0541, "Ausgelöschte" - Misstrauensantrag gegen slowenische Innenministerin, 24.2.2009

APA0592, Ortstafelregelung: Für Haider "vorverlegte Faschingsentscheidung", 13.12.2001

APA0659, Fagan bringt umfassende Sammelklage gegen Republik Österreich ein 1, 13.4.2000

APA0700, Ortstafeln - Schlagabtausch zwischen Neo-Justizministerin und Haider, 12.1.2007

APA0711, Fagan 2 - Laut Wittl 18 Milliarden Dollar Forderung, 13.4.2000

APA0729, Haider in Ried 2 - Erneut deftige Sager des Ex-FP-Chefs, 13.2.2002

OTS-Aussendungen

OTS0023, BZÖ Stromberger fordert die Entfernung aller Partisanendenkmäler in Kärnten, 7.3.2009

OTS0038, FPÖ Haider Neujahrstreffen: FPÖ hat historische Wende zustandegebracht, 13.1.2002

Zeitungsartikel

Der Standard, Haider: In Zukunft weniger Ortstafeln als bisher, vom 18.12.2001, Seite 2

Der Standard, "Koalition, die den Keim des Todes in sich trägt", vom 2.1.2007, Seite 6

Der Standard: Marjan, der Ortstafelsturm, <http://derstandard.at/?id=2514672>, 14.7.2006, abgerufen am 3.4.2009

Die Presse, Franz Josef Smrtnik: Der erste slowenische Bürgermeister, vom 16.3.2009, <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/461615/index.do>, abgerufen am 9.4.2009

Die Presse, Auschwitz: Neuer Antisemitismus-Eklat in KZ, vom 14.5.2009, <http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/479321/index.do>, abgerufen am 22.3.2009

Dnevnik, Na Radiu dva začeli gladovno stavko, vom 3.2.2003 <http://www.dnevnik.si/novice/svet/42594>, abgerufen am 7.4.2009

Delo, Ali slovenski parlament kaj ve?, vom 28.6.2006, Seite 5

Der Standard, Vorkämpfer für die slowenische Sache, vom 15.12.2001, Seite 1

Kleine Zeitung, Die SPÖ vergaß auf die Menschen, vom 6.3.2009, Seite 18-19

Kleine Zeitung, Im zweiten Anlauf geschafft, vom 16.3.2009, Seite 8ff.

Kleine Zeitung, Opfer aus Massengrab: Knochen erzählen Geschichte, vom 16.3.2009 <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/chronik/1850876/index.do>, abgerufen am 3.4.2009

Kleine Zeitung, Verschleppte: Sloweniens Präsident will Aufklärung, vom 6.5.2009, <http://www.kleinezeitung.at/kaernten/1950597/index.do>, abgerufen am 3.4.2009

Neue Kärntner Tageszeitung, "Schlangerrat" kam von Khol, vom 16.12.2001, Seite 4

Neue Kronen Zeitung, Fähnleinführer, 29.4.2005, Seite 33

Neue Zürcher Zeitung, Wie eine grosse Mozartkugel, vom 10.4.2005, http://www.nzz.ch/2005/04/10/al/articlecpzyx_1.118972.html, abgerufen am 22.3.2009

Novice, Der Rat stimmt mit Minister Žekš nicht überein (übersetzt aus dem Slowenischen), vom 27.3.2009, Seite 3

Novice, Feldner und Sturm gemeinsam in Leše (übersetzt aus dem Slowenischen), vom 24.5.2009, Seite 4

Profil, Haider Interview: „...dann trete ich zurück“, vom 14.1.2002

Tagesspiegel, „Bin da, bin schon wieder weg“, vom 18.8.2008, <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/Joerg-Haider:art141.2595358>, abgerufen am 22.3.2009

Analysierte Zeitungsartikel (chronologisch sortiert)

Kleine Zeitung, Haider droht mit Volksbefragung, 15.12.2001

Der Standard, Vorkämpfer für die slowenische Sache, vom 15.12.2001, Seite 1

Neue Kärntner Tageszeitung, Haider droht mit Ortstafel-Volksbefragung vom 15.12.2001, Seite 4

Neue Kronen Zeitung, Slowenisches Territorium, vom 15.12.2001, Seite 10

Kleine Zeitung, Das lasse ich mir von Haider nicht gefallen, vom 16.12.2001

Neue Kärntner Tageszeitung, "Schlangenrat" kam von Khol, vom 16.12.2001, Seite 4

Neue Kronen Zeitung", Im Streit um den Entscheid des Verfassungsgerichtshofes über das ..., vom 18.12.2001, Seite 10

Neue Kronen Zeitung, Jetzt ist die Katze aus dem Sack und der Beweis erbracht, vom 19.12.2001, Seite: 10

Neue Kronen Zeitung, Zünder vom 19.12.2001, Seite: 10

Kleine Zeitung, St. Kanzian / Skocijan: „Die Tafel steht nicht eine Nacht“, vom 19.12.2001

Der Standard, Ein Missverständnis, vom 19.12.2001, Seite 6

Neue Kärntner Tageszeitung, LUDMANNSDORF, BILCOVS. "Hanse, noch a Helles!", vom 20.12.2001, Seite 6

Neue Kronen Zeitung, Geschadet, vom 21.12.2001, Seite 15

Kleine Zeitung, Jetzt wird der Staatsanwalt in der Ortstafeldebatte aktiv, vom 21.12.2001

Neue Kärntner Tageszeitung, Trickreicher Jurist und Vorkämpfer, vom 21.12.2001

OTS0102, FPÖ / Kärnten – Strutz: Sadovnik und Sturm sind Verhandlungspartner, 18.1.2002

Kleine Zeitung, Akteure aus Privatverein, vom 19.1.2002

Kleine Zeitung, Putin zu Ortstafeln, vom 31.1.2002

Neue Kronen Zeitung, Alle gegen Kärnten, vom 2. Feber 2002, Seite: 18

Kleine Zeitung, Konflikt in der Volksgruppe Sadovnik verlangt Neuwahl, vom 28.10.2002, Seite: 16

Kleine Zeitung, Auch Rot-Grün wäre keine g´mathe Wiesen für Slowenen, vom 14.09.2002, Seite 12

Kleine Zeitung, Neues Medienprojekt: Bei Slowenen fliegen Hackeln, vom 05.10.2002, Seite: 11

Neue Kronen Zeitung, Im Wolfspelz, vom 26.10.2002, Seite: 15

Der Standard, 394 Ortstafeln, ein Streit und kein Ende, vom 12.4.2003, Seite: 13

Der Standard, Die Rückkehr eines "beleidigten" Obmanns, vom 1.7.2003, Seite: 9

Kleine Zeitung, Von Nazis vertrieben, aber bis heute nie entschädigt, vom 11.4.2004, Seite 22

Kleine Zeitung, Risse quer durch die Volksgruppe, vom 22.4.2004, Seite: 16

Kleine Zeitung, Aufregung nach Aussage von Khol zu Slowenien, vom 10.2.2005, Seite 20

Neue Kronen Zeitung, Stopp den organisierten Rasern, vom 18.02.2005, Seite: 12

Kleine Zeitung, Provokation, vom 5.3.2005, Seite: 13

Kleine Zeitung, Scharfmacher, vom 25.3.2005, Seite: 13

Neue Kronen Zeitung, Warum prüft die Vereinsbehörde Rat der Kärntner Slowenen nicht? vom 3.4.2005, Seite: 24

OTS0099, Haider: Rat der Kärntner Slowenen macht Konsens unmöglich, 18.10.2005

Neue Kronen Zeitung, Braune Gerüchte / Kritisierte Ausschreibungspraxis / Internet-Deal.....,vom 15.04.2005, Seite: 14

Kleine Zeitung, Ortstafeln: Hilfloose Höchststrichter, vom 25.01.2006, Seite: 4-5

OTS0081, Haider: Verfassungsbestimmung ist Bedingung für Lösung der Ortstafelfrage, 27.1.2006

Der Standard, Mörderische SMS gegen Slowenen, vom 1.2.2006, Seite: 8

Der Standard, Ortstafeln: Haider verrückt, vom 9.2.2006, Seite: 6

Kleine Zeitung, Dank Haider zu noch mehr Ortstafeln, 18.2.2006, Seite 2

Kleine Zeitung, Bleibe länger im Amt als Vouk Anwalt, vom 21.2.2006, Seite: 18

OTS0120, BZÖ: Neuerliche Volksanwaltschaftsattacke gegen Kärnten!, 18.4.2006

Kleine Zeitung, Dann muss ein Mal Ruhe sein, vom 31.5.2006, Seite: 16

Neue Kronen Zeitung, Haider über Ortstafel-Lösung: Habe ein Vermächtnis erfüllt!, vom 1.7.2006

OTS0185, Haider verurteilt angekündigte Raser-Aktionen von Rudi Vouk: "Wann wird diesem radikalen Nationalslowenen endlich der Führerschein abgenommen und die Anwaltszulassung entzogen? 4.7.2007

Der Standard, Haider will Disziplinarverfahren gegen Vouk Slowenenvertreter sieht Prüfung gelassen: "Landeshauptmann macht sich nur lächerlich", vom 9.7.2007, Seite: 7

Neue Kärntner Tageszeitung, Fragwürdige Haltung Haiders, vom 10.7.2007, Seite: 4

Kleine Zeitung, Angst machen allein wird für die Zukunft nicht mehr reichen, vom 10.10.2007, Seite: 8

Neue Kärntner Tageszeitung, Ungestraftes Schnellfahren, vom 13.11.2007, Seite: 4

Kleine Zeitung, Hart, aber herzlich: Was von der Ära Wagner blieb, vom 2.12.2007, Seite: 32

Kronen Zeitung, Prozess um Denkmittel für Vouk, vom 21.3.2008, Seite: 17

Kleine Zeitung, Ortstafel-Feind verurteilt, vom 21.3.2008, Seite: 21

Neue Kärntner Tageszeitung, Anwalt wurde zum Opfer ..., vom 21.3.2008, Seite 14

OTS0192, BZÖ-Petzner: Nominierung von Vouk durch LIF-Iler kommt Kriegserklärung gegenüber Kärnten gleich, 30.7.2008

Neue Kronen Zeitung, Raser-Rudi und der Mut, vom 3.9.2008, Seite: 12

Ö1 Mittagsjournal, Interview mit dem designierten Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler, vom 14.10.2008, 12.00 Uhr

15. Anhang

A. Texte der Feinanalyse

Stmk.-Morgen

VON ADOLF WINKLER

"Kleine Zeitung" vom 19.12.2001

Ausgabe: Stmk.-Morgen

Ressort: Hintergrund

St. Kanzian/kocijan - "Die Tafel steht nicht eine Nacht"

Absatz 1

„Vollgas am Klopeiner See. Drei Jahrzehnte nach dem Ortstafelsturm fahren die Emotionen zwischen der deutsch- und slowenischsprachigen Volksgruppe neuerlich hoch. Ein Radarbild der Südkärntner Seele.

Absatz 2

Gleich über der Drau heißt die erste Tafel den Besucher "Herzlich Willkommen" am Klopeiner See, mit weltoffenem Zusatz: www.st.kanzian.at. Drei Kurven weiter, an Schreckendorf vorbei, ist die globale Freundlichkeit vorüber. "A zweisprachige Ortstafel kommt nie, nie, nie!", schreit der Pensionist und hämmert mit der Faust auf den Stehbeisl-Tisch in der Tankstelle. Die Umstehenden nicken.

Absatz 3

"Der Rechtsanwalt, der Trottel, macht uns alle schlecht!" Gemeint ist Rudi Vouk, der mit dem Auto das Ortsschild St. Kanzian vor der Tankstelle absichtlich zu schnell passiert und so beim Verfassungsgerichtshof die Kärntner Ortstafelregelung von 1976 über den Haufen gefahren hat.

Absatz 4

Ausg'rupft. "Der Adamovich kann gleich den ganzen VGH mitheimnehmen", sieht man auch beim Kirchenwirt bei der Aussicht auf eine Ortstafel "St. Kanzian/ kocijan" rot: "Die Tafel steht nicht eine Nacht", zischt Adrian Eberhart hervor. Der Stoppelbärtige meint es ernst. "Die Tafel, die auf allen Zeitungsfotos war, hab' ich ausg'rupft." Beim Ortstafelsturm 1972, vor den Augen der Gendarmerie. "Weg war sie - von unbekanntem Tätern entfernt." Auch in Mökriach/Mokrije, Grabelsdorf/Grabalja vas, Obersammelsdorf/ amanje, Stein im Jauntal/Kamen und St. Veit im Jauntal/ ent Vid wurden damals die Schilder gründlich beseitigt.

Absatz 5

Zwei Frauen stehen im Lokal auf und gehen, kommentieren dabei schroff: "Obmontier'n!" und "I steh' Schmier'!"

Absatz 6

Am Nachbartisch eine distinguierte Damenrunde. Hotelbetreiberinnen, die sich in der toten Saison ein Gläschen Sekt gönnen. "Wenn neue Tafeln kommen, stehen die bei uns keine Stunde. Es soll so bleiben, wie es ist. Wir haben schon besorgte Anrufe von Gästen bekommen. Wir sind alle nicht für den Haider, aber da hat er Recht. Die Ortstafeln wollen nur die extremen Slowenen. Gegen die Windischen haben wir nichts."

Absatz 7

65 Gemeindebürger von St. Kanzian haben sich bei der Volkszählung 1991 als Windische ausgegeben, das sind 1,5 Prozent. 623 kreuzten Slowenisch als Umgangssprache an, mehr als 15 Prozent. "Es war schon so friedlich. Bei Wanderungen zur Danielskirche konnte man den Urlaubern am Friedhof so schön zeigen, wie es sich beruhigt hat", erzählt die Hotelbestzerin, die als Fahnenpatin dem Abwehrkämpferbund die Treue hält. "Jetzt wird es wieder ein Kampf."

Absatz 8

Gekämpft wurde hier oft und blutig. Eine Inschrift beim Kirchenwirt würdigt Karl Wess, den ersten gefallenen Abwehrkämpfer von St. Kanzian, als 1918 die jugoslawischen SHS-Truppen Südkärnten angriffen. An die 1920 für Österreich erfolgreiche Volksabstimmung erinnert die Anschrift: 10.-Oktober-Platz.

Absatz 9

Kapitel. Die nächsten blutigen Kapitel schlägt Milan Wutte aus seiner Familienchronik auf: "Mein Vater war zuerst bei der deutschen Wehrmacht, dann, als er gesehen hat, wie die Nazis slowenische Familien verschleppt haben, ging er zu den Freiheitskämpfern." Den Partisanen.

Absatz 10

"Jetzt setzt Haider die Volksgruppe unter Druck, wenn er statt zu mäßigen die Emotionen hochschaufelt und eine geheime Minderheitenfeststellung will", sagt Wutte. Die von ihm geführte Gospodarska Lista/Wirtschaftsliste hat im Gemeinderat drei der 23 Mandate. Für den Slowenen ist klar, dass neue zweisprachige Ortstafeln kommen: "Sind wir in einem Rechtsstaat oder in einer Anarchie? Europa schaut auf uns. Man muss das VGH-Urteil vollziehen, aber nicht mit Gewalt durchpauken, sondern die Bevölkerung vorbereiten" - so die Strategie des Gemeindepolitikers.

Absatz 11

Prozentrechnung. Hingegen denkt FPÖ-Vizebürgermeister Klaus Richler nicht an neue Ortstafeln: "Wir verlassen uns voll auf den Jörg." Auch SPÖ-Bürgermeister Albert Holzer wehrt sich gegen den VGH- Spruch: "Zehn Prozent Slowenenanteil für die Ortstafeln sind zu tief gegriffen. Das würde ja den Eindruck erwecken, als wären wir ein slowenisches Siedlungsgebiet."

Absatz 12

In Holzers Büro prangt eine Ehrenurkunde der Landsmannschaft. Beim Kärntner Heimatdienst und beim Abwehrkämpferbund ist der SPÖ-Mann ebenfalls Mitglied. Um Parteichef Gusenbauer die Südkärntner Seele klarzumachen, habe er um einen Termin angefragt. Denn: "Die Stimmung in der Gemeinde ist nicht gut."

Absatz 13

Im Gasthaus ist den Hotelbesitzerinnen klar: "Punkten wird der Haider." An der Tankstelle denkt man rauer: "Der Haider ist ja selber Ausländer in Kärnten, der versteht die Kärntner Seele nicht." Hart bleiben sei aber in jedem Fall Pflicht: "Die Slowenen sind mit nix zufrieden. Mit den Windischen funktioniert das Zusammenleben."

Absatz 14

In der St. Kanzianer Kirche hält der Pfarrer die Sonntagsfrühmesse slowenisch mit einem deutschen Vaterunser, das Hochamt deutsch mit einem slowenischen Vaterunser. Auch das Verkehrswarnschild "Vorsicht Kinder/Pazi na otroke" hängt wie selbstverständlich in Vesielach, wo Hotelier und Bauer Wutte den Slowenen-Anteil auf 40 Prozent schätzt.

Absatz 15

Grenzenlos. Die Volksschule im benachbarten St. Primus ist zweisprachig, der private Kindergarten ebenso. Der gemischte Chor Danica (Morgenstern) und die slowenische Theatergruppe treten im Kulturni dom, dem Kulturhaus, mit deutschsprachigen Gruppen gemeinsam auf. In der lokalen Jugendmannschaft des Slowenen-Fußballklubs SAK kickt

man über die Sprachgrenze hinweg. "Das Zweisprachige", so Wutte, "wird im Ort gelebt."

Absatz 16

"Die Sprachen werden in der Schule immer wichtiger. Von anderen Jugendlichen werden wir oft beneidet, dass wir Slowenisch können", erzählt Wuttes Tochter Bojana, die die Maturaklasse in der zweisprachigen HAK in Klagenfurt besucht.

Absatz 17

Sympathiefrage. Aus der benachbarten deutschsprachigen Schule würden sie aber manchmal auch als "Jugo" beschimpft. Auch weil Schülerinnen aus Ex-Jugoslawien die HAK besuchen. So wie ihre Freundin Mija aus Slowenien. Sie kann sich in ihrer Heimat eine Ortstafel Kranj/Krain nicht vorstellen: "Da gibt es ja keine Österreicher. Die Slowenen und die Österreicher sind sich gegenseitig nicht sehr sympathisch."

Absatz 18

Dass es auch problemlos geht, berichtet Bojanas Klassenkollegin Verena, die am Radsberg im Süden von Klagenfurt daheim ist: "Bei uns wurde erst vor wenigen Wochen die zweisprachige Ortstafel "Lipizach/ Lipice aufgestellt. Keiner hat sich aufgeregt."

Kärnten

LUDMANNSDORF, BIL- COVS. "Hanse, noch a Helles! I verschiab die...

Absatz 1

LUDMANNSDORF, BIL COVS. "Hanse, noch a Helles! I verschiab die ollen Ortstofelsorgn auf morgn", brummt ein 45-jähriger stämmiger Mann, der sich im Ludmannsdorfer Gasthof Ogris gemütlich auf die Theke stützt. Auf der Holzwand hängt ein lila Plakat in zwei Sprachen - Maturaball/Maturanski ples. Juniorchef Johann Ogris kommt mit dem Einschenken kaum nach. In einem Nebensaal stoßen Lehrer auf Weihnachten an, in der Stube feiert der Sparverein Miklavz. Am Nebentisch erschallt unbekümmertes Mädchenlachen. Und trotz fortgeschrittener Stunde gibt es nur ein Thema: den neuerlichen Ortstafelkonflikt.

Absatz 2

Feier im Extrazimmer

Im geräumigen Extrazimmer sitzt ein schlanker, groß gewachsener Mann und hebt gut gelaunt ein Glas Rotwein: der Eberndorfer Rechtsanwalt Mag. Rudi Vouk, jener Mann, der mit seinem Einspruch über ein Verkehrsdelikt beim Verfassungsgerichtshof die Ortstafeldiskussion ausgelöst hat. Der 36-jährige zweifache Vater protestet seinen Freunden vom Verein der Kärntner slowenischen Juristen zu. Das Treffen war schon lange geplant. Vor dem Adamovich-Spruch. Dr. Marko Brus vom OGH Slowenien hält das Gastreferat. Thema: "Wie viel österreichisches Recht gilt noch in Slowenien?"

Absatz 3

"Der läuft noch frei herum?"

Vouk überlegt: "Österreich ist ja nicht alleine auf der Welt. Auch EU-Beitrittsländer sollen Minderheiten achten, doch wir müssen das vorleben. Organisationen haben kein Klagerecht, da hat mir der Kohl in Wien den Tipp gegeben. Ich bin aber unabsichtlich zu schnell durch St. Kanzian gefahren - mit 65 km/h. Das war ja schon 1994..."

Absatz 4

Wenn das Höchstgerichtsurteil kommt, will Vouk seine 500-Schilling-Strafe zahlen. Er hätte mit seiner Aktion viel Zuspruch erhalten, aber auch Ablehnung. Vouk: "Ein Passant rief: ‚Was, der läuft noch frei herum?‘. Andere starren mich an - als wäre ich ein rosaroter Elefant."

Absatz 5

"Zeige den Haider an"

Der Anwalt weiter: "Einige Leute meinen, dass ich zu weit gegangen bin. Doch der Jurist Haider befindet sich diesmal auf dem Holzweg. Wie bei den Schiedsrichtern. Wenn Haider politisch überleben will, schwenkt er bald ein." Und: "Wenn am 1. Jänner 2003 die fehlenden zweisprachigen Tafeln nicht stehen, zeige ich Haider wegen Amtsmissbrauchs an..." Nachsatz: "Nur die Franzosen müssen in der EU für ihre Minderheiten noch viel tun..." Der Wirt bringt wieder eine Runde.

Absatz 6

Johann Wieser (45), Selbständiger aus Ludmannsdorf, stellt sein Getränk auf den Tisch und erklärt: "Gesetz ist Gesetz. Ob es durchgesetzt wird, wird die Zukunft weisen." Die Angestellte Maria Jesenko, ebenfalls aus dem Ort, meint: "Es braucht doch keiner den Wirbel..."

Absatz 7

Der gebürtige Vorarlberger Landschaftsplaner und Sparvereinsmitglied DI Andreas Berchtold (40) schüttelt den Kopf: "Wir sind doch in der EU, im Alpe-Adria-Raum. Ich kapier das alles nicht. Ein paar Tafeln sind eben fällig."

Absatz 8

"Wir verstehen uns..."

"Wir verstehen uns in Ludmannsdorf doch bestens", versichert die Angestellte Magdalena Gasser und Lehrer Rupert Gasser (42) streift den Pullover runter, während er sagt: "Über Selbstverständlichkeiten diskutiere ich nicht. Das Problem wurde den Gemeinden aufgebürdet. Es liegt an privaten Initiativen, zweisprachige Tafeln in Ortsteilen aufzustellen wie etwa in Wellersdorf..." Postler Franz Schaunig (45): "Wir Ludmannsdorfer leben schon lange anderen was vor. Leider wurden jetzt alte Wunden aufgerissen..."

HARALD RAFFER

Absatz 9

Es darf keine Verlierer und keine Sieger geben. Man muss reden und sich ins Gesicht schauen können.

Ktn, Morgen

Geschadet

Absatz 1

Einen klugen Satz hat dieser Tage Martin Strutz, Chef der Kärntner FPÖ in Hinblick auf die Ortstafelproblematik von sich gegeben: "Herr Vouk wird als jener Slowene in die Geschichte eingehen, der der Volksgruppe in Kärnten am meisten geschadet hat".

Absatz 2

Das mag zwar insofern übertrieben sein, als Rudi Vouk bestenfalls eine Fußnote in der ohnedies im europäischen Vergleich nicht sonderlich bedeutsamen slowenischen Geschichte sein dürfte. Und wahrscheinlich gibt es auch in der Geschichte der Kärntner Slowenen im 20. Jahrhundert mit seinen Tragödien rund um die beiden Weltkriege Personen, die größeren Schaden verursacht haben.

Absatz 3

Wahr ist die Aussage von Strutz im Kern aber dennoch, da Herr Vouk mit seinem scheinbar so schlaun Vorgehen in einer Zeit der allgemeinen Befriedung zwischen Mehrheitsbevölkerung und Minderheit es geschafft hat, schlummernde Emotionen zu wecken. In Tagen, da die Landesregierung der slowenischen Minderheit ein ganztägiges Radioprogramm bewilligt, da im Bereich von Schulen und Kindergarten der Minderheit großzügig entgegengekommen wird, da - und das ist eine offizielle Rechnung - mehr als 200 Millionen Schilling jährlich für die Minderheit von Bund und Land ausgegeben wird, kommt Herr Vouk und fährt im Ortsgebiet von St. Kanzian mit überhöhter Geschwindigkeit. Er als Slowene habe keine Ortstafel erkennen können, da dort eben keine slowenische existiert. Der Verfassungsgerichtshof spielt dieses üble Spiel mit und schon haben wir den alten Konflikt wieder. Der Schaden für die Volksgruppe liegt auf der Hand.

NORICUS

Wien, Abend, Morgen

"Ein Missverständnis"

Slowenische Zeitung widerspricht Haider

Absatz 1

Wien/Klagenfurt - Als Zeugen für seinen Vorwurf gegen den VfGH-Präsidenten Ludwig Adamovich rief Landeshauptmann Jörg Haider ausgerechnet die slowenische Wochenzeitung Nas Tednik auf.

Absatz 2

Diese schrieb nach dem Treffen zwischen Adamovich und Sloweniens Präsident Milan Kucan: "Wie ernst Kucan die Bemühungen der Volksgruppe nimmt, bewies dieser auch im Gespräch mit dem Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Adamovich. Er war nämlich - vor allem dank des Verdienstes von Rechtsanwalt Rudi Vouk - genauestens über den Inhalt der Klage und der damit direkt und indirekt verbundenen Rechtsstandpunkte informiert. So konnte sich zwischen ihm und dem Präsidenten des VfGH ein Gespräch auf allerhöchster fachlicher Ebene entfalten." Gemeint war die Klage, mit der Vouk den VfGH zu dem Erkenntnis bewegte, welches die FPÖ so in Rage versetzte und Haider zur Attacke gegen Adamovich anstachelte: Er, Adamovich, habe sich mit Kucan in dieser Angelegenheit besprochen.

Absatz 3

Der verantwortliche Tednik-Redakteur Janko Kulmesch meinte auf Anfrage des Standard, Haider sei bei seiner Interpretation "ein Missverständnis" unterlaufen: "Die Passage in unserem Bericht bezog sich nicht auf konkrete Fragen bilateraler Minderheitenprobleme, somit auch nicht auf die Ortstafelfrage. Sie zielte vielmehr auf ein Fachgespräch im übergeordneten Kontext ab." (kob)

Das gesamte Mediensample ist auf der beigelegten CD-Rom abgespeichert.

B. Zusammenfassung

In dieser Arbeit soll geklärt werden, welche politischen Strategien in der Vergangenheit und Gegenwart es möglich machen, dass ein Entscheid des Verfassungsgerichtshofes ignoriert wird. Weiters wird der Frage nachgegangen, wie die Angehörigen der Minderheit und ihre InteressensvertreterInnen auf diese Politik reagieren. Die Analyse in dieser Untersuchung klärt die Frage, wie die Thematik der zweisprachigen Ortstafeln in den Kärntner Tageszeitungen und in der Zeitung „Der Standard“ transportiert wird. Aufbauend auf vorhergehende Untersuchungen wird der mediale Umgang dieser Zeitungen mit dem slowenischen Interessensvertreter Rudi Vouk analysiert und der Frage nachgegangen, ob der Rechtsanwalt Rudi Vouk kriminalisiert und ethnisiert wird.

Die Fragen nach dem Verhältnis der Kärntner Politik zur slowenischen Minderheit in Kärnten wurden in dieser Arbeit durch kommunikationswissenschaftliche Ansätze aus den Cultural Studies, der Dekonstruktion und der Narration ermittelt. Die Kommunikationstheorien der journalistischen Politikvermittlung nach Ulrich Sarcinelli sowie Rudi Renger, interdisziplinär kombiniert mit Ansätzen der kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger und den Analysekatoren zur Erhebung politischer Strategien der Forschergruppe Menz / Lalouschek / Dressler ergaben das geeignete Untersuchungsinstrumentarium, um die Fragen der journalistischen Vermittlung des Themenkomplexes der zweisprachigen Ortstafeln zu beantworten. (Kapitel 2)

In Kapitel 3 wird die Assimilation der Kärntner SlowenInnen als eine Spielart der Foucault'schen Gouvernementalität, die Entstehung des Minderheitenschutzparagraphen Artikel 7 im österreichischen Staatsvertrag als eine Folge des bewaffneten Widerstandes der Kärntner SlowenInnen während des NS-Regimes und die Aushöhlung dieser Minderheitenschutzbestimmung seit Bestehen erläutert.

In Kapitel 4 wird die Ethnisierung nach Bukow als Vehikel der Kriminalisierung vorgestellt, um dann die Frage der ethnischen Identität und die Akteure in der Kärntner Volksgruppenfrage und ihre politischen Strategien im Wandel der Zeit zu dekonstruieren. Die Dekonstruktion legt das so genannte Kärntner Muster offen, das aus Kommissionieren, Minderheitenfeststellungen, die Reziprozität und die politische Strategie des divide et impera sowie die Aushöhlung des Minderheitenschutzes besteht.

In Kapitel 5 wird das Prinzip der Reziprozität und die Rolle des Mutterlandes Slowenien hinterfragt.

Kapitel 6 dekonstruiert, dass der Widerstand und der zivile Ungehorsam seit Henry David Thoreau und Mahatma Gandhi eine Reaktion auf die Entrechtung von ethnischen Gruppen ist. Die Erzählung der Widerstandsgeschichte der Kärntner SlowenInnen seit dem Zweiten Weltkrieg zeigt, dass das Kärntner Muster bis heute die politischen Reaktionen der Kärntner SlowenInnen legitimiert.

In Kapitel 7 wird der Umgang mit dem Verfassungsgerichtshofsurteil vom 13.12.2001, das zu einer Verschiebung des politischen Machtverhältnisses zwischen dem Kärntner Dreiparteienpakt in Volksgruppenfragen geführt hat, chronologisch untersucht.

In Kapitel 8 wird die Kriminalisierung von JournalistInnen und InteressensvertreterInnen dokumentiert, die eine andere Perspektive der Kärntner Wahrheit aufzeigen.

Für die Überblicks- und Feinanalyse (Kapitel 9 bis 12) wurden im Zeitraum von 13.12.2001 bis 14.10.2008 Artikel in den drei Kärntner Tageszeitungen und der Tageszeitung „Der Standard“ analysiert, die mit dem Begriff „Rudi Vouk“ mittels Suchmaschine der Austria Presseagentur erhoben wurden.

Die Analyse ergab, dass die Kärntner JournalistInnen nur in Ausnahmefällen ihrer Kontrollfunktion der politisch Mächtigen im Land nachkommen. Der slowenische Interessensvertreter Rudi Vouk wird von der „Neuen Kronen Zeitung“ und der „Kleinen Zeitung“ ins extremistische Eck gestellt, kriminalisiert und ethnisiert. Die „Neue Kärntner Tageszeitung“ und „Der Standard“ zeigen eine neutrale oder minderheitenfreundliche Perspektive der Frage der zweisprachigen Ortstafeln und des slowenischen Interessensvertreters Rudi Vouk auf.

C. Lebenslauf

Sabina ZWITTER-GRILC

Persönliche Angaben

Geburtsdatum: 13.3.1967 in Villach
Staatsbürgerschaft: österr.
Familienstand: verheiratet
Kinder: Ana (geb. 1999), Ela Ajda (geb. 2006)
Eltern: Stanko Zwitter – Gastwirt i.R.
OSR Waltraud Zwitter – Volksschuldirektorin i.R.
Geschwister: Marko, Michael und Martin

Ausbildung

1973-1977 Volksschule in Thörl-Maglern / Vrata-Megvarje
1977-1984 Bundesgymnasium für Slowenen in Klagenfurt / Zvezna gimnazija za Slovence v Celovec

Studium

ab 1985 diverse Studien (nicht abgeschlossen)
ab 2002 Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaften sowie Fächerkombination an der Universität Wien

Auslandsaufenthalte

1979 Studienaufenthalt – Italienischunterricht – in Reggio Calabria
1983 Austauschschülerin „Foreign exchange student“, Garfield High School in Akron, Ohio, USA; amerikanische Reifeprüfung im Sommer 1983 (während der 7. Schulstufe)
1984 4-monatiger Studienaufenthalt an der Alliance Francaise in Paris
1989 Stipendium an der Moskauer Universität (MGU)
1990/1991 mehrmaliger – beruflich bedingter – Aufenthalt in der ehemaligen Sowjetunion

Berufliche Laufbahn

1985-1989 Parlamentarische Mitarbeiterin im Grünen Klub und Mitarbeiterin im Österreichischen Volksgruppenzentrum
seit 1989 ORF-Redakteurin

Sprachkenntnisse

Slowenisch, Deutsch, Englisch, Italienisch, Russisch, Französisch